

V&R unipress

Bonner Schriften zur Universitäts- und
Wissenschaftsgeschichte

Band 5

Herausgegeben von

Thomas Becker, Dominik Geppert, Mathias Schmoeckel,
Joachim Scholtyseck und Heinz Schott

Thomas Becker (Hg.)

Bonna Perl am grünen Rheine

Studieren in Bonn von 1818 bis zur Gegenwart

Mit 24 Abbildungen

V&R unipress

Bonn University Press



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8471-0131-4

ISBN 978-3-8470-945-7 (E-Book)

**Veröffentlichungen der Bonn University Press
erscheinen im Verlag V&R unipress GmbH**

© 2013, V&R unipress in Göttingen / www.vr-unipress.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Printed in Germany.

Titelbild: »Studentenbude«, kolorierter Kupferstich aus dem Album »Bonner Studentenleben« von 1826. Institut für Hochschulkunde an der Universität Würzburg

Druck und Bindung: CPI Buch Bücher.de GmbH, Birkach

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Vorwort	7
Heinz Schott Gründungsgeneration und Studentenideal	11
Jens-Peter Müller Ritualisierte Geselligkeit. Bonner Studenten im Vormärz	23
Franz Bosbach Prinz Albert als Student in Bonn (1837 – 1838)	41
Julia ten Haaf Die Bonner Studenten zwischen Revolution und Reichsgründung. Eine quantitative Untersuchung	65
Dominik Geppert Kaiser-Kommers und Bismarck-Kult. Bonner Studierende im Kaiserreich, 1871 bis 1914	83
Ralf Forsbach Studieren in der NS-Zeit	105
Marcus Velke Die »alten Ansprüche an das Leben stellen« – jüdische und andere Displaced Persons als Studenten an der Universität Bonn 1945 – 1951	117
Christian George Die Bonner Studenten in den Nachkriegsjahren (1945 – 1955)	161

Christian Hillgruber	
Die Studentenrevolte in Bonn – Vorgeschichte, Verlauf und Folgen	189
Georg Rudinger & Katharina Olejniczak	
Studium in Bonn in der Gegenwart	217
Autorenverzeichnis	239

Vorwort

»Bonna Perl am grünen Rheine« lautet der Titel eines über hundert Jahre alten Studentenliedes. Die Melodie folgt dem 1888 von Albrecht Graf Wickenburg (1838 – 1933) geschriebenen und von Otto Lob vertonten Studentenlied »Heidelberg Du Jugendbrunnen«. Ein Blick ins Internet zeigt, dass das Lied aus der wilhelminischen Zeit, in der Kaiser- und Fürstensöhne des Deutschen Reiches in Bonn studierten, auch heute noch bei Bonner Studentenverbindungen hoch im Kurs steht¹.

Die Entscheidung, eine im Sommersemester 2011 durch das Archiv der Universität Bonn abgehaltene Ringvorlesung zur Geschichte der Bonner Studierenden mit dem Titel dieses Liedes zu versehen, fiel erst nach längerer Diskussion. Das Lied beschwört mit seinem fröhlichen Text und seinem flotten Rhythmus die Assoziation von »alter Burschenherrlichkeit« herauf, für die Universitätsstädte wie Bonn, Heidelberg oder Göttingen in der kollektiven Erinnerung der deutschen Öffentlichkeit immer noch stehen. Abgesehen davon, dass ein Studium heutzutage unendlich weit von dieser weinseligen Idylle entfernt ist, ist generell kritisch anzufragen, ob es eine solche Form von unbeschwertem Studentenleben überhaupt je gegeben hat. Wir nahmen daher den Titel des bekannten Liedes zum Anlass, um nach den Eigenheiten studentischen Lebens in Bonn durch die Jahrhunderte hindurch zu fragen, von der Gründung der Universität im Jahre 1818 bis zur Gegenwart. Es war das Ziel der Ringvorlesung, die Lebensumstände von Studierenden zu beleuchten, die sich in den einzelnen Epochen seit Gründung der Universität Bonn mit knappen Budgets, unterschiedlichen Zukunftsperspektiven und unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen auseinander zu setzen hatten.

¹ Der Text der üblichen vier Strophen dieses Liedes ist ebenso unbekannt wie sein genaues Entstehungsdatum. Aber da seit 1907 eine Dichtung weiterer Strophen durch die Bonner Studentenverbindung Cimbria bestand, ist die Entstehung des Textes vorher anzusetzen. Über Bonn hinaus hat das Lied verständlicherweise keine große Bedeutung. Ein wikipedia-Eintrag dazu wurde 2007 wieder gelöscht. Der gesamte Text des Liedes ist im Anhang zu finden.

Die einzelnen Beiträge der Ringvorlesung folgen dabei keinem festen Schema. Wir haben uns bemüht, die Besonderheiten der jeweiligen Epoche einzufangen. Natürlich waren die Verhältnisse für Studenten und (ab 1896) Studentinnen in Bonn nicht wesentlich anders als in anderen deutschen Universitätsstädten. Daher hat dieses Buch durchaus den Anspruch, exemplarische Aussagen zu treffen. Der Schwerpunkt liegt aber auf der Analyse und Wiedergabe der Bonner Verhältnisse. In bestimmten Bereichen bzw. Epochen sind die Bonner Entwicklungen nicht verallgemeinerbar, etwa wenn Bonn mit den Prinzen Albert und Ernst von Sachsen-Coburg und Gotha die Söhne regierender Häuser als Studierende aufnimmt, womit die besondere Rolle als »Prinzenuniversität« beginnt, wenn in einer preußischen Universität mit einem entsprechend hohen Anteil an Protestanten unter Dozenten und Studierenden der sogenannte »akademische Kulturkampf« und seine Vorgeschichte in der Kaiserzeit deutliche Spuren hinterlässt oder wenn bei den Studentenunruhen der späten 1960er Jahre die Rolle Bonns als Bundeshauptstadt der Auseinandersetzung zwischen APO, staatlichen Ordnungskräften und Universitätsleitung eine eigene Note gab. In vielen anderen Bereichen der Bonner Studentengeschichte überwiegen allerdings Parallelen und Ähnlichkeiten zu anderen Universitäten.

Insgesamt stellte sich die Bonner Studentengeschichte als weniger erforscht als erwartet dar. Einige Bereiche sind sehr gut oder zumindest ausreichend gut erforscht, um hier Aussagen machen zu können. Dies gilt in erster Linie für die Geschichte der Studentenverbindungen, für die neben einer Unzahl an Festschriften von unterschiedlichem wissenschaftlichem Gehalt zumindest zwei Werke vorliegen, die in der wissenschaftlichen Literatur Anerkennung genießen, auch wenn es nötig wäre, sie fortzuschreiben². Dies gilt auch für die Geschichte der Bonner Studenten (und natürlich auch der Professoren) in der sogenannten »Deutschen Revolution« von 1848³. Dies gilt aber auch für die Geschichte des Frauenstudiums, die seit den 90er Jahren eine verstärkte Aufmerksamkeit er-

2 Hans Gerhardt, Hundert Jahre Bonner Corps. Die korporationsgeschichtliche Entwicklung des Bonner S.C. von 1819 bis 1918. Mit einem geschichtlichen Nachtrag bis zur Gegenwart sowie mit 148 zeitgenössischen Bildern und 3 Farbdruckbeilagen, Frankfurt 1926. Arbeitskreis Bonner Korporationen (Hg.), Studentenverbindungen und Verbindungsstudenten in Bonn. Zusammenstellung Karl Kromphardt, Dr. Herbert Neupert, Michael Rothhoff und Stephen G. Stehli, Haltern 1989.

3 Max Braubauch, Bonner Professoren und Studenten in den Revolutionsjahren 1848/49, Köln und Opladen 1967; Thomas P. Becker, Bonner Professoren und Studenten in der Revolution von 1848, in: Petitionen und Barrikaden. Rheinischen Revolutionen 1848/49, bearb. von Ingeborg Schnelling-Reinicke in Verbindung mit Eberhard Illner, hrsg. von Ottfried Dascher und Everhard Kleinertz, Münster 1998, S: 285–288; Derselbe, Universität und Revolution. Das Beispiel Bonn, in: Revolution im Rheinland. Veränderungen der politischen Kultur 1848/49, hrsg. von Stephan Lennartz und Georg Mölich, Bielefeld 1998, S. 199–216.

fahren und zu einigen Publikationen geführt hat⁴. Diese Themen wurden hier nicht aufgenommen. Das macht sie nicht weniger wichtig, aber es erschien sinnvoller, anderen Themen Raum zu geben, die noch nicht so umfangreich bearbeitet worden sind.

Einige andere Themen konnten ebenfalls nicht aufgenommen werden, aber nicht weil sie schon bearbeitet wären, sondern weil sie im Gegenteil bisher noch nicht Gegenstand umfangreicher wissenschaftlicher Forschung geworden sind. Das gilt z. B. für die Geschichte des studentischen Sports von den ersten Anfängen im Vorgarten des Hauses von Ernst Moritz Arndt bis zu den Aktivitäten des Hochschulsports in der Gegenwart. Hier versagen die erreichbaren Quellen der bekannten Archive. Dies gilt genauso für die Aktivitäten von studentischen Vereinigungen, die nicht dem Typus »Studentenverbindung« angehören, also die Kulturgruppen, die politischen Zirkel, die studentischen Jugendorganisationen politischer Parteien oder auch der Studentische Filmclub. Nur zu einem Teil sind die entsprechenden Quellen im Bonner Universitätsarchiv und in anderen Archiven greifbar, und bisher sind nur die wenigsten dieser Quellen aufgearbeitet oder gar in wissenschaftliche Darstellungen eingeflossen. Weitere Themen sind denkbar, die bisher noch gar nicht in den Fokus wissenschaftlicher Aufmerksamkeit geraten sind. Ein Beitrag konnte noch nachträglich erworben werden, nämlich eine quantitative Auswertung der Bonner Matrikel für die Jahre 1850 bis 1870. Die interessanten Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass auch auf dem Feld der Matrikelanalyse noch große Chancen auf neue Erkenntnisse zur studentischen Geschichte bestehen, sofern die hier vorgeführte Methode auf weitere Zeitabschnitte ausgedehnt werden kann.

Angesichts der Fülle weiterer Möglichkeiten zur Erforschung der Bonner Studentengeschichte versteht sich dieser Band in erster Linie als Anreger. Er will Antworten auf bestehende Fragen geben, aber wirft in bewährte wissenschaftlicher Weise neue Fragen auf. So wäre es das beste, was diesem Band geschehen könnte, wenn aus der Beschäftigung damit neue Studien entstünden, in denen die Geschichte der Bonner Studentinnen und Studenten weiter erforscht und analysiert würde.

Bonn, im Februar 2013

Thomas Becker

4 Exemplarisch seien genannt: Paul Schmidt, Vorgeschichte und Anfänge des Frauenstudiums in Bonn, in: Manfred van Rey/Norbert Schloßmacher (Hg.), Bonn und das Rheinland. Beiträge zur Geschichte und Kultur einer Region. Festschrift zum 65. Geburtstag von Dietrich Höroldt, Bonn 1992, S. 545 – 569; Annette Kuhn/Valentine Rothe/Brigitte Mühlenbruch (Hg.), 100 Jahre Frauenstudium. Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dortmund 1996. Frauen wurden in Preußen ab 1896 als Gasthörerinnen geduldet, und erst ab 1908 war es ihnen gestattet, sich vollgültig zu immatrikulieren und ein Examen abzulegen.

Gründungsgeneration und Studentenideal

Als 1818 die Bonner Universität in der preußischen Rheinprovinz gegründet wurde, geschah dies in einer politischen, kulturellen und nicht zuletzt wissenschaftlichen Umbruchzeit. Napoleon war geschlagen, die Restauration hatte sich mit dem Wiener Kongress 1814/15 durchgesetzt und das Rheinland war Preußen zugesprochen worden. Die preußische Rheinprovinz war geschaffen, die Voraussetzung für den späteren »Kulturkampf« zwischen der katholischen Kirche im Rheinland und den protestantischen Machthabern in Preußen. Die rheinische Bevölkerung betrachtete die Preußen von Anfang mit Skepsis, was sie nicht zuletzt im Karneval zum Ausdruck brachte. In kultureller Hinsicht zeigte sich etwas sehr Interessantes: Die Französische Revolution, die auf das Rheinland ausstrahlte und zu einer ersten demokratischen Bewegung – etwa in Form von Jakobiner-Clubs – auf deutschem Boden animierte, hatte durch Napoleon zu einer gewissen Emanzipation der Bürger geführt. Trotz der unliebsamen französischen Besatzung schätzte man die französische Kultur und Lebensart, so dass sich im Rheinland verglichen mit östlicheren Regionen der Franzosenhass in Grenzen hielt. Im Grund fühlte man zu Berlin keine größere Bindung als zu Paris, das geographisch ohnehin näher lag. Auch wissenschaftlich können wir von einer Umbruchzeit sprechen. Die neuen naturwissenschaftlichen Disziplinen konstituierten sich an den mittel- und westeuropäischen Universitäten ebenso wie die neuen geisteswissenschaftlichen.

In diese Umbruchzeit hinein wurde die Bonner Universität als dritte preußische Reformuniversität gegründet, nach den Universitäten in Berlin (gegründet 1810) und Breslau (gegründet 1811). Sie wies zunächst drei Standorte auf: Universitätshauptgebäude, Anatomisches Theater und Poppelsdorfer Schloss. Es ist sehr bemerkenswert, dass der Aufbruch in Medizin und Naturwissenschaften damals von zwei Strömungen geprägt war, nämlich von der romantischen Naturphilosophie einerseits und der empirischen Naturforschung andererseits. Zudem waren der Deutsche Idealismus und die Weimarer Klassik auf ihrem Höhepunkt angelangt und beflügelten vor allem die Geisteswissenschaften. So gab es an den deutschen Universitäten eine einzigartige geistige

Situation, die bis heute mit dem Namen des Berliner Sprachwissenschaftlers und Bildungsreformers Wilhelm von Humboldt verknüpft ist, auf deren Grundlage die deutsche Wissenschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu ihrer Weltgeltung gelangen sollte. In Bonn spiegelte sich diese Aufbruchstimmung sehr deutlich wider. So wurde 1818 der Literaturhistoriker und Indologe August Wilhelm Schlegel als Professor für Literatur berufen, der dem illustren Kreis der Jenaer Frühromantik zugerechnet wird. Gleichzeitig erhielt der Botaniker Christian Gottfried Nees von Esenbeck einen Ruf nach Bonn und baute den Botanischen Garten am Poppelsdorfer Schloss auf, dessen Grundzüge heute noch erhalten sind. Nees wurde schon vor seinem Wechsel nach Bonn 1818/19 zum Präsidenten der Leopoldina gewählt und so wurde Bonn Sitz dieser Akademie bis zu seinem Weggang nach Breslau 1830. Die Bibliothek der Leopoldina, die sich heute vollständig in Halle befindet, war seinerzeit im Poppelsdorfer Schloss untergebracht.

Nees von Esenbeck war von naturphilosophischen Ideen erfüllt, mit denen er als Student in Jena Bekanntschaft gemacht hatte. Er war ein hervorragender Kenner des so genannten animalischen Magnetismus oder Mesmerismus und er veröffentlichte 1820 in Bonn seine »Vorlesungen zur Entwicklungsgeschichte des magnetischen Schlags und Traums«. Überhaupt waren die Spekulationen des animalischen Magnetismus in Bonn ein ernsthaftes Thema des wissenschaftlichen Diskurses, da das »Archiv für den thierischen Magnetismus« zwischen 1817 und 1823 von zwei Bonner Professoren mit herausgegeben wurde, zunächst von dem Internisten Friedrich Nasse und dann von Nees von Esenbeck. Es passt zu diesem naturphilosophischen Diskurs, dass Josef Ennemoser 1819 als Professor für Medizin und speziell für den »thierischen« Magnetismus nach Bonn berufen wurde, »um die heilige Sache des Magnetismus« im Rheinland zu vertreten, wie es der politisch einflussreiche Berliner Arzt David Ferdinand Koreff formulierte¹.

Studentenverbindungen: Burschenschaften und Landsmannschaften

Die ersten Studenten kamen aus der nächsten Umgebung Bonns und »wussten nichts von Landsmannschaften, von Corps, von Burschenschaften und studentischen Vereinigungen. Sie verbanden die Idee der Universität mit dem Studium dicker Bücher und nicht mit dem fröhlichen Zechen in Kneipgemeinschaften und dem Kitzel frühmorgendlicher Duelle um Ehre und Lieb-

1 Heinz Schott, *Medizin um 1800 und die Pionierzeit der Bonner Fakultät*, in: *Medizin, Romantik und Naturforschung, Bonn im Spiegel des 19. Jahrhunderts*, Bonn 1993, S. 19.

schaften.«² Dies sollte sich bald ändern. Der Burschschafter Karl Ludwig Sand ermordete am 23. März 1819 den Schriftsteller August von Kotzebue in Mannheim, was die geheimen »Karlsbader Beschlüsse« zur »Überwachung und Bekämpfung liberaler und nationaler Tendenzen im nach-napoleonischen Deutschland« zur Folge hatte. Sand gehörte der im Umfeld des Wartburgfests 1817 in Jena gegründeten Ur-Burschenschaft an. Die preußische Obrigkeit untersagte ihren Untertanen das Weiterstudium an der Universität Jena, sodass sich eine Reihe von Jenaer Studenten zum Sommersemester 1819 an der neuen Bonner Universität immatrikulierte. So gelangte die Burschenschaftsbewegung nach Bonn. Sie war im Unterschied zu den traditionellen, aus dem Mittelalter stammenden »Landsmannschaften« (*nationes*) von den Idealen der Französischen Revolution begeistert, wollte *alle* Studenten umfassen und zielte auf bürgerliche Freiheiten, soziale Gleichheit und vor allem auf die nationale Vereinigung Deutschlands ab. In diesem Sinne wurde im Mai 1819 in Bonn die Burschenschaft »Allgemeinheit« gegründet, die verschiedene Erinnerungsfeierlichkeiten, etwa an die Völkerschlacht bei Leipzig (1813) am 18. Oktober, ausrichtete³. An jener Feier nahm übrigens auch der Student Harry Heine teil⁴.

Man beauftragte den damaligen Studenten Hoffmann von Fallersleben mit der Ausarbeitung einer Satzung. Er war seinem Lehrer Friedrich Gottlieb Welcker, dem klassischen Philologen und Archäologen und Gründer der Bonner Universitätsbibliothek, 1819 von Göttingen nach Bonn gefolgt. Dort wurden auch Jacob Grimm und Ernst Moritz Arndt seine Dozenten. Hoffman von Fallersleben wurde Mitglied der »Alten Bonner Burschenschaft«⁵. Für diese auch »Die Allgemeinheit« genannte Verbindung gab er noch im selben Jahr (1819) die »Bonner Burschenlieder« heraus, das als deren Kommersbuch diente. Unter den insgesamt 136 Texten (u. a. von Goethe, Kerner, Uhland, Arndt) finden sich zwei eigene unter dem Pseudonym P. Siebel⁶. Hier die Schlussstrophe des Liedes »Auf einer Rheinfahrt«:

2 Thomas Becker, Bonner Studenten zwischen Restauration und Revolution, in: Das Band. Nachrichtenblatt der Bonner Westfalen 115 (2010), S. 7458–7462, hier S. 7459.

3 Becker (wie Anm. 2), S. 7459 f.

4 Ingrid Bodsch, Heinrich Heine und die Bonner Universität bei Aufnahme seines Studiums im WS 1819/20, in: Harry Heine stud. juris in Bonn 1819/20. Zum ersten Studienjahr Heinrich Heines (1797–1856) und zur Bonner Stammbuchblätterfolge von ca. 1820 des stud. med. Joseph Neunzig (1797–1877). Begleitbuch zur Ausstellung mit dem vollständigen Abdruck aller Albumblätter aus dem Stammbuch von Isaac Coppenhagen und der uns zusätzlich bekannten (topographischen) Motive aus der Bonner Stammbuchblätterfolge von Joseph Neunzig von ca. 1820, hrsg. von Ingrid Bodsch, Bonn 1997, S. 9–36, hier S. 12–16. Heine nahm erst nach seiner Taufe 1825 den Vornamen »Heinrich« an.

5 http://de.wikipedia.org/wiki/Hoffmann_von_Fallersleben#Berufsleben, aufgerufen am 11.04.2011.

6 <http://www.von-fallersleben.de/biographisches-51.html> aufgerufen am 15.04.2011.

»Schon hinter uns birgt sich im Nebelgrau
 Das Siebengebirge so ferne,
 Es schließt sich die reizende üppige Schau,
 Schon senket sich nieder der nächtliche Tau,
 Schon flimmert der Mond und die Sterne.
 Wer tummelt sich spät in die Nacht herein?
 Das sind nur die fröhlichen Burschen am Rhein⁷.«

In einem anderen Lied Hoffmanns kommt sogar Kessenich vor:

»Was mag da drüben wohl schweben
 Am kessnicher Hügelland?
 Es weilt an den sonnigsten Reben,
 Nimmt Trauben von Mädchens Hand
 Das sind nur die Burschen vom Rhein,
 Sie kommersiren in – –
 Hahaha, hahaha, heidideldei!
 Juchhei, tralalei!
 Sie kommersiren in Wein⁸.«

Hoffmanns Lebenserinnerungen geben einen wunderbaren Einblick in das Bonner Studentenleben der Gründergeneration.

Heinrich Heine, den wir bereits erwähnt haben, war am meisten von seinem Mentor August Wilhelm Schlegel beeindruckt. An einen Freund schrieb er, dass er in Bonn gelegentlich »schöner Busen halber [...] die Musen vernachlässigt habe«, worauf auch sein Widmungsvers an einen unbekanntem Empfänger hinweist:

»Hast du vertrauten Umgang mit Damen,
 Schweig⁹, Freundchen, still und nenne nie Namen:
 Um ihretwillen, wenn sie fein sind,
 Um deinetwillen, wenn sie gemein sind.
 Bonn. 1820. Harry Heine⁹.«

Gegenüber der Burschenschaftsbewegung verfolgten die Landsmannschaften andere Ziele. Sie hielten traditionelle Rituale des »Pennalismus« aus der frühen Neuzeit in Ehren, die mit der Schikanierung von »Füchsen« einherging und Handgreiflichkeiten gegen »Philister« nahe legte. Auch ritualisierte Feiern, oft üble Saufgelage (»Kneipen«) gehörten dazu. So bildete sich in Bonn eine »Kneipgemeinschaft«, die »Rhenania«. Dieser landsmannschaftliche Zirkel

7 Ludwig Denecke, Die »Bonner Burschenlieder« von 1819, gesammelt und herausgegeben von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, in: Studentenverbindungen und Verbindungsstudenten in Bonn, Haltern 1989, S. 45 – 52, hier S. 47.

8 Eduard Weber, Bonner Burschenlieder, Bonn 1819, S. 19.

9 Bodschi (wie Anm. 4), S. 31.

hatte unter den ca. 300 Bonner Studenten des Sommersemesters 1819 nur relativ wenige Mitglieder, die meisten schlossen sich den Burschenschaften an. Durch die oben erwähnten Karlsbader Beschlüsse kam es zur polizeilichen Überwachung der Universitäten und zur Suspendierung von Professoren. Für Bonn bedeutete dies, dass der polizeiliche Druck auf die Burschenschaft »Allgemeinheit« zunahm und beispielsweise Ernst Moritz Arndt suspendiert wurde, der eine Professur für Geschichte innehatte. Die »Demagogenverfolgung« führte zu einer Austrittswelle bei der Burschenschaft, wovon die Landsmannschaften, die sich nun als Corps bezeichneten, profitierten. So wurden im Mai 1820 die Studenten-Corps *Rhenania* und *Guestphalia* gegründet. Als kurze Zeit später die »Allgemeinheit« aufgelöst wurde, schlossen sich die Burschenschafter mit den Farben Schwarz-Rot-Gold unter dem Namen *Germania* zusammen. Die studentischen Corps und die Burschenschaften, beide nun vertreten in Bonn, wurden aufgrund der politischen Repression stark in ihren Aktivitäten beschnitten, den Mitgliedern drohten akademische Strafen (Karzer, Universitätsverweis) oder gar offizielle Haftstrafen.

Die Einzelheiten der weiteren Entwicklung der Bonner Studentenverbindungen sollen hier nicht detailliert wiedergegeben werden, etwa die »Schlacht von Endenich« am 8. Januar 1821, in der es zu einer Massenschlägerei zwischen Burschenschaftern der *Germania* mit Corps-Studenten der *Rhenania* und *Guestphalia* kam. Es ist von abgeschlagenen Nasen und anderen blutigen Blessuren die Rede¹⁰. Tatsache ist, dass die studentischen Vereinigungen im Vormärz streng observiert und teilweise verboten wurden. Ihr öffentliches Auftreten wurde erschwert, Farbentragen war untersagt. Die Studenten ersetzten die Couleur-Abzeichen (Band, Mütze, Fahne) jedoch durch entsprechend gefärbte Kleidungsstücke, womit sie sich in karnevalesker Form in der Öffentlichkeit zeigten und damit die Obrigkeit provozierten¹¹. Heute haben wir etwa 50 aktive Korporationen in Bonn, die größtenteils in überregionalen Verbänden organisiert sind, etwa im 1848 gegründeten Köseener Senioren Convents-Verband (KSCV), dem die ältesten Corps in Bonn angehören.

Hier sei nur auf drei von ihnen etwas genauer eingegangen: die Corps *Rhenania*, *Guestphalia* und *Borussia*. Es existieren zeitgenössische bildliche

10 Hans Gerhardt, Hundert Jahre Bonner Corps, Die korporationsgeschichtliche Entwicklung des Bonner SC von 1819–1918, Frankfurt am Main 1926, S. 32; vgl. Otto Oppermanns, Die Burschenschaft Alemannia zu Bonn und ihre Vorläufer. Geschichte einer deutschen Burschenschaft am Rhein. Erster Band 1814–1890, Bonn 1925, S. 55.

11 »So trugen die Westphalen grüne halbleinene Röcke und schwarz-weiß geflochtene kleine Strohhüte mit grünem Band und einem grünweißen Blumensträußchen darauf; im Winter schwarzen Astrachan mit grünem Obereinsatz und einer silbernen Agraffe darauf. Aber diese entging den Häscheraugen der Pedelle und dem Verdikt des gestrengen Salomon nicht und mußte beseitigt werden.« Karl Schorn, Lebenserinnerungen, Bd. 1, Bonn 1898, S. 56.

Darstellungen der Mensuren. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass der heute weltweit (wenn wir China mit einbeziehen) berühmteste deutsche Akademiker des 19. Jahrhunderts, nämlich Karl Marx, 1835/36 in Bonn Jura studierte und sich vermutlich Ende 1835 der Landsmannschaft der Treveraner (Trierer) anschloss, die sich am 10. August 1838 als *Corps Palatia* etablierte¹². Marx schlug in Bonn offensichtlich über die Stränge, wie überhaupt die Treveraner als trinkfeste und randalierfreudige Studenten galten: »Wegen ruhestörenden Lärms und Trunkenheit wurde er arretiert und machte anschließend Bekanntschaft mit dem Karzer (Studentengefängnis). Die Chronik berichtet, daß Marx über seinem Schreibtisch bis zuletzt Band, Mütze und Schläger hängen hatte, die Insignien seiner Studentenverbindung¹³.« Angeblich kann man Karl Marx auf der Lithographie »Trierer Tischgesellschaft« vor dem Weißen Ross in Godesberg (1836)¹⁴ sehen (hintere Reihe, dritter von rechts), wahrscheinlich die früheste Abbildung von Karl Marx.

Was war nun das Studentenideal? Es kamen aus heutiger Sicht recht unterschiedliche Strömungen zusammen: Ideale der Französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit), romantische Gefühle der Naturverbundenheit (Rheinromantik), wissenschaftliche Aufbruchstimmung als Mitglieder einer Reformuniversität, und nicht zuletzt Sehnsucht nach Freiheit und nationaler Einheit. Es war bezeichnenderweise der ehemalige Bonner Burschenschafter Hoffmann von Fallersleben, der dann 1841 auf Helgoland das »Deutschlandlied« verfasste.

Zum akademischen Unterricht in Bonn

Wie sah die Lehre an der neu gegründeten Universität in Bonn aus? Das lässt sich beispielhaft am medizinischen Curriculum zeigen. Friedrich Nasse, ein Schüler des berühmten Hallener Medizinprofessors Johann Christian Reil, wurde 1819 als Direktor der Medizinischen Klinik nach Bonn berufen, die er in der Einheit von »Hospital- und Poliklinik« bis zu seinem Tod 1851 leitete und die im Südwestflügel des heutigen Universitätshauptgebäudes untergebracht war. Die Klinik hatte 30 Betten. »Zum Dienste sämtlicher Kranken sind der Direktor der

12 Ingrid Bodsch, Karl Marx und Bonn 1835/1836 und 1841/1842, in: Dr. Karl Marx. Von Studium zur Promotion. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung des StadtMuseums Bonn in Kooperation mit dem Archiv der Friedrich-Schiller-Universität Jena, hrsg. von Ingrid Bodsch, Bonn 2012, S. 9–28, hier S. 18–21.

13 http://www.die-corps.de/Alles_rechts_oder_was.167.0.html aufgerufen am 13.04.2011.

14 Gerhardt, (wie Anm. 10), S. 87.

Anstalt, zwei Assistenzen, von denen einer ein geprüfter Arzt sein muss, und ein auf Aderlassen, Schröpfen usw. eingeübter Diener¹⁵.«

Nasse führte die seinerzeit modernste physikalische Diagnostik in die Krankenbehandlung und den klinischen Unterricht ein (u. a. Stethoskop, Thermometer, Mikroskop). Er verknüpfte die Krankenbehandlung mit dem klinischen Unterricht, sodass wir hier von einer Art *bedside teaching* sprechen können. Die Kursgröße von 1824 betrug 24 Studenten. Die Aufgabe der sogenannten pathologischen Übungen war es, die Studenten »nun am Krankenbette beobachten und untersuchen, sie was dem Arzte so Noth thut, sehen zu lehren, Aeusseres und Inneres.« Studenten durften den Professor auch bei Hausbesuchen begleiten. Ob sie dabei Schnupftabak benutzten, ist nicht bekannt. In der »Medizinischen Topographie« von Dr. Velten ist nämlich zu lesen, dass der Schnupftabak »für manche Stände, besonders für Ärzte, die sich in den Hütten der Armen herumtreiben und ekelhaften Gerüchen ausgesetzt sind, ein Mittel [ist], diese unangenehmen Eindrücke erträglich zu machen¹⁶.«

Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Kooperation des Klinikers Nasse mit dem Psychiater Maximilian Jacobi, der die erste »Irren-Anstalt« der Rheinprovinz in Siegburg 1825 eröffnete. Die Studenten erhielten die damals in Deutschland einzigartige Möglichkeit, praktische Erfahrung mit Geisteskranken zu machen. Das »Siegburger Hauspraktikum« wurde Medizinstudenten höherer Semester der Universität Bonn als ein vierwöchiger praktischer Kurs angeboten. Hierzu mussten sie eine Vorprüfung absolvieren. Für den Aufenthalt in Siegburg erhielten sie eine Unterstützung von 20 Talern aus Universitätsmitteln. Während des Praktikums lernten sie die wichtigsten psychiatrischen Krankheitsbilder aus eigener Anschauung kennen¹⁷.

Zu den Bonner Innovationen in der Lehre zählte auch die Gründung des ersten naturwissenschaftlichen Seminars in Preußen im Jahr 1825¹⁸. Fünf Professoren aus unterschiedlichen Fachrichtungen, darunter Nees von Esenbeck, entwarfen ein integriertes Studium von Physik, Chemie, Mineralogie, Biologie und Zoologie. Die damit verbundenen (und z. T. heute noch existierenden) Institute und Sammlungen einschließlich des Botanischen Gartens erlaubten den Studenten einschlägige Praktika und umfassende Studien- und Forschungs-

15 Anton Velten, *Medizinische Topographie des Kreises Bonn* von Dr. Anton Velten, Eine Beschreibung von Land und Leuten um 1825, Hg. Von Dieter Körschner, Bonn 1988, S. 205.

16 Ebd. S. 177.

17 Schott (wie Anm. 1), S. 27.

18 Heinz Schott und Gerd Schubring, Bonn – Wissenschaftsstadt am Rhein, in: *Nachrichtenblatt der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Medizin, Naturwissenschaft und Technik e. V.*, Hg. Vom Vorstand der Gesellschaft 35 (1995), Heft 1, S. 8 ff.

möglichkeiten. Das Poppelsdorfer Schloss bildete gewissermaßen ein »integriertes Groß-Institut für Forschung und Lehre in der Naturwissenschaft«¹⁹.

Exkurs: Johannes Müller, ein Bonner Student und Professor

Johannes Müller ist sicher der bedeutendste Mediziner, den die Bonner Universität im 19. Jahrhundert hervorgebracht hat. 1801 in Koblenz geboren, studierte er Medizin in Bonn und Berlin und habilitierte sich mit 23 Jahren in Bonn für die Fächer Anatomie und Physiologie. 1827 wurde er hier außerordentlicher Professor und 1830 Ordinarius. 1833 folgte er einem Ruf nach Berlin, den er bis zu seinem relativ frühen Tod 1858 innehatte. Ich will hier nicht auf das Lebenswerk und die überaus große Wirkung dieses Naturforschers näher eingehen, sondern nur eine Episode aus seiner Bonner Studienzeit wiedergeben und seine anschließende Tätigkeit als Dozent bzw. Professor streifen.

1820 stellte die Medizinische Fakultät die Preisaufgabe, »daß durch Beobachtungen und Experimente bei lebenden Tieren festgestellt werden sollte, ob im Foetus, solange er im Uterus verweilt und von seinen Eihüllen umschlossen ist, eine Atmung stattfindet«²⁰.« Der 20jährige Student ging daran, diese Aufgabe zu lösen. 57 Vivisektionen führte er an Kaninchen, einer Katze und einem Schaf durch. »Um Material für seine Versuche zu bekommen, durchstreifte Müller mit seinen Genossen oft zu Pferde die ganze Umgebung von Bonn, so daß man ihn auf den Bauernhöfen schon kannte... So hatten die fröhlichen Burschen einst einen Ritt an die Ahr gemacht und, während sie in der schattigen Laube des Wirtshauses den rubinroten Ahrwein schlürften, fiel der Blick des jungen Forschers auf eine herumschleichende Katze, die ihre Mutterschaft nicht verleugnen konnte. Sofort rief er die Genossen zusammen, um Mittel und Wege zu finden, wie er sich in den Besitz des kostbaren Tieres setzen könne. Nach einer Verabredung wurde von den andern ein Streit inszeniert, durch den die Aufmerksamkeit des Wirtes abgelenkt wurde, währenddessen hatte Hannes der Große die Katze gepackt, sie in den Sack gesteckt und wohlverschnürt hinten an seinen Sattel gebunden, so jagte er mit ihr davon nach Bonn.« Müller erhielt den Preis, seine Preisschrift wurde 1823 veröffentlicht²¹. Müller war sicher kein blutrünstiger Experimentator. In seiner Antrittsvorlesung von 1824, die er als 23jähriger frischgebackener Privatdozent im gerade neu errichteten Anatomischen Theater hielt (dem heutigen Akademischen Kunstmuseum), legte er eine recht behut-

19 Wie Anm. 18.

20 Wilhelm Haberling, Johannes Müller, Das Leben eines rheinischen Naturforschers, Auf Grund seiner Quellen und seiner Briefe dargestellt, Leipzig 1924, S. 37.

21 Johannes Müller, De respiratione foetus, commentatio physiologica [...], Leipzig 1823.

same Einstellung gegenüber dem Tierversuch an den Tag. Er gab der Naturbeobachtung – ganz im Sinne des von ihm verehrten Goethe – den Vorrang gegenüber dem Versuch: »Die Beobachtung schlicht, unverdrossen, fleißig, aufrichtig, ohne vorgefaßte Meinung; – der Versuch künstlich, ungeduldig, emsig, abspringend, leidenschaftlich, unzuverlässig. [...] Man darf die Natur nur auf irgendeine Weise gewalttätig versuchen; sie wird immer in ihrer Not eine leidende Antwort geben²².«

Müller veröffentlichte in Bonn als junger Privatdozent und dann Professor eine Reihe von wichtigen Monographien, insbesondere zum Gesichtssinn und zur Entwicklungsgeschichte der Genitalien. Seine Verehrung Goethes ist bemerkenswert (und durchaus zeittypisch). 1824 wurde Müller in die Leopoldina aufgenommen und sogleich zu ihrem Sekretär unter Nees von Esenbeck bestellt, was vermuten lässt, dass zwischen beiden ein gutes persönliches Verhältnis bestanden haben muss. »Hierfür erhielt er ein sehr willkommenes Entgelt von jährlich 200 Talern«²³. Dieses Zubrot verlor Müller 1830, als Nees nach Breslau zwangsversetzt wurde und mit ihm der Sitz der Leopoldina umzog. Das dürfte Müller in seinem Entschluss, sich um einen Ruf nach Berlin zu bemühen, bestärkt haben.

Ausblick: Zum Studentenideal einst – und heute?

Im frühen 19. Jahrhundert führte die Humboldt'sche Universitätsreform in Preußen zu einer Neuausrichtung der akademischen Lehre. Das Bildungsideal nach dem Motto »Bildung zur Selbstbildung« wurde hochgehalten. Wilhelm von Humboldt schrieb im Dezember 1809 in seinem Bericht an den preußischen König: »Es gibt schlechterdings gewisse Kenntnisse, die allgemein sein müssen, und noch mehr eine gewisse Bildung der Gesinnungen und des Charakters, die keinem fehlen darf²⁴.« Und weiter schrieb er: »Der wahre Zweck des Menschen [...] ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste und unerlässliche Bedingung.«

Wahrscheinlich war diese »Bildung« damals nicht nur das Ideal wohlmeinender Professoren, sondern auch das vieler Studenten. Dieses verstand sich jedoch nicht als eine *l'art pour l'art*. Denn die Gründungsgeneration der Bonner

22 Johannes Müller, Von dem Bedürfnis der Physiologie nach einer philosophischen Naturbetrachtung vom 19. Oktober 1824, in: Adolf Meyer-Abich (Hg.), *Biologie von Goethe und den großen Naturforschern seiner Zeit* [...], Stuttgart 1949, S. 269 f.

23 Haberling (wie Anm. 16), S. 59.

24 Wilhelm von Humboldt, Ueber die mit dem Königsbergischen Schulwesen vorzunehmenden Reformen [1809], in: Albert Leitzmann (Hg.), *Wilhelm von Humboldts Werke* (Wilhelm von Humboldts gesammelte Schriften, Bd. 13), Berlin 1920.

Studenten hatte – zusammen mit manchen ihrer Lehrer – eine politische und z. T. sozialreformerische oder gar -revolutionäre Mission vor Augen. In der demokratischen vaterländischen Bewegung übernahmen Studenten die Rolle der *Avant-garde*. Hierbei spielten das gesellige Beisammensein und der geistig-freundschaftliche Gedankenaustausch eine wichtige Rolle. Das Hambacher Fest von 1832 war ein Höhepunkt des studentischen Selbstbewusstseins im Vormärz. Keine Frage: Die Politik spielte eine zentrale Rolle im Studentenleben. Die Verbindung mit den Professoren war insofern eng, als die Studentenzahlen gering waren und die Universität als eine gemeinsame Körperschaft mit eigenen Ritualen und Gesetzmäßigkeiten gegenüber der übrigen Gesellschaft auftrat und von dieser so empfunden wurde.

Machen wir einen Sprung in die Gegenwart. Heute ist die Rede von Modulen, Gegenstandskatalogen, Prüfungsordnungen, *work load*, d. h. Arbeitsaufwand pro Zeiteinheit als Bemessungsgrundlage für die Vergabe von *credit points*, etc. Die Begriffe Bildung und Freiheit kommen in heutigen Gesetzen und offiziellen Verlautbarungen nur noch oberflächlich vor, substantziell scheinen sie verschwunden zu sein. So ist im »Hochschulfreiheitsgesetz« NRW zwar von »Freiheit« die Rede, aber sie ist anders gemeint. Auch von »Bildung« ist die Rede, freilich in ganz anderer Bedeutung: Es geht jetzt um »Bildung von Forschungsschwerpunkten« oder »Bildung des Hochschulrats«. Unsere heutige Universität, die sich zunehmend als Dienstleistungsunternehmen versteht, hat mit der damaligen wohl ebenso wenig oder ebenso viel zu tun, wie die heutige Gesellschaft mit der damaligen.

Was ist das Studentenideal heute? Welchen Wert haben überhaupt noch das studentische Zusammenleben und das persönliche Lehrer-Schüler-Verhältnis im Zeitalter von Internet und *Wikipedia*, digitalen Bibliotheken und genormten *Curricula*, zentralen Prüfungen und elektronischer Studienplatzvermittlung etc.? Gerade in den jüngsten Studentenprotesten gegen die Studiengebühren zeigte sich interessanterweise jenseits materieller Forderungen das Bedürfnis nach Bildung in Freiheit und der Name Humboldts wurde sehr häufig von allen Seiten ins Feld geführt. Die Sehnsucht nach einem gemeinsamen geistigen Horizont an der Universität ist heute offenbar immer noch lebendig, die Sehnsucht nach wissenschaftlicher Erkenntnis jenseits ihrer ökonomischen Verwertung und letztlich nach einer besseren, gerechteren Welt.

Wir haben eingangs gehört, dass die Studentenverbindungen genau das taten, was die Universitäten nach der Humboldt'schen Reform selbst nicht mehr bewerkstelligen konnten, nämlich zu einem Gemeinschaftsleben erziehen. Auch hier könnten wir uns fragen: Wo und wie findet die heutige Sozialisation der Studenten statt? Natürlich gibt es punktuell auch heute noch studentische Verbindungen, Clubs, Vereine, Hochschulgemeinden etc. Aber im Rahmen der modernen Massenuniversität stellen sie doch eher verzierendes Beiwerk dar. Im

Großen und Ganzen können wir heute kaum von einem verbindlichen Ideal sprechen, das die Masse der Studierenden geistig erfüllen würde. Aber: Trotz Bologna-Prozess und Ökonomisierung ist nach meinem Eindruck die idealistische Utopie der abendländischen Universität im Allgemeinen und der Humboldt'schen Universitätsreform im Besondern noch nicht ganz tot. Sie lebt sozusagen unterschwellig, subkortikal, weiter, als Sehnsucht nach einer wahrhaftigen Gemeinschaft von Wissbegierigen (*curiosi*) im Dienste emanzipatorischer Wissenschaft. Diese Sehnsucht scheint mir bei heutigen Studierenden und ihren Professoren oft lebendiger, als diese sich selbst eingestehen wollen.

Ritualisierte Geselligkeit. Bonner Studenten im Vormärz

Am Heiligabend 2006 schloss die Gaststätte »Im Hähnchen« am Bonner Münsterplatz nach über 200 Jahren den Schankbetrieb¹. Es könnte behauptet werden, dass mit dem »Hähnchen« nicht nur ein Stück Bonner Kneipenkultur verloren ging, sondern auch eines der wenigen Monumente für Bonner Studenten im 19. Jahrhundert. Von den meisten Vorbeigehenden und Gästen unbeachtet waren die Fenster des Hauses. Im Stil von Kirchenfenstern zeigten die in Blei gefassten Glasmalereien neben Szenen des Bonner Stadtlebens auch ein Segment, das sich ausschließlich den Bonner Studenten widmete. In der Szene konnten die dargestellten Personen anhand ihrer Mützen und Bänder als Verbindungsstudenten identifiziert werden².

Mit Gründung der Bonner Universität durch König Friedrich-Wilhelm III. im Oktober 1818 entwickelte sich im Rheinland eine spezifisch männliche studentische Kultur. Die geschlechtsspezifische Homogenität ist ein exponiert immanenter Faktor für den gewählten Zeitraum des Beitrages: Bis 1896 waren Frauen an den preußischen Universitäten nicht präsent. Den Status als ordentliche Studentinnen erhielten sie erst 1908³, nach mehr als einem Jahrzehnt Gasthörerschaft. Der wahrscheinlich letzte sichtbare und als solcher wahrnehmbare Indikator einer (materiellen) Studentenkultur des 19. Jahrhunderts ist der auf dem Schlosskirchenhof stehende Studentenbrunnen mit seinen in Stein verewigten Zeugnissen des Bonner Studentenlebens. Die Reliefs zeigen neben anderen Szenen insbesondere das Fechten und ausschweifendes Trinken in der Gastwirtschaft als prägende Elemente der Bonner Studentenkultur. Meinen Beitrag verstehe ich vorwiegend als einen Ergebnisbericht meiner Ma-

1 Vgl. <http://www.bnlog.de/index.php/archiv/2006/12/29/hendl-ade/>, abgerufen am 28.08.09.

2 Mütze und Band sind die essentiellsten Symbole des sogenannten Couleurs, das die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Studentenverbindung markiert. Vgl. Friedhelm Golücke, Studentenwörterbuch. Das akademische Leben von A bis Z, Graz 1987, S. 491.

3 Vgl. Paul Schmidt, Vorgeschichte und Anfänge des Frauenstudiums in Bonn. In: Bonner Geschichtsblätter 42 (1992), S. 545 – 569, hier S. 552 f.

gisterarbeit die sich mit studentischer Kultur während der ersten 20 Jahre der Bonner Universität befasst.

Der zeitliche Rahmen der Untersuchung umfasst zwei zentrale Eckpunkte der universitären Entwicklungsgeschichte: Zum einen die Karlsbader Beschlüsse von 1819, zum anderen das Ende der restaurativen Politik des preußischen Staates mit dem Amtsantritt Friedrich Wilhelms IV 1840⁴.

Durch die Abgrenzung des Untersuchungsraums und der Untersuchungszeit können Kulturelemente sichtbar gemacht und eindeutig einzelnen Akteuren oder Gruppen zugeordnet werden. Erst so werden die regionalen Besonderheiten erfasst, spezifische Entwicklungen erkannt und mit anderen Studien auf nationaler oder internationaler Ebene vergleichbar gemacht.

Voraussetzungen für die Entwicklung einer studentischen Kultur des 19. Jahrhunderts

Gab es um 1800 in Preußen nur fünf kleine, wenig attraktive und kaum existenzfähige Universitäten – Halle, Frankfurt an der Oder, Königsberg, Breslau und Duisburg –, läutete die Gründung der Berliner Hochschule 1810 eine neue Epoche der preußischen Bildungspolitik ein. Jedoch war nur drei Jahre zuvor durch den Tilsiter Vertrag die Universität Halle dem neu gebildeten Königreich Westfalen zugeschrieben worden. Damit büßte der preußische Staat seine bedeutendste Hochschule ein und musste den Verlust dringend kompensieren. Nur in Berlin war es möglich, schnell und mit vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln eine neue Hochschule zu gründen⁵.

Maßgeblich an ihrer Gründung beteiligt war der nur 16 Monate im Amt weilende Geheime Staatsrat und Direktor für Kultus und Unterricht im Ministerium des Innern Wilhelm von Humboldt. In dieser vergleichsweise kurzen Zeit legte er das Fundament für eine Reform des Bildungswesens und veränderte das Profil der Hochschulen maßgeblich⁶. Ihm ist es auch in großen Zügen zuzuschreiben, dass Forschung und Wissenschaft Vorrang vor einer bloßen Lehre eingeräumt wurden. Das Postulat der wissenschaftlichen Freiheit und die Wis-

4 Vgl. exemplarisch: Jakob Nolte (Hg.), *Demagogen und Denunzianten* (Schriften zur Rechtsgeschichte 132), Berlin 2007 und Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, Bonn 2002, S. 74 ff.

5 Vgl. Steven Turner, *Universitäten*. in: Karl-Ernst Jeismann/Peter Lundgreen (Hg.), *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte*. Bd. 3. 1800 – 1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches 1987, S. 221 – 249.

6 Vgl. Manfred Geier, *Die Brüder Humboldt. Eine Biographie*, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 267 ff.

senschaft im Zentrum des Interesses bedeutete für die klassische Lehr- und Lernuniversität das Aus. In den Universitäten sollten nun die Lehrenden in direkter Konkurrenz stehen, um so die »forschende Lehre und lehrende Forschung«⁷ zu stärken und qualifizierte Fachprofessoren auszubilden. Die umfangreiche Ausbildung der philosophischen Fakultät sollte besonders das wissenschaftliche Urteilsvermögen der Studenten schärfen. Um dieses hoch gesetzte Ziel bereits früh zu verfolgen, förderten Humboldt und Altenstein die Idee des Einheitsschulwesens, das den Bereich der Elementarschulen, der höheren Schulen und der Universitäten als geschlossenes nationales Bildungssystem verstand. Diese Abfolge von Bildungsstätten stand in direktem Zusammenhang und die jeweils tiefer gelegene Stufe ermöglichte den Zugang zur nächsthöher gelegenen Bildungseinrichtung⁸.

In diesem System der aufeinander abfolgenden Ausbildungsstätten kam dem Staat eine wichtige Rolle zu: Humboldt forderte eine Verantwortlichkeit des Staates und dass dieser die Leitung und Verwaltung des Unterrichtswesens zu übernehmen hätte. Demzufolge blieb auch die Ernennung und Auswahl der Dozenten Staatsangelegenheit⁹. Allen Reformen zum Trotz wurde im rechtlichen Aufbau der Universitäten an bekannten Strukturen festgehalten. So blieb das Prinzip der Körperschaften bestehen und die akademischen Lehrer und Studenten waren unter dem Begriff des »Bürgers« vereint und den akademischen Gesetzen verpflichtet¹⁰. Dieses Prinzip der akademischen Selbstverwaltung durch Rektor, Senat und den Fakultäten baute unter anderem maßgeblich darauf, dass den Universitäten eine eigene Rechtssprechung zugesichert wurde. So förderte das Reglement vom 28. Dezember 1810 die akademische Gerichtsbarkeit der preußischen Hochschulen und trug zur körperschaftlichen Autonomie bei¹¹.

Als ein aus diesen Voraussetzungen resultierendes Problem kann das Spannungsverhältnis zwischen dem universitären Anspruch, einerseits eine Stätte der freien Wissenschaft und gleichzeitig der Universitätshoheit ausgeliefert zu sein, betrachtet werden. Der wirksamste und heute noch am häufigsten wahrgenommene Eingriff der Regierung in das Wirken der Universitäten waren die

7 Rainer A. Müller, *Geschichte der Universität. Von der mittelalterlichen Universitas zur deutschen Hochschule*, München 1990, S. 132.

8 Vgl. ebd., S. 276.

9 Vgl. Christophe Charle, *Grundlagen*, in: Walter Rüegg (Hg.), *Geschichte der Universität in Europa. Von der Reformation zur Französischen Revolution*, München 1996, S. 43–80, hier S. 56.

10 Vgl. Thomas Ellwein, *Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Königstein 1985, S. 111 ff.

11 Vgl. Karl Theodor Schäfer, *Verfassungsgeschichte der Universität Bonn 1818 bis 1960. Mit Anhang Bonner Kuratoren 1818 bis 1933 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn)*, Bonn 1968.

Karlsbader Beschlüsse von 1819. Der Staat schuf mit diesen Beschlüssen ein wirksames Instrumentarium zur regelmäßigen, weitreichenden Kontrolle des universitären Alltags und setzte Regierungsbevollmächtigte ein, die Professoren und Studenten zu überwachen hatte. Diese vertraten diese Ämter zwar meist eher als passive Vertreter der Staatsverwaltung, behielten aber ihre Funktion bis zur Revolution 1848 inne¹².

Anders als im heutigen Universitätsbetrieb übernahmen so die Universitäten, aber auch die Kommilitonen, familiäre Aufgaben im Leben eines jungen Studenten – vorrangig war dies natürlich der Bildungsauftrag der Hochschule, aber auch Erziehungs- bzw. Reglementierungsaufgaben der noch Heranwachsenden wurden seitens der Universitäten übernommen. Dies sollte sich mit den preußischen Reformen seit 1807 ändern. Zwar waren die Jugendlichen durch die Einführung des Abiturs und Erhöhung des Mindestalters für eine Immatrikulation tatsächlich im Durchschnitt älter geworden, jedoch beachtete der Staat nicht, dass sie durchaus noch wie es Harm Hinrich Brandt formuliert »Orientierungs- und Sozialisierungsbedürfnisse«¹³ entwickeln könnten. Da die Universitäten diese Bedürfnisse nicht mehr befriedigen konnten und wollten, blieb den Studenten nur der private Bereich zur gemeinsamen Sozialisierung überlassen. Die durch die Reformen entstandenen Freiräume ebneten nun den Weg für spezifisch studentische Kulturmuster, in denen »sich Formen einer [...] Studentenkultur etablierten, die für das Profil des akademischen Bildungsbürgertums insgesamt prägende Konsequenzen hatte«¹⁴.

Wie einige der ersten Bonner Studenten diese entstandenen Freiräume nutzten und sich selbst organisierten, beschreibt ein damals 20 jähriger August Heinrich Hoffmann – besser bekannt mit seinem Namenszusatz von Fallersleben – folgendermaßen:

»Da beschlossen wir dann: Wir wollen keine Burschenschaft und keine Landsmannschaft sein, wir wollen keinen geschriebenen Komment haben, sondern, was uns gut und zweckmäßig scheint und sich durch Erfahrung bewährt hat, als Gesetz halten; wir nennen uns Allgemeinheit, denn jeder Student der nichts Unehrenhaftes sich hat zu Schulden kommen lassen, ist Mitglied«¹⁵.

12 Vgl. Turner (wie Anm. 5), S. 236; Zur Geschichte des 19. Jahrhunderts und zur Revolution von 1848 vgl. exemplarisch Jürgen Kocka/Bruno Gebhardt/Rolf Häfele, Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft, 10., völlig neu bearb. Aufl., Stuttgart 2004; Alexa Geisthövel, Restauration und Vormärz 1815–1847, Paderborn 2008; Frank Lorenz Müller (Hg.), Die Revolution von 1848/49. 2., überarb. Aufl., Darmstadt 2006.

13 Harm-Hinrich Brandt, Studierende im Humboldt'schen Modell des 19. Jahrhunderts. In: Rainer Christoph Schwinges (Hg.), Humboldt International. Der Export des deutschen Universitätsmodells im 19. und 20. Jahrhundert, Basel 2001, S. 131–150, hier S. 146.

14 Ebd. S. 146.

15 Heinrich von Hoffmann Fallersleben: Aus meinem Leben. Bd. 1, Hannover 1868, S. 163.

Wie diese Lebenserinnerungen verdeutlichen war man bemüht der Burschensversammlung der »Allgemeinheit« einen möglichst unpolitischen Charakter zu geben und sie für alle Studenten offen zu halten. Auch die damals üblichen antijüdischen Bestimmungen von Burschenschaften in anderen Universitätsstädten hielten keinen Einzug in die Entwürfe der Bonner Burschenschaft. So fand auch der damals noch nicht konvertierte Jude Harry Heine – er ließ sich 1824 protestantisch unter dem Namen Heinrich Heine taufen – einen Platz in der Allgemeinheit. Damit war die erste Vereinigung von Studenten nach unserer heutigen Vorstellung gewissermassen der AstA der Universität Bonn.

Ganz anders als von Fallersleben die Bonner Burschenschaftsbeschlüsse beschreibt, sah jedoch die Realität an der neugegründeten Universität aus. Seit ihrer Gründung am 18. Oktober 1818 entbrannte innerhalb der Studentenschaft ein Machtkampf um die Herrschaft über die unorganisierten Studenten. Besonders die herbeireisenden Landsmannschafter und Burschenschaftler, die sich an der politisch noch jungfräulichen erscheinenden Universität eingeschrieben hatten, brachten von den zuvor besuchten Hochschulen Bräuche, Lieder, Bekleidungsstile und nicht zuletzt geschriebene Regelwerke – die sogenannten Komments – mit. Diese Regularien nahmen entscheidenden Einfluss auf die kulturelle Entwicklung der Studentenschaft der Universität.

Die zu beschreibenden Prozesse und Strukturen waren jedoch nicht regionalgenau, sondern Ergebnis eines Diffusionsprozesses: Die im Untersuchungszeitraum noch sehr junge Bonner Universität diente besonders den von auswärtigen Universitäten kommenden Studenten als eine Leinwand für bereits – auswärtig – erlernte Kulturpraktiken. Durch die älteren, schon in den symbolhaften Handlungen geübten Studenten erfuhr die Entstehung und Ausformung einer gruppenspezifischen Identität eine explosionsartige Konjunktur.

Welche Bräuche und Rituale sich innerhalb der ersten 20 Jahre in der Geschichte der neuen Universitätsstadt etablierten, soll exemplarisch anhand einiger Beispiele aufgezeigt werden. Zunächst daher an dieser Stelle eine kurze Definition von dem, was die volkskundliche Forschung unter Ritual und Brauch versteht.

Der Brauchbegriff – als Kernelement volkskundlicher Forschung – wird in der Kulturwissenschaft kontrovers diskutiert. In der älteren Volkskunde war er noch primär von einer Kontinuitätsprämisse geprägt. Daraus leitete die Forschung die Annahme ab, Bräuche seien zeitlose und sich in Form und Funktion nicht wandelnde Handlungskomplexe. Neuere Studien hingegen belegten den permanenten Wandel¹⁶. Somit handelt es sich bei Bräuchen um »keine beliebige,

16 Vgl. exemplarisch Andreas C. Bimmer, Brauchforschung. In: Rolf Wilhelm Brednich (Hg.), Grundriß der Volkskunde. Einführung in die Forschungsfelder der europäischen Ethnologie, 3. Auflage Berlin 2001, S. 445–468; ders./Gitta Böth/Annemie Schenk/Harald Schäfer/Do-

spontan ablaufende Handlung«, sondern sie erfordert eine »bestimmte Regelmäßigkeit und Wiederkehr, eine [...] ausübende Gruppe, für die dieses Handeln Bedeutung erlangt, sowie einen durch Anfang und Ende gekennzeichneten Handlungsablauf, dessen formale wie zeichenhafte Sprache der Trägergruppe bekannt sein muß¹⁷.« Helge Gerndt stellt zusätzlich den Charakter des »sozial sanktionierenden Handlungssystems« heraus¹⁸. Das Ritual hingegen ist

»eine Handlung, die individuell oder in der Gemeinschaft vollzogen werden kann. Die Handlung wird meist unbewusst vollzogen, ist aber zweckgerichtet. Sie schafft Orientierung, emotionale Sicherheit oder ist ein Instrument sozialer Kommunikation. Ein Ritual hat Elemente, die tradiert sind, kann aber auch ein hohes Maß von Individualität beinhalten. Wird ein Ritual nicht vollzogen, so muss es nicht zwangsläufig zu einer sanktionierenden Reaktion kommen. Aus der Zwangsläufigkeit der rituellen Gestaltung bestimmter sozialer Situationen ergibt sich zudem die universelle Existenz von Ritualen¹⁹.«

Im Falle der neugegründeten Bonner Universität hatten die Studenten für die Etablierung ihrer Bräuche und Rituale einen ausreichend großen Spielraum. Das neu entstandene kulturelle Vakuum wollte gefüllt werden, denn wie Hoffmann von Fallersleben in seinen Lebenserinnerungen berichtet, wussten die

»Bürger [...] nicht, was aus ihnen und ihrer guten Stadt Bonn noch werden sollte. Sie hatten weder von einer deutschen Universität noch von deutschen Studenten die geringste Ahnung. [...] Sie wunderten sich nicht wenig, daß Professoren so hochangesehene Leute waren, bei ihnen hieß ja jeder Schulmeister Professor. Daß Studenten was ganz Besonderes sein sollten, konnten sie nicht begreifen, waren sie doch selbst Studenten gewesen, denn wer eine Schule besuchte, besonders eine sogenannte Lateinische, war ein Student. Es dauerte eine Zeit, ehe sie an das freie muntere Wesen der Studenten und ihre Sitten und Gebräuche sich gewöhnten, und sich darein fanden, mit ihnen die besuchtesten Vergnügungsorter teilen zu müssen²⁰.«

Besonders die Bonner Gasthäuser und die umliegenden Biergärten waren für die Studenten beliebte Orte zur Zusammenkunft. Aber auch die kleinen Studentenzimmer – gerade in den ersten Jahren litt Bonn an akuter Wohnungsnot –

rothea Zeh (Hg.), *Brauch – Familie – Arbeitsleben. Schriften von Ingeborg Weber-Kellermann* (Marburger Studien zur vergleichenden Ethnosozioologie, Bd. 10), Marburg 1978 sowie Lars Winterberg, *Halloween – Zur Genese, Entwicklung und Rezeption eines modernen Kulturmodells*. In: *KulTour* 1 (2006), S. 5 – 25.

17 Bimmer a. a. O., S. 445.

18 Helge Gerndt, *Studienskript Volkskunde. Eine Handreichung für Studierende*. 3., aktualisierte und um ein Nachw. erw. Aufl., Münster 1997.

19 Gunther Hirschfelder, *Mittsommer, Sonnenwende und Johannisfeuer im Rheinland zwischen Tradition und Inszenierung*, in: *Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde* 50 (2005), S. 101 – 140, 2005, hier S. 117.

20 Heinrich von Hoffmann Fallersleben/Heinrich Gerstenberg, *Briefe von [Heinrich] Hoffmann v. Fallersleben*. An meine Freunde, Berlin 1907, S. 161.

dienten als Räume für Spielabende, wilde Zecherein oder wurden als Versteck für verbotene Duellwaffen benötigt.

Besonderen Niederschlag finden diese Elemente des studentischen Lebens in den Disziplinarakten der akademischen Gerichtsbarkeit. Sie erlauben so Rückschlüsse auf alltägliche Handlungen. Besonders hervorzuheben sind die Karzerbücher und Verzeichnisse der verurteilten Studierenden²¹. Diese Akten wurden von den Aufsehern des Karzers geführt und geben unter anderem in tabellarischer Form Auskunft über folgende Angaben: Name, Art des Vergehens und in einem Sonderfeld Bemerkungen zum Betragen des Häftlings. So wurde häufig vermerkt, wenn der Häftling betrunken in seine Zelle einrückte oder er sich mit anderen Inhaftierten lautstark in den Zellen betrank. Ein – so scheint es zumindest – fideles Gefängnis.

Ritualisierte Geselligkeit im Spiegel der Akademischen Gerichtsbarkeit

Insgesamt beherbergte der Bonner Karzer in den ersten 22 Jahren der Universität 989 Häftlinge – manche von Ihnen kamen im Verlauf ihres Studiums bis zu fünfmal in das Studentengefängnis und genossen hier den noch unverbauten Blick über Rhein und Siebengebirge. Nach der vollständigen Auswertung der Karzerbücher für den Untersuchungszeitraum ergab sich, dass einige Taten der Studenten besonders häufig zu einer Verurteilung führten.

So wurden alleine für den Tatbestand des Duells 159 Studenten in den Karzer gebracht. In dieser Rechnung sind allerdings die ebenfalls an den Duellen teilnehmenden Sekundanten und Unparteiischen nicht enthalten. Bezieht man diese mit in das Gesamtergebnis ein, so führte der Komplex der Duelle zu 276 Richtersprüchen. Für lärmende Handlungen auf der Straße wurden 181 Verurteilen ausgesprochen.

Noch mehr Inhaftierungen erfolgten aufgrund des zu langen Bleibens im Wirtshaus – die Sperrstunde war im Sommer auf 23 Uhr, im Winter auf 22 Uhr gelegt worden. Kontrolliert wurden dabei in den meisten Fällen nur die Gasthäuser innerhalb der Bonner Stadtmauer, die umliegenden Dörfer konnten von den drei Pedellen nur unzureichend kontrolliert werden²². Dennoch wurden insgesamt 187 Studenten für ihre Zechereien vom akademischen Gericht bestraft.

21 Vgl. exemplarisch Universitätsarchiv Bonn (UAB) Bestand Universitätsrichter, Signatur: UR 107-86 und -87.

22 Vgl. Dietrich Höroldt (Hg.), Stadt und Universität. Rückblick aus Anlaß der 150-Jahr-Feier der Universität Bonn, Bonn 1968. S. 154 f.

Was diesen drei Haftgründen gemein ist, ist die Tatsache, dass die Studenten nicht spontan und unregelt handelten, sondern sich innerhalb der studentischen Devianzen regelmäßige Handlungen feststellen lassen, die zu einem mutmaßlichen Kanon von absichtlich vollzogenen Regelverstößen gehörten. Vollzogen wurden sie zum überwiegenden Teil in Gruppen – im Fall des Duells sogar zwangsläufig. Damit sind die erwähnten Elemente wichtige Faktoren zur Analyse von Gruppenbeziehungen, Gruppenidentitäten und Hierarchien innerhalb der Studentenschaft. Besonders die Auswertung der Gerichtsquellen hinsichtlich wiederkehrender Symbole, Rituale oder aber auch der Palette von studentischen Ausreden erscheint einer volkskundliche Mikrostudie dienlich zu sein.

Duelle Bonner Studenten

Nach der Auswertung der Karzerbücher ergab sich, dass der Tatbestand des Duells oder die indirekte Beteiligung an einem mit sehr vielen Verurteilungen zu Buche schlägt. So wurden alleine für den Tatbestand des Duells 159 Studenten in den Karzer gebracht. Dabei sind nicht die an den Duellen ebenfalls teilnehmenden Sekundanten und Unparteiischen enthalten. Bezieht man diese mit in das Gesamtergebnis ein, so führte der Komplex der Duelle zu den meisten Karzerstrafen. Entsprechend genau soll auf die Zweikämpfe der angehenden Akademiker im folgenden Kapitel eingegangen werden.

Die Definition des Duells sieht vor, dass die Beteiligten potentiell tödliche Waffen führen²³. Auf beiden Seiten besteht ergo die Möglichkeit, den Kontrahenten zu töten bzw. im Verlauf des Duells getötet zu werden. Die Gründe für ein solches Duell sind vielfältig und reichen von einer eingebildeten Provokation oder Beleidigung bis hin zu einer Handgreiflichkeit. Aber nicht nur verbale oder handgreifliche Verletzungen des Ehrgefühls konnten Auslöser für die studentischen Duelle sein. Die Demonstration der eigenen Männlichkeit und Wehrhaftigkeit war ebenfalls oft Grund für Duelle²⁴.

Vornehmlich vor dem 18. Jahrhundert wurde die verletzte Ehre an Ort und Stelle durch ein sogenanntes *Rencontre* bereinigt²⁵. Um diese weitestgehend unregelmäßig Begegnungen bewaffneter Studenten zu entschärfen und zu reglementieren, wurden die ersten Duellregeln formuliert und in den entspre-

23 Vgl. Ute Frevert, *Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft*, München 1995, S. 12 ff.

24 Vgl. Tina Braun/Elke Liermann, *Feinde, Freunde, Zechkumpane. Freiburger Studentenkultur in der Frühen Neuzeit*, Münster 2007, S. 77.

25 Vgl. Peter Krause, »O alte Burschenherrlichkeit«. *Die Studenten und ihr Brauchtum*. 5. Auflage Graz 1987, S. 133 ff.; Frevert (wie Anm. 23), S. 163 ff.

chenden Regelwerken (Comments) zusammengefasst. Als Waffen dienten bis zum 19. Jahrhundert vor allem Stoßwaffen²⁶, die zu lebensgefährlichen Verletzungen führen konnten²⁷. Zumindest für die Frühzeit stattfindender studentischer Duelle in Bonn ist dies zutreffend. Die damals vorherrschende Fechtweise und die zugehörigen Waffen sowie schlussendlich eine schlechte Antiseptik machten die Zweikämpfe der Studenten derart gefährlich, dass der Todesfall in Kauf genommen werden musste. Jedoch kann von einer direkten Tötungsabsicht der Duellanten nicht ausgegangen werden. Denn obwohl Verletzungsgefahr bestand, waren die Duelle fester Bestandteil der Studentenkultur. Über das Fechten fand gegenseitiges Kräfteressen der Gruppenmitglieder statt. Gleichsam wurden so aber auch Hierarchien ausgehandelt und die Kohärenz der Gruppe gestärkt: Alle Studenten, die nicht in Verruf geraten wollten, mussten zu gegebenem Anlass fechten, um ihre persönliche Ehre zu verteidigen²⁸. Im Folgenden wird auf die konkrete Situation in Bonn eingegangen und Wandlungsprozesse im Umgang während und mit den stattfindenden Duellen der Studenten aufgezeigt.

In Bonn wurden während der Gründungszeit verschiedene Fechtweisen vom Fechtlehrer Segers ausgebildet. Auf dem Unterrichtsplan des Flamen stand sowohl das Fechten auf Hieb, als auch das Fechten auf Stoß. Beiden Arten des Fechtens widmete er umfangreiche Erläuterungs- und Anleitungswerke, die nicht zuletzt den Studenten zur selbstständigen Fechtausbildung dienen sollten²⁹. Am Herzen lag dem Fechtlehrer dabei, dass keine Duelle leichtfertig aus

26 Bis ins 18. Jahrhundert wurden Degen benutzt; um 1750 wurde der in Frankreich entwickelte Stoßdegen, seiner Herkunft wegen »Pariser« genannt, von den Studenten verwendet. Als sich die Waffe als zu gefährlich erwies, wurde an vielen Hochschulen auf das Hiebfechten ausgewichen. Dabei entwickelten sich auch die heute noch bei studentischen Messuren üblichen Waffen des Korb- und Glockenschlägers – eine Waffe in Anlehnung an die früheren Degen. Zur Geschichte der studentischen Waffen vgl. Rudolf Beglinger, Die Waffen der Studenten vom 15. bis zum 18. Jahrhundert. In: *Einst und Jetzt. Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung* 2005 (2005), S. 61 – 70.

27 Hier sei besonders der »Lungenfuchser« genannt. Bei dieser Verletzung handelt es sich um einen meist lebensgefährlichen Stich in die Lunge des Kontrahenten. Vgl. Krause (wie Anm. 25), S. 133.

28 Der Verruf, auch als »Verschleiß« bezeichnet, erklärte den Studenten als ehrlos. Der in Verruf befindliche Student wurde von anderen Studenten gemieden und durfte nicht an ihren Veranstaltungen teilnehmen. Aber nicht nur Studenten konnten in »Verschleiß« geraten: Auch gegenüber Gastwirten oder Kaufleuten wurde das studentische Sanktionsmittel ausgesprochen und führte unter Umständen zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen für den Betroffenen. Vgl. exemplarisch Friedhelm Golücke (wie Anm. 2), S. 488; Peter Hauser: Zur Entstehung der Bestimmungsmessur, In: *Einst und Jetzt. Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung* 54 (2009), S. 85 – 95.

29 Vgl. exemplarisch Josef Segers: *Kleine Fechtschule: Eine praktische Anleitung zum Hiebfechten mit Korbrapier für den Selbstunterricht*, Bonn 1830; ders.: *Anleitung zum Hiebfechten mit Korbrapier, Säbel und Pallasch, zum Selbstunterrichte auf deutschen Universi-*

einem jugendlichen Übermut heraus geführt wurden. Sich bewusst, dass dies dennoch der Fall sein würde, versäumte Segers nicht, seiner moralischen Verpflichtung nachzukommen und lässt in seiner Fachliteratur seiner Meinung, und nicht zuletzt der Meinung des Universitätsgerichts, freien Lauf:

»Wenn ich auch nicht dazu berufen bin, der studirenden Jugend über ihr Thun und Lassen etwas vorzuschreiben, so fordert doch Amt und Pflicht von mir, vor dem oft so gleichgültig behandelten scharfen Duell zu warnen, und die traurigen Ereignisse, deren wir in unsern Zeiten leider so viele erfahren haben, rechtfertigen diesen wohlgemeinten Rath. Mein Amt legt mir die Pflicht auf, die studirende Jugend in ihren Musestunden im Fechten zu unterrichten und ihre Körperkräfte auszubilden; daher fühle ich mich verpflichtet, derselben wohlwollend zuzurufen und sie zu ermahnen, von dem Erlernen nicht einen schädlichen Gebrauch zu machen, sondern sich auszubilden in der Kunst, um die Kraft des Körpers zu heben und sich geschickt zu machen für den einstigen Militairdienst und die noch wichtigere Stunde, wo der König und das Vaterland ihres Muthes und ihres starken, geübten Armes bedarf³⁰.«

Segers scheint es sehr bewusst gewesen zu sein, dass die Studenten sich nicht abhalten ließen, Duelle auszuführen und dabei »Tod oder gänzliche Zerstörung der Gesundheit³¹« zu riskieren. Seine Aufgabe bestand damit nicht nur in der Fecht Ausbildung der Studenten, sondern gewissermaßen auch in einer Prävention von schweren Verletzungen. Welche Fechtweise bei den Bonner Duellen vorherrschte, kann nur vermutet werden, da die Quellen nur synchrone Einblicke erlauben und zeitliche Veränderungen nicht oder nur schwer nachvollziehbar machen. Wahrscheinlich wurde in Bonn fast ausschließlich auf Hieb gefochten. Spekulativ kann angenommen werden, dass diese Fechtweise bewusst seitens der Universität vorangetrieben wurde, um ihre Autonomie zu wahren.

Fest steht jedoch, dass die Studenten, wollten sie nicht in den Verruf geraten, fechten mussten, oder zumindest bei der Durchführung der Duelle behilflich sein. So berichtet der Schweizer Student Hagenbach, dass »Das Einzige, was ich hierin gegen die akademischen Gesetze zu Schulden kommen lies, war dass ich eines Abends mit Saunier heimlich die Waffen nach einem Dorfe hinaus schlepte, wo des anderen Tages eine Paukerei vor sich gehen sollte.«

Er wurde dazu genötigt, wie er sagte »weil die Füchse das tun mussten«; hätte er sich geweigert, hätte man ihn einen »dummen Jungen« genannt und diesen Tusch hätte er nicht ohne Verrufserklärung auf sich sitzen lassen können³². Wie

täten und mit besonderer Rücksicht auf das Militär herausgegeben, Bonn 1834; ders.: Anleitung zum Stossfechten nach eigenen Grundsätzen und Erfahrungen, Bonn 1836.

30 Ebd., S. 5 – 6.

31 Ebd., S. 5.

32 Robert Devey, Briefe von Schweizer Studenten an deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert, Schopfheim 2010. S 138.

ein solches Duell ausgeführt wurde, wie lang es war und welche Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden, beschreibt der ehemalige Student Karl Schorn:

»Die Contrahagen lauteten gewöhnlich auf 12 Gänge und kleine Mützen, oder auf 1 Gang (15 Minuten). Verschärfte Forderungen auf Säbel oder ohne Binden und Bandagen waren selten. Auch bei letzterer Form waren der Hals, die Axillaris und die Pulsader möglichst geschützt³³.«

Erkennbar wird das Bestreben der Duellanten, mögliche Verletzungen weitestgehend zu vermeiden oder die Wirkung von Treffern zu mindern. Dem Duell wird mit diesen Schutzmaßnahmen und den getroffenen Vereinbarungen zur Fechtweise der Duellcharakter, das heißt die Inkaufnahme des Tötens oder getötet zu werden, entzogen. Es gewann durch diese Umstände eine andere Qualität und legt eher den Begriff der Mensur für die Begegnungen nahe.

Das nicht alle Duelle so »friedlich« abliefen lässt der Brief des Burschenschaftler Maaß erahnen:

»Es hat sich hier eine Burschenschaft konstituiert, aber welche? Gleich im Anfang kommt ein großer Pistolenskandal zutage zwischen den Westphalen und einem, der sich zu Burschenschaft hält. Es wird der Verruf ausgesprochen, von den Pauksüchtigen bald darauf aufgehoben, und nun ging ein solches Pauken los, dass es schrecklich war. In drei Tagen sind gegen 30 losgegangen. Einem ist die Nase zum zweiten Male abgehauen, einer der ältesten Theologen hat einen schrecklichen Hieb in die Rippen bekommen.«

Jedoch spiegeln sich diese Erinnerungen weder in den Gerichtsakten noch in den Karzerbüchern wider. Denn noch geschickter als mit dem Rapier waren die Studenten mit ihren Aussagen vor dem Universitätsrichter. Die Fülle an Ausreden, Wortkargheit, Ausflüchten oder die unter den Vorgeladenen chronische Vergesslichkeit ist ein steter roter Faden in den Verhandlungsakten. So erinnert sich der vor den Richter geladene Student Wattewyl,

»[...]durchaus nicht, daß es Seniorenconvente der hiesigen Studierenden gibt, da meines Wissens hier auch keine Verbindungen existieren. Es ist mir zwar bekannt, daß unter anderen sechs sogenannte Kneipgesellschaften hier bestehen [...] Daß die Teilnehmer an diesen Gesellschaften sich teilweise durch die Farben ihrer Mützen unterscheiden, habe ich zwar zu bemerken Gelegenheit gehabt, und trage selbst gewöhnlich eine blaue Mütze wie die sogenannten Rhenanen, daß aber diese blaue Mütze ein vorgeschriebenes Gesellschaftsabzeichen sei, davon weiß ich nichts [...]»³⁴.

Auch bei anderen Gelegenheiten, insbesondere bei Fechtfragen, war man ähnlich vergesslich und so verwundert es nicht, dass die Anzahl der tatsächlich

33 Karl Schorn, *Lebenserinnerungen*. Ein Beitrag zur Geschichte des Rheinlands im neunzehnten Jahrhundert. Bd. 1, Bonn 1898, S. 69–70.

34 Hans Gerhardt, *100 Jahre Bonner Corps*. Die korporationsgeschichtliche Entwicklung des Bonner S.C. Von 1819 bis 1918, Frankfurt a.M. 1926, S. 108.

ausgefochtenen Duelle um ein vielfaches höher ist. So finden sich alleine in den Paukbüchern der *Guestphalia* und *Saxonia*³⁵ für die Zeit von 1833–1840 insgesamt rund 780 gut dokumentierte Duelle mit den anderen Bonner Corps und Kamelen.

Nach dieser Beschreibung von ritualisierten Duellen und Verletzungen soll als nächstes die Überschreitung der Sperrstunde und einer der Auslöser sich nicht vom Wirtshaustisch lösen zu können im Fokus stehen.

Verletzung der Sperrstunde

Als besondere Art, das letzte Bier vor oder schon während der Polizeistunde zu trinken findet sich in den Quellen das sogenannte Salamanderreiben. Dabei wird der Salamander angekündigt,

»worauf sich jeder mit (frischem) Bier zu versorgen hat. Dann fragt es [das den Salamander leitende Präsidium]: ›Ad exercitium Salamandri. Sind die Stoffe präpariert?‹ Die Corona antwortet: ›Sunt!‹ oder ›Non sunt!‹. Falls nicht genügend Bier vorhanden ist, lässt das Präsidium es heranschaffen. Ansonsten fährt es fort: ›Ad exercitium Salamandri, eins, zwei, drei!‹. Alle erheben sich und reiben bis ›drei!‹ mit den Gläsern auf dem Tisch. Das Präsidium wiederholt: ›Eins, zwei, drei!‹. Bei ›drei!‹ trinkt die Corona. Das Präsidium fährt fort: ›Ad exercitium Salamandri, (langsam) eins, zwei, drei!‹ Bis ›drei!‹ wird mit den Gläsern auf dem Tisch getrommelt. Nun wiederholt das Präsidium abermals: ›Eins, zwei, drei!‹. Bei ›Eins!‹ werden die Gläser gehoben und bei ›Drei!‹ auf den Tisch gestoßen. Dieses wird wiederholt. Das Präsidium schließt mit den Worten: ›Salamander ex!‹ (...) Die Durchführung des S. unterscheidet sich je nach Verband und Ort in Einzelheiten. Im Kern hat er sich bis heute wenig verändert³⁶.«

Die Trinkhandlung des Salamanderreibens wird auch bei heutigen Studentenverbindungen noch begangen und wird seit Mitte des 19. Jahrhunderts mit Bier durchgeführt. Besonders zur Jahrhundertwende fand eine ausführliche Debatte zur Entstehung des Salamanders in den zahlreichen Zeitschriften der verschiedenen Korporationsdachverbände statt. Als Ergebnis dieser Debatte stand nur fest, dass sich nicht belegen lässt, wo der Brauch seinen Ursprung hat³⁷. Ein

35 Vgl. Archiv des Corps *Guestphalia*, Paukbuch ab 1833 sowie Universitätsarchiv Bonn, Bestand *Saxonia* 111, Nr. 134.

36 Golücke (wie Anm. 2), S. 378 f. Eine ähnliche, jedoch spezifisch corpsstudentische Definition und Beschreibung der Durchführung eines Salamanders findet sich im Handbuch des Köseiner Corpsstudenten. Vgl. Handbuch des Köseiner Corpsstudenten, Würzburg 1985.

37 Weitere Ausführungen des Salamanderreibens finden sich u. a. bei Silke Möller, die einen Fokus auf die Erziehungsfunktion der Corps im Kaiserreich legt. Vgl. Silke Möller, »Bier, Unfug und Duelle!« Corpsstudentische Erziehung im deutschen Kaiserreich 1871–1914, München 2004, S. 69 f. Eine volkswissenschaftliche Betrachtungsweise des Salamanderreibens

Erklärungsansatz war und ist, dass sich der Trinkbrauch auf den Universitätsrichter von Salomon bezieht:

»So bestand in Bonn lange Jahre ein Universitätsgesetz, daß die Studenten um 11 Uhr abends die Kneipe zu verlassen hätten. Als lebendiges Zeichen zur Erinnerung an diese strenge Lex erschien beim Herannahen der elften Stunde der Pedell auf der Kneipe und forderte die Musensöhne mit den Worten: ›Meine Herren, im Namen des Akademischen‹ zum Verlassen des Locals auf. Der Anwesende durfte von diesem Moment an keine neue Stange mehr bestellen, sondern nur noch seinen ›Rest‹ austrinken. Das geschah aber keineswegs; im Gegenteil, man goß jetzt noch schnell möglichst viel hinter die Binde. Um 11 Uhr präzise erschien dann das Exekutivorgan zum zweitenmale und verlangte nunmehr mit den Worten: ›Meine Herren, Feierabend‹ oder ›Meine Herren, Polizeistunde‹, sofortiges Verlassen der Kneipe. [...] Und so brummt sie denn, wenn der Pudel [gem. ist der Pedell] zum zweitenmale gekommen und sie den Rest austrinken mußten, den Spitznamen [Salamander] in den Bart und rieben, was damals allgemein Sitte war, vor dem Trinken das Glas auf dem Tische hin und her³⁸.«

Außerdem wird berichtet, dass ein Salamander zur bewussten »Erhöhung der Fidelität³⁹« – ergo zur Erhöhung des Alkoholspiegels – getrunken wurde.

Die Ausführung des demonstrativen Trinkverhaltens der Studenten erscheint durch die weitestgehend neutrale Beschreibung in den Quellen als plausibel. Das Trinken besaß für die Ausführenden eine identitätsstiftende Wirkung, unterstrich die studentische Sonderstellung und schuf eine gewollte Abgrenzung zu anderen Bevölkerungsgruppen. Da während der Durchführung eines Salamanders zwangsläufig lautere Geräusche entstehen mussten – nämlich das Reiben der Gläser auf dem Tisch und das harte Absetzen (Stoßen) derselben –, machte die Trägergruppe demonstrativ auf sich aufmerksam: »Das Bewusstsein, zur Gruppe der Universitätsangehörigen zu zählen, konstituierte sich letztlich in erheblichem Maß auch über die demonstrative Abgrenzung gegenüber den Bürgern der Stadt⁴⁰.« Eine Eingliederung in die Gruppe der Universitätsangehörigen war durch die streng formalisierten Trinkrituale auch den Neuankömmlingen in kurzer Zeit möglich. Insofern erweist sich die Verletzung der Sperrstunde keineswegs als individuelles Fehlverhalten, sondern vielmehr als ein das kollektive Gruppenbewusstsein förderndes spezifisches studentisches Kulturmuster und dient als Ausdruck der Abgrenzung von anderen Bevölkerungsschichten. Oftmals allerdings begnügten sich die Studenten nicht mit der

findet sich bei Döring. Vgl. Alois Döring, »Salamander, Salamander...«. Das Bier und die Studenten. In: *Volkskultur an Rhein und Maas* (1998), S. 73–78.

38 Rh [unbekanntes Autorenkürzel], Zur Salamander-Frage, In: *Academische Monatshefte. Organ der deutschen Corpsstudenten* 5 (1888), S. 113.

39 Gustav von Szczepanski, Bonner Skizzen, 1839–1842, In: *Academische Monatshefte. Organ der deutschen Corpsstudenten* 8 (1891), S. 9–13., hier S. 12.

40 Barbara Krug-Richter, Gassatum gehen, Der Spaziergang in der studentischen Kultur der Frühen Neuzeit, In: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* (2006), S. 35–50, hier S. 49.

Anweisung der Pedelle und Polizisten und zechten bis tief in die Nacht in angemieteten separaten Räumen der Gasthäuser. Oder sie verließen zwar pünktlich die Kneipen, was aber noch nicht bedeutete, dass sich auf den Heimweg begaben.

Nächtliche Ruhestörung

Als häufiges Resultat von Jugendlichkeit, Alkohol und Übermut zogen die Studenten nach ihren Gasthausbesuchen lärmend, und die Bonner Bürger störend, durch die Innenstadt und wurden entsprechend oft zu einer Karzerstrafe verurteilt. Auch der prominenteste Bonner Karzerhäftling – Karl Marx – saß wegen Ruhestörenden Lärms ein.

Im Folgenden soll der Versuch gemacht werden, das Phänomen der nächtlichen Ruhestörung durch die Studenten näher zu beleuchten⁴¹. Im Gegensatz zum Tag ist die Nacht in vorindustrieller Zeit nur von wenigen Berufsgruppen zur Arbeit genutzt worden. Vorrangig diente die Nacht der arbeitenden Bevölkerung als Regenerationsphase von der Tagesarbeit. Diese Nachtruhe wurde auch seitens der Universität anerkannt und entsprechend einer Wahrung der nächtlichen Ordnung lautenden Regeln den Studenten bekannt gegeben. Doch trotz der universitären Vorschriften spielten sich eine Vielzahl der überlieferten Straffälle in den Abendstunden oder zur Nachtzeit ab. Häufig finden sich in den Karzerbüchern die Inhaftierungsgründe »Wegen nächtlichen Lärmens« oder »Wegen nächtlichen Lärmens auf der Straße«. Hauptanklagepunkt ist natürlich das Delikt des Lärmens. Jedoch wird anders als bei anderen Strafgründen bei den Delikten, die mit Ruhestörung in Zusammenhang stehen, eine zeitliche Angabe ergänzt. In den Karzerbüchern finden sich rund 150 Einträge, die in einem direkten Zusammenhang zur Nacht stehen, hingegen kein einziger Fall einer morgendlichen Ruhestörung. Auch eine Störung der Ruhe während des restlichen Tages ist nicht vermerkt.

Das Reglement der akademischen Gesetze legte an einigen Stellen den Fokus

41 Die »Sozialgeschichte der Nacht« greift Norbert Schindler in seiner Monographie »Widerspenstige Leute« auf und gibt zahlreiche Anstöße zur Betrachtungsweise von nächtlichem Geschehen. Vgl. Norbert Schindler, *Widerspenstige Leute. Studien zur Volkskultur in der frühen Neuzeit*, Frankfurt a. M. 1992, hier: *Nächtliche Ruhestörung. Zur Sozialgeschichte der Nacht in der frühen Neuzeit*. S. 215–257. Einen speziell auf Studenten und nächtliche Ruhestörung ausgerichteten Blickwinkel nimmt Elke Liermann ein. Vgl. Braun/ Liermann (wie Anm. 24), S. 88 f. Auch Barbara Krug-Richter widmet sich den Studenten und ihren Taten während der Abend- und Nachtzeit in der frühen Neuzeit. Vgl. Barbara Krug-Richter, *Gassatum gehn. Der Spaziergang in der studentischen Kultur der Frühen Neuzeit*. In: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* (2006), S. 35–50.

auf solche Ruhestörungen, die in die Nachtzeit fallen⁴². Dass das Interesse der Überwachungsorgane besonders auf der Nachtzeit lag, untermauern folgende Hypothesen:

1. Die Studenten hatten erst in den Abendstunden genügend Freiraum für außeruniversitäre Veranstaltungen.
2. Die einheitliche Sperrstunde der Wirtshäuser begünstigte eine Ballung der Studenten auf der Straße zu bestimmten Zeiten.
3. Zuvor getrunkenen Alkohol enthemmte die Studenten.
4. Die Dunkelheit bot den Studenten die Möglichkeit, Straftaten zu begehen, ohne direkt von Außenstehenden oder der Nachtwache erkannt zu werden.
5. Die restlichen Einwohner fühlten sich durch die Studenten derart gestört, dass die Universität auf die Beschwerden reagieren musste.

Eine monokausale Erklärung wird sich für das Lärmen nicht finden lassen. Vielmehr wird der Auslöser in vielen Fällen eine Mischung mehrerer, wenn nicht aller Gründe gewesen sein. Wie die Studenten formal lärmten, ist den Akten nur selten zu entnehmen⁴³. Eine Rekonstruktion, wie die Bonner Studenten die nächtliche Ruhe störten, ist somit zwar nicht exakt möglich, aber dennoch als generelles Phänomen beschreibbar. Da nächtliches Lärmen von Studenten auch in anderen Universitätsstädten häufig vorkam, liegen Vergleichsmöglichkeiten vor⁴⁴.

Anders als am Tag war es den Studenten in den Abendstunden möglich, sich anonym durch die Stadt zu bewegen. Erkannte man das Gesicht des Studenten, war er leicht von den Professoren, Dozenten oder Pedellen zu identifizieren. Die Nacht bot Schutz und gewährte ihm zumindest partiell die Möglichkeit, uner-

42 Dies ist gleich an zwei Stellen in § 137 des Reglements der Fall: »Studenten, welche sich zur Zeit eines Tumults oder in größerer Zahl nach Mitternacht auf der Straße finden lassen, haben die Vermuthung böser Absicht, oder eines liederlichen Lebenswandels wider sich; auch muß Niemand nach 10 Uhr Abends sich in einem Wirtshause antreffen lassen.« Dieser Vorschrift folgt an späterer Stelle der ebenfalls besonders auf die Nacht zugeschnittene Zusatz: »Des lauten Gesanges, des Knallen mit Peitschen, und des die Ruhe und gute Ordnung störenden Getöses müssen sich die Studenten zu jeder Zeit besonders in der Nacht und zur Zeit des Gottesdienstes enthalten.« Vgl. Universität Bonn: Reglement für die Universität Bonn in Betreff der akademischen Gerichtsbarkeit und der akademischen Gesetze. Vom 1. Februar 1819.

43 In den Protokollen, in denen das Lärmen näher beschrieben wurde, ist es nur schwer möglich, die Art und Weise, wie die Studenten lärmten, nachzuvollziehen. Vgl. exemplarisch Universitätsarchiv Bonn, Bestand Universitätsrichter, Signatur UR 107-137: Nächtliches Lärmen und Belästigung eines Kutschers durch den Studenten August Noelle 1823; im gleichen Bestand: Nächtlicher Straßenlärm, Zerstörung von Stadtlaternen, Beleidigung eines Studenten und eines Polizeidieners 1833.

44 Zum Lärmen der Studenten in anderen Universitätsstädten vgl. exemplarisch Braun (wie Anm. 24) sowie Gert Hahne, Sozialhistorische Hintergründe des Göttinger Universitätsgefängnisses. Der Karzer und seine korporierten Insassen, Göttingen 2002.

kannt zu bleiben. Nur wenn die Orte, an denen die Studenten lärmten, ausreichend beleuchtet waren, konnte überhaupt an eine eindeutige Identifizierung der Ruhestörer gedacht werden. Jedoch war das nur an wenigen Stellen möglich. Nur die direkte Innenstadt Bonns war mit Straßenlaternen beleuchtet. Die umliegenden Alleen und Nachbardörfer waren vollständig dunkel⁴⁵. Gerade dann, wenn die Studenten aus den nahegelegenen Dörfern Poppelsdorf oder Endenich kamen, waren sie bei Nachtzeit in Dunkelheit gehüllt. Als zusätzlicher Schutz vor einem überraschenden Zugriff der Ordnungshüter oder der Pedelle dienten die bei Anbruch der Dunkelheit geschlossenen Stadttore. Somit war es den Studenten möglich, einen nahenden Häscher früh zu erkennen und das Weite zu suchen⁴⁶. Wollten die Ruhestörenden auch innerhalb der Stadtmauern unerkant bleiben, mussten sie sich lediglich vor den Nachtwächtern und dem Pedell in Acht nehmen, der mit einem Polizisten seine Kontrollgänge durch die Stadt machte.

Dort, wo es den Studenten zu hell war, griffen sie häufig zu einer pragmatischen Lösung und zerstörten die Straßenlaternen. Wurden sie dabei von einem der Pedelle erkannt und der Tat überführt, so drohten ihnen aber nur eine kurze Karzerhaft und die Zahlung der Kosten zu Wiederinstandsetzung der defekten Laterne⁴⁷.

Mit ihrem Verhalten stellten die Studenten sich deutlich gegen die übrigen Bewohner der Stadt und brachten ihre akademische Freiheit lautstark zum Ausdruck. Gemäß dem Prinzip von Inklusion durch Exklusion hob sich die studentische Gruppe neben ihrer Kleidung auch deutlich über das deviante Verhalten gesellschaftlich ab⁴⁸. Außerdem wurde durch das Auftreten im Kollektiv und die gemeinschaftliche Normabweichung die Kohärenz der Gruppe und ihre kollektive Identität gestärkt.

Das deviante Verhalten ist als eine Verdeutlichung der Unterschiede in der Lebensweise der in Bonn lebenden Gruppen zu deuten. Während die einen die Nacht zur Erholung benötigten, konnten es die Studenten sich leisten, die Nacht zum Tag zu machen und so ihre herausgehobene gesellschaftliche Position durch das Lärmen in der Stadt unterstreichen⁴⁹. Nur den Studenten war es möglich, am nächsten Morgen den Schlaf nachzuholen und die Nacht auf den Straßen und in den Wirtshäusern zubringen. Damit sind die Ruhestörungen mehr als bloße Provokation und dienen der Gruppe der angehenden Akademiker als klares Distinktionsmittel von allen übrigen Einwohnern. Dabei scheint

45 Vgl. Höroldt (wie Anm. 22), S. 154 f.

46 Vgl. Ebenda, S. 90.

47 Vgl. exemplarisch Universitätsarchiv Bonn, Bestand Rektorat 105, Signatur U 176: Disziplinar-Listen in Untersuchungs-Sachen vom Oktober 1828 bis December 1835.

48 Vgl. Wolfgang Kaschuba, Einführung in die europäische Ethnologie. 3. Aufl., München 2006.

49 Vgl. Braun (wie Anm. 24), S. 90.

das konkrete Verhalten der Beteiligten nur an wenige festgelegte Abläufe gebunden gewesen zu sein. Häufig findet in den Quellen zu nächtlichen Unruhen die sogenannte Bonner Pyramide Erwähnung. Der 1777 errichtete Obelisk auf dem Marktplatz war den Quellen nach abendlicher Treffpunkt für die Studenten, die nach der Sperrstunde um 23 Uhr die Kneipen verlassen mussten:

»Dann zogen alle Corps laut singend zur ›Pyramide«, wie die Marktfontaine allgemein genannt wurde. Unter ihr begann das ›Contrahieren«, wobei die Kunst darin bestand, den Gegner, ohne ihn gerade zu verletzen, durch Redensarten so lange zu reizen, bis er nicht anders konnte, als den ›commentmäßigen Tusch« auszusprechen. Leider arteten diese Rededuellen zu so später Stunde manchmal in ›wüstes Getümmel und Gejohle« oder sogar in Ausschreitungen aus⁵⁰.«

Dass Studenten, die nicht in einer Verbindung organisiert waren, auch an diesem »Contrahieren« an der Marktfontaine teilnahmen, ist anzuzweifeln. Die Konsequenz aus ihrer Anwesenheit bei den aus der Kneipe kommenden Corpsstudenten hätte wahrscheinlich dazu geführt, dass auch sie in diese »meist nur gekünstelte Feindschaft« mit einbezogen worden und schlussendlich in ein Duell involviert gewesen wären⁵¹. Wahrscheinlich gingen die Studenten, die diesem Treiben aus dem Weg gehen wollten, so vor, wie der Student Geibel es in seinen Briefen berichtet: Seinem Ärger über angetrunkene Studenten auf dem Marktplatz machte er in Schreiben an seine Eltern Luft und blieb in den Abendstunden auf seinem Zimmer. Vorher hatte er bis 19 Uhr die Kollegien besucht und danach bis 23 Uhr Neuere Literatur studiert⁵². Dieser strebsame Studententyp, der sich nicht duellieren wollte, sich nicht in einer Verbindung organisierte, sprachliche Abgrenzung seitens der Verbindungsstudenten erfuhr und mit dem Begriff des Kamels⁵³ belegt wurde, suchte nach anderen Formen der Geselligkeit. Er bildete gewissermaßen den Gegenpol zu dem hier dargestellten Studententypus. Wie hoch jedoch der Anteil dieser unorganisierten Studenten war, welche studentischen Kulturelemente sie entwickelten und welche Geselligkeitsformen sie in der neuen Universitätsstadt etablierten, soll im Fokus zukünftiger Studien stehen.

50 Josef Dietz, Bürger und Studenten, In: Höroldt (wie Anm. 22), S. 215 – 266, hier S. 222.

51 Schorn (wie Anm. 33), S. 57.

52 Da die Briefe des Studenten Geibel für seine Familie bestimmt waren, muss angezweifelt werden, dass die beschriebene Lebensführung tatsächlich der Realität entspricht. Vgl. Dietz (wie Anm. 50), S. 235.

53 Szczepanski (wie Anm. 39), S. 10.

Prinz Albert als Student in Bonn (1837 – 1838)*

Prinz Albert von Sachsen-Coburg und Gotha (1819 – 1861) ist nach seiner Heirat mit der englischen Königin Victoria (1819 – 1901) im Jahr 1840 in Großbritannien als kompetenter Förderer wissenschaftlicher und kultureller Institutionen hervorgetreten¹. Er war Präsident einer Reihe bedeutender wissenschaftlicher Gesellschaften, er war maßgeblich an der *Great Exhibition*, der ersten Weltausstellung von 1851 beteiligt und er war Kanzler der Universität Cambridge, deren Studienreformbemühungen er mit Weitsicht unterstützt hat. Owen Chadwick zufolge hat er die Fähigkeit für sein Wirken im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich durch die wissenschaftlichen Studien erworben, die er 1836 in Brüssel und dann für drei Semester von 1837 bis 1838 an der Universität Bonn betrieben hatte², und zwar gemeinsam mit seinem älteren Bruder, dem Erbprinzen Ernst (1818 – 1893), der später als Herzog Ernst II. in Coburg und Gotha regierte.

Die Bonner Studienzeit ist also ohne Frage als ein wichtiger Abschnitt in der Biographie des *Prince Consort* zu bewerten. Dennoch wusste man darüber lange Zeit nicht viel³, vor allem war über die Studieninhalte so gut wie nichts bekannt. Der Kenntnisstand hat sich nun deutlich verbessert, weil die Vorlesungsskripte ausfindig gemacht werden konnten, die Albert und sein Bruder Ernst während ihres Bonner Studiums gefertigt haben. Mit diesen hat sich eine Projektgruppe befasst, besetzt mit heutigen Vertretern der einzelnen Studienfächer, die den Inhalt der Mitschriften ausgewertet und in den Kontext des wissenschaftlichen

* Ich danke für die Erlaubnis Ihrer Majestät der Königin Elisabeth II. zur Benutzung von Archivmaterial aus den Royal Archives, Windsor Castle.

1 Karina Urbach, *Queen Victoria*, München 2011; Prinz Albert, Ein Wettiner in Großbritannien, hg. v. Franz Bosbach/John R. Davis (Prinz-Albert-Studien Bd. 22), München 2004.

2 Owen Chadwick, *Prince Albert and the University* (The Prince Albert Sesquicentennial Lecture), Cambridge [1997], S. 10.

3 Zusammenfassung des Wissensstandes bei Thomas Becker, Prinz Albert als Student in Bonn, in: Prinz Albert und die Entwicklung der Bildung in England und Deutschland im 19. Jahrhundert, hg. v. Franz Bosbach/William Filmer-Sankey/Hermann Hiery/Thomas Brockmann (Prinz-Albert-Studien Bd. 18), München 2000, S. 145 – 156.

Status ihres Faches im frühen 19. Jahrhundert gestellt haben, wobei auch die damalige Situation der jeweiligen Disziplin an der Universität Bonn betrachtet wurde. Die überaus fruchtbaren und detailreichen Auswertungsergebnisse der Projektgruppe liegen nunmehr im Druck vor; sie werden im Folgenden punktuell herangezogen werden, ohne dass ihr reicher Ertrag annähernd ausgeschöpft würde⁴.

Aus den neuen Quellen wird deutlich, dass die Prinzen eine ganze Reihe von akademischen Fächern kennengelernt haben: Neben den umfangreichen juristischen Lehrveranstaltungen nahmen sie Lehrangebote wahr in den Fächern Staatswirtschaftslehre, Philosophie und Psychologie, Geschichte, Musikwissenschaft, Kunstgeschichte, Kirchenrecht, Germanistik, Physik und Botanik. Sie erhielten außerdem während der ganzen Studienzeit englischen und französischen Sprachunterricht und nahmen in den Disziplinen Schwimmen und Fechten am Universitätsport teil⁵.

Studienplanung

Bonn war als Studienort bewusst gewählt worden, zum einen, weil die Prinzen nicht an der alten sächsischen Landesuniversität Jena, sondern an einer jungen preußischen Universität studieren sollten. Zum anderen sollten sie fern von den Zwängen und Zerstreungen des Hoflebens studieren, denen sie sich an einer Universität in einer Residenzstadt nicht hätten entziehen können. Der um Rat gefragte preußische Diplomat Friedrich Karl von Bülow (1789–1853) empfahl daher Bonn als Studienort, weil hier der Zweck ihres Aufenthaltes »ohne Beeinträchtigung ihrer moralischen Reinheit vollständig erreicht würde«⁶. Berlin kam also nicht in Betracht, obwohl Bülow feststellte, dass hier die bessere

4 Die Studien des Prinzen Albert an der Universität Bonn (1837–1838), hg. v. Franz Bosbach (Prinz-Albert-Forschungen Bd. 5), Berlin/New York 2010.

5 Vgl. zum Schwimmsport das Schreiben Alberts an Ernst I., Bonn 1837 VII 4 (Royal Archives, Windsor Castle, RA VIC/Add A 14/56): »[...] Das Hauptvergnügen, das wir uns jetzt bereiten, ist das Baden im Rhein. Es ist hier eine kleine Schwimmschule, die wir täglich besuchen. Frei im Rhein zu schwimmen, ist hier sehr gefährlich, weßhalb wir es auch noch nicht versucht haben, fast wöchentlich ertrinken einige Personen. Erst vor wenigen Tagen ist der Bruder eines des Professoren vor den Augen einer Menge Badender ertrunken, ohne daß ihm jemand zuhülfe kommen konnte [...]«. – Der dreimal wöchentlich veranstaltete Fechtunterricht war so erfolgreich, dass beide Prinzen am Ende ihres Studiums Sieger in einem universitären Turnier wurden (Urkunden heute in RA VIC/Z 487/7 bzw. in Bayerisches Staatsarchiv Coburg LAA 6869).

6 Zu Beteiligung Bülows an den Planungen vgl. Franz Bosbach, Das Studium des Prinzen Albert von Sachsen-Coburg und Gotha, in: Ein Wettiner in Großbritannien (wie Anm. 1), S. 51–73, hier 62–66; die Stellungnahme Bülows ist hier in Anhang 1 abgedruckt; Zitate daraus werden nicht einzeln nachgewiesen.

Universität sei, nämlich »daß Berlin in den genannten Fächern ein größeres und ausgezeichneteres Lehrpersonal und Bonn wenigstens ein eben so gutes besitzt, wie jede andere unter den mir bekannten besseren Universitäten in Deutschland«.

Die Auswahl der Studienfächer richtete sich nicht in erster Linie nach Albert, sondern nach dessen Bruder Ernst, weil dieser als der Ältere und daher als der präsumtive Nachfolger in Sachsen-Coburg und Gotha die erforderlichen Kenntnisse für die Landesherrschaft vermittelt bekommen sollte.

Schon das erste Gutachten, das die Coburger Regierung zur Frage der Studieninhalte bei dem Leipziger Juristen Carl Friedrich Günther (1786–1862) einholte, zeigt dies deutlich. Es entwarf für das Studium einen »juristisch-publizistischen Coursus«, in dem Wissen und Fertigkeiten, die in einer Landesherrschaft erforderlich schienen, vermittelt wurden, denn mehr könne man »bei einem Prinzen nicht rathen, denn er soll kein Gelehrter, am wenigstens [!] ein eigentlicher Hochgelehrter werden«⁷. Entgegen diesen Ratschlägen zu Gunsten einer strikt berufsbezogenen Studiengestaltung hat sich das Studienprogramm schließlich aber noch erweitert, was auf Christoph Florschütz (1794–1882) zurückzuführen ist, der als Erzieher und Hauslehrer der Prinzen tätig war. Er betonte den eigenständigen Bildungswert eines philosophischen Studiums: »[...] denn, wenn auch solche Vorlesungen nicht zum nächsten Kreis eines sich bildenden Regenten gehören, so ist es doch namentlich die Philosophie, die insbesondere dazu bestimmt ist, dem Menschen über sein Daseyn und seine Bestimmung, über die Gründe seiner Überzeugungen und seiner Handlungen Rechenschaft zu geben, und in solchem schon gebührt ihr ein hoher Rang«⁸. Die endgültige Verfügung des Vaters, Herzogs Ernst I., bestimmte schließlich, dass das Studium »eine übersichtliche Kenntniss der Rechtswissenschaft im Allgemeinen und einen ausführlichen Unterricht im Staatsrecht der neueren Zeit, in der Staatswirtschaftslehre, und in der Politik« vermitteln solle. Dem war aber noch die Bestimmung angefügt: »zugleich müssen die neuen Sprachen fortbetrieben, und über Philosophie und einige andere zur allgemeinen Bildung gehörige Gegenstände der Unterricht verbreitet werden«⁹.

Waren damit die Fragen nach Studienort und Studienfächern beantwortet, so musste noch geklärt werden, bei welchen Professoren die Prinzen den Unterricht besuchen sollten. Hierzu wurde Moritz August von Bethmann-Hollweg (1795–1877) zu Rate gezogen, der seit 1823 in Bonn lehrte. Er war ein Schüler des in Berlin lehrenden Friedrich Karl von Savigny (1779–1881) und hatte schon

7 [Carl Friedrich Günther] an Staatsminister Christoph Anton Ferdinand von Carlowitz, 1836 XII 19 (Kunstsammlungen der Veste Coburg, Autographen und Flugschriften der Sammlung Cohn, 4).

8 Schriftsatz Florschütz o.O. o. D. [1837 I 9 post] (Thüringisches Staatsarchiv Gotha, Staatsmin. Dep. C, Loc. J Tit. 2 nr. 26).

9 Ernst I., Bestimmungen zum Studienplan, Gotha 1837 IV 19 (Sta Coburg LAA 6867 fol. 7–8).

zu dieser Zeit großen Einfluss in der Universität, später wurde er Universitätskurator und 1858–1862 preußischer Kultusminister. Der letzte kaiserliche Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg ist sein Enkel. Er antwortete auf die Coburger Anfrage mit einem zweigeteilten Schriftsatz, der im Anhang abgedruckt wird (Anhang 2). Im ersten Teil ging es um die auszuwählenden Dozenten und im zweiten um Studiengestaltung und Studieninhalte. Für sein Gutachten über die Kollegen bat er sich höchste Diskretion aus, denn davon hinge sein »freundliches collegialisches Verhältniß« in der Bonner Fakultät ab¹⁰.

Hochadelige Studierweise

Das Studium fand – sowohl was die Lehrveranstaltungen als auch was das Selbststudium anging – vornehmlich im Wohnhaus der Prinzen am Martinsplatz statt. Für die ordentliche Gestaltung des Studiums trugen zwei hohe Beamte die Verantwortung: Florschütz amtierte als Studiendirektor, und der geadelte und zum Oberstleutnant beförderte Georg Wichmann (gest. 1861) fungierte als der sogenannte Gouverneur und war für die Kassenverwaltung und für die Führung des Haushalts zuständig, der auch sieben aus Coburg mit angereichte Bedienstete umfasste.

Am Studienbeginn stand für Albert und seinen Bruder wie für alle Studenten die Immatrikulation, allerdings mussten sie sich nicht in die Universität begeben, sondern deren Vertreter kamen zu diesem Anlass in ihr Haus, wie Albert seinem Vater berichtete: »[...] Ich schreibe dir heute schon als ein wirklicher Studiosus juris. Diesen Vormittag fand hier, in unserm Hause, in Beisein des Prorektors, des Richters, des Secretärs und einiger Pedelle der Universität unsre beiderseitige Immatriculation statt, bei welcher wir durch einen Handschlag an Eides Statt angeloben mußten, uns den Gesetzen der Universität nicht zu widersetzen, noch uns irgendeiner unerlaubten Verbindung der Studirenden anzuschließen [...]«¹¹. Bei dieser Gelegenheit mussten sie einen Revers unterschreiben, der sie auf die Karlsbader Beschlüsse von 1819 und nachfolgende gegen studentische Organisationen gerichtete Verordnungen verpflichtete, und erhielten dafür die Immatrikulationsurkunde, den Studentenausweis in Form der »Legitimationskarte« sowie einen Auszug aus den seit 1829 gültigen Universitätsstatuten¹².

10 Die im folgenden verwendeten Zitate aus dem im Anhang publizierten Gutachten Bethmann-Hollwegs werden nicht einzeln nachgewiesen.

11 Albert an Ernst I., Bonn 1837 V 3 (RA VIC/Add A 14/52).

12 Für Albert sind erhalten die Immatrikulationsurkunde und der Revers, »welcher von den Studirenden vor der Immatriculation zu unterschreiben ist« (RA VIC/Z 487/11 und 23); für Ernst liegen vor die Legitimationskarte, die Immatrikulationsurkunde, ein Auszug aus den

Der Tagesablauf, der in einem Bericht des Prinzen Ernst an seine Großmutter Herzogin Karoline (1771–1848) beschrieben wird, fordert Respekt ab: »*Punkt 5 Uhr stehen wir auf und machen bis 7 Uhr, als unserer Lieblingszeit, die schwersten Arbeiten ab. Von 7 bis 8 Uhr bringen wir mit Anziehen, Frühstück und der Inspection der Menagerie hin. Von da an beginnen die Collegien und die dazu gehörige Präparations- und Repetitionszeit, welche uns gewöhnlich bis 1 Uhr, in zwei Tagen in der Woche aber bis 2 Uhr unausgesetzt in Anspruch nehmen. Um 2 Uhr essen wir und die übrige Zeit bis 5 Uhr ist zu unserer Erholung bestimmt. Um 5 Uhr beginnen die Arbeiten und Collegia wieder und dann bis gegen halb 8 Uhr. Der Abend wird in der Regel der Musik geweiht*«. Später rechnete er einmal vor, dass sie 34 Collegien in der Woche besuchten¹³.

Die von Ernst erwähnten Collegia kannten drei unterschiedliche Arten, die Bethmann-Hollweg in seinem Gutachten erläuterte: Unterschieden wurden »*Publica*« als öffentliche Vorlesungen, die kostenlos waren, von »*Privata*« als öffentliche Vorlesungen, die zu honorieren waren und von »*Privatissima*« als individuelle und ebenfalls zu honorierende Lehrveranstaltungen. Von dem Besuch der unentgeltlichen *Publica* und der zu honorierenden *Privata* riet er ausdrücklich ab: »*Diese auf das Bedürfnis der großen Zahl der Studierenden und auf die Möglichkeit nachzuschreiben beruhenden Vorträge umfassen natürlich sehr vieles, was für Prinzen weder Interesse noch Werth hat, und schreiten so langsam fort, daß Zeitverlust und Ermüdung nicht ausbleiben werden*«. Er kam daher zu dem Schluss: »*Privatissima, wenn solche von vorzüglichen Lehrern zu erlangen sind, sind deshalb ohne Zweifel vorzuziehen*«. Aber das galt für ihn aus hochschuldidaktischen Gründen nicht uneingeschränkt, denn – so fuhr er fort: »*Wenn jene öffentlichen Vorlesungen [Publica] das vor diesen [Privatissima] voraus haben, daß der Lehrer von der größeren Versammlung eine eigenthümliche geistige Anregung empfängt, auch die Theilnahme an dieser größeren Lehrgemeinschaft für die nur an Privatunterricht gewöhnten Prinzen interessant und wirkend sein könnte, so wäre dieser Zweck schon durch den Besuch einiger derselben, namentlich solcher, die privatissime nicht zu erhalten sind, zu erreichen*«.

Die Prinzen haben, wie eingangs erwähnt, bei ihren Vorlesungsbesuchen umfangreiche Skripte erarbeitet, von denen die meisten aus *Privatissima* hervorgegangen sind. Sie sind gewöhnlich keine reinen Mitschriften, sondern wurden später ausgearbeitet und zwar auf der Grundlage erster Notizen, die sich

Universitätsstatuten von 1829 I 1, sowie der Revers (StA Coburg LAA 6869); es fehlen für beide Prinzen die Exmatrikel, in denen gewöhnlich der Studienverlauf im Einzelnen dokumentiert wurde, vgl. Gert Schubring, *Mathematik, Statistik und Naturwissenschaften in den Studien Prinz Alberts*, in: *Die Studien des Prinzen Albert* (wie Anm. 4), S. 149–164, hier S. 162.

13 Ernst an Herzogin Karoline, Bonn 1837 XI 12 und 1838 V 25 (StA Coburg LAA 6960).

die Prinzen während der Vorträge der Professoren gemacht hatten und die noch um Ergebnisse weiterer Literaturrecherche erweitert werden konnten. So trägt das Skript über Perthes' Deutsches Staatsrecht auf einem Vorblatt den Vermerk des Prinzen Albert: »*Deutsches Staatsrecht, Nach Vorträgen des Dr. Perthes, vermehrt mit eigenen Bemerkungen und Auszügen aus Meyer, Leist, Emminghaus, Rudhart, Klüber, Dahmann, Stahl, Zangen. Bonn 1837 u. 1838*¹⁴«. Anders verhält es sich bei dem Kolleg zur Staatswirtschaftslehre. In dem Scriptum heißt es nicht wie sonst, dass es nach den Vorträgen des Dozenten gefertigt sei, sondern dass es auf dessen Diktaten beruhe¹⁵.

Studienfächer und Professoren

Die Lehrveranstaltungen, die die Prinzen in den drei Bonner Semestern besucht haben, bezogen sich vor allem auf die juristischen Studien und sodann auf Fächer in der Philosophischen Fakultät sowie auf Sprachkurse.

Im ersten Semester, dem Sommersemester 1837, hörten sie Deutsche Rechtsgeschichte, Rechtsaltertümer, Juristische Enzyklopädie, Alte Geschichte, Philosophie und Kunstgeschichte.

Über die Details des juristischen Studiums wissen wir einiges, weil Bethmann-Hollweg sich in seinem Gutachten über die Veranstaltungen und Professoren der juristischen Fakultät ausführlich verbreitet hat. Er empfahl für das erste Semester nachdrücklich die deutsche Rechtsgeschichte: »*Die geschichtliche Entwicklung des Germanischen Rechts, ist nun von solcher Wichtigkeit für jeden, der in bedeutende Verwaltungsverhältnisse zu treten berufen ist, ja so unentbehrlich für die gründliche Beurtheilung jeder politischen Zeitfrage, zugleich von solchem Interesse, daß ihr, der Deutschen Rechtsgeschichte, ein eigener Vortrag bestimmt zu werden verdient*«. Drei Dozenten kamen dafür in Frage: Peter Franz Deiters (1802–1861), Ferdinand Walter (1794–1879) und Clemens Theodor Perthes (1809–1867). Aber nur der letzte bekam Bethmann-Hollwegs uneingeschränkte Empfehlung. Denn der erste, Deiters, »*hat ohne Zweifel mehr gründliches Wissen, ist aber geistlos und langweilig. Sein Beifall bei den Studierenden ist gering*«. Auch der renommierte Kirchen- und Staatsrechtler Walter erschien ihm als ungeeignet, war er doch Katholik und legte zudem eine ultramontane Einstellung an den Tag: »*Unser ältester und angesehenster Germanist ist Walter, ein Mann von gewandtem Geist und glänzender Gabe des Vortrags. Ich wüßte hier niemand, der von dieser Seite mehr geeignet wäre, Prinzen einen*

14 RA VIC/Add A 10/81/14.

15 RA VIC/Add A 10/81/18: »*Staatswirtschaftslehre (Nach Dictaten des Herrn Professor Kaufmann)*«.

geistreichen, pikanten, anziehenden Vortrag zu halten. Allein Du kennst ihn auch von seinen anderen Seiten. Kann man mit gutem Gewissen den Unterricht in Deutscher Rechtsgeschichte für junge protestantische Fürsten in die Hände eines so leidenschaftlichen, sophistischen Anhängers der Römischen Curie legen? [...] Auf der andern Seite hat es etwas höchst Auffallendes, einen durch seine äußere Stellung so von allen beglaubigten, und in der That glänzenden Lehrer vorbeizugehen». – Als einziger erhielt der aus Gotha stammende Perthes eine uneingeschränkte Empfehlung: »Mit einem hellen Kopf, einer entschiedenen Anlage für's Leben verbindet er ein bedeutendes wissenschaftliches Talent; jugendliche Frische und Liebenswürdigkeit im Umgang, Eigenschaften, die jetzt in der That allgemein anerkannt werden. Junge Leute von lebhaftem Geist für eine Wissenschaft zu interessieren, dazu scheint er mir ganz gemacht. Auch wird er gern gehört, überflügelt Deiters«. Allerdings fand Bethmann-Hollweg auch bei Perthes noch einen Makel, nämlich »er ist nur Privatdozent«.

Das Skript zur Rechtsgeschichte zeigt, wie Martin Schmidt und Diethelm Klippel feststellen, dass die Inhalte sich an der Historischen Rechtsschule ausrichteten und dass sie zwei »Kernbereiche an vermitteltem Wissen [...] die historische Methode und die Darstellung der verwickelten Geschichte deutscher Staatlichkeit«, umfassten¹⁶.

Den dritten juristischen Kursus bildete die Juristische Enzyklopädie, deren Ziel sei, so Bethmann-Hollweg, »einen Umriss der gesamten Rechtswissenschaft zu geben [...] Außer der philosophischen Begründung des Rechts überhaupt und einer Übersicht der einzelnen juristischen Disziplinen hat es die Encyclopädie vorzüglich mit der geschichtlichen Ableitung unseres Rechtszustandes zu thun, welcher bekanntlich theils auf Römischen, theils auf ursprünglich deutschen Recht beruht«.

Allerdings war er auch hier mit den Professoren, die für das Fach in Frage kamen, wenig zufrieden. Er nennt Eduard Böcking (1802–1870) und Ludwig Arndts (1803–1878). Von der Sachkunde her konnte er an ihnen nichts aussetzen: »Böcking ist ein scharfsinniger Kritiker und weiß viel; Arndts ein tüchtiger Jurist im eigentlichen Sinn«. Da der Maßstab der Beurteilung für Bethmann-Hollweg jedoch die didaktischen Fähigkeiten der Professoren waren, folgerte er, dass sie beide die Prinzen wohl gründlich langweilen würden, denn »beiden fehlt es an der Leichtigkeit des Vortrags und dem Geistesschwung, ohne welche alles Juristische so leicht unerträglich trocken wird«. Bethmann-Hollweg schlug daher vor, die Veranstaltung selbst durchzuführen, was ein berechtigter Vorschlag war, denn Schmidt und Klippel heben hervor, dass die Prinzen damit »eine bemerkenswert umsichtige, komplexe und ideologisch offene politische und

16 Martin Schmidt/Diethelm Klippel, Die juristischen Studien Prinz Alberts an der ›Prinzenuniversität‹ Bonn, in: Die Studien des Prinzen Albert (wie Anm. 4), S. 45–101, hier S. 89.

rechtswissenschaftliche Haltung der ›rechten Mitte‹ kennen« lernten. Bethmann-Hollwegs »Sicht des Staates und seine Sorge um die Konsolidierung tradierter Rechtsverhältnisse machten ihn zwar in vielen Debatten zu einem Bündnispartner der Hochkonservativen; gleichzeitig aber lehnte er den ›Beamtenabsolutismus‹ seiner Epoche ab und sprach sich dagegen aus, die Gesellschaft als eine statische Größe zu betrachten und ihre wirtschaftlichen und geistigen Entwicklungspotentiale zu beschneiden. Er forderte zudem starke Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsrechte zumindest auf kommunaler und regionaler Ebene [...]»¹⁷«.

Alle übrigen Veranstaltungen des ersten Semesters fanden in der Philosophischen Fakultät statt. Bethmann-Hollweg empfahl vor allem das Lehrangebot des Historikers Johann Wilhelm Loebell (1786 – 1863): *»besonders über mittlere und neuere Geschichte, jene etwa im Sommer, diese im Winter, wöchentlich 2 Stunden privatissime. Wenn auch die Prinzen in geschichtlichen Vorkenntnissen vorzüglich vorbereitet sind, so ist doch die Geschichte ein zu wichtiger und interessanter Zweig des Wissens, als nicht ein tieferes Eindringen angelegentlich empfohlen werden müsste«.*

Tatsächlich hörten die Prinzen den ganzen historischen Kursus bei Loebell, beginnend mit der Alten Geschichte, in den folgenden Semestern dann Mittelalterliche und Neuere Geschichte. Amalie Föbel hat aus der Auswertung des Skripts zur Geschichte des Mittelalters die Erkenntnis gewonnen, dass *»Loebell noch ganz in der Tradition der Aufklärung stand und die Geschichte als Menschheitsgeschichte begriff, als vernunftgeleitetes, auf politische und gesellschaftliche Veränderung zielendes, eigenverantwortliches und nicht fremdbestimmtes Handeln der Menschen«.* Loebell sei damit den letzten Entwicklungen des Faches in Richtung auf den Historismus hin nicht gefolgt, *»welcher nun nicht mehr vom geschichtsimmanenten Fortschritt ausging, sondern von der Eigenständigkeit und Eigentümlichkeit der Epochen und den universalen Blick auf Geschichte zurücklenkte auf das Detail, das Einzelne und Individuelle»¹⁸«.*

In der Philosophie begannen die Prinzen mit einer Vorlesung zur Logik und hörten in den nachfolgenden Semestern Anthropologie und Psychologie sowie Geschichte der Philosophie. Dafür empfahl Bethmann-Hollweg ein Privatissime bei Immanuel Hermann Fichte (1796 – 1879), dem *»Sohn des berühmten Philosophen, welcher mit Tiefe des Denkens eine große Deutlichkeit des Vortrages verbindet«.* Auch in diesem Fach lassen die Mitschriften einen guten Einblick in die Lehrinhalte und deren Qualität zu, den Lutz Koch so zusammenfasst: *»Gewiss, Immanuel Hermann Fichte war ein Epigone des deutschen Idealismus;*

¹⁷ Ebenda, S. 78.

¹⁸ Amalie Föbel, Prinz Albert und das Mittelalter, in: Die Studien des Prinzen Albert (wie Anm. 4), S. 133 – 148, hier S. 147.

gelegentlich als Synkretist bezeichnet, weil er in vielem Kantianer war, in vielem Anhänger seines Vaters, Schellingianer und Hegelianer; aber gerade deswegen war er wohl besonders geeignet, den Idealismus am Ausgang seiner Epoche aus innerer Kenntnis zu repräsentieren. Wenn man bedenkt, dass die Bonner philosophischen Studien der beiden Brüder nur drei Vorlesungen umfassten, dann kann man zu dem Urteil kommen, dass ihnen in dieser kurzen Zeitspanne ein kompaktes und auch innerlich zusammenhängendes Programm geboten wurde, das zu mehr als einem bloß äußerlichen Kennenlernen geeignet war und ihnen zudem ein Bild der aktuellen Entwicklung zu zeichnen vermochte¹⁹«.

Das Fach Kunstgeschichte, das die Prinzen ebenfalls in diesem ersten Semester studierten, wird von Bethmann-Hollweg nicht kommentiert. Fachvertreter war Eduard d'Alton (1772–1840). Christian Hecht weist bei der Auswertung des Vorlesungsskriptes auf den merkwürdigen Widerspruch hin, dass Bonn damals zwar zu denjenigen Universitäten gehörte, die die Kunstgeschichte früh als eigene Disziplin eingeführt hatten, dass aber dennoch die Vorlesung d'Altons »keine Glanzleistung der frühen akademischen Kunstgeschichte« darstelle, vor allem weil sie eine unkritische Wiedergabe des Inhaltes des damals schon 40 Jahre alten Werkes des Göttinger Kunsthistorikers Fiorillo« sei. Die damit verbundene spätklassizistische Grundhaltung sei nicht mehr zeitgemäß gewesen angesichts des bereits entstehenden Historismus. Immerhin habe die Vorlesung »die Hörer mit einer Vielzahl von Namen wenn nicht vertraut, so doch wenigstens bekannt gemacht²⁰«.

Auch für die Auswahl der Dozenten für die Sprachkurse hatte Bethmann-Hollweg Empfehlungen gegeben. Den Englischunterricht übernahm der Norweger Christian Lassen (1800–1876), ein Schüler Schlegels, der nach diesem der hervorragende Vertreter der Indologie in Bonn wurde. Für den Französischunterricht gab es in Bonn den Lektor R. Nadaud (gestorben vermutlich 1867), der ohne reguläre Anstellung seinen Unterhalt erwarb. Das preußische Kultusministerium hat seine wiederholten, von der Philosophischen Fakultät teilweise unterstützten Anträge auf eine feste Besoldung stets abgelehnt²¹. Lassen lehrte vier, Nadaud zwei Semesterwochenstunden. Zu beiden Veranstaltungen haben sich scheinbar keine schriftlichen Aufzeichnungen erhalten. Es finden sich unter den Vorlesungsmitschriften zwar kurze Ausarbeitungen zur englischen Ver-

19 Lutz Koch, Die philosophischen Studien Prinz Alberts bei Immanuel Hermann Fichte, in: Die Studien des Prinzen Albert (wie Anm. 4), S. 119–131, hier S. 131.

20 Christian Hecht, »Kunstgeschichte nach Vorträgen des Prof. d'Alton«. Das kunsthistorische Studium des Prinzen Albert von Sachsen-Coburg und Gotha an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn (1837), in: Die Studien des Prinzen Albert (wie Anm. 4), S. 219–232, hier S. 230 f.

21 Franz Bosbach, Fürstliche Studienplanung und Studiengestaltung, in: Die Studien des Prinzen Albert (wie Anm. 4), S. 13–44, hier S. 33 Anm. 46.

fassung von der Hand Alberts, jedoch sind diese Hans-Christoph Kraus zufolge erst nach dem Bonner Aufenthalt entstanden und zwar als schriftlicher Niederschlag einer von Christian Stockmar (1787–1863) angeleiteten Beschäftigung mit der englischen Verfassungs- und Rechtsgeschichte²².

Im zweiten Semester, im Wintersemester 1837/38, hielt Perthes wiederum eine Vorlesung, dieses Mal zum Staatsrecht. Auf den Rat Bethmann-Hollwegs hin hatte man auf den wesentlich profilierten Fachvertreter Romeo Maurenbrecher (1803–1843) verzichtet, weil dieser die Aufgabe zwar gerne übernehmen werde, aber – so Bethmann-Hollweg – vor allem durch »Prahlererei« auffalle. Die Vorlesung machte die Prinzen mit einer notwendigen Neuorientierung der monarchischen Staatsform vertraut: Perthes machte klar, »dass die absolute Monarchie den historischen Archetypus eines wohlgeordneten Staatswesens bildete. Allerdings hielt er es für einen begrüßenswerten Grundzug der Moderne, die Gewalt des Monarchen zu beschränken. Er stand mit seinem positiven Urteil über die beschränkte Monarchie einem gemäßigten Liberalen wie Dahlmann vom Grundsatz her ziemlich nahe.[...] Sowohl die Kodifikationsbestrebungen des 18. und des Anfangs des 19. Jahrhunderts als auch die Konstitutionen der Zeit nach 1800 hielt Perthes im Prinzip für unvermeidlich und begrüßenswert²³«.

Wesentlich system-konservativer zeigte er sich in seinen Ausführungen zur damals akuten Verfassungskrise im Königreich Hannover. Hier scheint er nach den Aufzeichnungen Prinz Alberts die Kassation der Verfassung von 1833 durch den König gerechtfertigt zu haben²⁴. Die Prinzen haben sich diese Meinung offensichtlich nicht zu eigen gemacht, sondern sind zu einem geradezu gegenteiligen Urteil gekommen, wie Ernst in einem Brief an seinen Onkel, den belgischen König Leopold, ausführte: »Von Hanover und seinem Unglück, wie man sich ganz unverholen auszudrücken pflegt, ist alles voll. Aus allen Schritten, die schon geschehen sind und aus allem dem, woran das ganze Volk nicht mehr zweifelt, scheint hervorzugehen, daß der neue König mit der Auseinanderschickung der Stände auch die Constitution umstürzen werde. Die Stimmung in der Stadt Hanover soll sehr aufgeregter seyn und sollte der König wirklich jenen Schritt thun, so ist ein grosses Unglück vorauszusehen. Es wäre wirklich schrecklich, wenn die Ruhe in Deutschland durch solche empörende, willkürliche Maaßregeln gestört würde und wenn man es wieder so weit kommen ließe, bis sich das Volk selbst seine Rechte wieder erkämpfen müßte!²⁵«.

22 Hans-Christof Kraus, Englische Verfassung und deutscher Vormärz. Zu den Voraussetzungen und Erscheinungsformen von Prinz Alberts jugendlicher Beschäftigung mit der politischen Ordnung Großbritanniens (1837), in: Die Studien des Prinzen Albert (wie Anm. 4), S. 165–186.

23 Schmidt/Klippel (wie Anm. 16), S. 83, 87.

24 Ebenda, S. 85 f.

25 Ernst an Leopold, Bonn 1837 VII 18, in: StA Coburg LAA 6939 fol. 11–12, hier 11'.

Das Kolleg zur Staatswirtschaftslehre hörten die Prinzen bei dem Fachvertreter und Extraordinarius für Staatswissenschaft, Peter Kaufmann (1804–1872). Die Inhalte spiegeln, wie Dieter Fricke feststellt, eine Übergangsperiode wieder: Kaufmann favorisierte noch sehr stark den Kameralismus und setzte die Lehre von Adam Smith noch zurück, so dass die Vorlesungsinhalte »gemessen an den westeuropäischen Standards als veraltet« gelten müssen und auch im Vergleich zu anderen deutschen Universitäten nicht als fortschrittlich gelten können²⁶.

Die Prinzen haben darüber hinaus auch als *Publica* gehaltene Vorlesungen an der Philosophischen Fakultät besucht, zu denen keine Skripte verfasst wurden. Bei August Wilhelm Schlegel hörten sie »*Allgemeine Einleitung in die historischen Studien*« und »*Deutsche Literaturgeschichte*«, und bei Julius Plücker (1801–1869) Experimentalphysik. Die damit erstmals berücksichtigten Naturwissenschaften, die in Bonn damals auf besonders hohem Niveau gelehrt wurden, wurden auch im letzten Semester, im Sommersemester 1838, mit einer Veranstaltung zur Botanik beim Direktor des Botanischen Gartens in Poppelsdorf, Ludolph Christian Treviranus (1779–1864) fortgeführt²⁷. Darüber hinaus betrieben sie ein Fernstudium zur Sozialstatistik unter der Anleitung von Adolphe Quetelet (1796–1874), dem belgische Akademiesekretär und Begründer der Sozialstatistik, von dem sie zuvor während ihres Aufenthaltes in Brüssel auch in Mathematik unterrichtet worden waren²⁸.

In diesem letzten Semester belegten die Prinzen auch ein *Publicum* bei dem Professor der evangelischen Theologie Carl Immanuel Nitzsch (1787–1866), in dem es nach einer Schilderung des Prinzen Ernst um »praktisches Kirchenrecht mit besonderer Rücksicht der Stellung der Kirche im Staate« ging. Er fand den Dozenten ausgezeichnet und die Veranstaltung »ungemein interessant²⁹«.

Der Grund für das Interesse der Prinzen an der Veranstaltung war sicherlich durch den damals im Rheinland entbrannten Kirchenstreit zwischen preussischer Regierung und katholischer Kirche gegeben, den beide Prinzen in ihren Briefen ausführlich schilderten. So beschrieb Ernst in einem Brief an seine Großmutter die Auswirkungen des Streites auf die Studierenden: »[...] Wenn ich nun auf die Kölner Angelegenheiten komme, so erlaube mir, daß ich alles das mit

26 Dieter Fricke, Prinz Alberts Studium in Bonn: die Vorlesung »Staatswirtschaftslehre«, in: Die Studien des Prinzen Albert (wie Anm. 4), S. 103–117, hier 116.

27 Gutachten Carlowitz zur Studienplanung, Gotha 1838 IV 18 (StA Gotha, Staatsmin. Dep. C, Loc. J Tit. 2 nr. 34 fol. 79–82): »Die Botanik wird am paßesten auf Excursionen nach Poppelsdorf, woselbst der dortige Garten-Director ein besonderer Botaniker seyn soll, gelehrt werden können, die Prinzen würden solche mit ihren Vergnügungstunden verbinden, und nicht zu viel Zeit von ihren Arbeitsstunden verlieren«.

28 Schubring (wie Anm. 12).

29 Bosbach, Das Studium (wie Anm. 21), S. 34.

Stillschweigen übergehe, was schon in den Zeitungen angeführt wurde, und mich nur an das halte, was allen, die nicht diese Gegend bewohnen, oder [viel] Interesse daran nehmen, unbekannt seyn muß. Als vor 2 Jahren der Graf Spiegel, Erzbischof von Köln, starb, musste zu einer neuen Wahl geschritten werden. Bis zu dem Augenblicke war das beste Vernehmen zwischen der Regierung und der Kirche und es blühte besonders die Universität Bonn. Von der Kirche ward nun der gegenwärtige Erbdroste von Fischering der Regierung vorgeschlagen und auch trotz der von allen Seiten eingehenden Warnungen von dem Könige bestätigt. Herr v. Drost ist einer von dem Münsterischen Adel, der durch großen Reichthum, [ein Wort eingebunden] obskuren Denkungsart, durch übertriebene Bigotterie und ganz antipreußische Gesinnungen bekannt ist. Er hatte kaum als Erzbischof seine Funktionen begonnen, als die Geistlichkeit, der ganze Adel ihre Häupter erhoben. Die Protestanten wurden augenscheinlich zurückgesetzt, die Concordate, die erst wenige Jahre vorher mit dem Papste über die gemischten Ehen eingegangen worden waren, überschritten und [2 Worte unleserlich] von den Kanzeln Gesinnungen gepredigt, wie man sie wohl kaum in den Zeiten der Religionskriege zu hören gewohnt war. Zu gleicher Zeit traf es sich, daß hier in der Universität einige katholische Theologen in etwas freieren Gesinnungen docierten, als es dem Erzbischof gefiel. Dieser nun, ohne mit der Regierung zu communiciren, verbot kraft seiner Würde sämtlichen katholischen Studenten deren Collegia zu besuchen und wenn sie es dennoch thäten, würde er ihnen nie die Priesterweihe geben lassen. Dies war der erste politische Eingriff in das Wesen der Regierung, der allein die Universität untergeben ist. Die Folge davon war, daß mehrere hunderte von Studenten, welche mit dem größten Fleiße vergangenen Frühling ihre Studien begonnen hatten, in der Mitte des Sommers ohne alle Arbeit waren. Nun erst ging [!] der Regierung zu Berlin die Augen auf, welche bisher von nichts als von dem großen [1 Wort unleserlich] träumeten, welches die Rheinlande für sie hätten. Wie man nun den Erzbischof anfangs ersuchte, dann drohte und ihn endlich, da er sich auch nicht zwingen lassen wollte, abholte und gefangen nahm, hast du durch die Zeitungen ersehen. Komme ich auf den Adel zurück, so war dieser in dem Verlaufe der letzten Monate vor dem kraftvollen Einschreiten der Regierung gleichfalls thätig gewesen. Und du wirst dich gewiß erinnern, in dem Sommer wie weites und breites über die Autonomie (Selbstgesetzgebung) des rheinischen Adels gelesen zu haben. Mit anderen Worten, der ganze katholische Adel wollte sich zu einer ungeheuren Zunft vereinigen, welche ihre eigenen Gesetze, ihre besonderen Statuten, kurzum [1 Wort unleserlich] Gesetzgebung haben sollte. Eine Deputation ward nun nach Berlin geschickt, um vom Könige die Bestetigung ihres Vornehmens zu erlangen [...]³⁰.

30 Ernst an Hg.in Karoline, Bonn 1838 I 9, Ausfertigung (StA Coburg LAA 6960). Florschütz meldete seine Beobachtungen zur Stimmung in der Bonner Bevölkerung nach Coburg (RA

Das Sommersemester 1838 war in der ursprünglichen Studienplanung nicht vorgesehen, weshalb es auch in dem Gutachten Bethmann-Hollwegs nicht berücksichtigt worden war. Die Verlängerung des Studiums der Prinzen erschien zweckmäßig, weil sich die angestrebte Verbindung Alberts mit Königin Victoria nicht so zügig wie geplant in die Wege leiten ließ. Man suchte daher Zeit zu gewinnen, die durch den Aufenthalt in Bonn sinnvoll gefüllt werden konnte.

Zu den bereits vertrauten Veranstaltungen des juristischen Cursus, der Geschichte und der Literaturgeschichte kam nun die Rechtsphilosophie bei Gustav Friedrich Gärtner (1807–1841) hinzu. Diese Veranstaltung ist wegen ihrer didaktischen Gestaltung bemerkenswert: Sie entsprach wohl am meisten dem Seminarstil, wie er den Unterricht an den neuen Universitäten Preußens prägen sollte. Denn hier fand kein Vortrag statt, sondern ein Gespräch zwischen Dozenten und Hörern, in dem Begriffe geklärt und Sachverhalte entwickelt wurden. Gärtner verlangte von den Hörern die Vorbereitung durch eigenes Literaturstudium auf Problemstellungen, die jeweils in den nächsten Sitzungen zur Sprache kamen. Dieser dialogorientierte Seminarstil war beiden Prinzen ungewohnt, hob sich offensichtlich von ihrem sonstigen universitären Unterricht ab und traf bei ihnen auch nicht auf spontane Begeisterung³¹. Das mag auch an den behandelten Themen liegen. Nach Schmidt und Klippel ging es Gärtner nämlich »in erster Linie um die philosophischen Grundlagen des Rechts, nur selten blitzten die Funktionen der Rechtsphilosophie auf, als rechtspolitisches Diskussionsforum zu dienen und einen Maßstab der Gerechtigkeit von Staat und Recht in der Wirklichkeit abzugeben³²«.

VIC/M 34/24): »Mehrere der bedeutendsten Familien von Bonn, welche der streng katholischen Partey angehören, ziehen sich in Folge der Köllner Differenz von jeder Theilnahme am gesellschaftlichen Leben zurück. Sie trauern über den entführten Erzbischof und geben dem Schmerz sich hin über die gekränkte Kirche. Viele mochten ein anderes Resultat erwarten, und die früherhin jauchzten über den unbeugsamen Willen ihres seiner Zeit nicht begreifenden Erzbischofs, fühlen sich jetzt durch die feste Kraft und die umsichtige Offenheit der Preußischen Regierung zu Boden gedrückt. Der festgenommene Erzbischof hat allerdings in seiner Diözese viel Unheil gestiftet, er hat christliche Milde im Munde geführt, dabey aber die schärfste Trennung der Katholiken und Protestanten ins Leben zurückgerufen, die zur lauteften Anfeindung ausartete; der protestantische Geistliche war auf der Straße nicht sicher vor Insulten; wenn protestantische Kinder zur Schule gingen, mußten sie die verhöhrenden Verfolgungen ihrer katholischen Kameraden erdulden und zwey protestantische Professoren an der Universität könnnten ihre geliebten Bräute nur unter dem ausdrücklichen Versprechen zur Ehe erhalten, sämmtliche Kinder im katholischen Glauben erziehen zu lassen. Soeben zieht eine ungeheure Prozession auf einen Berg, um den lieben Gott zu bitten, der Kälte Einhalt zu thun. Das Volk verhält sich übrigens bey dem wichtigen Vorgange vollkommen ruhig und Alles, was man von drohender Gefahr und zu befürchtenden Aufständen spricht, ist ungegründet. Es kann nur eine bessere Zukunft erwartet werden und die unterschiedene Preußische Regierung wird dafür sorgen.«

31 Bosbach, Das Studium (wie Anm. 6), S. 71 f.

32 Schmidt/Klippel (wie Anm. 15), S. 97.

Schließlich studierten die Prinzen vier Mal in der Woche von 16 bis 17 Uhr bei dem akademischen Musikdirektor und außerplanmäßigen Professor für Musikwissenschaft Heinrich Carl Breidenstein (1796–1876) den Generalbass. Leider erlauben die Vorlesungsmitschriften, so Thomas Betzwieser, »*kaum Rückschlüsse auf die konkrete Gestaltung von Curriculum und Unterricht. Das nur acht Seiten umfassende Manuskript der Harmonielehre-Vorlesung mit dem Titel ›Die Lehre von den Mitteln der Tonkunst‹ enthält musiktheoretische Grundlagen bzw. Allgemeinplätze, mit welchen die Prinzen wahrscheinlich vertraut gewesen sein dürften. Musikhistorische Ausführungen oder gar satztechnische Details enthält die Mitschrift nicht. Insofern kann über Inhalt und Qualität von Breidensteins Unterricht nur spekuliert werden. Fest steht aber, dass Albert in den wenigen Monaten des Unterrichts offenbar so große Fortschritte gemacht hat, dass er der Hilfestellung seines Lehrers beim Schreiben von Klavierliedern kaum noch bedurfte*³³«.

Schlussbemerkung

Die Aufzeichnungen, die Prinz Albert und sein Bruder Ernst über ihre Universitätsstudien in Bonn verfasst haben, gewähren nicht nur einen genauen Einblick in die Details fürstlicher universitärer Bildung im frühen 19. Jahrhundert, sondern geben auch Aufschluss über das durchaus unterschiedliche Qualitätsniveau des akademischen Unterrichts in den einzelnen Studienfächern.

Das juristische Studium, das den Schwerpunkt aller Veranstaltungen ausmachte, vermittelte nach der Feststellung von Schmidt und Klippel »*ein komplexes und ideologisch nicht übermäßig verengtes Rechtsverständnis*«. Ergänzend dazu machten die Prinzen ausgiebig Gebrauch von dem Lehrangebot im philosophisch-geisteswissenschaftlichen und etwas weniger im naturwissenschaftlichen Bereich. Damit war das Studium denkbar breit angelegt und entsprach dem Konzept, das, wie eingangs erwähnt, von Florschütz befürwortet worden war.

Teilweise waren ihre akademischen Lehrer herausragende Fachvertreter, teilweise trafen die Prinzen auf Dozenten, die noch dem überkommenen aufklärerischen Bildungskontext verhaftet waren und die voranschreitende Entwicklung ihres Faches nicht oder noch nicht nachvollzogen hatten. Dies kann als ein Hinweis darauf gedeutet werden, dass das von Florschütz vertretene, unter dem Einfluss der Bildungsreform Humboldts allgemein propagierte neue uni-

33 Thomas Betzwieser, »Ein lang gehegter Wunsch«: Prinz Albert als Komponist in der Bonner Studienzeit, in: Die Studien des Prinzen Albert (wie Anm. 4), S. 187–217.

versitäre Bildungsideal sich im Lehrangebot der erst 1819 gegründeten Universität Bonn durchaus nicht überall widerspiegelte³⁴.

Anhang 1

[Friedrich Karl von Bülow] an Carlowitz, Berlin 1837 I 9, Ausf. Thür. StA Gotha, Staatsmin. Dep. C, Loc. J Tit. 2 nr. 26 (unfol.) = Druckvorlage (Unterstreichungen in der Druckvorlage); gekürzte und anonymisierte Kopien: StA Coburg LAA 6868 fol. 1–2; Kunstsammlungen Veste Coburg, Behälter: »Autographen und Flugschriften der Sammlung Cohn« [Stück 5].

Das ehrenvolle Vertrauen, deßen Eure Excellenz mich in dem hochgnedigen Schreiben vom 30. n. M. durch das Verlangen meiner Äußerung über die daselbst näher bezeichneten Fragen zu würdigen die Güte gehabt haben, verpflichtet mich zunächst zum lebhaftesten und ganz gehorsamsten Danke, welchen Sie mit gewohnter Freundlichkeit genehmigen wollen.

Je wichtiger die Angelegenheit ist, auf welche jene Fragen sich beziehen, um so weniger habe ich geglaubt, mich bei deren Beantwortung auf mein eigenes Urtheil allein verlassen zu dürfen, obwohl sich einige darunter befinden, bei denen ich der Zuziehung eines Rathgebers nicht bedurfte. Zu diesen letzteren gehören die Fragen, ob auf den Universitäten Berlin und Bonn die Fächer des römischen und modernen Civilrechtes, des Staatsrechtes, der Staatswirthschafts-Lehre, der Politik, Geschichte und anderer verwandter philosophischer Wissenschaften gut und durch wen sie besetzt sind? Im allgemeinen habe ich hierauf nach bester Überzeugung zu erwiedern, daß Berlin in den genannten Fächern ein größeres und ausgezeichneteres Lehrpersonal und Bonn wenigstens ein eben so gutes besitzt, wie jede andere unter den mir bekannten besseren Universitäten in Deutschland. Römisches und modernes Civilrecht, auch Staatsrecht werden in Bonn von den Professoren Bethmann Hollweg, Walter, Böcking und Mauernbrecher gelesen, unter denen namentlich der Erstere an Gelehrsamkeit, Lehrtalent und moralischem Werthe ein wahrer Schatz für die dortige Universität ist. Als dortige Staatswirthschaftslehrer sind Hüllmann und Münsow, als Geschichtslehrer August Wilhelm von Schlegel, als Lehrer physikalischer Wissenschaften Noeggerath, als Philosophen, welche auch Politik lesen, Fichte und Mendelssohn zu empfehlen. Was Berlin betrifft, so hat die philosophische Fakultät – abgesehen von anderen Namen – als eigentliche Philosophen Gabler und Steffens, als Historiker Ranke und von Raumer, als Geographen C. Ritter, als Physiker und Na-

34 Zur Diskrepanz von Erwartungen und Umsetzung des humboldtschen Modells vgl. Schmidt/Klippel (wie Anm. 4), S. 57 und Anm. 56 mit Verweis auf weitere Literatur.

turhistoriker Weiß, Cremer und Link, als Staatswirthschaftslehrer an der Stelle des bekannten wirklichen Geheimen Ober Regierungs Rathes Hoffmann, der seine academische Thätigkeit leider! aufgegeben hat, deßen Schüler, den Geheimen Rath Dieterici, einen recht tüchtigen Statistiker, aufzuweisen. Indem ich unsere hiesigen Lehrer des Römischen und modernen Civilrechtes: Heffter, Klenze, Homeyer, Rudorff und von Savigny nenne, steige ich vom guten zum vortrefflichen hinauf und bleibe bei dem Herrn von Savigny stehen, weil er es ist, welcher durch eine sechsundzwanzig jährige Erfahrung (er befindet sich seit dem Jahre 1810 an der hiesigen Universität) durch Rang und Stellung in der Gesellschaft, durch tiefe Einsicht und edle Gesinnung mir am allergeeignetsten schien, über die anderen von Ew. Excellenz mir vorgelegten Fragen ein zuverlässiges, gründliches Gutachten abzugeben. Ihm, meinem ehemaligen Lehrer, mit welchem ich immer noch in einer mir höchst schätzbaren näheren Verbindung stehe, von dessen Discretion ich mich vollkommen versichert halten darf, theilte ich daher den wesentlichen Inhalt ihres verehrlichen Schreibens vom 30. n. M. vertraulich mit und bat ihn, mir seine Meinung insbesondere darüber zu sagen, ob und in wie weit die Gefahren, deren sie ad nro. 4 erwähnen, für junge Herren hohen fürstlichen Standes, welche hier studiren, wirklich vorhanden oder doch zu vermeiden sind? – Erlauben Sie mir seine Äusserung hierüber, welcher ich durchaus beistimme, hier kurz zusammen zu faßen. Für Studirende aus dem Mittelstande (wohin ich auch den gewöhnlichen Adel, den höhern Beamtenstand zähle), ist die Gefahr der Verführung in Berlin nicht größer und vielleicht weniger groß, als auf kleineren Universitäten, wo sie den jungen Leuten meistens viel näher auf den Leib rückt, und wo es für dieselben nicht so gute Gelegenheit giebt, ihre Mußestunden im Kreise anständiger Familien zuzubringen, als es hier der Fall ist. Nicht einmal die Zerstreuung, welcher man in einer so großen Stadt wie Berlin ausgesetzt ist, pflegt den hiesigen Studierenden, wenn sie wirklich etwas lernen wollen und einige Characterfestigkeit mitbringen, besonders gefährlich zu werden. Anders aber möchte es sich wohl mit jungen Prinzen aus einem regierenden Hause verhalten – eben weil Berlin die Residenz ist, wo sie ihres hohen Ranges und Standes halber, nicht umhin können, viel am Hofe zu leben, die Hoffeste, Hofbälle, Jagden, Paraden, Manoeuvres, Spatzierfahrten und Ritte, Dinners etc. etc. mitzumachen, daß sich ein ernstes, anhaltendes, fruchtbringendes Studium mit dergleichen unvermeidlichen Zerstreuungen nicht vereinigen läßt, liegt in der Natur der Sache und der Kronprinz von Bayern, welcher aus eigener Erfahrung hierüber urtheilen kann, dürfte wohl schwerlich behaupten wollen, daß er von Berlin eine große wissenschaftliche Ausbeute mitgebracht habe. – Dieserhalb ist denn auch der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz entschlossen, den Erbgroßherzog, welcher nächsten Ostern die Universität beziehen soll, nicht nach Berlin, sondern nach Bonn zu schicken. Dort würden mithin die Prinzen von Sachsen-Coburg mit einem jungen Herrn ihres Standes zusammentreffen, und

auch hierin einen Vortheil finden, welchen ihnen die Berliner Universität als solche nicht gewährt; – dort, wo der Ton nicht roher ist als in Göttingen, würde es ihnen unter der Leitung eines verständigen wohlgesinnten Begleiters gewiß leicht werden, sich nicht allein ernstlich und ungestört ihren Studien / zu widmen, sondern sich auch unter den übrigen Studirenden, wie unter den Familien der Stadt einen anständigen, erheiternden Umgang auszuwählen. Dabei würde den Prinzen sowohl rücksichtlich des Ganges und der Einrichtung ihrer Studien, als rücksichtlich ihrer gesellschaftlichen Beziehungen der Rath des Professors Dr. Bethmann-Holweg (eines Neffen des bekannten vormaligen Frankfurter Bankiers Moriz v. Bethmann) von dem größten Nutzen seyn und man könnte ihnen nichts besseres anempfehlen, als sich recht nahe diesem vortrefflichen Manne anzuschließen, der sich mit treuer Gewißenhaftigkeit angelegen seyn lassen würde, so weit es in seiner Macht stände, dafür zu sorgen, daß der Zweck ihres Aufenthaltes in Bonn ohne Beeinträchtigung ihrer moralischen Reinheit vollständig erreicht würde. Herr von Savigny, zu dessen besten Schülern er gehört, und ich, als einer seiner näheren Freunde, dürfen ihm hierüber aus eigener persönlicher Kenntniß ein zuverlässiges Zeugnis geben. Unter diesen Umständen müssen wir uns, wenn die jungen Prinzen überhaupt eine preußische Universität beziehen wollen, unbedingt für Bonn erklären[...].

Anhang 2

Bethmann-Hollweg an [Friedrich Karl von Bülow], Bonn 1837 II 13–14, Kopie in Thüringisches StA Gotha, Staatsmin. Dep. C, Loc. J Tit. 2 nr. 26 (unfol.)

Threuester, innig verehrter Freund! Seit vorgestern, wo ich deinen lieben Brief vom 6. d. M. erhielt, hat dessen Gehalt mich sehr lebhaft beschäftigt, und ich eile, sobald meine Gedanken zur Ruhe gekommen, sie Dir mitzuteilen. Die Wichtigkeit der Aufgabe, die Ehre unserer Universität, das mir geschenkte Vertrauen, bewegen mich dabei auf gleiche Weise; möchte es mir gelungen sein, allen diesen Anforderungen zu genügen.

Der beifolgende Studienplan enthält die Hauptpunkte; er bedarf aber in verschiedener Beziehung der Ergänzung und eines Commentars, den ich aus nahe liegenden Gründen nur in der Form freundschaftlicher Mittheilung Dir geben kann, jedoch mit unbedingter Vollmacht, nach eigener Beurtheilung weitem Gebrauch davon zu machen. Auf die strengste Diskretion, von welcher mein freundliches collegialisches Verhältniß hier wesentlich abhängt, rechne ich jedenfalls.

Dir als gründlichen Kenner, als warmen Freund vaterländischer Geschichtskunde und Alterthümer, brauche ich nicht auseinander zu setzen, warum ich der

Encyclopädie die Deutsche Rechtsgeschichte hinzugefügt habe. Um so mehr habe ich über die Personen zu sagen, denen der eine und andere Vortrag anvertraut werden könnte.

Unser ältester und angesehenster Germanist ist Walter, ein Mann von gewandtem Geist und glänzender Gabe des Vortrags. Ich wüßte hier niemand, der von dieser Seite mehr geeignet wäre, Prinzen einen geistreichen, pikanten, anziehenden Vortrag zu halten. Allein Du kennst ihn auch von seinen anderen Seiten. Kann man mit gutem Gewissen den Unterricht in Deutscher Rechtsgeschichte für junge protestantische Fürsten in die Hände eines so leidenschaftlichen, sophistischen Anhängers der Römischen Curie legen? Freilich, katholisch wird er sie nicht machen; aber wäre es nicht auch zu beklagen, wenn er ihnen über die Zustände des Mittelalters und der neuen Zeit schiefe, katholisierende Ansichten beibrächte? Wenn er ihnen z. B. die Englische Verfassung im Licht der [1 Wort unleserlich] Geschichte zeigte? Und das ist nicht das Einzige. Seine wissenschaftliche Individualität ist ganz durchwoben mit ähnlichen Sophismen, blendenden, einseitigen Ansichten. Wenn ich nur dieß eine nehme, daß er keine Gelegenheit vorbeigehen läßt, Eichhorn und Savigny, deren Verdienste um unsere Wissenschaft kein Unpartheiischer bezweifelt, zu verkleinern. Auf der andern Seite hat es etwas höchst Auffallendes, einen durch seine äußere Stellung so von allen beglaubigten, und in der That glänzenden Lehrer vorbeizugehen. Und wen haben wir sonst? Deiters, jüngerer Ordinarius, hat ohne Zweifel mehr gründliches Wissen, aber ist geistlos und langweilig. Sein Beifall bei den Studierenden ist gering. Sehr viel halte ich auf Perthes. Hier und in Berlin durch eifrige Studien gebildet, durch Erfahrungen der juristischen Praxis und Regierungscarriere bereichert, ist er dann mit einem glänzenden Examen zum Lehrerberuf übergegangen, und hat sich in den 3 Jahren gründlich in die Quellen des Deutschen Rechts hineingearbeitet. Mit einem hellen Kopf, einer entschiedenen Anlage fürs Leben verbindet er ein bedeutendes wissenschaftliches Talent; jugendliche Frische und Liebenswürdigkeit im Umgang, Eigenschaften, die jetzt in der That allgemein anerkannt werden. Junge Leute von lebhaftem Geist für eine Wissenschaft zu interessieren, dazu scheint er mir ganz gemacht. Auch wird er gern gehört, überflügelt Deiters. Aber die äußere Beglaubigung fehlt ihm noch, er ist nur Privatdozent.

Das 5 stündige Privatum bei Walter zu hören, rathe ich keines Falls, schon des Zeitverlustes wegen. Und je mehr ich es überdenke, desto unmöglicher erscheint es mir, besonders seines kirchlichen Verhältnisses wegen, ihm den Privatunterricht anzuvertrauen, selbst wenn er dazu bereit wäre. Ich möchte daher vorschlagen, ein Privatissimum bei Perthes zu nehmen und um Walters Talent zu nutzen, ein Publicum von 2 Stunden über auserlesene Theile der Deutschen Rechtsgeschichte, welches er angekündigt hat, zu hören. Hierdurch würde sich freilich der Sommercursus um 1 oder 2 Stunden vermehren.

Ich wünsche aber sehr, daß auch Du, mein theurer Freund, nach Deiner Sachkenntniß, meine Ansicht prüfen, und nur das Geeignete weiter mittheilen möchtest. Noch bemerke ich, daß Perthes durch seinen Vater Gothaner, also Landeskind ist, was als äußeres Motiv wenigstens vorgewandt werden könnte.

Anders steht es noch mit der Encyclopädie. Als fünfständiges Privatum hat sie Böcking angekündigt, allein davon Gebrauch zu machen, muß ich aus eben bemerkten Gründen abrathen. Es bliebe also die Möglichkeit, denselben Lehrer oder Professor Arndts um ein Privatissimum zu ersuchen. Beide sind tüchtige Männer und werden sie nicht schlecht lesen. Böcking ist ein scharfsinniger Kritiker und weiß viel; Arndts ein tüchtiger Jurist im eigentlichen Sinn; in jedem Justizcollegium würde er zu den gründlichsten Arbeitern gehören, die jungen Herren werden jedenfalls etwas bei ihnen lernen und in keiner Weise irre geleitet werden; aber ob sehr angezogen und nicht vielmehr gründlich gelangweilt, ist eine andere Frage. Beiden fehlt es an der Leichtigkeit des Vortrags und dem Geistesschwung, ohne welche alles Juristische so leicht unerträglich trocken wird. Ich bin daher, in dem Wunsch unsere Universität hierin zu vertreten und in Betracht des vielen Guten, das ich von den Prinzen überall höre, auf den Gedanken gekommen, selbst mein Mögliches zu versuchen, freilich auf die Gefahr hin, für sehr eingebildet gehalten zu werden. Eben hierin rechne ich aber wieder auf Dich, mein theurer Freund, der Du mich genug kennst, um solchen Verdacht von mir zu entfernen. Wahrlich, bedürfte ich in der ganzen Sache nur mich, so wäre ich auf das Leichteste in zwei Minuten mit dem Lehrplan fertig. Aber, wie mir überhaupt das Lehrverhältniß ein heiliges und die ernste Aufgabe meines Lebens ist, so kann ich auch die an mich ergangene Frage nur nach innerster Überzeugung beantworten, in welcher überdieß einsichtige und wahrheitliebende Freunde mich bestärken. Also, wird es gewünscht, so bin ich bereit, ein Privatissimum von 2 bis 3 Stunden über juristische Encyclopädie zu geben, versteht sich unentgeltlich, da, wie Dir bekannt seiyn wird, auch mein Gehalt ganz zu Stipendien für dürftige Studirende bestimmt ist. Macht man von diesem Erbieten keinen Gebrauch, so werde ich es dankbar erkennen, daß meiner ohnedieß nicht zureichenden Kraft diese Last abgenommen wird.

Was endlich das Staatsrecht im Winter-Semester betrifft, so ist uns leider der Lehrer, der es sehr vorzüglich vortrug, Puggé, durch den Tod entrissen, und seine Stelle noch nicht wieder besetzt. Zwar liest es auch Professor Maurenbrecher, und wird nicht unterlassen, alles aufzubieten, um den Unterricht der Prinzen zu erhalten, wie es ihm durch Prahlerei mit der Freundschaft seines hohen Gönners Kamptz schon gelungen ist, die Blüthe des Märkischen Adels in seiner Vorlesung zu versammeln. Aber eben dieß bezeichnet die Larve des Mannes, daher ich auf dringendste vor ihm warnen muß. Meine Hoffnung steht nun darauf, daß bis zum nächsten Winter ein namhafter Publicist hierher gerufen wird und ich möchte Dich wohl bitten, wenn Du Gelegenheit hast, Deinen Onkel Altenstein an unser

dringendes Bedürfniß zu erinnern. Vorschläge haben wir längst gemacht, darunter Stahl in Erlangen, dessen einziger Fehler, als Student in der Burschenschaft gewesen zu seyn, doch wohl durch bewährte christliche Gesinnung und sein treffliches, durch und durch antirevolutionaires Buch über Philosophie des Rechts, getilgt ist, der auch jeden Augenblick zu haben wäre. Auch für die Staatswissenschaften fehlt es uns an einem recht bedeutenden Mann, wie gleichfalls bei dieser Gelegenheit auf empfindliche Weise zu tage kommt. Nicht wahr, Du gedenkst unserer? Ist bis zum Winter das Staatsrecht nicht besetzt, so muß einer der Germanisten vor den Riß treten, und das erste Semester hat sie hinreichend lernen gelehrt, um die Wahl zu treffen.

Zum Schluß nochmals die Bitte, alles nach eigener Einsicht zu prüfen, das nützlich Bestandene nach Gotha mitzutheilen und die strengste Diskretion in Bezug auf die hiesigen Verhältnisse zu empfehlen. Es darf hier Niemand wissen, daß ich den Studienplan entworfen habe, am liebsten wäre mir, wenn es hieße, er sey von Berlin gekommen, was ja nicht unwahr ist.

Für die Mittheilungen aus dem Freundeskreise und aus deinem Hause nimm den herzlichsten Dank [...].

[PS] ich schließe diesen Brief einen Tag später, da mittlerweile der Obristlieutenant Wichmann, Militärgouverneur der Sächsischen Prinzen, hier angekommen ist, und als ein Vetter meiner Frau uns begrüßt hat.

Eine große Beruhigung wäre es mir, wenn Du Alles Savigny zur letzten Entscheidung vorlegtest, ausser dem sich ganz objectiv haltenden Studienplan brauchte dann meiner gar keine Erwähnung zu geschehen, und ich könnte dann mit voller Wahrheit sagen, daß die für den Collegen so bedenkliche Wahl der Lehrer von mir gar nicht ausgegangen sei.

Studienplan

Wenn als Basis festgehalten wird, daß die Prinzen während eines einjährigen Besuchs der Universität Bonn eine übersichtliche Kenntniß der Rechtswissenschaft im Allgemeinen und einen ausführlicheren Unterricht im Staatsrecht der neueren Zeit, der Staatswirthschaftslehre und Politik empfangen, außerdem Mathematik und neuere Sprachen fortsetzen und über Philosophie und andere zur allgemeinen Bildung gehörige Gegenstände hören sollen: so ist vor allem klar, daß die kurze Zeit für so viele und verschiedenartige Gegenstände nicht ausreichen würde, wenn ausschließlich oder doch vorzugsweise öffentliche Vorlesungen (d. h. jedem Studierenden zugängliche, zu honorierende privata oder unentgeltliche publica) benutzt würden, diese auf das Bedürfnis der großen Zahl der Studierenden und auf die Möglichkeit nachzuschreiben beruhenden Vorträge umfassen natürlich sehr vieles, was für Prinzen weder Interesse noch Werth hat und schreiten so langsam fort, daß Zeitverlust und Ermüdung nicht ausbleiben werden. Privatissima, wenn solche von vorzüglichen Lehrern zu erlangen sind,

sind deshalb ohne Zweifel vorzuziehen. Wenn jene öffentlichen Vorlesungen das vor diesen voraus haben, daß der Lehrer von der größeren Versammlung eine eigenthümliche geistige Anregung empfängt, auch die Theilnahme an dieser größeren Lehrgemeinschaft für die nur an Privatunterricht gewöhnten Prinzen interessant und wirkend sein könnte, so wäre dieser Zweck schon durch den Besuch einiger derselben, namentlich solcher, die privatissime nicht zu erhalten sind, zu erreichen.

Einen Umriss der gesammten Rechtswissenschaft zu geben, ist die Bestimmung der juristischen Encyclopädie, welche, wenn sie auch die philosophische Begründung der Ideen des Rechts, des Staats u.s.w. in ihren Kreis zieht, einen selbstständigen Vortrag über Naturrecht ersetzen kann. Neben der juristischen Encyclopädie dürfte dagegen noch ein zweiter allgemein juristischer Vortrag dringend zu empfehlen sein. Außer der philosophischen Begründung des Rechts überhaupt und einer Übersicht der einzelnen juristischen Disziplinen hat es die Encyclopädie vorzüglich mit der geschichtlichen Ableitung unseres Rechtszustandes zu thun, welcher bekanntlich theils auf Römischem, theils auf ursprünglich deutschem Recht beruht. Das Letztere, die geschichtliche Entwicklung des Germanischen Rechts, ist nun von solcher Wichtigkeit für jeden, der in bedeutende Verwaltungsverhältnisse zu treten berufen ist, ja so unentbehrlich für die gründliche Beurtheilung jeder politischen Zeitfrage, zugleich von solchem Interessen, daß ihr, der Deutschen Rechtsgeschichte, ein eigener Vortrag bestimmt zu werden verdient. In dem geschichtlichen Theil der Encyclopädie würde diese dann wegbleiben und nur die Geschichte des Römischen Rechts in seiner Bedeutung für Deutschland und ganz Europa erscheinen; jener Vortrag aber deshalb einem Germanisten, diesem einem Romanisten zufallen. Im nächsten Sommer-Semester wird in der That die Deutsche Rechtsgeschichte von dem Germanisten, Professor Walther privatim 5mal in der Woche, und die Encyclopädie von Professor Böcking, der Romanist ist, ebenso gelesen. Würden über diese Fächer privatissima gewünscht, wo dann für jedes Fach 2–3 Stunden ausreichen dürften, so wären außer den genannten Lehrern als Germanisten noch Professor Deiters und Dr. Perthes, als Romanisten Professor Bethmann Holweg und Arndts zu berücksichtigen. Übernahme Professor Walter das Privatissimum über Deutsche Rechtsgeschichte nicht, so könnte ein von ihm angekündigtes zweistündiges Publicum über Stücke der deutschen Rechtsgeschichte, in welchem er früher wohl die Rechtsalterthümer des Altdeutschen Gedichts Reincke de Voss erläutert hat, besucht werden.

Das Staatsrecht bliebe dann für das Wintersemester 1837/8 und würde, wenn bis dahin die Stelle des kürzlich verstorbenen, ausgezeichneten Publicisten Professor Puge noch nicht wieder besetzt wäre, was jedoch wohl mit Bestimmtheit zu erwarten ist, von einem der genannten Germanisten, die sich zum Theil schon mit diesem Fach beschäftigt haben, vorzutragen sein.

Die verschiedenen Zweige der Staatswirtschaftslehre trägt Professor Kaufmann vor, der sich zu Privatissimis ohne Zweifel finden lassen wird. Im Sommer-Semester würde derselbe wohl zweckmäßig in 2 Stunden wöchentlich eine allgemeine Übersicht derselben, eine Encyclopädie, geben, und im Winter in etwa 3–4 Stunden die wichtigsten Disziplinen ausführlicher folgen lassen.

Für Politik weiß ich keinen Lehrer vorzuschlagen. Was dahin Gehöriges im Staatsrecht, der Staatswirtschaftslehre und geschichtlichen Vorträgen mitgetheilt werden kann, muß diesen Mangel ersetzen.

Sehr zu empfehlen sind die geschichtlichen Vorträge des Professors Löbell besonders über mittlere und neuere Geschichte, jene etwa im Sommer, diese im Winter, wöchentlich 2 Stunden privatissime. Wenn auch die Prinzen in geschichtlichen Vorkenntnissen vorzüglich vorbereitet sind, so ist doch die Geschichte ein zu wichtiger und interessanter Zweig des Wissens, als daß nicht ein tieferes Eindringen angelegentlich empfohlen werden müßte.

Die mathematischen Studien fortzusetzen giebt Professor Plücker höchst ausgezeichnete Anleitung, ohne Zweifel auch privatissime. Derselbe liest Experimentalphysik, und wäre dieß ein Vortrag, der weil nothwendig öffentlich in dieser Weise benutzt werden könnte.

Eine Übersicht der philosophischen Wissenschaften und insbesondere Logik würde Professor Fichte, Sohn des berühmten Philosophen, welcher mit Tiefe des Denkens eine große Deutlichkeit des Vortrages verbindet, privatissime geben.

August Wilhelm von Schlegel, dieser berühmte Litterator, wird ohne Zweifel sich geschmeichelt fühlen, den Prinzen eine Übersicht der Deutschen Litteraturgeschichte in der er selbst eine so bedeutsame Rolle spielt, vorzutragen.

Ein ausgezeichnete Kenner der englischen Sprache und Litteratur ist der Orientalist Professor Lassen, der längere Zeit in England gelebt hat.

Für das Französische ist Lector Nadaud ihm nicht zu vergleichen. Gerade hierfür würde es einer Anleitung wohl weniger bedürfen, da hinreichende Kenntniß zur eigenen Weiterbildung vorausgesetzt werden darf.

Die Vertheilung der genannten Gegenstände auf die zwei Semester könnte hernach folgende sein:

Sommersemester 1837

1. Juristische Encyclopädie verbunden mit den Grundbegriffen des Naturrechts und der Philosophie der Gesetzgebung	2–3 Stunden in der Woche
2. Deutsche Rechtsgeschichte	2–3
3. Geschichte des Mittelalters (Löbell)	2
4. Allgemeine Staatswirtschaftslehre (Kaufmann)	2
5. Logik (Fichte)	2

6. <i>Mathematik (Plücker)</i>	2
7. <i>Englisch (Lassen)</i>	2
	<i>zusammen 14–16 Stunden in der Woche</i>

Wintersemester 1837/8

1. <i>Specielle Staatswirthschaftslehre (Kaufmann)</i>	3 Stunden
2. <i>Staatrecht</i>	3
3. <i>Neuere Geschichte (Löbell)</i>	2
4. <i>Experimentalphysik (Plücker)</i>	6
5. <i>Englisch (Lassen)</i>	2
6. <i>Deutsche Literaturgeschichte (Schlegel)</i>	2
	<i>zusammen 18 Stunden.</i>

Würde im Sommer-Semester noch die öffentliche Vorlesung von Professor Walter besucht, so würde sich der Cursus um 2 Stunden vermehren.

Die Bonner Studenten zwischen Revolution und Reichsgründung. Eine quantitative Untersuchung

Studentengeschichte, die lange Zeit als Geschichte der studentischen Korporationen dargestellt worden ist¹, gilt heute als ein anerkannter Teil der allgemeinen Universitätsgeschichte. Hierfür steht eine hervorragende Quelle zur Verfügung, die seit einigen Jahren die Aufmerksamkeit der Forschung auf sich zieht. Die Rede ist von Universitätsmatrikeln, also die fortlaufenden Verzeichnisse derer, die Mitglied einer Universität geworden sind². Insbesondere eignen sich diese seriellen Quellen für quantitative Untersuchungen der studentischen Regional-, Sozial- oder Konfessionsprofile.

Die relativ junge Bonner Universitätsmatrikel ist glücklicherweise vollständig seit der Gründung der Universität im Jahr 1818 überliefert. Es handelt sich hierbei um schmucklose Alben mit vorgedruckten Spalten. Tatsächlich ist die Bonner Matrikel die ausführlichste deutsche Universitätsmatrikel des 19. Jahrhunderts, weshalb Konrad H. Jarausch diese Matrikel zur quantitativen Grundlage seiner Arbeit über die Studenten des Kaiserreichs gemacht hat³.

Neben Name und Alter des Immatrikulanten⁴ wurden in der Bonner Matrikel auch sein Geburts- und Wohnort abgefragt sowie der Regierungsbezirk und die Provinz bei preußischen Inländern bzw. der Heimatstaat bei Ausländern. Interessant ist zudem die Spalte über den Beruf des Studentenvaters oder des Vormunds, da dies Rückschlüsse auf die soziale Herkunft des Immatrikulanten liefern kann. Des Weiteren wurden Angaben zum Glaubensbekenntnis gemacht,

1 Vgl. Sylvia Paletschek, Stand und Perspektiven der neueren Universitätsgeschichte, in: NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin 19 (2011), S. 169–189, hier S. 173.

2 Ausführlich zu Universitätsmatrikeln vgl. Ulrich Rasche, Über die deutschen, insbesondere über die Jenaer Universitätsmatrikeln, in: Genealogie 49 (2000), S. 29–46 und 84–109.

3 Vgl. Konrad H. Jarausch, Students, Society, and Politics. The Rise of German Illiberalism. Princeton (N.J.) 1982, S. 18.

4 Mit diesem Begriff werden all jene Studenten belegt, die sich gerade immatrikuliert haben. Während also z.B. die Immatrikulierten von 1850 die Gesamtzahl der immatrikulierten Studenten bezeichnet, sind die Immatrikulanten von 1850 ausschließlich diejenigen, die sich in diesem Jahr neuimmatrikulierten.

zu bereits besuchten Universitäten, zum Ort, an dem die letzte Schule besucht wurde bzw. ob der Immatrikulant Privatunterricht genossen hatte und zur Behörde, die das Reifezeugnis ausgestellt hatte. Die beiden letzten Spalten galten der Art des Zeugnisses und dem Fach, für das sich der Student in Bonn einschrieb.

Hier soll nun eine quantitative Untersuchung der Bonner Immatrikulanten für einen ausgewählten Zeitraum vorgelegt werden⁵. Zwei Ereignisse bildeten dafür den zeithistorischen Rahmen: die Revolution von 1848 und der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 mit der anschließenden Gründung des Deutschen Reichs. Neben dem Revolutionsjahr wurde jeweils jeder fünfte Jahrgang erfasst. Die nachfolgende Auswertung beschränkt sich auf drei Schwerpunkte: Regionale Herkunft, Glaubensbekenntnis und soziale Herkunft der Studenten.

Es wird aber auch angestrebt, Zusammenhänge zwischen diesen drei Bereichen sowie dem Studierverhalten der Studenten darzustellen und diese in ihren historischen Kontext einzubetten.

Regionale Herkunft

Die Untersuchung der regionalen Herkunft der Bonner Immatrikulanten zeigt zwei Dinge deutlich: Erstens wurde die Universität hauptsächlich von preußischen Inländern besucht (ca. 80 %), und zweitens kamen diese wiederum überwiegend aus den preußischen Westprovinzen⁶ (83 % der preußischen Studenten). 14 % der untersuchten Studenten kamen aus den übrigen Staaten des Deutschen Bundes, und etwa 6 % stammten aus dem europäischen oder überseeischen Ausland. Dieser Anteil nicht-deutscher Studenten entsprach etwa dem Durchschnitt der deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert⁷.

Von den insgesamt über 3.000 Studenten, deren Matrikeleinträge ausgewertet wurden, kamen zwei Drittel aus den beiden westlichen Provinzen Preußens. Die Hälfte aller Immatrikulanten stammte aus der Rheinprovinz, wobei der Anteil der Rheinländer von 45 % im Jahr 1847/48 auf 57 % im Jahr 1870/71 anstieg. Demgegenüber ging die Zahl der Westfalen absolut wie relativ zwischen 1847 und 1871 stetig zurück. Möglicherweise spielte in Westfalen die Theologische und Philosophische Akademie in Münster als Konkurrenz zu Bonn eine Rolle, deren Studierenden-Zahlen bis zum Ende der 1860er Jahre kontinuierlich zu-

5 Der Beitrag entstand aus einer Magisterarbeit, die 2012 an der Universität Bonn bei Prof. Dr. Manfred Groten geschrieben wurde.

6 Gemeint sind hiermit die Rheinprovinz und die Provinz Westfalen.

7 Vgl. Franz Eulenburg, *Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart*. Berlin 1994 (ND der Ausgabe von 1904), S. 261.

nahmen⁸. Zudem sollen die Lebenshaltungskosten in Münster geringer gewesen sein als in Bonn⁹.

Etwa 10 % aller Immatrikulanten stammte aus den ostelbischen Provinzen Preußens, hier vor allem aus Brandenburg und Pommern. Die Stadt, aus der die meisten der Studenten kamen (6,4 %), war Köln, mit 125.000 Einwohnern im Jahr 1867 die größte Stadt im Rheinland. Bonn zählte in dieser Zeit mit etwa 24.000 Bewohner zu den mittelgroßen Städten der Rheinprovinz, aber fast 5 % der Studierenden stammten von hier. Aus Aachen, welches durch einen starken Zuzug aus dem ländlichen Hinterland in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine Einwohnerzahl von etwa 68.000 erreicht hatte und dadurch die zweitgrößte Stadt der nördlichen Rheinprovinz geworden war, kamen 3,3 % der Studenten¹⁰.

Das Jahr 1870/71 zeigt Besonderheiten in der regionalen Zusammensetzung der Immatrikulanten. Die absolute Zahl der Studenten ging kriegsbedingt allgemein stark zurück. Die Veränderungen in der Regionalstruktur der preußischen Studierenden sind damit jedoch nur schwer zu erklären. Der Anteil der aus dem Ostelbischen Stammenden hatte in diesem Jahr stark abgenommen. Lag er zwischen 1847 und 1866 zwischen 8 und 14 %, sank er im akademischen Jahr 1870/71 auf 5,5 %. Der Anteil der Studenten aus der Rheinprovinz und aus Westfalen an der Gesamtzahl der Immatrikulanten war 1870/71 demgegenüber mit insgesamt 70 % überdurchschnittlich hoch. Dies könnte bereits auf die stärkere Regionalisierung der Studentenschaft hindeuten, wie sie Jarasch für die Zeit des Deutschen Kaiserreichs festgestellt hatte. Als Gründe hierfür nannte er vor allem das massive Bevölkerungswachstum der Rhein-Ruhr-Region zwischen 1870 und 1910. In diesem Zeitraum verdoppelte sich nämlich die Einwohnerzahl der Rheinlande von 3,6 Millionen auf 7,1 Millionen Bewohner¹¹.

Bei den Studenten aus den übrigen Staaten des Deutschen Bundes zeigt sich eine große Präsenz der Nord- und Mitteldeutschen. Jeweils 43 % der nicht-preußisch-deutschen Studenten stammten aus den nord- und mitteldeutschen Staaten, dagegen nur insgesamt 14 % aus Baden, Württemberg, Bayern und

8 Vgl. Hartmut Titze, Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830 – 1945 (Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, I: Hochschulen, 2. Teil), Göttingen 1995, S. 478.

9 Vgl. Albert Lauscher, Die katholisch-theologische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn (1818 – 1918), Düsseldorf 1920, S. 80.

10 Zu den Einwohnerzahlen Kölns, Bonns und Aachens vgl. Hermann Kellenbenz, Wirtschafts- und Sozialentwicklung der nördlichen Rheinlande seit 1815, in: Franz Petri und Georg Droege (Hg.), Rheinische Geschichte. Bd. 3: Wirtschaft und Kultur im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1979, S. 1 – 192, hier S. 18.

11 Vgl. Jarasch (wie Anm. 3) S. 93; zum Bevölkerungswachstum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Rheinlanden vgl. Jürgen Herres, Rhein-Preußen. Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im 19. Jahrhundert, in: Manfred Groten (Hg.), Die Rheinlande und das Reich (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, 34), Düsseldorf 2007, S. 159 – 202, hier S. 166.

Österreich. Aus dem an die Rheinprovinz angrenzenden Herzogtum Nassau stammten die meisten deutschen Ausländer. Hier existierte im gesamten untersuchten Zeitraum keine Volluniversität, da die letzte nassauische Hochschule – die vier ›Fakultäten‹ umfassende Hohe Schule in Herborn – bereits 1817 geschlossen und in ein evangelisch-theologisches Seminar umgewandelt worden war¹². Die Universität Bonn lag somit für die im Westen des Herzogtums lebende Bevölkerung günstig.

Der Anteil der Ausländer, die nicht aus den Staaten des Deutschen Bundes stammten, lag in den untersuchten Jahrgängen durchschnittlich bei 6,4 %. Naheliegend wäre eine starke Vertretung niederländischer, belgischer und französischer Studenten aufgrund der räumlichen Nähe dieser Staaten zu Bonn. Tatsächlich führen jedoch die britischen Studenten die Gruppe der Ausländer an (2 % aller Immatrikulanten), gefolgt von den Schweizern (1,4 %), US-Amerikanern (0,6 %), Russen (0,5 %), Belgiern und Niederländern (jeweils 0,3 %). Vereinzelt kamen Studenten auch aus Frankreich, Italien, Skandinavien, Polen, Ost- und Südosteuropa, Kanada oder Brasilien.

Die hohe Zahl der angelsächsischen Studenten lässt sich sicherlich mit dem guten Ruf des preußisch-deutschen Hochschulsystems mit seinen modernen Forschungsuniversitäten erklären. Allerdings ist es keineswegs ein Zufall, dass die ausländischen Studenten vor allem aus Großbritannien kamen, gab es doch im 19. Jahrhundert eine britische ›Kolonie‹ in Bonn. Hier spielte vor allem die Wirkung Bonns als ›Tor‹ zum romantischen Mittelrheintal eine große Rolle. Zudem galt Bonn als ein angenehmer aber gleichzeitig günstiger Platz zum Leben – allerdings klagten bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts viele Universitätsangehörige darüber, dass die Lebenshaltungskosten aufgrund der »vielen müßigen Engländer«¹³ seit den 1830er Jahren erheblich gestiegen seien. Zwar war die internationale Begeisterung für den Rhein nach 1850 im Rückgang begriffen, doch lebten aufgrund der für sie immer noch günstigen Lebenshaltung weiterhin zahlreiche angelsächsische Privatiers in Bonn. Ansässige Dienstleister waren auf sie eingestellt, wovon u. a. englischsprachige Zeitungsinserte aus dieser Zeit zeugen. Zudem existiert nach wie vor in Bonn eine anglikanische Gemeinde¹⁴. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass eine hohe Zahl der britischen Studenten Söhne jener Familien waren, die Bonn zu ihrem Zweitwohnsitz gemacht hatten.

12 Vgl. Karl Dienst, (1986): Art. Herborn, in: Gerhard Müller u. a. (Hg.), Theologische Realenzyklopädie. Bd. 15: Heinrich II.-Ibsen, Berlin/New York 1986, S. 66–69, hier S. 69.

13 Edith Ennen und Dietrich Höroldt, Kleine Geschichte der Stadt Bonn, 2. Auflage, Bonn 1968, S. 185.

14 Vgl. Norbert Schloßmacher, »It is difficult to imagine a more agreeable spot than this for a residence...«. Briten in Bonn bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Eine Skizze, in: Bonner Geschichtsblätter 47/48 (1999), S. 273–301.

Im Hinblick auf eine weitgreifende Untersuchung studentischer Migration des 19. Jahrhunderts ist nicht nur die regionale Herkunft der Studenten interessant, sondern auch ihre Wanderschaft zwischen einzelnen in- und ausländischen Universitäten, Akademien oder Lyzeen. Hieran lässt sich nämlich erstens erkennen, ob gewisse Universitäten sehr stark frequentiert wurden (man könnte sozusagen ein ›Ranking‹ der beliebtesten Universitäten erstellen) und mit welchen Universitäten ein reger ›Austausch‹ von Studenten stattgefunden hat; zweitens, inwieweit der Universitätswechsel mit dem Fach zusammenhängt, sowie drittens, ob Universitätswechsel gleichmäßig über soziale Schichten hinweg betrieben wurde.

Immerhin 39 % der untersuchten Bonner Immatrikulanten hatten sich bereits mindestens einmal an einer Universität eingeschrieben, bevor sie nach Bonn kamen. Dabei waren die ausländischen Studenten häufiger schon an anderen Universitäten und Akademien immatrikuliert als ihre preußischen Kommilitonen: Über die Hälfte der Studierenden aus den übrigen Staaten des Deutschen Bundes und 42 % der nicht-deutschen Immatrikulanten, jedoch 37 % der Preußen hatten bereits andere höhere Lehranstalten besucht.

Bei den rheinpreußischen Immatrikulanten war wiederum der Anteil der Studienfortsetzer mit ca. 34 % geringer als unter den übrigen preußischen Studenten. Bei den westfälischen Immatrikulanten lag der Anteil noch bei 38 %. Im Vergleich dazu waren z.B. die aus Brandenburg stammenden Studenten sogar häufiger Studienfortsetzer als -anfänger (59 % gegenüber 41 %). Dies spricht – ebenso wie der hohe Anteil der Studienfortsetzer bei den ausländischen Immatrikulanten – dafür, dass tendenziell zunächst die ›eigene‹ Universität in der Nähe des Wohnortes besucht wurde. Dieser Erklärungsansatz wird gestützt durch die Feststellung, dass z.B. die brandenburgischen Studienfortsetzer in Bonn am häufigsten ›ihre‹ Berliner Universität frequentiert (nämlich zu 78 %) und die Schlesier zuvor am häufigsten in Breslau studiert hatten (zu 58 %)¹⁵.

Die am häufigsten von Bonner Studenten frequentierte Universität war jedoch Bonn selbst: 30 % der Studienfortsetzer (und somit 12 % aller Immatrikulanten in den untersuchten Jahrgängen) hatten sich hier bereits einmal für ein Studium eingeschrieben. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich dabei in großer Zahl um Rückkehrer handelte, die ihr Studium in Bonn begonnen hatten, für ein paar Semester Erfahrungen an anderen Universitäten sammelten, um dann wieder an ihre alte *alma mater* zurückzukehren. Hinter Bonn rangiert die größte preußische Universität: Berlin, an der 24 % der Bonner Studienfortsetzer ein oder

15 Vgl. hierzu auch Johannes Conrad, Das Universitätsstudium in Deutschland während der letzten 50 Jahre. Statistische Untersuchungen unter besonderer Berücksichtigung Preußens (Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des Staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a. d. Saale 32), Jena 1884, S. 43.

mehrere Semester studiert hatten. Danach folgen – um die zehn häufigsten Universitäten zu nennen – mit absteigender Häufigkeit Heidelberg, Münster (Theologische und Philosophische Akademie), Halle, Tübingen, Würzburg, München, Göttingen und Breslau.

Die Universitätsrankings für die einzelnen Fächer bzw. Fakultäten reflektieren nicht zuletzt bei der Frage nach dem zeitweiligen anderweitigen Studienaufenthalt häufig das Renommee einiger Universitäten in bestimmten Fachbereichen, so z. B. bei den Juristen. Hier ist die »Juristenuniversität«¹⁶ Heidelberg an erster Stelle, an der 16 % aller Bonner Jurastudenten (das sind 25 % der Studienfortsetzer in diesem Fach) studiert hatten. Außerdem stark von Bonner Jurastudenten besucht waren Berlin, München, Göttingen und Halle. Ganz ähnlich verhielt es sich mit den Studenten der evangelischen Theologie in Bonn. Die von ihnen am stärksten frequentierte Universität, an der ein Viertel von ihnen (31 % der Studienfortsetzer in diesem Fach) studiert hatte, war Halle, das als Zentrum der Ausbildung lutherischer Geistlicher galt¹⁷. Bei den Bonner Medizinern war dagegen Würzburg die am häufigsten zuvor besuchte Universität; sie genoss bereits seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in diesem Bereich überregionales, gar internationales Ansehen, was vor allem der namhaften Professoren geschuldet war¹⁸. Immer wieder weit vorne lag Berlin, und zwar in allen Fachbereichen mit Ausnahme der katholischen Theologie, die hier nicht gelehrt wurde. Nicht nur war Berlin, was die Studentenzahlen anging, im hier behandelten Zeitraum die größte deutsche Universität¹⁹, sondern wurde dank einer ausgeklügelten Berufungspolitik in den meisten Disziplinen »zum Kristallisationspunkt der deutschen Wissenschaftselite des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, der alle anderen Universitäten [...] nachstanden«²⁰. Aber nicht nur die Lehre, sondern auch das Großstadtleben trugen sicherlich zu der allgemein herausragenden Stellung der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität

16 Vgl. Klaus-Peter Schroeder, »Eine Universität für Juristen und von Juristen«, in: Ruperto Carola Heft 2 (2006), S. 32–40, hier S. 37 f.

17 Vgl. R. Steven Turner, Universitäten, in: Karl-Ernst Jeismann und Peter Lundgreen (Hg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 3: 1800–1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, München 1987, S. 221–249, hier S. 222 f. Die Dominanz der Theologiestudenten in Halle – zeitweise stellten sie bis zu 70 % aller Studenten – hielt sich bis in die 1860er Jahre, verminderte sich dann aber aufgrund des allgemeinen Rückgangs der Theologiestudenten stetig, vgl. Titze (wie Anm. 8), S. 261.

18 Vgl. Peter A. Süß, Grundzüge der Würzburger Universitätsgeschichte 1402–2002 (Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Würzburg 10), Neustadt a. d. A./Rothenburg o. d. T. 2007, S. 128–130.

19 Vgl. Eulenburg (wie Anm. 7), S. 304 f.

20 Marita Baumgarten, Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte deutscher Geistes- und Naturwissenschaftler (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 121), Göttingen 1997, S. 46.

bei²¹, wobei dennoch gesagt werden muss, dass das ›Ranking‹ der beliebtesten Studienorte Bonner Studenten z. T. auch die Vielfältigkeit der deutschen Universitätslandschaft reflektiert.

Die Untersuchung der sozialen Herkunft der Studienfortsetzer ergab, dass Universitätswechsel keineswegs nur von Söhnen des Bildungsbürgertums bzw. der gehobenen Schichten praktiziert wurde, sondern selbst von Landwirts- und Arbeitersöhnen. Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und studentischer Migration ist nach wie vor ein noch recht unbearbeitetes Feld. Hier wären vor allem mentalitätsgeschichtliche Untersuchungen interessant, die nach dem inneren Antrieb der ›wandernden‹ Studierenden fragen, z. B. inwieweit Bräuche, aber auch ›Karriereplanung‹ hierbei eine Rolle spielten.

Glaubensbekenntnis

Bei der Auswertung der Einträge über das Glaubensbekenntnis der Studenten ergab sich die Schwierigkeit, dass dies nicht in allen akademischen Jahren protokolliert wurde. Dies war der Fall für den Matrikelband der Jahre 1860 bis 1864²². Danach wurde die Spalte über die Konfession des Immatrikulanten wieder eingeführt, möglicherweise, weil dies die Unterscheidung der Studierenden der katholischen sowie der evangelischen Theologie vereinfachte.

Im Allgemeinen zeigt sich bei der Gesamtmenge der Immatrikulanten ein leichtes Übergewicht der Katholiken (54 %) gegenüber den Protestanten (43 %), was im gesamten untersuchten Zeitraum relativ konstant blieb. Fraglich ist allerdings, ob sich diese allgemeine Verteilung auch in den regionalen Gegebenheiten zeigt.

Etwa zwei Fünftel der preußischen Bevölkerung war katholisch, wobei der Anteil der Katholiken durch den Zugewinn des Rheinlandes sowie Westfalens 1815 erheblich vergrößert worden war. Der überwiegende Teil der Bevölkerung in der Rheinprovinz war katholisch, im Jahr 1817 etwa 76 %. Zwar kamen nach 1815 durch preußische Beamte und Garnisonen vermehrt Protestanten ins Rheinland, doch der Katholikenanteil blieb bis in den hier untersuchten Zeitraum konstant bei etwa drei Viertel der Bevölkerung²³. Die Provinz Westfalen hatte dagegen einen niedrigeren Anteil von Katholiken (ca. 55 % im Jahr 1858)²⁴.

21 Vgl. Charles E. McClelland, Inszenierte Weltgeltung einer *prima inter pares*? Die Berliner Universität und ihr Jubiläum 1910, in: Rüdiger vom Bruch (Hg.), Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft nach 1800, um 1860 und um 1910 (Schriften des Historischen Kollegs 76), München 2010, S. 243 – 254, hier S. 245.

22 Vgl. UAB: AB-06 Immatrikulationsbuch 1860 – 1864.

23 Vgl. Bernhard Schneider, Nationale Katholizismen, die (kirchen-)politische Situation und die grenzüberschreitende Kommunikation im Raum Rhein-Mosel-Maas zwischen 1815 und

Das Konfessionsprofil der beiden westlichen Provinzen Preußens ist nahezu deckungsgleich mit dem der Bonner Studenten, die aus diesen Provinzen stammten: Drei Viertel der Immatrikulanten aus der Rheinprovinz und 54 % der westfälischen Studenten waren katholisch. Es lässt sich im Umkehrschluss sogar feststellen, dass nur 15 % der Katholiken *nicht* aus diesen beiden Provinzen stammten. Die Studenten aus den ostelbischen Provinzen und aus den norddeutschen Staaten des Deutschen Bundes waren dagegen, wie zu erwarten, überwiegend evangelisch (nämlich zu je über 80 %). Für die preußischen Westprovinzen, ebenso für den Norden und Osten des Deutschen Bundes gilt daher, dass das konfessionelle Profil der Bonner Immatrikulanten durchaus die Konfessions-Verteilungen innerhalb der Bevölkerung widerspiegelt. Auffällig ist lediglich, dass sich die katholischen Immatrikulanten überwiegend aus der Bevölkerung des Rheinlandes und Westfalens rekrutierten.

Wie sah also das Verhältnis von Protestanten zu Katholiken bei den übrigen deutschen Studenten, die sich in Bonn immatrikuliert hatten, aus? Insgesamt zeigt sich bei jenen, die aus den Mittelstaaten²⁵ stammten, ein Übergewicht der Protestanten gegenüber den Katholiken mit einem Verhältnis von 3:1. Allerdings betrug das Verhältnis der beiden Konfessionen innerhalb der Gesamtbevölkerung zu diesem Zeitpunkt in den Mittelstaaten ca. 1,7:1. Bei den bayerischen Immatrikulanten kamen sogar auf jeden katholischen Studenten zwei evangelische, obwohl die Katholiken in Bayern die Protestanten um mehr als das Doppelte zahlenmäßig übertrafen²⁶. Wir haben es mit der Universität Bonn mit einer preußischen Institution zu tun, die zwar verfassungsmäßig paritätisch war, sich jedoch häufig mit Vorwürfen über die Ungleichbehandlung der Konfessionen²⁷ konfrontiert sah. Möglicherweise war sie aber in den Augen süddeut-

dem Ende der Kulturkampfzeit, in: Wolfgang Cortjaens, Jan De Maeyer und Tom Verschaffel (Hg.), *Historism and Cultural Identity in the Rhine-Meuse Region*, Löwen 2008, S. 59 – 86, hier S. 64; Hermann Anton Krose, *Konfessionsstatistik Deutschlands. Mit einem Rückblick auf die numerische Entwicklung der Konfessionen im 19. Jahrhundert*, Freiburg im Breisgau 1904, S. 67.

24 Vgl. ebd., S. 67.

25 Aufgrund des vorliegenden Vergleichsmaterials bei Krose (wie Anm. 23), der nur gezielt auf die Entwicklung der Konfessionen in den Staaten des späteren Deutschen Reichs einging, konnten die österreichischen und luxemburgischen Studenten hier nicht berücksichtigt werden. Somit gelten die folgenden Zahlen für die nicht-preußischen Studenten, die aus den Staaten des späteren Deutschen Reichs (im Folgenden als *Mittelstaaten* bezeichnet) stammten.

26 Von den insgesamt ca. 13,5 Mio. Einwohnern der Mittelstaaten (Bayern, Württemberg etc.) waren ca. 8,3 Mio. evangelischer, ca. 5 Mio. katholischer Konfession. Die Zahl der bayerischen Katholiken beläuft sich auf ca. 3,3 Mio. gegenüber 1,3 Mio. evangelischen. Die Werte sind entnommen und berechnet aus: Krose (wie Anm. 23), S. 58 mit Tab. 16 und gelten für das Jahr 1858.

27 Die Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Protestanten über die Frage der Parität der Bonner *alma mater* entfachte sich insbesondere an der Bevorzugung evangelischer

scher Katholiken in erster Linie preußisch und somit protestantisch. Die Besonderheit der Universität Bonn liegt unfraglich darin, dass diese Institution in ein Territorium mit überwiegend katholischer Bevölkerung gesetzt wurde – und dass diese katholische Bevölkerung sie zwangsläufig gut annahm, wollte sie ihren Söhnen in einer nahegelegenen Hochschule ein Studium ermöglichen.

Religiöse Minderheiten stellten im untersuchten Zeitraum die jüdischen Studierenden mit 1,7 % und Orthodoxe mit weniger als 1 % dar. Letztere stammten erwartungsgemäß überwiegend aus Ost- und Südosteuropa und kamen meist aus gehobenen Schichten. Ihre Väter waren vor allem Gutsbesitzer (40 %), hohe Beamte (25 %) oder Kaufleute (18 %).

Fraglich ist, wie der Anteil der jüdischen Studenten an der Gesamtzahl der Bonner Immatrikulanten in den 1850er und 1860er Jahren zu interpretieren ist. Für die deutschen Universitäten um die Jahrhundertmitte geht Jarausch davon aus, dass die jüdischen Studenten durchschnittlich 7 bis 10 % der Studentenschaft bei einem Anteil von nur 1,3 % in der gesamten Bevölkerung stellten²⁸. Wie bereits ausgeführt, rekrutierte sich der Großteil der Studenten aus Rheinland-Westfalen. Möglicherweise war aber gerade hier der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung sehr gering. Immerhin stammten insgesamt die Hälfte der jüdischen Studenten aus den beiden preußischen Westprovinzen. 1852 lebten in Westfalen sowie in den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf und Köln insgesamt 32.600 Juden, etwa 1 % der Gesamtbevölkerung. Bis 1880 nahm ihre absolute Zahl zwar stark zu, aufgrund des größeren allgemeinen Bevölkerungswachstums nahm jedoch der Anteil der Juden so drastisch ab, dass er schließlich bei 0,5 % bis 0,8 % lag²⁹. Betrachtet man nun ausschließlich die Studenten dieser beiden Provinzen, so zeigt sich, dass 1,4 % von ihnen jüdischen Glaubens war. Somit lag der Anteil der jüdischen Studenten um 40 % höher als es ihrem Anteil in der Bevölkerung entsprochen hätte.

Dozenten bei der Besetzung von Lehrstühlen sowie am Fernhalten katholischer Lehrkräfte aus dem Vorstand des Lesevereins; vgl. Friedrich von Bezold, *Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität von der Gründung bis zum Jahr 1870*, Bonn 1920, S. 498–504; Heinrich Joseph Floß, *Denkschrift über die Parität an der Universität Bonn mit einem Hinblick auf Breslau und die übrigen preußischen Hochschulen*. Ein Beitrag zur Geschichte deutscher Universitäten im neunzehnten Jahrhundert, Freiburg im Breisgau 1862, passim.

28 Vgl. Konrad Hugo Jarausch, *Deutsche Studenten 1800–1970*, Frankfurt am Main 1984, S. 28; vgl. hierzu auch Monika Richarz, *Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe. Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678–1848*, Tübingen 1974, S. 93, die für Heidelberg im Vormärz einen Anteil jüdischer Studenten an der Gesamtstudentenschaft von 2 bis 3 %, für Breslau hingegen 8 bis 10 % ermittelte. Jarauschs Zahlen sind für die Jahrhundertmitte daher möglicherweise zu hoch angesetzt.

29 Vgl. Yvonne Rieker und Michael Zimmermann, *Von der rechtlichen Gleichstellung bis zum Genozid*, in: Yvonne Rieker und Michael Zimmermann (Hg.), *Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen (Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens 11)*, Köln/ Stuttgart/ Berlin 1998, S. 141–259, hier S. 146 f.

Ein großer Teil der Bonner Studenten stammte aus einem akademischen Haushalt (s. u.). Bei der Interpretation des Anteils jüdischer Studenten, der zunächst eher niedrig erscheint, muss aber bedacht werden, dass der Akademisierungs- und Assimilierungsprozess der Juden in Deutschland erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte und zudem erst im Kaiserreich an Dynamik gewinnen sollte³⁰. Nur ein geringer Teil der jüdischen Immatrikulanten (ca. 7 %, exklusive der Söhne von Rabbinern) hatte daher einen Akademikervater. Vor allem gibt es in den untersuchten Jahren keine jüdischen Beamten- oder Beamten- söhne, da diese Karrierelaufbahn Juden, abgesehen von wenigen Ausnahmen³¹, zunächst verwehrt blieb. Mit der revidierten Verfassung des preußischen Staates vom 31. Januar 1850 kam zwar jeder in den »Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unabhängig von dem religiösen Bekenntnis«³² – doch selbst nach dieser faktischen Gleichstellung war es für Juden schwer, in den Staatsdienst einzutreten³³. Die ersten jüdischen Akademiker finden sich daher unter den Freiberuflern. Vor allem Ärzte gehörten hierzu, da dieser Beruf innerhalb der jüdischen Gemeinden bereits in der frühen Neuzeit eine besondere Wertschätzung angesichts seines hohen Nutzens erhalten hatte. Der Beruf des Rechtsanwalts wurde dagegen erst seit dem 19. Jahrhundert auch von Juden gewählt, da sie bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ihr Gemeindeleben gemäß den jüdischen Gesetzestradi-tion durch Talmudgelehrte regeln durften³⁴.

Die wenigen jüdischen Studentenväter mit akademischer Ausbildung waren ausschließlich Ärzte. Dass es in den untersuchten Jahren keinen einzigen jüdischen Rechtsanwaltssohn gibt, verwundert zunächst, vor allem, wenn man bedenkt, dass um 1900, somit weniger als ein halbes Jahrhundert später, 15 % aller deutschen Rechtsanwälte Juden waren³⁵. Die Zahlen aus den Bonner Matrikeln bestätigen aber, dass die Akademisierung der jüdischen Bevölkerung ein recht junger Prozess war. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die Väter der untersuchten Studenten, die im Schnitt 30 Jahre älter waren als ihre Söhne, erst zu Beginn dieses Akademisierungsprozesses geboren wurden. Die meisten jüdi-

30 Vgl. Shulamit Volkov, *Die Juden in Deutschland 1780–1918* (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 16), München 1994, S. 54; Andrea Hopp, *Jüdisches Bürgertum in Frankfurt am Main im 19. Jahrhundert* (Frankfurter historische Abhandlungen 38), Stuttgart 1997, S. 84 f.

31 Vgl. §§ 8 und 9 des »Edikt[s] betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in dem Preußischen Staate« (= »Judenedikt« oder »Emanzipationsedikt«) vom 11. März 1812, abgedruckt in: Julius Höxter, *Quellentexte zur jüdischen Geschichte und Literatur*, hg. und ergänzt von Michael Tilly, Wiesbaden 2009, S. 508 f.

32 Zit. nach Kellenbenz (wie Anm. 10), S. 21.

33 Zu Juden im deutschen Staatsdienst vgl. Peter Pulzer, *Rechtliche Gleichstellung und öffentliches Leben*, in: Michael A. Meyer u. a. (Hg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*. Bd. 3: 1871–1918: Umstrittene Integration, München 1997, S. 151–192, hier S. 151–160.

34 Vgl. Hopp (wie Anm. 30), S. 88 und 90 f.

35 Vgl. Volkov (wie Anm. 30), S. 54.

schen Immatrikulanten in Bonn stammten daher aus dem mittleren und gehobenen Wirtschaftsbürgertum. Allein 57 % gaben den Beruf des Vaters mit ›Kaufmann‹ oder ›Händler‹ an, 18 % waren Söhne von Unternehmern, Privatiers oder Bankiers.

Soziale Herkunft

Bei der sozialen Herkunft wurden die adeligen Immatrikulanten zunächst getrennt von den bürgerlichen Studenten untersucht. Mit rund 10 % der gesamten Studierendenschaft ist der Anteil der adeligen Studenten in Bonn während der untersuchten Jahre im Vergleich zu den übrigen deutschen Universitäten durchschnittlich³⁶.

Etwa 17 % der adeligen Immatrikulanten entstammten dem Grafen- oder Fürstenstand, wiederum 4 % der Adeligen insgesamt kamen aus souveränen Häusern. Spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts genoss die Bonner Universität den Ruf einer ausgesprochenen ›Prinzenuniversität‹. Den Auftakt dazu machte Friedrich Wilhelm, der spätere Großherzog von Mecklenburg-Strelitz. Ein paar Tage nach ihm immatrikulierten sich die beiden Söhne Herzog Ernsts von Sachsen-Coburg-Gotha 1837 für drei Semester in Bonn³⁷. Der erste Hohenzoller in Bonn war Friedrich Carl von Preußen, ein Neffe König Friedrich Wilhelms IV., der seit dem Sommersemester 1846 eingeschrieben war. Spätestens aber seit der Kronprinz und spätere Kaiser Friedrich III. für mehrere Jahre (1849–1852) in Bonn studierte, galt die Universität als bevorzugter Studienort des preußischen Herrscherhauses³⁸.

Während jedoch das Studium der beiden Sachsen-Coburger – der jüngere, Albert, heiratete später die britische Königin Viktoria und übte einen maßgeblichen Einfluss auf deren Politik aus, der ältere, Ernst, folgte seinem Vater als Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha nach – mittlerweile gut erforscht ist³⁹,

36 Vgl. Konrad Hugo Jarausch, *Die neuhumanistische Universität und die bürgerliche Gesellschaft 1800–1870. Eine quantitative Untersuchung zur Sozialstruktur der Studentenschaften deutscher Universitäten*, in: Christian Probst (Hg.), *Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert* 11, Heidelberg 1981, S. 11–57, hier S. 39 mit Tabelle 6.

37 Vgl. hierzu das »Amtliche Verzeichniß des Personals und der Studirenden der Königlichen Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn«, Sommersemester 1837, S. [5], online verfügbar unter <http://s2w.hbz-nrw.de/ulbnn/periodical/pageview/810207> [zuletzt geprüft am 11.05.2012].

38 Vgl. Hans Gerhardt, *Hundert Jahre Bonner Corps. Die korporationsgeschichtliche Entwicklung des Bonner S.C. von 1819 bis 1918*, Frankfurt am Main 1926, S. 157 f; Bezold (wie Anm. 27) S. 457–459.

39 Vgl. Thomas Becker, *Prinz Albert als Student in Bonn*, in: Franz Bosbach, William Filmer-

stellen die Hohenzollern in Bonn nach wie vor ein Forschungsdesiderat dar. Anhand der Verzeichnisse der Studierenden lässt sich erkennen, dass ein preußischer Prinz wohl auch stets Sprösslinge aus regierenden Häusern der Mittelstaaten anzog. So waren im Sommersemester 1851 neben dem preußischen Thronfolger sieben weitere Prinzen in Bonn immatrikuliert. Jedoch handelte es sich mehrheitlich um evangelische Fürstenhäuser. Die Bonner Universität befand sich zwar in einer katholisch geprägten Gegend, doch war sie immer noch eine durch und durch preußische Institution. Es drängt sich in diesem Zusammenhang natürlich die Frage auf, ob es für die katholischen Fürstenhäuser ebenfalls einen solchen ›universitären Treffpunkt‹ für ihre Sprösslinge gab.

Bezüglich adeliger Studenten im Allgemeinen interessierte sich die Forschung bisher meist für die Frühe Neuzeit⁴⁰. Schon seit dem 17. Jahrhundert stagnierte der Anteil adeliger Studenten an deutschen Universitäten und ging seit Ende des 18. Jahrhunderts kontinuierlich zurück. Universitätsbesuch wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend ›bürgerlich‹. Allerdings begann der Adel durch den Verlust seiner Ämterprivilegien die bürgerlichen Erziehungs- und Ausbildungswege zu übernehmen⁴¹, wenn auch Hans-Ulrich Wehler eine »trotzige soziale Schließung« des Adels im 19. Jahrhundert betont⁴². Keineswegs übersehen werden darf aber, dass der Adel – trotz Rückgang seines Anteils an der Studentenschaft – an den deutschen Universitäten im Verhältnis zu seinem Anteil an der Gesamtbevölkerung auch noch im 19. Jahrhundert überrepräsentiert war⁴³.

Das Studierverhalten der Adelligen in Bonn zeigt bei der Auswertung ihrer Matrikeleinträge einige Besonderheiten. Insgesamt kann man dies als ›elitär‹ bewerten, studierten die adeligen Studenten nämlich vor allem Jura (64 %), das Fach, das maßgebliche Voraussetzung für eine Karriere im höheren Staatsdienst

Sankey und Hermann Hiery, *Prinz Albert und die Entwicklung der Bildung in England und Deutschland im 19. Jahrhundert*, München 2000, S. 145 – 156 sowie zuletzt: Franz Bosbach (Hg.), *Die Studien Des Prinzen Albert an Der Universität Bonn (1837 – 1838)*. Berlin/ New York 2010.

40 Vgl. z. B. Rainer A. Müller, *Universität und Adel. Eine soziostrukturelle Studie zur Geschichte der bayerischen Landesuniversität Ingolstadt 1472–1648 (Lodovico Maximiliana: Forschungen 7)*, Berlin 1974.

41 Vgl. Jaraus (wie Anm. 28), S. 29; Heinz Reif, *Adel im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte, 55)*, München 1999, S. 16.

42 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der »deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914*, München 1995, S. 171 f.

43 Über den Anteil des Adels an der deutschsprachigen Gesamtbevölkerung im 19. Jahrhundert gibt es keine gesicherten Zahlen, lag aber vermutlich nicht bei mehr als 1 % und sank aufgrund des steigenden Bevölkerungswachstums im 19. Jahrhundert kontinuierlich; vgl. dazu Reif (wie Anm. 41), S. 9, 59.

war⁴⁴. Damit waren fast 20 % aller Immatrikulanten an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät adeliger Herkunft. Diese erlebte jedoch seit Mitte der 1850er Jahre einen drastischen Rückgang der Einschreibungen, der über Jahre anhielt. Gab es 1850/51 insgesamt noch 243 Immatrikulationen an der Juristischen Fakultät, waren es 1855 nur noch 150, 1860 sogar nur noch 99. Grund für diesen Schwund waren die in dieser Zeit schlechten Berufschancen für Juristen. 1849 führte der Mangel an Assessoren für die vorhandenen Stellen in der Verwaltung zu einem starken Anstieg der Jurastudentenzahlen, sodass nicht einmal zehn Jahre später das Angebot an Juristen die Nachfrage erheblich überstieg. Als regulative Maßnahme warnte 1858 das Justizministerium ausdrücklich davor, die Söhne zum Rechtsstudium zu schicken. Bis zu zehn Jahre hatte ein Assessor in den 1850er Jahren auf eine bezahlte Anstellung zu warten, wodurch indirekt vor allem jene abgeschreckt wurden, die aus weniger begüterten Familien stammten⁴⁵.

Auch bei den adeligen Studenten ging die Zahl der Immatrikulationen für Jura bis 1860 zurück. Stattdessen schrieben sich in diesem Jahr 40 % für Land- oder Forstwirtschaft an der Landwirtschaftlichen Akademie in Poppelsdorf ein. Neben diesen drei »standesgemäßen«⁴⁶ Studiengängen, wie Jarausch sie bezeichnet, zeigt sich aber auch eine zunehmende Präferenz für die philologisch-philosophischen Fächer, wobei hier nicht ersichtlich ist, in welchem Maße es sich um eine konkrete Berufsausbildung zum Lehrer oder doch eher – und dies scheint wahrscheinlicher – um ein Studium mit dem Ziel allgemeiner Bildung handelte. Der Adel im 19. Jahrhundert, und dies gilt nicht nur für Preußen, konzentrierte sich vor allem auf Berufe in Staatsdienst, Militär, Regierung, Diplomatie und Verwaltung – Berufe also, die an alte Traditionen einer funktionsständischen Elite anknüpften, während »bürgerliche« Berufsfelder erst mühsam erschlossen wurden⁴⁷. Für die Studienfächer Medizin und Theologie, die in bestimmte, »ernährende« Berufe führten, immatrikulierten sich in Bonn z. B. nur vereinzelt Adelige.

Das Gros der Bonner Studenten (90 %) waren Bürgerliche, und zwar der unterschiedlichsten sozialen Schichten. Für die Untersuchung der sozialen Herkunft der Studenten wurden die Väterberufe in Berufsgruppen zusammengefasst und den folgenden Überkategorien zugeordnet: Bildungsbürgertum

44 Vgl. Turner (wie Anm. 17), S. 232; Wilhelm Bleek, Von der Kameralausbildung zum Juristenprivileg. Studium, Prüfung und Ausbildung der höheren Beamten des allgemeinen Verwaltungsdienstes in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1972.

45 Vgl. Thomas Kolbeck, Juristenschwemmen. Untersuchungen über den juristischen Arbeitsmarkt im 19. und 20. Jahrhundert (Rechtshistorische Reihe, 3), Frankfurt am Main/Bern/Las Vegas 1976, S. 56–58.

46 Vgl. Jarausch (wie Anm. 28), S. 31.

47 Vgl. Reif (wie Anm. 41), S. 25.

(verbeamtete und freiberufliche Akademiker), Wirtschaftsbürgertum (Gutsbesitzer, Fabrikanten, Bankiers, Privatiers und leitende Angestellte), Landwirte und Kleinbürgertum (Händler, Handwerker, Angestellte, Volksschullehrer und Subalternbeamte) sowie Unterschicht (Fabrikarbeiter, Tagelöhner, Arbeitslose)⁴⁸.

Etwa ein Drittel der Immatrikulanten stammte aus der ersten Gruppe, dem Bildungsbürgertum, hatten also Väter, die bereits an Universitäten studiert hatten. Vor allem in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts konzentrierte sich das Bildungsbürgertum im Beamtentum. Erst ab den 1840er Jahren traten vermehrt freiberufliche Akademiker (Ärzte, Rechtsanwälte, Apotheker) hinzu, die vorher nur einen geringen Anteil an den Akademikern hatten⁴⁹. Auch bei den Bonner Studenten dominieren die Beamtenöhne vor den Söhnen freiberuflicher Akademiker (22 % gegenüber 9 % der Immatrikulanten insgesamt). Mit gerade einmal 12 % bildeten dagegen die Studenten aus dem Wirtschaftsbürgertum eine (noch) relativ kleine Gruppe, obwohl diese über die finanziellen Mittel eines Studiums verfügte. Man muss nämlich neben den direkten Kosten eines Studiums⁵⁰ auch die indirekten Kosten berücksichtigen, die durch jahrelangen Verdienstausschlag entstehen⁵¹.

In Bonn war aber, wie an den meisten anderen deutschen Universitäten, das Stiftungs- und Stipendienwesen so weit ausgereift⁵², dass auch weniger begüterte Familien ihre Söhne zu einem Studium schicken konnten. Zwischen 1848 und 1871 waren durchschnittlich 48 % der Immatrikulanten bäuerlicher oder kleinbürgerlicher Herkunft, stellten damit sowohl in der Bevölkerung⁵³ als auch

48 Dieses Modell basiert auf der Klassifizierung der Väterberufe von Jarausch (wie Anm. 36), S. 33–35.

49 Vgl. Gunilla Budde, *Blütezeit des Bürgertums. Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*, Darmstadt 2009, S. 8 f.

50 In Bonn kostete der Eintritt in die Universität einmalig 6 Taler und 5 Silbergroschen, für jede Vorlesung fielen mindestens $2\frac{1}{2}$ Silbergroschen an. Wenn es sich um Privatvorlesungen handelte, kamen Honorare hinzu, die aber gestundet werden konnten, vgl. hierzu Auszüge aus den Verordnungen für die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität: zum Gebrauche der Studirenden, Bonn 1854, §§ 98–100, online unter <http://s2w.hbz-nrw.de/ulbbn/content/titleinfo/685023> [zuletzt geprüft am 11.05.2012].

51 Vgl. Fritz Ringer, *Die Zulassung zur Universität*, in: Walter Rüegg (Hg.), *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 3: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800–1945), München 2004, S. 199–226, hier S. 213.

52 Vgl. zu Studienfinanzierungsmöglichkeiten im 19. und 20. Jahrhundert jüngst: Thomas Adam, *Stipendienstiftungen und der Zugang zu höherer Bildung in Deutschland von 1800 bis 1960* (Pallas Athene, 28), Stuttgart 2008.

53 Ca. 70 % der Berufsbevölkerung gingen Berufen in der Landwirtschaft oder den hier unter den Begriff Kleinbürgertum subsumierten Berufen nach, der Schätzwert basiert auf der Berufs- und Gewerbestatistik für Preußen des Jahres 1852 in: Wolfgang Kollmann und Antje Kraus, *Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1815–*

bei den Studenten die größte soziale Gruppe dar. Auffällig hoch ist der Anteil von Landwirtssöhnen (12 %), die ein sehr enges regionales Profil aufweisen. Fast 90 % kamen nämlich aus Rheinpreußen, Westfalen oder Nassau, somit aus einer Gegend, die maximal 200 km von Bonn entfernt war; zudem waren sie überwiegend katholisch (83 %). Ähnliche Profile zeigen auch die Söhne von Handwerkern, Angestellten oder Subalternbeamten. Anders verhält es sich jedoch mit den Kaufmannssöhnen. Mit durchschnittlich 14 % ist diese Berufsgruppe die am stärksten vertretene unter den Studentenvätern. In der Matrikel wird leider selten präzisiert, um welche Art Kaufmann es sich handelt, ob der Vater ein kleiner Krämer oder ein reicher Geschäftsmann war. Entsprechend unterschiedlich dürften daher die materiellen Voraussetzungen für ein Universitätsstudium gewesen sein, doch entzieht sich dies einer genaueren Untersuchung, sodass nur allgemeine Aussagen möglich sind. Die Söhne dieser Händler und Kaufleute, die sich in Bonn immatrikulierten, stammten seltener aus den beiden preußischen Westprovinzen (63 %) als ihre kleinbürgerlichen Kommilitonen (82 %). Zudem waren ein Viertel von ihnen Ausländer, die vor allem aus Handelszentren wie Hamburg, Frankfurt am Main oder London kamen, und mit 8 % war der Anteil jüdischer Studenten hier so hoch wie in keiner anderen Berufsgruppe (s. o.). Im Gegensatz zu den zahlenmäßig großen Gruppen des Bildungs- und des Kleinbürgertums waren Studenten aus der sozialen Unterschicht nur mit 1 % der untersuchten Immatrikulanten vertreten.

In Bezug auf das Verhältnis von sozialer und regionaler Herkunft ist auffällig, dass die rheinpreußisch-westfälischen Studenten in der Regel kleinbürgerlicher Herkunft bzw. häufiger Söhne von Landwirten (57 %) waren, als dies bei den ostelbischen oder auch den ausländischen Studenten der Fall gewesen ist. Auch stammten nur 3 % der rheinpreußischen und 9 % der westfälischen Studenten aus dem Adel und somit wesentlich weniger als bei den Immatrikulanten aus den übrigen Staaten des Deutschen Bundes (18 %) oder dem nicht-deutschen Ausland (19 %). Von den Studenten aus dem ostelbischen Preußen waren sogar im Schnitt fast ein Viertel (23 %) adelig, was möglicherweise mit der dortigen höheren ›Adelsdichte‹, also dem höheren Prozentsatz von Adligen in der Bevölkerung, zusammenhing⁵⁴. Ein wichtiger Faktor für das Regionalprofil der Studenten war wahrscheinlich auch deren materielle Ausstattung, da ein Studium im Ausland bzw. in einer weit vom Wohnort entfernten Stadt mit hohen Kosten verbunden war. Zum einen musste Wohnraum angemietet, zum anderen Reisekosten bezahlt werden. Die wenigen Studenten aus der Unterschicht kamen z. B. ausschließlich aus den preußischen Westprovinzen. Hingegen machten bei

1875. Bd. 2: Quellen zur Berufs- und Gewerbestatistik Deutschlands 1815 – 1875. Preußische Provinzen, Boppard am Rhein 1989, Tab. 13j.
54 Vgl. Reif (wie Anm. 411), S. 59.

den Studenten aus dem ostelbischen Preußen die Söhne hoher Beamter und Gutsbesitzer fast die Hälfte aus, während nicht einmal ein Viertel von ihnen (23,3 %) aus dem Kleinbürgertum kam. Auch die ausländischen Studenten – besonders jene aus dem nicht-deutschen Ausland – stammten überwiegend aus dem mittleren und gehobenen Wirtschaftsbürgertum.

Es lässt sich also feststellen, dass die ärmeren Studenten eher aus der näheren Umgebung zur Universität stammten. Mehr noch: Bei den Rheinländern dominierten die Studenten aus dem kleinbürgerlichen Milieu. Die Universität Bonn könnte somit der hiesigen Bevölkerung als Motor für den sozialen Aufstieg ihrer Söhne gedient haben. Demgegenüber kamen die Studenten, deren Wohnort weit entfernt von Bonn war, tendenziell eher aus wohlhabenderen Schichten. Aber nicht nur zwischen sozialer und regionaler Herkunft lassen sich Zusammenhänge feststellen, sondern auch zwischen der sozialen Herkunft der Studenten und ihren jeweiligen Studienfächern. Diese können Rückschlüsse über Muster sozialer Mobilität geben, z. B. über intergenerativen Aufstieg⁵⁵ durch akademische Bildung.

Die Mittel und Wege dieses Aufstiegs lassen sich in der Matrikel am ehesten anhand der Ergebnisse zu den Studierenden aus dem Kleinbürgertum und der Unterschicht nachvollziehen. Auf der anderen Seite deutete sich mehrfach eine ›soziale Immobilität‹ bzw. Segregation in Form der Selbstrekrutierung bei den Söhnen des Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums sowie des Adels an. Nicht nur die adeligen Studenten, sondern in besonderem Maße die Söhne hoher Beamter studierten nämlich – wie ihre Väter – häufig Jura, und zwar zu ca. 50 %, wobei zehn Jahre vor der ›Juristenschwemme‹ um 1860 sogar noch drei Viertel von ihnen dieses Fach wählte. Ähnliches zeigt sich bei den Studenten der evangelischen Theologie, von denen ein Drittel aus Pfarrhaushalten stammte. Die Berufsvererbung setzte sich bei ihnen häufig auch nach dem Studium fort, da bis zum Beginn des Kaiserreichs oftmals Pfarrstellen an die Söhne weitergegeben wurden. Man kann sogar von regelrechten »Pfarrerdynastien«⁵⁶ sprechen. Auch die Arztsöhne an der Bonner Universität bevorzugten das Fach ihres Vaters (51 %). Allerdings schloss sich die Medizinische Fakultät durch die guten Berufsaussichten nach einem erfolgreich abgeschlossenen Studium weniger gegen Studenten aus niedrigeren sozialen Schichten ab⁵⁷.

Die Söhne von Landwirten, Handwerkern und Angestellten, aber auch der

55 Zum Begriff vgl. Marco H. D. van Leeuwen und Clé Lesger, Soziale Mobilität, in: Friedrich Jaeger (Hg.) Enzyklopädie der Neuzeit. Bd. 12: Silber-Subsidien, Stuttgart 2010, Sp. 250–256.

56 Vgl. Oliver Janz, Bürger besonderer Art. Evangelische Pfarrer in Preußen 1850–1914 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 87), Berlin/ New York 1994, S. 107.

57 Vgl. Hartmut Kaelble, Sozialer Aufstieg in Deutschland 1850–1914, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 60 (1973), S. 41–71, hier S. 61.

wenigen Studenten aus der Unterschicht an der Bonner Universität hatten gemeinsam, dass sie sich stark auf den Beruf des katholischen Pfarrers fokussierten: Zwischen 44 % (bei den Handwerkersöhnen) und 60 % (bei den Landwirtsöhnen) studierten katholische Theologie. Studenten aus sozial schwächeren Schichten strebten in der Regel akademischen Karrieren zu, die schnelle Versorgungschancen und/oder eine gute Stipendienlage boten, was vor allem für das Theologiestudium galt⁵⁸. Hartmut Kaelble untersuchte in seiner Studie über den sozialen Aufstieg in Deutschland zwischen 1850 und 1914 die soziale Herkunft bestimmter Berufsgruppen und fand für die katholischen Geistlichen heraus, dass sie unter allen Akademikern den größten Anteil an Aufsteigern aufwiesen. Ihm zufolge war aber selbst unter den katholischen Geistlichen die Zahl der Aufsteiger aus den untersten Schichten (als solche definiert er Land- und Industriearbeiter sowie Dienstboten) gering⁵⁹.

Der soziale Aufstieg der Söhne von Subalternbeamten vollzog sich dagegen häufig über ein Jurastudium, sie strebten somit den akademischen Vorgesetzten ihrer Väter nach⁶⁰. Die Studienfächer der Bonner Studenten aus dieser Gruppe zeigen dies ebenfalls, da sie noch vor Katholischer Theologie die Rechtswissenschaften (40 %) bevorzugten. Allerdings wurden sie durch die Überfüllung in den Verwaltungsberufen zu Beginn der 1860er Jahre besonders gehemmt und wichen dann auf katholische Theologie aus, was im Umkehrschluss dazu führte, dass sich die Juristische Fakultät in Zeiten der Überfüllung juristischer Berufszweige sozial nach unten stärker abschloss, somit elitärer und exklusiver wurde⁶¹.

Zusammenfassend ergibt sich aus der Bonner Universitätsmatrikel für die Studenten der Jahre 1847/48 bis 1870/71 folgendes Bild:

Die Analyse hat gezeigt, dass die Universität Bonn hauptsächlich von preußischen Inländern der Rheinprovinz und Westfalens frequentiert wurde, wobei bei den westfälischen Studenten ein allmählicher Rückgang zu verzeichnen war. Dies dürfte im Wesentlichen auf die Konkurrenz der Theologischen und Philosophischen Akademie in Münster zurückzuführen sein. Einer der Gründe für den insgesamt wachsenden Anteil westdeutsch-preußischer Studenten gegenüber z. B. Studenten aus dem ostelbischen Preußen könnte im überproportionalen Bevölkerungswachstum der Rhein-Ruhr-Region liegen. Bei den nicht-preußisch-deutschen Studenten konnte festgestellt werden, dass nord- und mitteldeutsche gegenüber süddeutschen Staaten dominierten. Eine Besonder-

58 Vgl. Hartmut Titze, Die zyklische Überproduktion von Akademikern im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S. 92–121, hier S. 93; Ringer (wie Anm. 51), S. 212.

59 Vgl. Kaelble (wie Anm. 57), S. 62.

60 Vgl. ebd., S. 56; Jaraus (wie Anm. 28), S. 32.

61 Vgl. Ringer (wie Anm. 51), S. 213; Titze (wie Anm. 58), S. 95.

heit der Bonner Universität lag indes in dem hohen Anteil englischer Studierender, der aber möglicherweise vor allem mit der Lage Bonns in der Nähe des ›romantischen‹ Mittelrheintals und der für Engländer günstigen Lebenshaltungskosten zusammenhing, da sich hierdurch eine regelrechte englische ›Kolonie‹ in Bonn gebildet hatte.

Die Matrikeleinträge erlaubten, den Universitätswechsel und die hierbei präferierten Universitäten der Studenten nachzuvollziehen. Dies ist auch überregional, im Hinblick auf die deutsche Universitätslandschaft um 1850 von Bedeutung. Es kristallisierten sich somit bestimmte Spezialitäten der Universitäten heraus, wie etwa die Rechtswissenschaften in Heidelberg oder die Evangelische Theologie in Halle, vor allem aber deutete sich hier auch die starke Anziehungskraft der Berliner Universität an.

Bei der Untersuchung der konfessionellen Zusammensetzung konnte zunächst ein leichtes Übergewicht der Katholiken gegenüber den Protestanten festgestellt werden. Der hohe Anteil der katholischen Studenten ist mit dem hohen Anteil der Katholiken in der Bevölkerung Rheinpreußens und Westfalens zu erklären. Dagegen war der überwiegende Teil der Studenten, die nicht aus diesen beiden preußischen Provinzen stammten, evangelisch. Gerade aus dem mittel- und süddeutschen Raum wurde die Bonner Universität selten von Katholiken frequentiert.

Der Anteil der adeligen Studenten entsprach in Bonn zwar dem Durchschnitt aller deutschen Hochschulen, jedoch war die Universität Bonn in besonderem Maße attraktiv für Sprösslinge aus souveränen Fürstenthümern, so dass sich die Bonner Universität bald den Ruf einer ›Prinzenuniversität‹ erwarb. Das Gros der Bonner Studenten waren indes mit 90 % Bürgerliche, wobei die meisten (ein Drittel) dem Bildungsbürgertum und aus dieser Gruppe wiederum der Beamenschaft, weniger jedoch dem Wirtschaftsbürgertum entstammte. Dabei fällt auf, dass die Studenten aus dem Rheinland und aus Westfalen tendenziell kleinbürgerlicher oder landwirtschaftlicher Herkunft waren als dies bei den ostelbischen oder ausländischen Studenten der Fall war. Vor allem die Herkunft aus dem Adel war bei den rheinischen und westfälischen Studenten unterrepräsentiert. Die Universität Bonn könnte somit gerade für die rheinische Bevölkerung als Motor für den sozialen Aufstieg gedient haben, allerdings mit einem deutlichen Schwerpunkt auf Katholischer Theologie.

Mit der Untersuchung der Immatrikulationen der Universität Bonn zwischen 1847 und 1871 konnte exemplarisch gezeigt werden, dass quantitative Analysen von Matrikelbüchern von Universitäten vertiefende Einsichten in die sozio-ökonomischen Strukturen und Prozesse des entsprechenden Zeitabschnitts und des mit der jeweiligen Hochschule korrespondierenden regionalen Umfeldes ermöglichen. Insbesondere für sozialgeschichtlich akzentuierte Fragestellungen sind sie damit eine wertvolle Ergänzung für die historische Forschung.

Kaiser-Kommers und Bismarck-Kult. Bonner Studierende im Kaiserreich, 1871 bis 1914¹

Am 8. März 1894 fand in Berlin eine Plenarsitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses statt, die für die Bedingungen und Besonderheiten des Studiums im Bonn der Kaiserzeit in verschiedener Hinsicht aufschlussreich ist. Zum einen diskutierten die Abgeordneten – was selten geschah – über Einzelheiten des Bonner Studentenlebens, beispielsweise den Kommers, also die feierlich-repräsentative Form der studentischen Kneipe. Zum anderen wurden, mehr oder weniger unausgesprochen, grundlegende Konfliktlinien und Spannungslagen verhandelt, die über den universitären Bereich hinaus reichten und allgemeinere Bedeutung für Politik und Gesellschaft des Kaiserreiches besaßen. Zwar waren die Riten und Praktiken des Korporationswesens auch im Deutschen Reich zur Zeit Bismarcks und Wilhelms II. nicht mit »dem« Studentenleben allgemein identisch. Sie haben aber den studentischen Alltag so prägend beherrscht und wurden auch von der Außenwelt als derart typisch wahrgenommen, dass keine Betrachtung Bonner Studierender in der Zeit zwischen 1871 und 1914 an ihnen vorbeikommt².

Anlass für die Debatte im Preußischen Abgeordnetenhaus war die sogenannte »Causa Kamphausen«. Adolf Kamphausen war Professor der evangelischen Theologie an der Universität Bonn und hatte zu jener Zeit das Amt der Rektors inne³. Er hatte mit Vertretern der katholischen Bonner Studentenschaft ge-

1 Ich bedanke mich bei Michael Hacker für wichtige Hinweise zur Geschichte der Bonner Burschenschaften, bei Dr. Philip Rosin für zahlreiche Recherchen im Bonner Universitätsarchiv und bei Professor Frank Müller, wie so oft, für seine konstruktive Kritik.

2 Vgl. zur Einführung Dietrich Höroldt, Bonn als Universitäts- Rentner- und Garnisonsstadt, in: Ders./ Manfred van Rey (Hg.), Bonn in der Kaiserzeit, 1871 – 1914, Bonn 1986, S. 105 – 118; siehe auch Constantin von Alvensleben, Im Glanz der Hohenzollern. Bonner Verbindungsleben in der Zeit des Wilhelminismus, in: Karl Kromphardt (Hg.), Studentenverbindungen und Verbindungsstudenten in Bonn, Haltern 1989, S. 73 – 82.

3 Zur Person siehe Rudolf Smend, Adolf Kamphausen, in: Ders., Deutsche Alttestamentler in drei Jahrhunderten, Göttingen 1989, S. 85 – 98; Ders., Adolf Kamphausen (1829 – 1909), in: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Evangelische Theologie (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968), Bonn 1968,

sprochen, deren Verbindungen sich weigerten, an einem gemeinsamen Kommers zu Ehren des Kaisers teilzunehmen, weil in diesem Rahmen auch eine Rede auf den Reichsgründer Fürst Otto von Bismarck gehalten werden sollte. Zu diesen Studenten hatte Kamphausen angeblich – über die genauen Worte stritt man in der Kammer – gesagt, die katholischen Korporationen provozierten durch ihre Existenz, sie seien nicht existenzberechtigt, und er könne ihnen nur den Rat geben, sich aufzulösen⁴.

Die Debatte im Abgeordnetenhaus über diese »Causa Kamphausen« begann mit der Beschwerde eines niederrheinischen Zentrums-Abgeordneten, des Grafen Wilhelm Hoensbroech, der den Wahlkreis Moers-Rees im Reichstag vertrat. Graf Hoensbroech monierte, der Rektor habe seine Kompetenzen überschritten und mutwillig den Konfessionsfrieden in der Bonner Studentenschaft gestört⁵. Katholische Verbindungen besäßen sehr wohl eine Existenzberechtigung, weil sie dem Bedürfnis entsprächen, mit Angehörigen der eigenen Glaubensgemeinschaft zusammenzuleben. Im Übrigen erinnerten ihn, Hoensbroech, die Worte Kamphausens fatal an die Bemerkung des früheren national-liberalen Abgeordneten Heinrich Rudolf Gneist, die Katholiken sollten doch aus Deutschland auswandern, wenn es ihnen hier nicht passe.

Die Gegenrede führten vor allem national-liberale und freikonservative Abgeordnete wie Fritz Olzem, Ernst von Eynern, Robert Friedberg oder Georg Richard von Vopelius. Sie erklärten, dass alle konfessionellen Verbindungen, protestantische wie katholische, schlecht und die fortgesetzten akademischen Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen verderblich seien. Die Forderung nach eigenen katholischen Verbindungen müsste in ihrer Konsequenz auch zur Forderung nach eigenen katholischen Regimentern in der Armee führen. In dem Vorgehen der katholischen Verbindungen zeige sich ein solcher »Geist der Unduldsamkeit«, dass man nur wünschen könne, solche Leute würden nie zu Verwaltungsbeamten gemacht werden. Außerdem gäben sich die katholischen Verbindungen der Lächerlichkeit preis, weil sie zusammen mit dem Duell auch die Mensur ablehnten, trotzdem aber zu Symbolzwecken am Schläger als traditioneller studentischer Fechtwaffe festhielten. Wessen Geistes Kind die Bonner katholischen Korporationen seien, erkenne man daran, dass ihre Mitglieder sich beharrlich weigerten, beim Kaiser-Kommers einen Trink-

S. 92–102; Adolf Heinrich Hermann Kamphausen, in: Heiner Faulenbach (Hg.), *Album Professorum der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn*, Bonn 1995, S. 105–113.

4 Indirekt zit. nach Willi Zettel, *Von der Gründung der »Alsatia-Ascania« 1894 bis zur Auflösung 1935*, in: Ders./Ulrich Hausschild, *Geschichte der Ascania von 1894 bis 1980*, Bonn 1981, S. 20.

5 Wiedergegeben nach der Berichterstattung in der Neuen Bonner Zeitung vom 11. März 1894 und der Kölnischen Zeitung vom 9. März 1894.

spruch auf Bismarck auszubringen. Dass eine solche Ehrung für den ehemaligen Reichskanzler, der schließlich im Streit mit dem jungen Kaiser Wilhelm aus dem Amt geschieden war, zugleich auch eine Spitze gegen den Monarchen beinhaltet haben könnte, wiesen die Abgeordneten entrüstet von sich.

Schließlich ergriff der preußische Kultusminister, Dr. Robert Bosse, das Wort und versuchte die Gemüter mit etwas gewundenen Ausführungen zu beschwichtigen. Rektor Kamphausen habe nicht die gesetzliche Berechtigung, wohl aber die praktische Nützlichkeit konfessioneller Verbindungen bestritten. Trotzdem wären seine Worte wohl besser unterblieben, auch wenn sie kaum in der scharfen Form gefallen seien, wie das Zentrum insinuiere. Eher seien sie ein Beleg dafür, dass die Professoren in Bonn mit den Studenten wie mit Kommilitonen verkehrten und deswegen im Gespräch nicht jedes Wort auf die diplomatische Goldwaage legten. Im Übrigen sehe er keine Veranlassung, sich nachträglich in diese »rein interne Universitätsangelegenheit« einzumischen. Während die katholische Presse in ihrer Berichterstattung die Debatte als einen großen parlamentarischen Erfolg des Zentrums feierte, ironisierten liberale Zeitungen, wie die Kölnische Zeitung oder die Neue Bonner Zeitung, die Auseinandersetzung als »große Bonner Rectorschlacht« und erklärten, eine »überflüssigere Erörterung« habe kaum jemals stattgefunden⁶.

Diese an sich unbedeutende parlamentarische und mediale Auseinandersetzung wirft einige erhellende Schlaglichter auf das Studieren im kaiserzeitlichen Bonn und darüber hinaus auch auf das allgemeine gesellschaftliche Leben im Deutschen Reich vor dem Ersten Weltkrieg. Drei Aspekte sind besonders bemerkenswert: Erstens macht die Episode die zunehmende Vielfalt im studentischen Verbindungswesen deutlich, die zu einer immer stärkeren Betonung formaler Unterschiede und zu wachsenden Rivalitäten beitrug. Diese Spannungen konnten mitunter in regelrechte Feindschaften, sogar Tötlichkeiten umschlagen – und ihren Niederschlag sogar im Preußischen Abgeordnetenhaus finden⁷. Zweitens verweist die »Causa Kamphausen« auf einen Anfangspunkt

6 Wie Anm. 5.

7 Vgl. allgemein zur Geschichte deutscher Studenten im Kaiserreich Konrad H. Jarausch, *Students, Society and Politics in Imperial Germany. The Rise of Academic Illiberalism*, Princeton 1982; Ders., *Deutsche Studenten 1800–1970*, Frankfurt am Main 1984; Martin Biastoch, *Die Corps im Kaiserreich – Idealbild einer Epoche*, in: Rolf-Joachim Baum (Hg.), »Wir wollen Männer, wir wollen Taten!« *Deutsche Corpsstudenten 1848 bis heute*, Berlin 1998, S. 111–132; Silke Möller, *Zwischen Wissenschaft und »Burschenherrlichkeit«*. *Studentische Sozialisation im Deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 2001; Dies., »Bier, Unfug und Duell«? *Corpsstudentische Erziehung im deutschen Kaiserreich 1871–1914*, München 2004; Sonja Levsen, *Elite, Männlichkeit und Krieg. Tübinger und Cambridger Studenten 1900–1929*, Göttingen 2006; Thomas Weber, *Our Friend »The Enemy«*. *Elite Education in Britain and Germany before World War I*, Stanford 2008; Lisa Fetheringill Zwicker, *Dueling Students. Conflict, Masculinity, and Politics in German Universities, 1890–1914*, Ann Arbor 2011.

jener Reihe von Auseinandersetzungen zwischen schlagenden Korporationen und katholischen Verbindungen, die als Akademischer Kulturkampf bekannt geworden sind. Sie fanden zwischen 1904 und 1908 ihren Höhepunkt vor allem in Jena und an den neueren Technischen Hochschulen etwa in Berlin-Charlottenburg, Aachen, Hannover, Karlsruhe oder Darmstadt. Sie wurden aber eben auch an der Bonner Universität ausgetragen, wo sie bereits Anfang, Mitte der 1890er Jahre eskalierten⁸. Drittens schließlich erinnert die Debatte an weniger offensichtliche, aber ähnlich virulente Differenzen innerhalb der Gruppe schlagender Verbindungen, speziell zwischen Corps und Burschenschaften, die sich nicht zuletzt an der Bismarckverehrung festmachten. Diese Spannungen scheinen in Bonn besonders ausgeprägt gewesen zu sein, auch wegen der aristokratischen Exklusivität von Corps wie der Bonner Borussia, der über die Jahre zahlreiche Hohenzollernprinzen und andere Hochadlige angehörten⁹. Derartige subkutane Konfliktlagen können erklären helfen, warum ausgerechnet Bonn zu einem Zentralort des studentischen Bismarckkultes wurde, von dem beispielsweise die nationale Bewegung zum Bau von Bismarcksäulen ihren Ausgang nahm¹⁰.

Die Ausdifferenzierung der Bonner Studentenschaft im Kaiserreich

Die Spannung von zunehmender Pluralisierung und Heterogenität auf der einen Seite und wachsender Uniformität auf der anderen ist mitunter als wichtiges Merkmal der Moderne ausgemacht worden. Auch für das Studentenleben im Bonn der Kaiserzeit gilt dieser Zusammenhang, der als historischer Hintergrund wichtig ist, will man die ansonsten weitgehend unverständlichen Zwistigkeiten zwischen Corps, Burschenschaften und katholischen Studentenverbindungen verstehen. Die Ausdifferenzierung der Bonner Studentenschaft im Kaiserreich

8 Peter Stitz, *Der Akademische Kulturkampf um die Daseinsberechtigung der katholischen Studentenkorporationen in Deutschland und Österreich von 1903 bis 1908*, (Der Weiße Turm. Zeit- und Lebensbilder aus dem katholischen Studententum, 3. Bd.), München 1960; Sabrina Lausen, *Wenn Farben die Welt bedeuten. Der akademische Kulturkampf von 1903–1908*, in: Jan Carstensen/Gefion Apel (Hg.), *Schlagfertig! Studentenverbindungen im Kaiserreich. Reader zu einem studentischen Ausstellungsprojekt*, Detmold 2006; vgl. auch *Akademischer Kulturkampf*, in: Friedhelm Golücke, *Studentenwörterbuch. Das akademische Leben von A bis Z*, Graz/Wien/Köln 1987, S. 15.

9 Exemplarisch deutlich wird dies in den Chroniken des Corps Saxonia und der Burschenschaft Alemania; siehe Reinhard Bayer, *Das Corps Saxonia, Bonn 1937 [1941]*; Otto Oppermann, *Die Burschenschaft Alemania zu Bonn und ihre Vorläufer*. 2. Bd.: 1890–1925, Bonn 1925.

10 Zum Bismarckkult gibt es mittlerweile eine reichhaltige Forschungsliteratur; siehe zuletzt die Sammelbesprechung von Frank L. Müller, *Man, Myth and Monuments: The Legacy of Otto von Bismarck (1866–1998)*, in: *European History Quarterly* 38 (2008), 626–636.

war dabei zunächst einmal eine Folge des Wachstums der Universität. Von 1830 bis 1877 schwankte die Zahl der Bonner Studenten zwischen knapp 600 und etwas über 900. Bis Ende der 1880er Jahre wuchs sie auf fast 1300 und verdreifachte sich dann bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs auf rund 4000¹¹. Zugleich explodierte in den knapp viereinhalb Jahrzehnten des Kaiserreichs die Zahl der Bonner Studentenverbindungen. Legt man eine Liste der insgesamt 62 Verbindungen zugrunde, deren Wurzeln vor 1914 zurückreichten und die 1930 noch existierten, so ergibt sich, dass nur zwölf Korporationen ihre Geschichte bis vor die Revolution von 1848 zurückverfolgen konnten – darunter vor allem die aus den alten Landsmannschaften des 17. und 18. Jahrhunderts hervorgegangenen traditionsreichen Corps wie Rhenania (1820), Guestphalia (1820), Borussia (1827), Saxonia (1832) oder Palatia (1838), außerdem die beiden ältesten Burschenschaften Alemannia (1844) und Franconia¹² (1845), aber nur eine einzige katholische Verbindung, nämlich die Bavaria (1844). In den Jahren zwischen Revolution und Reichsgründung wurden einige weitere Corps, wie die Hansea (1849), und Burschenschaften, zum Beispiel die Marchia (1865), gegründet¹³. Außerdem entstanden kurz vor der Jahrhundertmitte mit der Tuisconia (1844) und der Salia (1847) zwei neue Landsmannschaften.

Im Kaiserreich wurde dann bis zur Jahrhundertwende keine neue Burschenschaft mehr gegründet. Dafür entstanden mit der Germania (1877) und der Markomania (1892) zwei neue Corps, denen 1913 mit der Agronomia ein drittes folgte; zusätzlich konstituierte sich die alte Landsmannschaft der Teutonia 1875 als Corps neu. Die Mehrzahl der 39 Neugründungen zwischen 1871 und 1914 entfielen auf die katholischen Verbindungen: sechs davon farbentragend und 14 nicht farbentragend. Hinzu kamen zwei weitere Landsmannschaften, vier nichtkonfessionelle, aber farbentragende Verbindungen mit Mensurverbot, zwei jüdische Verbindungen (RhenoSilesia und Kadimah) sowie sechs Verbindungen von Turnern, Sängern oder ähnlichen¹⁴.

Die rasante Ausdifferenzierung der Studentenverbindungen nach 1871 ist nicht allein mit dem Wachstum der Studentenzahlen zu erklären. Sie hat auch andere Gründe. Viele Corpsstudenten, die ihr Studium unterbrochen hatten, um sich 1870 freiwillig zum Krieg gegen Frankreich zu melden, kehrten nach dem Sieg nicht mehr zurück, entweder weil sie Geldsorgen plagten, weil sie anderswo ihre Studien zügig zu Ende bringen wollten oder weil sie Gefallen am Militär

11 Höroldt (wie Anm. 2), S. 106.

12 Heutige Schreibweise »Frankonia«; Alemannia und Franconia entstanden beide aus der 1843 gegründeten und 1847 erloschenen Burschenschaft Fridericia.

13 Diese wurde 1854 zunächst als »Akademischer Verein Münsterania« gegründet, 1857 in »Akademischer Verein Marchia« umbenannt und erklärte sich 1865 zur »Burschenschaft Marchia«.

14 Auflistung bei Zettel, (wie Anm. 4), S. 212–216.

gefunden hatten und in der Armee geblieben waren. Von der Borussia beispielsweise kehrte »nicht ein einziger Aktiver nach Bonn zurück«. Auch Hansea und Guestphalia brachten Anfang der 1870er Jahre nicht die notwendige Zahl an Corpsburschen auf und mussten zeitweise suspendiert werden¹⁵.

Die Krise der Corps hatte aber auch tiefere, strukturelle Ursachen. Der Chronist des Corps Saxonia führte rückblickend vor allem zwei Ursachen an¹⁶: Die erste war »ein Streben nach Forschheit«, wie er es nannte; gemeint war eine zunehmend starke Betonung und Formalisierung des Fechtens nicht mehr in erster Linie zum Austragen von Ehrenhändeln, sondern als Erziehungsmethode und Charakterschule für den akademischen Nachwuchs. Rechtlich blieb die Mensur verboten, gesellschaftlich nahm ihre Akzeptanz eher ab (dazu später mehr), aber in bestimmten Kreisen war sie weiter geschätzt, auch wenn man die Regeln so veränderte, dass am Samstag – dem üblichen »Pauktag« – das Risiko einer ernsten Verletzung abnahm. Kaiser Wilhelm II., der von Oktober 1877 bis August 1879 selbst aktives Mitglied in der Bonner Borussia war (freilich mit Rücksicht auf die prinzliche Unversehrtheit nicht fechten durfte)¹⁷, brachte den dahinter stehenden Gedanken bei einem Besuch an seinem früheren Studienort im Mai 1891 deutlich zum Ausdruck:

»Unsere Messuren werden im Publikum vielfach nicht verstanden. Das soll uns aber nicht irre machen. Wir, die wir Korpsstudenten gewesen sind, wie Ich, wir wissen das besser. Wie im Mittelalter durch die Turniere der Mut und die Kraft des Mannes gestählt wurden, so wird auch durch den Geist und das Leben im Korps der Grad der Festigkeit erworben, der später im großen Leben nötig ist, und der bestehen wird, solange es deutsche Universitäten gibt¹⁸.«

Der zweite Grund, warum die Corps an Akzeptanz verloren, war »ein Streben nach Ordnung und streng vorschriftsmäßigem Auftreten, das zu ungesundem Formelkram, zu schädlichen Zwisten und Reibereien unter den Corps derselben als auch verschiedener Hochschulen« führte, wie es in der Chronik der Saxonia hieß. Die Folge war eine Tendenz zur »Kreisbildung«, man könnte auch sagen: zur Fraktionierung der Korporationen. Einige Corps, die sich im »schwarzen Kreis« zusammenschlossen, betonten die Mensur, andere – im »grünen Kreis« – die Geselligkeit; der »blaue Kreis« wählte einen Mittelweg. Bei den Burschenschaften zeigten sich ähnliche Aufspaltungen in »weiße«, wie die Bonner Frankonia, die stärker das Gesellschaftsprinzip wie die Corps pflegten, und »rote«, wie die Bonner Alemannia, die stärker auf eine eigene burschenschaft-

15 Saxonia (wie Anm. 9), S. 132.

16 Ebd., S. 136.

17 Vgl. John C. G. Röhl, Wilhelm II. Bd. 1: Die Jugend des Kaisers 1859–1888, München 1993, hier S. 299–305.

18 Der Kaiser auf dem Commers der Bonner Corps, Bonn 1891, S. 12 f.

liche Traditionspflege bedacht waren und in der die geistige Arbeit und nicht die Herkunft eher im Vordergrund standen.

Hinzu kam gerade bei den Bonner Corps eine zunehmende soziale Exklusivität. Das betraf nicht zuletzt das Corps Borussia¹⁹. Ihm hatten schon vor der Reichsgründung Hohenzollernprinzen wie Prinz Friedrich Karl (1846) angehört. Auch Kronprinz Friedrich Wilhelm, der spätere Kaiser Friedrich III. hatte in engem Kontakt mit der Borussia gestanden, wenn er auch nicht aktiv geworden war. Dass Wilhelm II. Bonner Borusse war, wurde bereits erwähnt. Später schickte der Kaiser auch vier seiner sechs Söhne in dasselbe Corps: den Kronprinzen Wilhelm 1901²⁰, Prinz Eitel-Friedrich 1902, Prinz August Wilhelm 1906 und Prinz Oskar 1907. Bis zum Jahre 1928 waren insgesamt elf Hohenzollernprinzen Bonner Borussen.

Überhaupt liest sich deren Mitgliederliste aus diesen Jahren wie ein *Who is Who* der politischen und gesellschaftlichen Elite des Kaiserreichs: Die beiden Söhne Bismarcks gehörten dem Corps ebenso an wie zwei Großherzöge und zwei Herzöge aus dem Haus Mecklenburg, Söhne aus dem Hause Bethmann-Hollweg, Bülow, Henckel von Donnersmarck, Schaumburg-Lippe, Pückler und Hohenlohe-Langenburg. Die hochadelig-korporatistischen Netzwerke waren eine beliebte Zielscheibe spöttischer Kritik durch Satire-Magazine wie den Münchener *Simplicissimus*.

Der hocharistokratische Einschlag und verschiedene Beweise besonderer kaiserlicher Huld verliehen den Bonner Corps eine gesellschaftliche Strahlkraft, die für andere Fürsten und Hochadlige, für höhere Beamte und zunehmend auch für begüterte Wirtschaftsbürger anziehend war und dazu führte, dass »nunmehr viele ehrgeizige Leute guten oder schlechten Willens den Corps wie die Motten dem Licht zustreben«, wie es in der Chronik »Hundert Jahre Bonner Corps« heißt²¹. Dass die Mitgliedszahlen der Bonner Corps infolge des Studiums von Hohenzollernprinzen in Bonn anstiegen, zeigt exemplarisch die nachfolgende Statistik mit Blick auf das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts.

Auf der anderen Seite verstärkte die prononcierte soziale Exklusivität aber auch Gegenkräfte, die sich an der aristokratischen Abgeschlossenheit und den hohen Kosten des Bonner Corpslebens stießen und stärker den Gedanken der Gleichberechtigung aller honorigen Studenten betonten. Diese Gegenbewegung hatte schon vor 1848 zur bereits erwähnten Bildung der neuen Landsmann-

19 Das Selbstbild des Corps in späterer Zeit wird sichtbar in: Gustav Gotthilf Winkel/Arved von Hahn, Corpsgeschichte der Bonner Borussia, Bonn 1938.

20 Die feierliche Immatrikulation des Kronprinzen in Bonn am 24. April 1901 »soll den Charakter eines ›Staatsaktes‹ gehabt haben«; vgl. Palatia. 150 Jahre Corps Palatia Bonn 1838–1988, Bonn 1988, S. 37.

21 Hans Gerhardt, Hundert Jahre Bonner Corps. Die korporationsgeschichtliche Entwicklung des Bonner S.C. von 1819–1918, Frankfurt/Main 1926, S. 303.

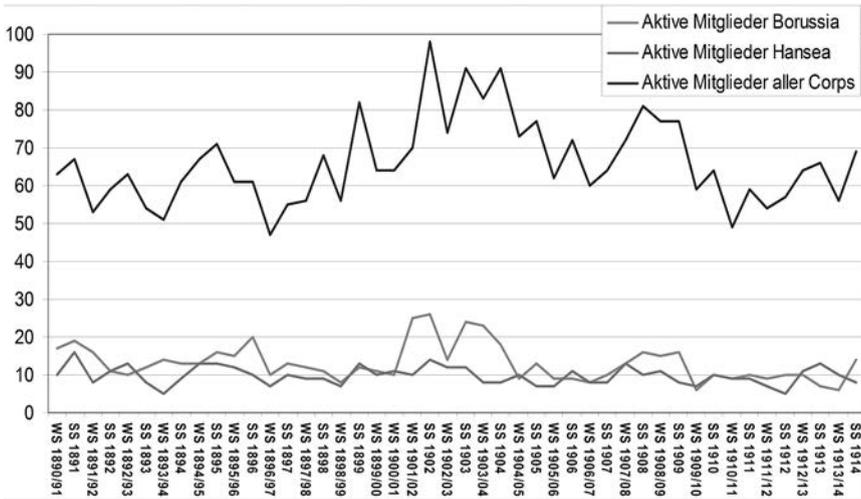


Abbildung 1: Aktive Mitglieder der Bonner Corps (1890 – 1914)

schaften in Bonn geführt – ein Trend, der sich nach 1871 mit der Gründung der Nassovia (1882) und Marksburgia (1873) fortsetzte²².

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg reagierten einige Bonner Corps auf den gestiegenen finanziellen Aufwand des Corpslebens, den gerade der Zustrom reicher Söhne aus der Finanzwelt mit sich gebracht hatte, indem sie versuchten, teure Exzesse einzudämmen. »Das Corpsleben«, so beschlossen 26 Vertreter der Bonner Corps bei einem Treffen auf dem Corpshaus der Hansea im Sommer 1912,

»dürfe nicht durch imaginäre Repräsentationspflichten und eine dessen Ziele und Zwecke weit überschreitende Gastfreundschaft, wie Festlichkeiten und Schmausereien, teure Rezeptions-, Musikkneipen usw. verteuert werden. Ausflüge des ganzen Corps in großem Maßstabe, kostspielige Feiern großer und kleiner Stiftungsfeste, übermäßige Karnevalsfeiern usw. seien [...] zu vermeiden. [...] Auch der Besuch von Schlemmlokalen mit weitgehendem unkontrollierbarem Kredit, sowie von Exkneipen, Bars usw. sei den Aktiven möglichst zu untersagen.« Insgesamt wolle man »zu den guten und einfacheren Traditionen früherer Zeiten zurückkehren und an die Stelle glanzvollen Auftretens nach außen innere Tüchtigkeit treten lassen²³.«

Bei einer Bilanzaufnahme zwei Jahre später konnten zwar gewisse Fortschritte, aber noch keine prinzipielle Verbesserung festgestellt werden: Der Gebrauch von Automobilen sei »bedeutend eingeschränkt«. Für die Aktiven seien längere

22 Zettel (wie Anm. 4), S. 216.

23 Friedrich Dettweiler, Die Geschichte des Corps Hansea zu Bonn 1849 – 1929, Heidelberg 1929, S.141.

Fußwanderungen besser angebracht. Gerügt wurden aber immer noch »die mehrtägigen Karnevals-Fahrten ganzer Corps in kostspieligen einheitlichen Kostümen [...] Wenn man jetzt auch nicht mehr nach Brüssel (!) fahre, so sei es doch überflüssig nach Düsseldorf usw. zu fahren. Gefährlich seien und blieben die Fahrten nach Köln, besonders zu den Rennen mit ihrer Gelegenheit zum Wetten. Auch der Besuch der Bars in Bonn müsse eingeschränkt werden, weil sie Brutstätten zu schlimmem Ramsch« seien²⁴.

Parallel zu den Schwierigkeiten der Corps ist ein Erstarren katholischer Verbindungen zu verzeichnen. Diese Entwicklung war teilweise eine Folge der Zwangsmaßnahmen im Rahmen des Kulturkampfes der 1870er Jahre. Dieser Konflikt zwischen Staat und Kirche war in Preußen besonders heftig ausgefochten worden und hatte zur Ausbildung eines stärkeren Eigengefühls katholischer Studenten beigetragen, die zuvor überwiegend in den überkonfessionellen Landsmannschaften, Corps und Burschenschaften mitgewirkt hatten. Zahlenmäßig fiel diese Entwicklung jedoch erst seit den 1890er Jahren, vor allem seit der Jahrhundertwende ins Gewicht, nachdem der Vatikan im Jahr 1890 die Kritik an der Mensur gleichsam amtlich gemacht und sie förmlich dem Duell gleichgestellt hatte. Dadurch war es kirchentreuen katholischen Studenten fortan verboten, Mitglied in einer schlagenden Verbindung zu sein. Entsprechend stark wuchs in den Folgejahren die Zahl katholischer Korporationen.

Eine zusätzliche Auffächerung des studentischen Vereinswesens bedeutete das Aufkommen der christlich-nationalen und antisemitischen Vereine Deutscher Studenten seit den frühen 1880er Jahren. Diese Vereine, die sich ausgehend von Berlin gründeten und 1881 im Kyffhäuserverband überregional zusammenschlossen, schwammen auf einer Welle nationaler Reichsbegeisterung, beginnender Kolonialeuphorie, zunehmender Bismarckverehrung und eines stärker werdenden Antisemitismus, wie ihn der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker verkörperte. Ihre Wirkung reichte insofern über die eigenen Vereine hinaus, als in der Folgezeit auch in zahlreichen anderen Korporationen, gerade auch bei den Burschenschaften, ein intoleranter Nationalismus und die Betonung des arischen Prinzips an Boden gewannen. Dadurch wurden jüdische Studenten aus den Verbindungen heraus gedrängt und zur Bildung eigener Korporationen, wie der Rheno-Silesia und der Kadimah in Bonn, veranlasst²⁵.

Eine weitere Herausforderung für die traditionellen Korporationsstudenten stellte die wachsende Zahl derjenigen Studenten dar, die sich gar keiner Verbindung anschlossen und von den Korporierten verächtlich »Kamele«, »Wilde«

24 Wie Anm. 23, S. 143.

25 Zum Gesamtkomplex siehe Friedrich Schulze/Paul Ssymank, *Das deutsche Studententum von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart 1931*, München 1932, S. 350, 356 ff.

oder »Finken« genannt wurden²⁶. In der wilhelminischen Zeit gehörte schätzungsweise die Hälfte aller Bonner Studenten zu dieser Gruppe, die jedoch ihrer Natur nach nur schwer in einer einheitlichen Organisation zu fassen war und deswegen heute auch zahlenmäßig recht schwierig zu greifen ist. Das änderte sich nach der Jahrhundertwende, als sich Teile der freien Studenten in Bonn zur »Finkenschaft« zusammenschlossen und mit dem Studentischen Arbeitsamt als Job-Börse, wie wir heute sagen würden, eine Einrichtung schufen, die ihnen verstärkten Zulauf sicherte. Von etwa 1905 bis zum Ersten Weltkrieg stellte die Finkenschaft neben den katholischen Korporationen und den in der sogenannten Vertreterversammlung zusammengeschlossenen schlagenden Verbindungen der Corps und Burschenschaften die dritte große Gruppe der organisierten Bonner Studentenschaft²⁷.

Hinzu kamen noch die Verbindungen, die an anderen Hochschulen wie der Poppelsdorfer Landwirtschaftlichen Akademie entstanden. Anfang des 20. Jahrhunderts bildeten sich auch die ersten Vereine von Studentinnen. Diese waren seit 1896 als Gasthörerinnen, seit 1908 zum Vollstudium zugelassen und hatten mit der »Hilaritas« (1904) und dem »Bonner Studentinnenverein« (1905) eigene Gruppierungen gegründet, die 1908 vom Rektor als universitäre Vereine anerkannt wurden, seit 1912 auch in der studentischen Vertreterversammlung mitwirkten und zu akademischen Feiern zugelassen waren²⁸. Man kann somit als wichtigen Trend eine Ausdifferenzierung studentischer Organisationen festhalten, die sich nach konfessionellen, weltanschaulichen, tendenziell auch nach sozialen und Geschlechterkriterien ausfächerten.

Zugleich aber – und das ist eine wichtige Ergänzung – setzten sich bei den Symbolen, Ritualen und Insignien der Studentenschaft die von den Corps geprägten Formen mit der Zeit weitgehend durch. Die Burschenschaften hatten bereits vor 1870 ihren ursprünglichen Anspruch, eine allumfassende Studentenpartei zu sein, aufgegeben und den Charakter normaler schlagender Verbindungen angenommen. Bei Turnerschaften, Sängerverbindungen und anderen Vereinen fand dieser Trend hin zu waffenstudentischen Verbindungen (Korporatisierung) im Kaiserreich statt. Viele jüdische Korporationen pflegten ebenfalls Duell und Mensur; sie waren entstanden, da viele Verbindungen keine Juden seit den 1890er Jahren mehr aufnahmen, diese jüdischen Studenten das korporative Leben aber weiterpflegen wollten. Die katholischen Verbindungen trugen oft Farben und führten bei Festen den Schläger mit sich, auch wenn sie ihn nicht zum Fechten benutzten. Selbst die freien Studenten, die das traditio-

26 Paul Ssymank, Die Finkenschaftsbewegung. Ihr Entstehen und ihre Entwicklung bis zur Gründung der »Deutschen freien Studentenschaft«, München 1901.

27 Hansea (wie Anm. 21), S. 146–147.

28 Vgl. zum Hintergrund Claudia Huerkamp, Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900–1945, Göttingen 1996.

nelle Brauchtum anfangs entschieden abgelehnt hatten, näherten sich ihm nach dem Ersten Weltkrieg als »Gildenschaften« allmählich wieder an.

Der Akademische Kulturkampf in Bonn

Die Spannung zwischen Heterogenität und Uniformität befördert das, was Pierre Bourdieu die Betonung der »feinen Unterschiede« genannt hat²⁹. Das gilt auch mit Blick auf die Anfänge des Akademischen Kulturkampfes in Bonn, bei dem es mindestens so sehr um Abgrenzungsbedürfnisse und eine Betonung feiner Unterschiede zum Zwecke der Identitätsschärfung ging wie um jene großen politischen und normativen Fragen, die von den Gegnern der katholischen Verbindungen gemeinhin in Anschlag gebracht wurden: die Bedrohung der akademischen Freiheit durch religiöse Bindungen; die konfessionelle Spaltung der Studentenschaft; die Politisierung der Universität durch die Verbindungen der katholischen Korporationen zur Partei des Zentrums und ihre Teilnahme an den Katholikentagen; die Unterminierung des Reiches und die Gefährdung des Nationsgedankens durch die angeblich »ultramontane« Ausrichtung des Katholizismus³⁰.

Um den Hintergrund der Auseinandersetzung zu verstehen, muss man vier Punkte bedenken: erstens die bereits erwähnte herablassende Verachtung vieler Burschschafter und Corpsstudenten gegenüber den als unmännlich und antinational geltenden »Pseudowaffenstudenten« in den katholischen Korporationen; zweitens die aus der Kulturkampfzeit stammende, auch nach 1890 fortbestehende Abneigung vieler Katholiken gegen Bismarck bei gleichzeitiger legendenhafter Verklärung des ersten Reichskanzlers in anderen Bevölkerungskreisen und gerade unter Studenten; drittens das erwähnte schnelle Anwachsen katholischer Verbindungen nach dem Mensurverbot durch den Papst 1890; und viertens schließlich die sich deswegen allmählich ändernden Mehrheitsverhältnisse in der Vertreterversammlung der Bonner Studentenschaft. Dort saßen sowohl nicht-konfessionelle als auch konfessionelle Korporationen zusammen, nachdem sich die Corps im April 1891 aus ihrer selbst gewählten Isolation begeben hatten und der Vertreterversammlung (VV) beigetreten waren, wo sie nun, wenn sie wollten, zusammen mit den Burschenschaften eine antikatholische Mehrheit bilden konnten³¹.

Ein guter Anlass dafür bot sich immer im Januar, wenn der große student-

29 Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt am Main 1982 (französisches Original: *La distinction. Critique sociale du jugement*, Paris 1979).

30 Vgl. hierzu allgemein Stitz (wie Anm. 8).

31 Bonner Corps (wie Anm. 19), S. 308 ff.

sche Fest-Kommers anstand, welche die VV einmal pro Jahr zu Ehren des Monarchen als sogenannten Kaiser-Kommers abhielt. 1892 hatte ein Redner im inoffiziellen Teil des Kaiser-Kommerses eine vorher nicht abgestimmte Rede auf Bismarck gehalten, die von den katholischen Vertretern mit Füßescharren, Zischen und Pfeifen quittiert worden war. Im Folgejahr beschloss die Mehrheit aus Corps und Burschenschaften offiziell, dass beim nächsten Kaiserkommers eine Rede auf Bismarck gehalten werden solle. Der damalige Rektor Theodor Sämisch, ein Augenheilkundler, setzte jedoch durch, dass der Beschluss wieder aufgehoben wurde. Daraufhin entwickelte die Burschenschaft Alemannia den Plan, ein studentischer Vertreter solle am Ende des Kommerses eine scheinbar improvisierte Vaterlandsrede halten. Der Redner sollte Bismarcks Namen nicht explizit nennen, aber so formulieren, dass jeder wusste, wer gemeint war. Als dies dem Studentenvertreter (stud. phil. Ziehen) durch ausgiebige Verwendung bekannter Bismarck-Zitate gelungen war, verließen die katholischen Verbindungen protestierend den Festsaal³².

Zum Eklat kam es 1894. Die katholischen Korporationen gaben im Vorfeld der Vorbereitungen die Erklärung ab, dass »ihre Verehrung dem Kaiser gegenüber sowie ihre religiösen Gefühle« ihnen den Besuch eines Kaiserkommerses verböten, auf dem eine Bismarck-Rede gehalten werde³³. Trotzdem – oder vielleicht auch gerade deswegen – beschloss die VV gegen die Stimmen der katholischen Verbindungen die Bismarck-Rede. Der neue Rektor, der erwähnte Theologe Kamphausen, erhob keine Einwände. Daraufhin traten die katholischen Korporationen aus der VV aus und erlangten vom Rektor die Erlaubnis, einen eigenen Kaiser-Kommers ohne Bismarck-Rede abzuhalten. Diese Ereignisse bildeten die Vorgeschichte zur »Causa Kamphausen« und der eingangsgeschilderten Debatte im Preußischen Abgeordnetenhaus.

In den folgenden Monaten und Jahren spitzte sich der Streit weiter zu – gerade auch zwischen den katholischen Verbindungen und den Burschenschaftern der Alemannia, die viele Katholiken als Drahtzieher hinter den Aktionen vermuteten. Noch im Sommer 1894 drängten sich katholische Vertreter im Festwuchs in den Beerdigungszug für den Professor an der Landwirtschaftlichen Akademie in Poppelsdorf, Emil Dreisch, obwohl ihnen die VV, aus der sie ja ausgeschieden waren, die Teilnahme verweigert hatte. Auf Beschwerde der VV erteilte daraufhin der Akademische Senat den sechs katholischen Verbindungen, die sich an dem Leichenzug beteiligt hatten, einen Verweis wegen »ihres ungehörigen, die Ordnung des akademischen Lebens störenden und gefährdenden Benehmens.« Im

32 Vgl. Hansea (wie Anm. 21), S. 129; Oppermann II (wie Anm. 9), S. 9–10.

33 Oppermann II (wie Anm. 9), S. 14.

Wiederholungsfall drohte man mit ihrer Auflösung³⁴. Im Gegenzug riefen die katholischen Verbindungen die Bürger Bonns auf, beim bevorstehenden Stiftungsfest der Alemannia nicht zu flaggen³⁵. Die Anlässe für Zusammenstöße wiederholten sich in der Folgezeit. Im Sommersemester 1896 verweigerte die VV den katholischen Verbindungen wieder die Beteiligung an einem Begräbniszug, diesmal für Carl Maria Finkelnburg, Professor für Psychiatrie und Hygiene. Um unwürdige Raufereien am Rande der Bestattung zu verhindern, untersagte das Rektorat schließlich der gesamten Studentenschaft, also auch den in der VV vertretenen schlagenden Verbindungen, die Teilnahme – woraufhin diese eine förmliche Beschwerde über den Rektor an den Kurator der Universität richteten.

Den traurigen Höhepunkt markierte eine Schlägerei an der Beueler Fähre im November 1896, deren Entstehungsgeschichte, wie bei derartigen Gelegenheiten üblich, im Nachhinein nicht mehr genau zu rekonstruieren war. Fest steht, dass drei Alemannen – unter ihnen der spätere Duisburger Oberbürgermeister, DVP-Politiker, Innenminister, Vizekanzler und Reichspräsidentenkandidat Karl Jarres – nach einer Wanderung auf den Drachenfels auf der Beueler Fähre mit einer größeren Gruppe katholischer Studenten der Verbindung Alsatia von der Poppelsdorfer Landwirtschaftlichen Akademie aneinandergerieten. Man scheint sich schon auf der Beueler Seite und bei der Überfahrt geschubst und beschimpft zu haben. Auf der Bonner Seite angekommen rief irgendwer: »Feigling«, was Jarres offenbar mit einer Ohrfeige beantwortete. Am Ende lag er mit einer lebensbedrohlichen Kopfverletzung am Boden. Die Alemannen erstatteten Anzeige beim Rektor und bei der Staatsanwaltschaft. Die Polizei beschlagnahmte eine ganze Reihe schwerer Spazierstöcke, sogenannte Hirschhornkrücken, als potenzielle Tatwaffen und verhaftete fünf Alsatien. Acht Studenten wurden angeklagt und sechs verurteilt: zwei zu vier Monaten Gefängnis, zwei zu zwei Monaten und zwei zu Geldstrafen³⁶. Ihre Korporation hatten die Universitätsbehörden schon unmittelbar nach der Schlägerei aufgelöst; sie rekonstituierte sich allerdings kurz darauf unter ihrem heutigen Namen Ascania.

Neben derartigen Raufhändeln und der Teilnahme an akademischen Feiern und Begräbniszügen blieb insbesondere der Bismarck-Kult ein Stein des Anstoßes zwischen schlagenden und katholischen Verbindungen. Im April 1895 gab es Streit, weil sich die katholischen Korporationen nicht der Huldigungsfahrt der Studentenschaft nach Friedrichsruh zu Bismarcks 80. Geburtstag anschlossen³⁷. An der großen studentischen Trauerfeier in der Beethovenhalle im

34 Zit. nach Kölnische Zeitung Nr. 675 vom 18. 8. 1894; vgl. auch Oppermann II (wie Anm. 9), S. 15.

35 Hansea (wie Anm. 21), S. 129; Oppermann II (wie Anm. 9), S. 23 f.

36 Vgl. Oppermann II (wie Anm. 9), S. 68.

37 Saxonia (wie Anm. 9), S. 196.



Abbildung 2: Titelbild der Zeitschrift »Jugend«, in: Archiv der Burschenschaft Alemannia, Bonn

Wintersemester 1898/1899 nach dem Tod des alten Reichskanzlers nahmen die katholischen Verbindungen ebenfalls nicht teil³⁸.

Trotzdem zeichnete sich schon vor der Jahrhundertwende eine gewisse Entspannung im Verhältnis katholischer Akademiker zum Eisernen Kanzler ab. So konstatierte beispielsweise ein Artikel in den *Akademischen Monatsblättern*, dem Organ der katholischen Studentenvereine Deutschlands, dass »die Würdigung, die der Fürst in weiten katholischen Kreisen erfährt, seinen Leistungen nicht gerecht« werde und dass Vorurteile gegen ihn bestünden, die nicht haltbar seien. Der Text schloss mit dem Ausruf: »Auch uns Katholiken gehört B[ismarck], auch wir können, wir müssen uns freuen des herrlichen Recken, des

38 Wie Anm. 9.

Einigers Deutschlands³⁹.« Im Januar 1900 erklärten sich die katholischen Verbindungen erstmals bereit, dass sie »einer Rede auf den Fürsten Bismarck bei einer festlichen Gelegenheit nicht widerstreben« würden⁴⁰. Nachdem der Akademische Kulturkampf auch an anderen Hochschulen beendet worden war, erklärten die katholischen Verbindungen 1908, dass »ihre vaterländische Gesinnung durch keinerlei ultramontane Tendenzen beeinträchtigt sei«. In demselben Jahr beteiligten sie sich in Bonn erstmals an einem Bismarck-Fackelzug und gaben damit ihren Widerstand gegen die Bismarck-Verehrung öffentlich auf⁴¹.

Parallel dazu gelangte man auch zu einer Einigung über die institutionelle Vertretung der Bonner Studentenschaft, die seit 1894 in zwei Vertreterversammlungen – eine nichtkonfessionelle und eine katholische – gespalten war, zu der nach der Jahrhundertwende noch die Finkenschaft als dritte Vertretung hinzustieß. Seit den 1890er Jahren war das Rektorat mehrfach mit seinen Vermittlungsversuchen gescheitert, schlagende Verbindungen, katholische Korporationen und die Freistudentenschaft in einem Gremium zu vereinigen. Noch 1907 scheiterte ein Kompromiss an der Weigerung der katholischen Verbindungen, in einer Erklärung zu versichern, dass ihnen politische Bestrebungen fernlägen⁴². Erst 1911 gelang die Verständigung, weil die Finkenschaft damals durch verschiedene Abspaltungen und interne Querelen geschwächt war und die katholischen Korporationen sich den schlagenden Verbindungen weiter vorsichtig angenähert hatten. Dabei mag es hilfreich gewesen sein, dass damals mit Philipp Zorn ein ausgewiesener Staats- und Völkerrechtler als Rektor amtierte, der als Experte für Schiedsgerichtsbarkeit 1899 und 1907 Mitglied der deutschen Delegationen bei den Haager Friedenskonferenzen gewesen war.

Der Streit um das Bismarck-Erbe

Die Konzentration auf den Akademischen Kulturkampf droht zu überdecken, dass die eigentliche Auseinandersetzung um den Bismarck-Kult gar nicht so sehr zwischen katholischen und nicht-katholischen Studenten ausgetragen wurde, sondern zwischen Burschenschaften und Corps, also innerhalb des konservativen Lagers der Studentenschaft, stattfand. So fiel beispielsweise der Protest der nichtkatholischen Parlamentarier im Preußischen Abgeordnetenhaus gegen die Unterstellung, ein Trinkspruch auf Bismarck könne eine Spitze gegen den Kaiser darstellen, etwas zu heftig aus, um glaubwürdig zu sein. Und

39 Dr. Schwering (Berlin), Zur Würdigung Bismarcks, in: Akademische Monatsblätter, 10. Jg., Nr. 11, vom 25.8.1898, S. 372–377 (Zitate S. 372 und 377).

40 Saxonia (wie Anm. 9), S. 205.

41 Hansea (wie Anm. 21), S. 147.

42 Stitz (wie Anm. 8), S. 116.

angesichts der Bestrebungen des Rektors Sämisch, beim Kaiser-Kommers 1893 einen Toast auf Bismarck zu verhindern, munkelten nicht wenige Burschenschafter, die Universitätsleitung sei hierzu aus Kreisen der Bonner Corps gedrängt worden⁴³.

Derartige Vermutungen waren nicht ganz unberechtigt. Tatsächlich hatten sich die Bonner Corps, die am Prinzip politischer Neutralität festhielten, zugleich aber hochkonservativ dachten und der Hohenzollernmonarchie eng verbunden waren, nach dem Abgang Bismarcks bei Huldigungsadressen und Pilgerfahrten nach Friedrichsruh anfangs auffällig zurückgehalten. Die Burschenschaften hingegen, deren »vaterländisches Empfinden niemals dynastisch gewesen war«, wie der Chronist der Alemannia im Rückblick stolz schrieb, setzten sich alsbald an die Spitze der Bismarck-Verehrung. Sie schickten im Gegensatz zu den Corpsstudenten bereits im April 1890 eine Delegation mit besten Glückwünschen zum 75. Geburtstag des Altkanzlers in den Sachsenwald⁴⁴. Bei der Vorbereitung für den großen Huldigungszug deutscher Studenten zum 80. Geburtstag 1895 war die Bonner Alemannia die treibende Kraft⁴⁵. Auch die reichsweite Initiative nach Bismarcks Tod 1898, für den Eisernen Kanzler überall Monumental-Denkmal der deutschen Studentenschaft zu errichten und alljährlich Gedächtnisfeiern für ihn abzuhalten, ging von Mitgliedern der Bonner Alemannia aus⁴⁶.

Die Corps hingegen befanden sich in einem Zwiespalt. Auf der einen Seite war Bismarck ein alter Corpsstudent (der Göttinger Hannovera), der seine beiden Söhne Herbert und Wilhelm zum Studium nach Bonn und in das dortige Corps Borussia geschickt hatte. Auf der anderen Seite war er 1890 im Konflikt mit dem jungen Kaiser aus dem Reichskanzleramt geschieden und hatte seither kaum eine Gelegenheit ausgelassen, sich von seinem Alterssitz im Sachsenwald bei Hamburg aus als Symbolfigur einer nationalen Opposition darzustellen⁴⁷. Der Altkanzler inszenierte sich damit als Widerpart eines Monarchen, der gerade die Bonner Corps, speziell natürlich die Borussia, mit Zeichen seiner Huld reichlich

43 Oppermann II (wie Anm. 9), S. 9.

44 Ebd., S. 2.

45 Vgl. hierzu Ausschuß der deutschen Studentenschaft (Hg.), Die Huldigungsfahrt der deutschen Studenten zum Fürsten Bismarck am 1. April 1895, Berlin 1895.

46 Bonner Corps (wie Anm. 19), S. 314; vgl. auch Oppermann II (wie Anm. 9), hier S. 38–68.

47 Vgl. Manfred Hank, Kanzler ohne Amt. Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 1890–1898, München 1977; außerdem Lothar Machtan (Hg.), Bismarck und der deutsche National-Mythos, Bremen 1994; Richard E. Frankel, Bismarck's Shadow. The Cult of Leadership and the Transformation of the German Right, 1898–1945, Oxford/New York 2005; Robert Gerwarth, The Bismarck Myth. Weimar Germany and the Legacy of the Iron Chancellor, Oxford 2005.

bedachte und immer wieder besuchte, in den zwanzig Jahren zwischen 1891 und 1911 insgesamt sieben Mal⁴⁸.

Innerhalb der Bonner Studentenschaft sorgten diese Besuche nicht immer nur für Begeisterung, gerade weil der Kaiser sich bei diesen Gelegenheiten meist stärker an der Borussia als an der Universität interessiert zeigte, weil er wiederholt ausdrücklich als Alter Herr der Borussia auftrat und weniger als Alumnus seiner Alma Mater. So wohnte er beispielsweise bei seinem Besuch im Mai 1891 zwar einem Fackelzug der gesamten Studentenschaft bei, nahm aber nicht an deren allgemeinem Kommers teil, sondern am Kommers der Bonner Corpsstudenten am folgenden Abend, bei dem er »Band, Stürmer und Kneipjacke der Borussia« trug⁴⁹.

Diese speziellen Gunstbeweise sorgten unter anderen Verbindungen – gerade auch unter den Burschenschaften – für Unmut und nährten den Vorwurf der »Konnektionswirtschaft« und des »Byzantinismus«, wie man damals sagte⁵⁰. Die Chronik der Alemannia etwa notierte missbilligend die »Neigung des Kaisers, seine Berater, namentlich in der äußeren Politik, fast ausschließlich aus den Alten Herren bestimmter Korps zu wählen« und fügt hinzu, dadurch sei unter den Studenten eine Stimmung der Kritik an der kaiserlichen Politik entstanden, »die bald darauf in machtvoller Kundgebung für den geächteten Reichskanzler hervortreten sollte⁵¹«.

Tatsächlich waren verschiedene Bemerkungen, die Bismarck bei seinen Ansprachen vor Studenten machte, unverkennbar als Spitzen gegen den Monarchen gemeint und wurden auch als solche verstanden. Als beispielsweise im August 1891 in Kissingen 65 Chargierte und 200 andere Studenten Bismarck einen kostbaren Pokal überreichten, bemerkte der Altkanzler, er gehöre ja zu der Generation Wilhelms I., »der kämpfenden, erwerbenden, erbauenden, die im Abscheiden begriffen« sei, was das zeitgenössische Publikum durchaus zu Recht als Distanzierung vom gegenwärtigen Kaiser auffasste, der – implizit – eben nicht kämpfte, erwarb und erbaute, sondern bloß verwaltete, es sich gut gehen und die Dinge treiben ließ⁵².

Bei einem anderen studentischen Huldigungsbesuch, in Jena im Juni 1892, bemerkte Bismarck, er selbst habe 1832 die Universität Göttingen bezogen »mit mehr burschenschaftlichen als landsmannschaftlichen Empfindungen« und nur äußere Umstände hätten ihn davor bewahrt, »in die späteren Gefahren der burschenschaftlichen Tätigkeit verflochten zu werden«. Obwohl Bismarck sich

48 Als Kaiser besuchte Wilhelm II. Bonn in den Jahren 1891, 1897, 1901, 1902, 1906, 1911 und 1913; vgl. Höroldt/van Rey (wie Anm. 2), Zeittafel, S. 491–510.

49 Saxonia (wie Anm. 9), S. 179; Oppermann II (wie Anm. 9), S. 7.

50 Saxonia (wie Anm. 9), S. 180, 182.

51 Oppermann II (wie Anm. 9), S. 7–8.

52 Zit. nach Bonner Corps (wie Anm. 19), S. 308.

als alter Konservativer auf diese Weise von den oppositionellen Tendenzen der Urburschenschaft distanzierte, beinhalteten seine Worte gerade in Jena am Geburtsort der burschenschaftlichen Bewegung zugleich auch einen deutlichen Sympathiebeweis und ein Bekenntnis zu deren Zielen, die anders als die alten Landsmannschaften und später die Corps von Anfang an eine nationale, gesamtdeutsche Ausrichtung verfolgt hatten. Er wünsche der Burschenschaft ein fröhliches Gedeihen, schloss der alte Kanzler, sie habe eine Vorahnung gehabt, doch zu früh. »Schließlich haben Sie doch Recht bekommen. Prosit, meine Herren⁵³!«

Je euphorischer die Bismarckbegeisterung unter den deutschen Studenten wurde und je größer die Huldigungszüge nach Friedrichsruh, Kissingen, Varzin und andere Wallfahrtsorte des beginnenden Bismarck-Kultes, desto eindringlicher stellte sich für die Corps die Frage, wie sie sich verhalten sollten. Die öffentliche Aussöhnung des Kaisers mit dem Altkanzler im Herbst 1893 erleichterte es ihnen schließlich, auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Dass dies nicht ohne Hintergedanken geschah, verdeutlicht ein Bericht des Bonner Corpsstudenten Max Halm, der schon 1891 mit nach Kissingen gereist war, um die »hämischen Verdächtigungen und den Vorwurf des Byzanthinertums zum Schweigen zu bringen, die seit dem kurz voraufgegangenen Besuch des Kaisers in Bonn verschiedentlich aufgetaucht waren⁵⁴.«

Den folgenden Wirbelwind studentischer Aktivitäten, der sich nach Bismarcks Tod 1898 noch einmal intensivierte, kann man durchaus als geschichtspolitischen Kampf um das Erbe des Altkanzlers interpretieren. Sowohl Corps als auch Burschenschaften waren bestrebt, den Reichsgründer für sich zu reklamieren und ihren jeweiligen Zielen und Anschauungen anzupassen. Die Burschenschafter verwiesen neben der bereits zitierten Rede in Jena besonders gern auf Bismarcks Bemerkung von 1890, er sei in demselben Jahr geboren wie die deutsche Burschenschaft, nämlich 1815, und teile mit ihr auch das große Ziel der »Einigkeit des deutschen Vaterlandes⁵⁵.« Die Corps konterten mit einem Zitat aus Bismarcks »Gedanken und Erinnerungen«, wo es heißt, bei näherer Bekanntschaft mit ihren Mitgliedern seien seine Sympathien für die Burschenschaft rasch erkaltet, weil ihm »ihre Weigerung Satisfaction zu geben und ihr Mangel an äußerlicher Erziehung und an Formen der guten Gesellschaft« missfielen, außerdem »die Extravaganz ihrer politischen Auffassungen, die auf

53 Oppermann II (wie Anm. 9), S. 5.

54 Zit. nach Saxonica (wie Anm. 9), S. 182.

55 v. P., Bismarcks Stellung zur Burschenschaft, in: Burschenschaftliche Blätter Nr. 11 vom 1. September 1899.

einem Mangel an Bildung und an Kenntniß der vorhandenen, historisch gewachsenen Lebensverhältnisse beruhte⁵⁶«.

In Stein gemeißelt und in Bronze gegossen, zeigen sich die unterschiedlichen Bismarckbilder der Corps und der Burschenschaften in Form der verschiedenen Denkmäler, die sie errichtet haben. Typisch für die Sichtweise der Corpsstudenten ist dabei das Jung-Bismarck-Denkmal auf der Rudelsburg über der Saale. 1895/96 aus Anlass von Bismarcks 80. Geburtstages vom Verband Alter Corpsstudenten (VAC) gestiftet, stellt es den ersten Reichskanzler als jungen Mann dar: lässig sitzend, mit dem Couleurband um die Brust und einem studentischen Korbschläger in der Hand, also den Insignien des Corpsstudenten, ergeben zu ihm aufblickend sein Hund aus Studentenzeiten, eine deutsche Dogge namens »Ariel«. Ganz offenkundig wollten die Corpsstudenten Bismarck damit als einen der Ihren kennzeichnen und sein Erbe für sich beanspruchen⁵⁷.

Das Konzept, Bismarck als jungen Mann in lockerer Haltung darzustellen, löste unter den Zeitgenossen zum Teil heftigen Widerspruch aus, weil Kritiker meinten, es werde weder ihm als dynamischem Mann der Tat noch der Monumentalität seiner Leistung gerecht. Auf letzteres setzten die Bismarck-Säulen, zu deren Bau die Deutsche Studentenschaft auf Anregung einiger Bonner Studenten im Dezember 1898, also wenige Monate nach Bismarcks Tod, aufrief. Treibende Kraft war wiederum die Burschenschaft Alemannia. In dem Aufruf hieß es: »Wie vor Zeiten die alten Sachsen und Normannen über den Leibern ihrer gefallenen Recken schmucklose Felsensäulen auftürmten, deren Spitzen Feuerfanale trugen, so wollen wir unserm Bismarck zu Ehren auf allen Höhen unserer Heimat, von wo der Blick über die herrlichen deutschen Lande schweift, gewaltige granitene Feuerträger errichten. Überall soll, ein Sinnbild der Einheit Deutschlands, das gleich Zeichen erstehen, in ragender Größe, aber einfach und prunklos, auf massivem Unterbau eine schlichte Säule, nur mit Wappen und Wahlspruch des Eisernen Kanzlers geschmückt. Keinen Namen soll der gewaltige Stein tragen, aber jedes Kind wird ihn dem Fremden deuten können: Eine Bismarcksäule⁵⁸.«

Der Gegenentwurf zum Bismarckbild der Corpsstudenten wird mehr als deutlich: Der Eiserne Kanzler wurde als Ikone der nationalen Idee aus jedem zeitlichen, sozialen und lokalen Kontext herausgelöst, aller persönlichen Accessoires – wie dem Korbschläger oder der Dogge – entkleidet und ganz auf die

56 Zit. nach Wilhelm Fabricius, Bismarcks Stellung zur Burschenschaft, in: Akademische Monatshefte. Organ der deutschen Corpsstudenten, Bd. 16 (1899/1900), S. 234–238 (Zitat S. 235).

57 Das Denkmal wurde 1951/52 in der DDR durch die FDJ zerstört, ein Nachguss wurde – an Bismarcks Geburtstag – am 1. April 2006 eingeweiht.

58 Zit. nach Günter Kloss/Sieglinde Seele: Bismarck-Türme und Bismarck-Säulen. Eine Bestandsaufnahme, Petersberg 1997, S. 23–24.



Abbildung 3: Jung-Bismarck-Denkmal auf der Rudelsburg, 1895/96

vaterländisch-patriotische Dimension hin ausgerichtet: »ein Sinnbild der Einheit Deutschlands«. Auffällig sind die archaisierenden, völkischen Elemente, der Verweis auf die Normannen und Sachsen, das Feuersymbol, aber auch die Betonung des Prunklosen, womit Bismarck noch einmal deutlich aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, nämlich dem preußischen Adel, herausgelöst und ganz der Nation zugeordnet wurde. Auch in Bonn wurde in der Rheinaue südlich der Stadt ein derartiger Bismarckturm errichtet. Der Entwurf stammte vom Architekten Wilhelm Kreis, einem Bekannten des Bonner Altmann Alexander Pflüger, der im ganzen Reich verschiedene Bismarcktürme der Modellreihe »Götterdämmerung« errichtete. Der Grundstein wurde am 21. Juni 1900 gelegt, die Einweihung fand anlässlich der Feierlichkeiten zum 200jährigen Bestehen des Königreichs Preußen am 18. Januar 1901 statt⁵⁹.

⁵⁹ Oppermann II (wie Anm. 9), S. 64.

Resümee

Die Auseinandersetzungen um Kaiser-Kommers und Bismarck-Kult bestätigen die eingangs formulierte These, dass eine Beschäftigung mit Bonner Studierenden zwischen 1871 und 1914 Rückschlüsse auf allgemeinere gesellschaftliche, politische und kulturelle Entwicklungen der Zeit ermöglicht. Die institutionelle Ausdifferenzierung der Bonner Studentenverbindungen lässt sich in ähnlicher Weise nicht nur an anderen Universitäten beobachten, sondern auch auf anderen gesellschaftlichen Ebenen: bei Vereinen, Verbänden, Parteien. Sie war ein Kennzeichen der dramatischen Modernisierungstendenzen der Zeit. Der Akademische Kulturkampf war zum einen ein Echo der Auseinandersetzung zwischen Staat und katholischer Kirche während der 1870er Jahre und verdeutlichte, wie angespannt das Verhältnis zwischen den Konfessionen, aber auch zwischen Liberalen und Katholiken bisweilen immer noch war. Zum anderen zeigte die vergleichsweise friedliche Beilegung des Konflikts, dass sich die Auswirkungen des Kulturkampfes gegenüber der alltäglichen Erfahrung eines wirtschaftlich prosperierenden, innenpolitisch scheinbar stabilen und auch außenpolitisch erstarkenden Reiches allmählich spürbar abschwächten. Horst Gründer hat dies den Prozess der katholischen »Integration in den nationalen Industriestaat« genannt⁶⁰.

Virulenter blieben die Spannungen zwischen den traditionellen Hochkonservativen und einer erstarkenden neuen nationalen Rechten, die sich auch im Streit der Bonner Corps und Burschenschaften um das Bismarck-Erbe widerspiegelt. Nimmt man den Ausgang dieser speziellen geschichtspolitischen Kontroverse als Indiz, dann gehörte die Zukunft schon damals dem von der Alemannia vertretenen nationalen, völkisch grundierten Bismarck-Kult. Denn das Jung-Bismarck-Denkmal auf der Rudelsburg blieb das einzige seiner Art, während die von den Bonner Studenten initiierte Bismarck-Säulen-Bewegung einen Erfolg nach dem anderen feierte. Als der Turm in den Rheinauen 1901 eingeweiht wurde war er nicht einmal drei Jahre nach Beginn der Initiative bereits der fünfte im »Götterdämmerungs«-Stil von Wilhelm Kreis. Insgesamt wurden mehrere hundert Bismarck-Türme und -Säulen geplant, die Mehrzahl von ihnen auch verwirklicht. 173 sind heute noch auf dem Gebiet der Bundesrepublik erhalten⁶¹.

60 Horst Gründer, Nation und Katholizismus im Kaiserreich, in: Albert Langer (Hg.), Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, Paderborn 1985, S. 65–87, hier S. 68–74.

61 Vgl. Sieglinde Seele, Lexikon der Bismarck-Denkmalen. Türme, Standbilder, Büsten, Gedenksteine und andere Ehrungen. Eine Bestandsaufnahme in Wort und Bild, Petersberg 2005; siehe auch www.bismarcktuerme.de.

Studieren in der NS-Zeit

In Bonn war es Anfang der dreißiger Jahre nicht wie in vielen anderen Universitätsstädten. Während der Weimarer Jahre hatte sich Bonn als rheinisch-katholisch-liberal geprägt gezeigt, die republikfeindlich-nationalistische Gesinnung konnte zunächst keine Vorherrschaft erringen. Auch die Studentenschaft erwies sich hier als außergewöhnlich resistent. Während bei den Wahlen zur Allgemeinen Studentischen Arbeitsgemeinschaft (ASTAG) an anderen Universitäten der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) oft weit mehr als fünfzig Prozent der Stimmen erreichte, waren es in Bonn im Februar 1932 nur gut 26 % und ein Jahr später gar nur knapp 22 % der Stimmen, das schlechteste Ergebnis reichsweit¹. Unter Führung des Rings Katholischer Korporationen blieb de facto eine große »Koalition gegen den NSDSt bestehen«².

Symptomatisch ist die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Thomas Mann 1919, selbst wenn man in Mann damals noch nicht den uneingeschränkten Befürworter eines demokratischen Staates sehen will. Der Stolz der Bonner auf ihren Ehrendoktor aber wuchs, erst recht mit der Verleihung des Literaturnobelpreises 1929. Auf seiner Reise nach Stockholm zur Entgegennahme des Nobelpreises bereitete die Universität Thomas Mann einen triumphalen Empfang.

1 UA Bonn, Kuratorium, F 2, o.D., Sitzverteilung in der Allgemeinen studentischen Arbeitsgemeinschaft 1933 (1932): Nationalsozialisten 14 (19), Ring katholischer Korporationen 15 (18), Bonner Waffening 9 (11), Katholische Freistudentenschaft 9 (10), Nationaler Hochschulblock 3 (6), Katholische Theologen 3 (4), Republikanischer Block 3 (4), Evangelische Studentenschaft 4 (-), Konservative katholische Liste 2 (-), Deutsche Wehrstudenten 2 (-). Vgl. auch Anonymus, Die neue Bonner Studentenkommission. Ruhiger Verlauf der gestrigen Astag-Wahl. – Geringere Wahlbeteiligung. – Verluste der alten, Gewinne der neuen Listen, in: General-Anzeiger, 8. 2. 1933 (auch in: Willi-Ferdinand Becker/Franz Josef Stauf/Dorothee van Rey/Manfred van Rey, Die nationalsozialistische »Machtergreifung« in Bonn 1932/33. Eine Dokumentation aus Bonner Zeitungen, Bonn 1983). – Vgl. ausführlich Hans-Paul Höpfner, Die Universität Bonn im Dritten Reich. Akademische Biographien unter nationalsozialistischer Herrschaft, Bonn 1999, S. 111 ff. und zudem Heinrich Lützel, »Jut verwahren«, in: Als Hitler kam... 50 Jahre nach dem 30. Januar 1933. Erinnerungen prominenter Augenzeugen, Freiburg u. a. 1982, S. 101 – 109, S. 106.

2 Höpfner, Universität, S. 117.

Der 1905 geborene spätere Sprachkundler Paul Tack sprach als Vertreter der Studentenschaft voller Pathos und rühmte den »Aufforderungscharakter« von Thomas Manns Werk für jeden nach Bildung Strebenden³. Mann selbst notierte für die Neue Rundschau: »Die Feier in der Aula der Universität Bonn, deren philosophische Fakultät mich kurz nach dem Kriege zum Doktor h.c. promoviert hatte, bleibt mir unvergeßlich durch den jugendlichen Zudrang, der nach Aussage besorgter Professoren den Fußboden des alten Saales auf eine bedenkliche Belastungsprobe stellte«⁴.

Trotz der schlechten Wahlergebnisse der nationalsozialistischen Studenten und der bildungs- und demokratiefreundlichen Kundgebung noch drei Jahre vor dem Ende der Weimarer Republik setzten sich mit der einer totalitären Diktatur eigenen Gewalt neue Strukturen und neue Personen rasch durch. Der erste Studentenführer wurde Walter Schlevogt, eine so selbstherrlich und arrogant auftretende Person, dass nationalsozialistische Vordenker unter den Bonner Nationalsozialisten wie der Historiker Ernst Anrich dringend zu seiner Absetzung rieten. Noch 1933 machte er tatsächlich dem Landwirtschaftstudenten Karl Hermann Bockhorn Platz. Es folgte eine Reihe von Studentenführern, die Nichtnationalsozialisten viel Ärger bereiten, keineswegs aber die grundsätzliche Stellung der Studierenden an der Universität auf eine höhere Ebene heben konnten⁵.

Hinter der nationalsozialistischen studentischen Minderheit stand deren Gewissheit, auf der Seite der totalitären Macht zu sein. Am 2. August 1933 ließ die Universitätsleitung wissen, dass der Hitlergruß nicht mehr ausschließlich als parteiinterne Geste zu betrachten sei, sondern zum Deutschen Gruß geworden sei, dessen sich alle zu bedienen hätten, die »nicht in den Verdacht kommen« wollten, »sich bewusst ablehnend zu verhalten«⁶. Jeder Universitätsangehörige war spätestens jetzt gezwungen, sich zum Regime zu bekennen oder offen seine Vorbehalte erkennen zu lassen. Bestrebungen der Universitätsleitung, die Hochschule dem Anspruch des NS-Regimes zu entziehen, spielten seit dem Sommer 1933 keine Rolle mehr.

Am Tag des Boykotts von Juden am 1. April 1933 war eine solche Tendenz noch zum Ausdruck gebracht worden. Damals hatte sich der Rektor, der

3 Zit. n. Paul Egon Hübinger, Thomas Mann, die Universität Bonn und die Zeitgeschichte. Drei Kapitel deutscher Vergangenheit aus dem Leben des Dichters 1905–1955, München/Wien 1974, S. 300.

4 Zit. n. Hübinger, S. 381; vgl. Ralf Forsbach, »Gott helfe unserem verdüsterten und mißbrauchten Lande« – Thomas Mann und die Universität Bonn, in: Joachim Scholtyseck/Christoph Studt (Hg.), Universitäten und Studenten im Dritten Reich. Bejahung, Anpassung, Widerstand. XIX. Königswinterer Tagung vom 17.–19. Februar 2006, Berlin 2008 (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli), S. 41–52, S. 45.

5 Vgl. Höpfner, Universität, S. 119 ff.

6 UA Bonn, MF 79/70, i.V. gez. Klingelhöfer an Kurator Bonn, 2. 8. 1933.

Rechtshistoriker und Österreicher Adolf Zycha nach Störungen im Universitätsbetrieb an die Polizei gewandt⁷. Diese Störungen gingen auf einen Aufruf des Bundesführers des NSDStB, Oskar Stapel, zurück. Er hatte in einem Manifest geschrieben: »Ab 1. April 1933 stehen vor den Hörsälen und Seminaren der jüdischen Professoren und Dozenten Posten der Studentenschaft, die die Aufgabe haben, die deutschen Studenten vor dem Besuch solcher Vorlesungen und Seminare zu warnen, mit dem Hinweis, daß der betreffende Dozent als Jude von allen anständigen Deutschen berechtigt boykottiert wird.«⁸.

Zychas Folgerung aus den Ereignissen war mehr als zwiespältig. Er empfahl den jüdischen Professoren, einstweilen nicht an die Universität zu kommen. Wie die demokratisch gesinnten Studierenden standen auch solche Professoren rasch in der Defensive. Einige NS-nahe Professoren jubelten Hitler per Inserat im General-Anzeiger offen zu⁹.

Am 3. Mai aber wurde den NS-Studenten reichsweit von Erziehungsminister Bernhard Rust klargemacht, dass nicht sie das Sagen hätten. »Eine Umgestaltung der Lehrkörper« sei »die Aufgabe der Staatsregierung«. Auf der Studentenschaft liege »die Pflicht, vor Deutschland und der Welt durch Disziplin und Leistung den Ruf eines freien und hochstehenden deutschen Hochschulwesens wieder herzustellen und zu befestigen«. Rust schloss mit einem Appell: »Laßt Euch in der Erfüllung dieser großen und ehrenvollen Aufgabe nicht durch Entgleisungen einzelner Hochschullehrer beirren. [...] Ich werde den Störungsversuchen des Arbeitsfriedens an den preußischen Hochschulen auf beiden Seiten entgegenzutreten wissen«¹⁰.

Das Zurechtweisen des NS-Studentenbundes macht die nachrangige Stellung des NSDStB im NS-Parteisystem deutlich. Menschenverachtend blieben seine Maßnahmen dennoch. So genehmigte der neue Rektor, der Gerichtsmediziner und auf eine baldige Aufnahme in die NSDAP hoffende Friedrich Pietrusky, zur gleichen Zeit, als Minister Rust zur Mäßigung aufrief, einen Boykottaufruf der NS-Studenten. Er richtete sich gegen den evangelischen Theologen Fritz Lieb und den Lektor am Englischen Seminar, Karl Engeroff – beide waren Sozialdemokraten – sowie gegen den linksliberalen paneuropäisch gesinnten Historiker Fritz Kern und gegen den der KPD nahe stehenden Psychologen Kurt Gott-

7 UA Bonn, MF 79/70, Rektor Zycha an Dekan MF, 4. 4. 1933; vgl. Ralf Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im »Dritten Reich«, München 2006, S. 598.

8 Zit. n. Notker Hammerstein, Die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule, I, 1914 bis 1950, Neuwied/Frankfurt am Main 1989, S. 171.

9 Faksimile in Höpfner, Universität, hinter S. 302.

10 Zit. n. Thomas Jung, Fackeln, Fahnen und Erlasse. Die Bücherverbrennung im Spiegel der zeitgenössischen Tagespresse im Land Brandenburg, in: Margrid Bircken/Helmut Peitsch (Hg.), Brennende Bücher. Erinnerungen an den 10. Mai 1933, Potsdam 2003, S. 135–159, S. 141.

schald. Der von Schlevogt unterzeichnete Aushang schloss mit den an die »Bonner Studentenschaft« gerichteten Worten: »Wir ersuchen Euch, ihre Vorlesungen geschlossen zu meiden.«¹¹ Immerhin gab es Widerspruch. Der Rektor ließ am folgenden Tag den Boykottaufruf abhängen und die Philosophische Fakultät protestierte auf ihrer nächsten regulären Sitzung am 17. Mai einstimmig.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Mannen um Schlevogt längst die nächste Untat geplant und vollzogen. Am 8. Mai war die Bonner Studentenschaft zur öffentlichen Bücherverbrennung zwei Tage später aufgerufen worden. Wörtlich heißt es in dem Appell: »Die deutsche Studentenschaft hat den Kampf wider den undeutschen Geist aufgenommen und ruft Euch alle, Bonner Bürger und Studenten auf Reihet Euch ein in diese Front, auf das der Sieg unser ist. Wir kämpfen um die Reinheit unserer Kultur. Das deutsche Schrifttum der Nachkriegszeit ist verpestet durch eine Unmasse von fremdgeistigen, zersetzenden und entsittlichenden Schriften. Schmutz und Schund wurden aus niederem Geschäftsgeist heraus in die Lektüre des deutschen Volkes getragen, wurde der Jugend vorge-setzt und treiben entsetzliche Wucherungen an der deutschen Volksseele. Wir haben es heute in der Hand, mit sicherem Griff über diese Krankheit Herr zu werden, wenn jeder von uns seine Pflicht erfüllt. Heraus aus Euren Bibliotheken mit den zersetzenden jüdischen Büchern und dem Schund, der den Büchermarkt überschwemmt hat«¹²!

Einige Tausend Menschen folgten am späten Abend des 10. Mai den Reden Schlevogts, des Germanisten Hans Naumann und des Kunsthistorikers Eugen Lüthgen. Um Mitternacht kam es zur Bücherverbrennung.

Den Nationalsozialisten missliebige Studierende erfuhren bis hin zum Verweis seitens der Universität Benachteiligungen. In den ersten beiden Jahren des NS-Regimes wurden 29 Studenten relegiert, weil sie als Kommunisten galten. Andere links orientierte Studenten haben ihr Studium abbrechen müssen, weil ihnen Stipendien und anderweitige Unterstützung entzogen wurden. Einen formalen Ausschluss von jüdischen Studierenden hat es nicht gegeben, da die vom »Gesetz gegen die Überfüllung der deutschen Schulen und Hochschulen« festgelegte Grenze in Bonn nicht erreicht wurde. Die Zahl der jüdischen Studierenden sank dennoch drastisch. 1930 gab es in Bonn 191 jüdische Studierende. Dies entsprach 3 Prozent der Studierenden. 1933 dürften es noch 150 gewesen sein, 1935 weist die Statistik nur noch 33 sogenannte »nichtarische« Studierende auf¹³.

Trotz Angst und Schikanen legten noch bis 1938 Juden Examina ab. Bekannt

11 Zit. n. Höpfner, Universität, S. 123.

12 Zit. n. Höpfner, Universität, S. 125 f.

13 Vgl. Höpfner, Universität, S. 129.

ist darüber hinaus, dass im Sommer 1944 an der gesamten Universität noch ein weiblicher »Mischling II. Grades« studierte. Für »Mischlinge I. Grades« meldete die Bonner Universität Fehlanzeige¹⁴.

Bis 1938 waren Promotionen von als »Nichtariern« klassifizierten Studierenden möglich. Anhand der Promotionsalben konnten 39 derartige Fälle in der Medizinischen Fakultät ermittelt werden, 22 bei den Medizinern, 15 bei den Zahnmedizinern. Die Betroffenen erhielten das »Doktordiplom« erst, wenn sie auf ihre Approbation verzichteten oder die deutsche Staatsangehörigkeit aufgaben und mindestens ein Jahr im Ausland lebten. Wer eine Erlaubnis »zur ärztlichen Behandlung von Juden« erhielt, durfte den Dokortitel nicht tragen¹⁵. Auch durften keine Erkenntnisse über politisch unliebsame Aktivitäten vorliegen. Über jeden Einzelfall entschied das Berliner Erziehungsministerium. Die Universität hatte einen standardisierten Antrag einzureichen, in dem gemeinhin nur die Namen und Daten verändert wurden¹⁶.

Alte Parteigenossen erfuhren als Studierende hingegen eine Bevorzugung. Rektor Pietrusky erstellte im März 1934 eine Liste mit den Namen von Studierenden auf, die schon vor 1932 der NSDAP angehört hatten. Auf diese seien »im Examen entsprechende Rücksichten« zu nehmen: »Wenn diese Studierenden wissenschaftlich auch nicht alle Erwartungen erfüllen sollten, so haben sie doch durch ihren Kampf für die Bewegung gezeigt, dass sie andere Eigenschaften besitzen, die für ihren späteren Beruf wertvoll sind«¹⁷.

In der Tat war der zeitliche Aufwand der Parteigenossen, den sie für NSDAP, ihre Gliederungen und Verbände aufbringen mussten, enorm, wenn es auch Zeiten der Entlastung gab, etwa Mitte 1934 nach der Entmachtung der SA und der Auflösung der SA-Hochschulämter. Im Vorfeld des Kriegs empörten Verpflichtungen auch von Nichtparteiigenossen zu Erntehilfe- und Fabrikeinsätzen sowie Lehrveranstaltungen wie die Luftschutzpflichtvorlesung einige Studierende so sehr, dass es zu Störungen der Veranstaltungen und zum Abreißen und Kommentieren von Propagandaplakaten kam. Am 15. Juni 1939 wurden in diesem Zusammenhang von der Gestapo elf Studenten verhaftet¹⁸. Während des Krieges wurden der NSDAP angehörende Studierende, wenn nicht zur Wehrmacht eingezogen, in besonderem Maße zu kriegswichtigen Einsätzen verpflichtet. Die Klagen der Professoren, die ihrerseits ebenfalls für außerunivers-

14 Vgl. Forsbach, Fakultät, S. 402.

15 UA Bonn, Rektorat, A 21, Dekan Siebke an REM, 15. 11. 1938.

16 Vgl. Forsbach, Fakultät, S. 421 ff.

17 Zit. n. Höpfner, Universität, S. 130.

18 Vgl. Michael Grüttner, Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995, S. 344 ff., Helmut Heiber, Universität unterm Hakenkreuz, Teil II, Die Kapitulation der Hohen Schule. Das Jahr 1933 und seine Themen, 2, München 1994, S. 639 ff., Höpfner, Universität, S. 140.

sitäre Aufgaben beansprucht wurden, sind Legion. Die vorübergehend statt der Semester eingeführten Trimester ließen das Leistungsniveau weiter sinken¹⁹.

Zugleich sanken die Studierendenzahlen dramatisch. Waren 1933 noch 5455 Studierende in Bonn immatrikuliert, wurde im Winter 1936/37 die 3000er-Grenze unterschritten. Im Krieg lag die Studierendenzahl zwischen 1300 und 1900. Dabei war die Medizinische Fakultät die mit Abstand größte. Ihr Anteil stieg von unter 30 Prozent 1933 auf über 50 Prozent 1941. Der Frauenanteil fiel bis zum Krieg von etwa 20 auf 10 Prozent, bevor er 1944 mit 50 Prozent einen Rekordwert erreichte²⁰.

Studentenverbindungen und Burschenschaften

Die Haltung der in Verbindungen organisierten Studierenden zum Nationalsozialismus war unterschiedlich. Die katholischen Verbindungen von CV und KV hoben ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf, so dass nicht wenige ihrer Mitglieder nun NS-Organisationen beitraten. Dennoch blieben die katholischen Verbände kritisch. Ähnliches gilt für manche Burschenschaft. Die Alemania Bonn und die Frankonia Bonn wurden aus der Deutschen Burschenschaft ausgeschlossen, weil sie das Lebensbundprinzip über den Rassismus der Nationalsozialisten nicht teilten. Sie schlossen niemanden aus, weil er den Nationalsozialisten als Jude galt²¹.

Nach Fronleichnam 1934 ging die Bonner HJ und der NS-Studentenbund in die Offensive. Die Fronleichnamprozession war zu einer Demonstration der katholischen Studierenden geworden. Deshalb verbot Schlevogts Nachfolger Karl Hermann Bockhorn als NS-Studentenführer den katholischen Korporationen für 14 Tage, ihre Farben zu tragen. Doch auch die Burschenschaften waren von verschärfter Hetze betroffen. Die HJ verbrannte öffentlich eine Puppe mit den Farben des Corps Borussia und ein Monokel als Zeichen vermeintlich überkommenen Gelehrtentums. Die HJ verteilte gegen die Korporationen gerichtete Flugblätter und verwickelte Couleurstudenten immer wieder in Scharmützel, beispielsweise indem sie ihnen die Mütze vom Kopf schlug²².

19 Vgl. Forsbach, Fakultät, S. 461.

20 Vgl. Hartmut Titze, Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte. I. Hochschulen. 2. Teil. Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830–1945, unter Mitarbeit von Hans-Georg Herlitz, Volker Müller-Benedict, Axel Nath, Göttingen 1995, S. 103; Christian George, Studieren in Ruinen. Die Studenten der Universität in der Nachkriegszeit (1945–1955), Bonn 2010 (= Bonner Schriften zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Göttingen 2010, S. 367.

21 So Michael Holz in seinem Bonner Vortrag vom 30.05.2011.

22 Zu den Auseinandersetzungen siehe unter anderem: Anonymus, Klagelied eines Bonner Korps: Die Bevölkerung hat kein Verständnis für unsere »harmlosen Streiche«. Die »Sorgen«

Am 11. Juni 1934 eskalierte eine Veranstaltung, die unter Beteiligung der von den im »Bonner Waffenring« zusammengefassten Burschenschaften und Studentenverbindungen sowie der HJ auf dem Bonner Marktplatz stattfand. Anders als von den Studenten erwartet, trug sie nicht zu einer Beruhigung der Gemüter bei: HJ-Gebietsführer Wallasch beschimpfte die Farbentragenden in einer Weise, die offenbar sämtliche Studenten geschlossen vom Markt ziehen ließ. Noch am selben Tag kam es zu neuen Attacken gegen Studenten durch die HJ, die mehrere Verletzte forderten. An den Folgetagen trugen beinahe alle berechtigten Studenten und Professoren Couleur, obwohl Bockhorn dass Couleurtragen neuerlich und nun für alle verboten hatte. NS-Gauleiter Josef Grohé kam nach Bonn und suchte die Situation zu klären. Bockhorn wurde abgesetzt, sein Nachfolger wurde der SA-Truppführer Hanns Neyer. Die Atmosphäre aber blieb angespannt. Als der schon in der Weimarer Republik die NSDAP im Reichstag vertretende Willi Börger auf Einladung des NS-Studentenbundes in Bonn sprach, wurde er von einem Zwischenrufer unterbrochen. Darauf schlug Börger den Zwischenrufer zu Boden. Er hatte gefragt: »Was halten Sie von Christus?« Dieser Vorfall ereignete sich am 21. Juni 1935 und markiert zusammen mit Vorkommnissen in Heidelberg des Ende der traditionellen Korporationen. In einem neuerlichen, nun unter anderen Vorzeichen stehenden Unvereinbarkeitsbeschluss wurde Nationalsozialisten die Mitgliedschaft in den Korporationen verboten²³.

Viele Korporationen zerfielen nun oder lösten sich auf. Am 14. November 1935 erklärte der Rektor, das Chargieren der noch bestehenden Korporationen sei künftig unerwünscht. Die übrig gebliebenen katholischen Verbände wurden 1938 förmlich verboten. Konspirativ gründete sich Ende 1939 eine neue katholische Verbindung namens Conruebia, die 1944 mehr als 100 Mitglieder zählte²⁴.

Dem NS-Studentenbund schlossen sich nun immer mehr Studierende an, zumal er in der Regel die ehemaligen Korporationshäuser samt Inventar über-

einer feudalen Jugend, in: Völkischer Beobachter, 14.5.1934; P. Tücking (»Führer des Oberbanns Siebengebirge«), Reaktion in bunten Mützen. Einige Bonner Korporationen regen sich auf – Wirkungslose Drohungen, in: Westdeutscher Beobachter, 3.6.1934; Anonymus, Bonner HJ gegen studentische Korporationen, in: Germania, 27.5.1934; Anonymus, HJ verbrennt Korpsstudenten-Puppe, in: Der Tag, 27.5.1934; Anonymus, Hitlerjugend gegen Stahlhelm und Auswüchse des Korpsstudententums, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 27.5.1934; Anonymus, Bonner HJ gegen studentische Korporationen, in: Landespost Hildesheim, 29.5.1934. Zahlreiche Zeitungsausschnitte finden sich zudem in: BA Koblenz, ZSg. 129, Bd. 523.

23 Vgl. Höpfner, Universität, S. 136 ff.

24 George, Studieren, S. 38; Hans Clemens, Die Interimsverbindung DStV Coronia Bonn 1939 bis 1946/47, in: Friedhelm Golücke (Hg.), Korporationen und Nationalsozialismus, Vierow 1994, S. 239–250, passim.

nahm. Versuche der formal nicht nationalsozialistischen Deutschen Studentenschaft und des NSDStB, zumindest die Anfangssemester zu kasernieren, aber scheiterten. An der Lennéstraße wurde zwar im November 1933 ein Gebäude für 71 Studenten eingeweiht, doch gab die Deutsche Studentenschaft das Projekt auf, nachdem Hitler es für der »Homosexualität förderlich« bezeichnet hatte²⁵.

Die Mitgliederzahl des NS-Studentenbundes erreichte in Bonn anders als im Reichsdurchschnitt sicher nicht die 50-Prozent-Marke. Zwar sind für Mitte 1933 fast 900 Mitglieder (etwas über 20 Prozent) registriert, doch traten beispielsweise 1936 nur 10 Prozent der Erstsemester dem NS-Studentenbund bei. Aus dem Jahr 1937 wissen wir, dass 12,1 Prozent der Studentinnen Mitglieder im NS-Studentenbund waren, während reichsweit 1939 etwa 71 Prozent der Studentinnen zum NSDStB gehörten²⁶.

Eine formale Verpflichtung für Studierende, der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen beizutreten, hat nicht bestanden. Dennoch galt ein solcher Schritt als derart opportun, dass er von vielen als gleichsam verpflichtend empfunden wurde. Ein sich den NS-Organisationen Verweigernder erhielt beispielsweise keine Studentendarlehen. Die Zahl potentieller Arbeitgeber für Nichtparteimitglieder galt nach dem Abschluss des Studiums als eingeschränkt.

Wer nicht der NSDAP beitreten konnte oder wollte, orientierte sich an SA und SS. Viele wandten sich »der plebejischen SA« zu, nachdem »die Klassengegensätze« durch SA-Studentengruppen teilweise neutralisiert worden waren²⁷. Trotzdem ist es für die Anfangsphase des »Dritten Reichs« glaubhaft, dass gerade in Bonn einige Betroffene die SS der SA vorzogen. Hier erwarteten sie ein Verhalten vorzufinden, das eher bürgerlicher Konvention entsprach. Hinzu kam in Bonn, dass die Person des 1935 ums Leben gekommen Bonner SA-Standartenführers Willi Himmelmann, Assistent an der Chirurgischen Klinik, in gebildeten Kreisen besondere Ablehnung provozierte²⁸.

Opposition und Widerstand

Auch die Universität war alles andere als ein Hort des Widerstands. Diejenigen, denen ein Studium noch möglich war, passten sich in der Mehrheit an und unterwarfen sich nolens volens den schwierigen Verhältnissen. Es gab nur einzelne Studierende, die Widerstand organisierten. Der bekannteste Oppositionelle

25 Vgl. Höpfner, Universität, S. 133.

26 Vgl. Höpfner, Universität, S. 118; Michael Grüttner, Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995, Tab. 25 und 27.

27 Michael H. Kater, Professoren und Studenten im Dritten Reich, in: Archiv für Kulturgeschichte, 67 (1985), S. 465–487, S. 478 f.

28 Vgl. Forsbach, Fakultät, S. 394 u. ö.

war der Historiker Walter Markov, der 1933 gerade dem eigentlichen Studentendasein entwuchs. Er war von Hamburg nach Bonn gekommen, um bei Fritz Kern promoviert zu werden, nachdem sich abzeichnete, dass sein ursprünglich avisierter Doktorvater, der Hamburger Osteuropahistoriker Richard Salomon zur Emigration gezwungen war. In Bonn freundete er sich mit dem ebenfalls aus Hamburg nach Bonn gewechselten Hannes Schmidt an. Hinzu stießen Markovs alter Kumpan Günter Meschke und Anthony Toynbee, der älteste Sohn des Geschichtsphilosophen Arnold J. Toynbee. Der einzige Nichthistoriker in der Gruppe war Hans Schadow, der evangelische Theologie studierte. Markov, Schmidt, Meschke, Toynbee und Schadow gründeten Anfang Mai 1934 in dem zum Keltologischen Institut der Universität gehörenden Turmzimmer die »Gruppe Universität der KPD«. Sie verpflichteten sich zu einem Monatsbeitrag von 2 Reichsmark, um eine »Kriegskasse« aufzubauen. Es gelang Markov, die Fünfer-Treffen im Turmzimmer als Russisch-Kurs zu deklarieren; er erhielt dafür im Sommersemester 1934 einmalig 500 Reichsmark. An Kontakten nach außen mangelte es zunächst, auch zu den verfolgten Bonner Kommunisten des Unterbezirks und den Studenten der verbotenen Kommunistischen Studentenfraktion (Kostufra). So kam man unter dem Einfluss Toynbees auf die Idee, zunächst englischsprachige Touristen über den Charakter des NS-Regimes aufklären zu wollen. Entsprechende Flugblätter wurden verfasst. Eine Grundlage für diese Propagandaarbeit bot das Material, das der reiselustige Markov unter anderem aus dem Saarland und Luxemburg besorgte. Im Winter 1934/35 wurde der Kontakt zur Unterbezirksleitung der KPD enger und Markov verfasste Artikel in der Widerstandszeitung »Sozialistische Republik«, für die er selbst den Titel vorgeschlagen hatte und die er zeitweise ganz allein füllte. Bald fiel Markovs Posteingang auf und wurde so offen kontrolliert, dass er es später für möglich hielt, die zunächst noch wenig nationalsozialistische, eher katholisch geprägte Bonner Polizei habe ihn warnen wollen. Zum Verhängnis wurde Markov, dass er im Dezember 1934 in dem ihm von früher bekannten Eifeldorf Roggendorf Kontakt mit, untereinander verfeindeten, Kommunisten aufnahm. Einige von ihnen dienten als Kuriere für illegale Post. Am 8. Februar 1935 kam es hier zum Verrat. Noch am Abend wurde Schadow festgenommen, am Tag darauf Markov im Direktorenzimmer des 1939 emigrierten Orientalisten Paul Kahle. Der Volksgerichtshof in Berlin verurteilte ihn am 4. Mai 1936 zu 12 Jahren Zuchthaus, die anderen kamen mit deutlich geringeren Strafen bzw. Freispruch davon²⁹.

29 Vgl. Walter Markov, *Wie viele Leben lebt der Mensch. Eine Autobiographie aus dem Nachlaß*, o. O. [Leipzig] 2009; Walter Markov, *Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm*, Neuaufl. Köln 1990; Manfred Neuhaus, *Manfred/Helmut Seidel* (Hrsg. i. Verb. m. Gerald Diesener u. Matthias Middell): »Wenn jemand seinen Kopf bewußt hin-

Ganz anderer Art war der Widerstand des Medizinstudenten Franz Josef Peters. Er führte in Bonn ein Fähnlein des katholischen »Bund Neudeutschland« (ND), in Siegburg sogar die gesamte ND-Gruppe. Die ND-Hochschulgruppe war bereits am 14. Oktober 1933 verboten worden war. Die NS-Schergen kamen seinem oppositionellem Treiben jedoch auf die Spur. Unter Bezugnahme auf das »Heimtückegesetz« wurde er im Herbst 1937 relegiert; das eben erst bestandene Physikum wurde für nichtig erklärt. Nachdem Peters am 2. November 1937 zum Bonner Infanterieregiment 77 eingezogen worden war, nahm sich das Divisionsgericht Köln seines Falles an. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, Hermann Göring einen kriminellen »Säufer« genannt zu haben. Zunächst zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde diese Strafe bald in eine ebenso lange Gefängnisstrafe und schließlich – im Herbst 1939 – in eine sechsmonatige Gefängnisstrafe umgewandelt, deren Verbüßung bis nach Kriegsende ausgesetzt wurde³⁰.

Erwähnung finden muss zudem Willi Graf, der herausragende Vertreter der »Weißen Rose«. Das 1918 in (Euskirchen-)Kuchenheim geborene Mitglied des ND und des ebenfalls katholischen »Grauen Ordens« begann 1937 in Bonn mit dem Medizinstudium, das er hier bis zum Physikum 1939 fortsetzen konnte. Erst Anfang 1940 wurde er zur Wehrmacht eingezogen, obwohl er bereits zuvor mit dem nationalsozialistischen Staat in Konflikt geraten war. Nur eine Amnestie nach der Annexion Österreichs führte zur Einstellung eines Verfahrens, das gegen ihn als Mitglied des »Grauen Ordens« 1938 in Mannheim eingeleitet worden war. Nachdem er von der Wehrmacht im April 1942 zum Studium freigestellt worden war, fand er in München Kontakt zu Hans Scholl und Alexander Schmorell. Mitte Januar 1943 war Graf an der Formulierung des fünften Flugblatts der »Weißen Rose« beteiligt und kam wenige Tage später nach Bonn. Was hier genau vorging, ist unbekannt. Als gesichert aber kann gelten, dass seine Bonner Ansprechpartner von Flugblattaktionen abrieten. Am 18. Februar 1943 wurde er in München verhaftet, am 12. Oktober 1943 in München-Stadelheim hingerichtet³¹.

hielt...« Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov, 2. durchges. Aufl. Leipzig 1998; Klaus Rosendahl, Studentischer Widerstand an der Universität, in: Josef Matzerath (Hg.): Bonn. 54 Kapitel Stadtgeschichte, Bonn 1989, S. 317–322; Walter Markov, Neubeginn 1945: Willkommen und Abschied, in: Matzerath, Bonn, S. 323–328.

30 Vgl. Christian Schüller, Die Katholische Jugend in Bonn 1920–1945, in: Bonner Geschichtsblätter, 39 (1989/1992), S. 401–427, S. 406; Christian Schüller, Die Gruppen des Bundes Neudeutschland in Bonn. Bericht eines Zeitzeugen, in: Waltraud Joch/Udo Wallraf (Hg.), In Bonn katholisch sein. Ursprünge und Wandlungen der Kirche in einer rheinischen Stadt, Bonn 1989, S. 97–108, S. 99; Forsbach, Fakultät, S. 599 f.

31 Vgl. Tatjana Blaha, Willi Graf und die Weiße Rose. Eine Rezeptionsgeschichte, München 2003, passim; Karl-Heinz Jahnke, Jugend im Widerstand 1933–1945, neu bearb. u. erw. Aufl. Frankfurt am Main 1985, S. 108 ff.; Heinrich Siefken (Hg.), Die Weiße Rose und ihre Flug-

Zu erinnern ist außerdem an die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft (SAG) mit ihren etwa dreißig Mitgliedern. Da eine Mitgliederliste seit demokratischen Zeiten ordnungsgemäß im Rektorat hinterlegt war, verboten sich für die SAG-Angehörigen konspirative oder sogar offene Aktionen³².

Aus dem Kreis der einzeln agierenden, sich der Humanität verpflichtet fühlenden jungen Leute ist der Theologiestudent Wilhelm Kahle hervorzuheben. Er wurde der Universität verwiesen, weil er einer befreundeten jüdischen Familie beim Aufräumen half, nachdem ihr Geschäft während des Pogroms in der Nacht zum 10. November 1938 von der SA verwüstet worden war³³. Weitere 30 Relegationen sind aus der NS-Zeit bekannt. Etwa 60 ehemaligen Bonner Studierenden wurde unter der NS-Herrschaft der rechtmäßig erworbene Dokortitel aus politischen Gründen entzogen³⁴.

blätter. Dokumente, Texte, Lebensbilder, Erläuterungen, Manchester/New York 1994, S. 93 ff.; Forsbach, Fakultät, S. 600 f.

32 Vgl. Helmut Vogt, Bonn in Kriegs- und Krisenzeiten (1914–1948), in Dietrich Höroldt/Manfred van Rey (Hg.), Geschichte der Stadt Bonn in vier Bänden, 4, Bonn. Von einer französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt 1794–1989, Bonn 1989, S. 437–638, S. 534; Forsbach, Fakultät, S. 598.

33 Marie Kahle/Paul Kahle: Was hätten Sie getan? Die Flucht der Familie Kahle aus Nazi-Deutschland/Die Universität Bonn vor und während der Nazi-Zeit, Bonn 1998, passim.

34 Vgl. Ralf Forsbach, »Des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig«. Der Entzug von Doktorgraden während des Nationalsozialismus und die Rehabilitierung der Opfer am Beispiel der Universität Bonn, in: Rheinische Vierteljahrsblätter, 67 (2003), S. 284–299, passim.

Die »alten Ansprüche an das Leben stellen« – jüdische und andere Displaced Persons als Studenten an der Universität Bonn 1945–1951

Displaced Persons – eine »Hinterlassenschaft der nationalsozialistischen Herrschaft im Zweiten Weltkrieg¹«

Egon Bittner, polnischer Jude, Überlebender der Konzentrationslager Płaszów, Auschwitz, Dora-Mittelbau und Bergen-Belsen, immatrikulierte sich zum Wintersemester 1945/46 an der Universität Bonn für die Fächer Geschichte und Philosophie. Anders als heute hatten Studierwillige damals ihren Immatrikulationsunterlagen einen handgeschriebenen Lebenslauf beizufügen. »Im Kriege habe ich meine ganze Familie verloren«, teilte Bittner in diesem mit. Im März 1947 beantragte er beim damaligen Rektor der Universität, Prof. Dr. Heinrich Koenig, sich zusätzlich an der Medizinischen Fakultät einschreiben zu dürfen – schon vor Beginn seines Studiums habe er stets die Absicht gehabt, später einmal an zwei Fakultäten zu promovieren. Bisher habe er aber diese Absicht nicht umsetzen können, so Bittner in seinem Gesuch an den Rektor, denn:

»nach 5jährigem Aufenthalt im KZ fühlte ich mich im vorigen Jahre noch nicht in der Lage, so intensiv geistig zu arbeiten, wie es mir nötig erschien. Ich halte nun den Zeitpunkt [für] gekommen, als geistig und sozial rehabilitierter Mensch, die alten Ansprüche an das Leben stellen zu dürfen.«

Zum Ende des Wintersemesters meldete Bittner sich von der Universität Bonn ab und wanderte in die USA aus. Dort studierte und promovierte er an der University of California in Los Angeles und brachte es zuletzt bis zum Professor der Soziologie an der privaten Brandeis University. 1991 wurde er dort emeritiert und verstarb im Mai 2011².

1 Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 65), Göttingen 1985, S. 15.

2 Universitätsarchiv Bonn (im Folgenden UA Bonn), Exmatrikelakte Egon Bittner. Antwort von Katja Seyboldt/Gedenkstätte Bergen-Belsen vom 21.11.2011 auf eine Anfrage des Verfassers vom 18.11.2011. Biographie Egon Bittner in der akademischen Datenbank BookRags (<http://www.bookrags.com/biography/egon-bittner-cri/> [30.03.2012]). Im Falle Bittners wurde vom

Zum Sommersemester 1946 schrieb sich die Litauerin N. E. für einen Studienplatz in Pharmazie ein. Ihr Abitur hatte E. 1940 in der Heimat gemacht; eine beglaubigte Abschrift des Abiturzeugnisses konnte sie vorlegen. Nach Erlangen der Hochschulreife hatte E. in Litauen ein Praktikum in einer Apotheke absolviert. 1940 hatte sich die UdSSR das gesamte Baltikum einverleibt, dies im Vollzug der Absprachen des geheimen Zusatzprotokolls des Hitler-Stalin-Paktes. 1941 besetzte dann die Wehrmacht die baltischen Staaten; und während der deutschen Besatzung war E., wie sie in ihrem Lebenslauf angab, von der Ostpreußischen Apothekenkammer zum Ablegen eines pharmazeutischen Vorexamens und zur Arbeit in einer Apotheke in Gumbinnen dienstverpflichtet worden. Hier arbeitete sie, bis sie 1944 mit der Richtung Westen fliehenden Wehrmacht evakuiert wurde. Sie landete im Vogtland in Sachsen und fand hier Arbeit als examinierte Apothekenassistentin – eine Anstellung, in der sie auch das Kriegsende 1945 erlebte. Bis Ende November 1945 blieb sie noch im Vogtland, bis sie sich entschloss, zum Studium nach Bonn zu gehen, um hier ihre pharmazeutische Ausbildung fortzusetzen. Zum Wintersemester 1948/49 wollte E. ins Fach Chemie wechseln. Im August 1948 siedelte sie jedoch ins Transit-Camp Wentorf bei Hamburg über, offenbar, um die Gelegenheit zur Auswanderung zu ergreifen. Der weitere Lebensweg ist unbekannt³.

Ebenfalls im Sommersemester 1946 bewarb sich die Polin K. N. für einen Studienplatz in Romanistik. In ihrem Lebenslauf heißt es lakonisch:

»Im Jahre 1944 wurde ich als Teilnehmerin des Warschauer Aufstandes verhaftet und nach Deutschland gebracht.«

Sie arbeitete dann als Zwangsarbeiterin in einer Pelzfabrik an einem nicht näher spezifizierten Ort. Ihre Hochschulreife konnte N. nur mit Hilfe einer Bescheinigung nachweisen, in der ihr bestätigt wurde, dass sie – nach sorgfältiger Prüfung ihrer Personalien und der Aussagen glaubwürdiger Zeugen – 1940

Verfasser auf eine Anonymisierung personenbezogener Daten verzichtet, da er eine »Person des öffentlichen Lebens« darstellte. Darüber hinaus erscheint sein Name in im Internet zugänglichem Archivmaterial der Datenbank Post-War Europe: Refugees, Exile and Resettlement 1945 – 1950 (<http://www.tlema.com/postwareurope/index.htm>) sowie in auch heute noch für jedermann einsehbarer Publikationen, auf die im Folgenden ebenfalls noch näher einzugehen sein wird. In anderen Fällen dagegen sind Angaben aus personenbezogenen Archivmaterialien anonymisiert, jeweils mit entsprechendem Hinweis im Anmerkungsapparat.

³ UA Bonn, Exmatrikelakte N. E. (anonymisiert). UA Bonn UV 69/326, Immatrikulationsliste litauischer DP-Studenten. Dov Levin, Art. »Litauen«, in: Israel Gutman/Eberhard Jäckel/Peter Longerich/Julius H. Schoeps (Hgg.), Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden II, München/Zürich 1998, S. 870. Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939 – 1945, München 2001, S. 71, 74 f.

ihr Abitur in Wilno gemacht habe. Während ihres kurzen Studiums legte sie keinerlei Prüfungen ab und verließ Bonn im Juli 1947 Richtung Polen⁴.

Schon zum ersten Bonner Nachkriegssemester (Wintersemester 1945/46) schrieb sich der Pole I. L. aus Poznań (Posen) für das Studium der Mathematik ein. Sein Abitur hatte er 1937 in Poznań gemacht und danach zwei Semester Maschinenbau an der Technischen Hochschule in Danzig absolviert. In seinem Lebenslauf berichtete L.:

»Als der Krieg ausbrach, konnte ich, als ›Untermensch‹ betrachtet, nicht mehr studieren.«

Seit Oktober 1939 war L. als angelernter Schlosser bei der Straßenbahn in Poznań angestellt, dann als Elektromonteur. Im April 1941 wurde er unter dem Verdacht, dem polnischen Widerstand anzugehören, verhaftet und musste vier Monate Festungshaft in seiner Heimatstadt, »unter bestialischer Untersuchung der Gestapo«, über sich ergehen lassen.

Bis Dezember 1942 wurde L. im Gefängnis von Poznań festgehalten und anschließend ins Konzentrationslager Mauthausen verschleppt. Hier musste er zunächst als Maschinenzeichner im »Arbeitskommando Steyr« arbeiten – gemeint ist hiermit wohl eines der Außenlager des KZ Mauthausen, in denen der österreichische Rüstungskonzern Steyr-Daimler-Puch die Häftlinge ausbeutete. Im Mai 1945 wurde L. im Außenlager Gusen (»im berühmten Vernichtungskommando Gusen«) von den US-Streitkräften befreit. Bis in den September 1945 lebte er dann in Österreich in Linz an der Donau, bis es ihn dann zunächst in das Kölner Displaced Persons-Lager Mühlheim und dann in das Bonner Lager für polnische Displaced Persons in Duisdorf verschlug. Bis zum Sommersemester 1949 studierte L. Mathematik, später auch noch Physik, um dann über das Transit-Camp Wentorf auszuwandern – wohin L. ging, ist unbekannt⁵.

Im Wintersemester 1946/47 kam die Jugoslawin L. S. zum Studium der Germanistik an die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität. Geboren und aufgewachsen war S. in Kroatiens Hauptstadt Zagreb, wo sie 1939 auch ihr Abitur gemacht, danach vier Semester Deutsch, Literatur und Geschichte an der dortigen Universität studiert und sogar schon Prüfungen abgelegt hatte. Sowohl ihr Abiturzeugnis als auch einen Studentenausweis der Universität Zagreb im Kö-

4 UA Bonn, Exmatrikelakte K. N. (anonymisiert). UA Bonn UV 69/326, Immatrikulationsliste polnische DPs. Das im Gefolge des Ersten Weltkrieges wieder zur nationalen Unabhängigkeit gelangte Polen hatte Wilno, manchem vielleicht besser bekannt als litauische Hauptstadt Vilnius, im März 1922 gewaltsam seinem Territorium hinzugefügt, vgl. Manfred Alexander, *Kleine Geschichte Polens*, Stuttgart/Bonn 2003/2005, S. 280.

5 UA Bonn, Exmatrikelakte I. L. (anonymisiert) UA Bonn UV 69/326, Immatrikulationsliste polnischer Displaced Persons. Benyamin Eckstein, Art. »Mauthausen« und »Melk«, in: Gutman/Jäckel/Longerich/Schoeps (wie Anm. 3), S. 929–935, 945 f. mauthausen memorial. KZ-Gedenkstätte Mauthausen, http://www.mauthausen-memorial.at/index_open.php (31.03.2012).

nigreich Jugoslawien konnte S. in Form beglaubigter Abschriften zur Immatrikulation vorweisen. Im April 1941 war das Königreich Jugoslawien von Deutschland in einem weiteren »Blitzkrieg« zur Kapitulation gezwungen und aufgelöst worden. Auf dem Territorium des früheren Königreiches entstand unter anderem der vom Deutschen Reich in politischer Abhängigkeit gehaltene Unabhängige Staat Kroatien unter Führung der faschistischen Ustaša, die nach deutschem »Vorbild« nicht nur die Juden in ihrem Machtbereich, sondern auch die serbische Bevölkerung Kroatiens massiv verfolgte. S. musste ihr Studium unterbrechen, als »durch den Zusammenbruch von Jugoslawien und dem Einmarsch der Deutschen der kroatische faschistische Staat gegründet wurde. Als Serbin wurde mir laut einem Gesetz das weitere Studium verwehrt.«

Zunächst war S. gezwungen, als Dienstmädchen und Schreibkraft in einem kroatischen Krankenhaus zu arbeiten. Der mittlerweile verbotenen serbisch-orthodoxen Kirche musste S. abschwören und zum Katholizismus konvertieren. Mehrmals wurde sie durch die »kroatische Faschistenpolizei« inhaftiert und musste Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen. 1944 will sie nach Deutschland geflohen sein und es geschafft haben, in Kiel als Haushaltshilfe angestellt zu werden. Unklar bleibt dabei, ob sie als Zwangsarbeiterin beschäftigt war oder sich vielleicht als Kroatin ausgegeben hat, um Repressalien zu entgehen – im kroatischen Marionettenstaat beteiligten sich auch deutsche Polizeikräfte an den Maßnahmen gegen die serbische Bevölkerung und deportierten Serben und andere ethnische Minderheiten ins »Großdeutsche Reich« zur Zwangsarbeit. Nach der deutschen Kapitulation 1945 zog S. zunächst nach Düsseldorf zu Bekannten und von dort aus in das Displaced Persons-Camp Oberkassel bei Bonn. Hier arbeitete sie als Schreibkraft und Dolmetscherin, bevor sie sich dann zum Studium an der Bonner Universität entschloss. Im November 1948 wanderte S. nach Syrien aus⁶.

Die hier vorgestellten StudentInnen gehörten zu einer besonderen Gruppe innerhalb der Studentenschaft der ersten Bonner Nachkriegssemester – sie waren Displaced Persons⁷, eine multinationale Menschenmasse bestehend aus KZ-Überlebenden, Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und osteuropäischen Flüchtlingen, die am Ende des Zweiten Weltkrieges auf dem Territorium des Deutschen Reiches gestrandet war⁸. Beim Ausdruck »Displaced Persons« handelte es sich nicht nur um einen Neologismus aus der alliierten Verwaltungs-

6 UA Bonn, Exmatrikelakte L. S. (anonymisiert). Marie-Janine Calic, *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*, München und Bonn 2010, S. 136. Spoerer (wie Anm. 3), S. 67. Holm Sundhaussen, Art. »Unabhängiger Staat Kroatien«, in: Edgar Hösch/Karl Nehring/Holm Sundhaussen (Hgg.), *Lexikon zur Geschichte Südosteuropas*, Wien u. a. 2004, S. 707 f.

7 Im Folgenden DP.

8 Anna Marta Holian, *Between National Socialism and Soviet Communism. Displaced Persons in Post-War Germany*, Ann Arbor 2011, S. 1.

sprache, sondern sozusagen auch um die Konstruktion und Erfindung einer neuen Personengruppe im Gefolge der Planungen der Anti-Hitler-Koalition für den Umgang mit den vom »Großdeutschen Reich« und seinen Verbündeten unfreiwillig in Bewegung gesetzten Menschenmassen, auf die man beim Vormarsch nach Deutschland zu treffen glaubte⁹. Im Administrative Memorandum Number 39 in der revidierten Fassung vom April 1945, einer Art Handlungsanweisung und Handbuch des alliierten Hauptquartiers für die vorrückenden Truppen, wurden DPs definiert als nichtdeutsche Zivilisten, die sich kriegsbedingt außerhalb der Grenzen ihres Heimatlandes aufhalten und den Wunsch haben, nach Hause zurückzukehren, dies aber aus eigener Kraft nicht bewerkstelligen können, während Deutsche als Flüchtlinge bezeichnet wurden, die aus Kriegsgründen ihre Heimat innerhalb des Reiches hatten verlassen müssen¹⁰. Nichtdeutsche Kriegsgefangene fielen zunächst nicht unter die DP-Definition – eine Unterscheidung, die allerdings nur in den ersten Nachkriegsmonaten so ausdrücklich aufrechterhalten wurde. Die DP-Gruppe selber wurde noch einmal unterteilt in UN-DPs (also die Bürger der Staaten, die im Vorgriff auf die Gründung der Vereinten Nationen im Oktober 1945 im Januar 1942 in Washington die »Erklärung der Vereinten Nationen« unterzeichnet hatten), enemy-DPs (Deutsche, Österreicher, Japaner), ex-enemy-DPs (Italiener, Finnen, Rumänen, Bulgaren und Ungarn) sowie Staatenlose. Die Nationalität der Betroffenen war also das entscheidende Kriterium für die Frage, wer von den vorrückenden alliierten Streitkräften nach der Befreiung versorgt wurde – Vorrang hatten die UN-DPs¹¹. 8 – 11 Millionen DPs befanden sich bei Kriegsende auf dem Gebiet der späteren alliierten Besatzungszonen, davon etwa 6 Millionen Zwangsarbeiter, 2 Millionen Kriegsgefangene und etwa 700.000 Überlebende der Konzentrationslager¹².

9 Otto Bedrich Burianek, *From Liberator to Guardian: The U. S. Army and Displaced Persons in Munich*, Ann Arbor 1993, S. 4. Holian (wie Anm. 8), S. 3. Stefan Schröder, »Displaced Persons« im Rheinland – das Nachkriegsschicksal befreiter Zwangsarbeiter in regionaler Perspektive, in: *Geschichte im Westen* 18 (2003), S. 180 – 204.

10 Paraphrasiert nach dem Abdruck des Memorandums bei Malcom J. Proudfoot, *European Refugees: 1939 – 1952. A Study in Forced Population Movement*, London o. J., S. 446.

11 Dass Deutsche unter den enemy-DPs geführt wurden, scheint auf den ersten Blick nicht zur alliierten DP-Definition zu passen, ergibt aber Sinn, wenn man davon ausgeht, dass deutsche Flüchtlinge auch außerhalb der Grenzen des sog. »Altreiches« anzutreffen waren. – Sonja von Behrens, *Die Zeit der »Polendörfer«* (*Historisches Jahrbuch Petershagen* 3/2004), Petershagen 2004, S. 54 f. Holian (wie Anm. 8), S. 44. Stefan Schröder, *Displaced Persons im Landkreis und in der Stadt Münster 1945 – 1951* (*Geschichtliche Arbeiten zur Westfälischen Landesforschung* 22), Münster 2005, S. 94 f. mit Anm. 192. Klaus W. Tofahrn, *Chronologie des Dritten Reiches. Ereignisse-Personen-Begriffe*, Darmstadt 2003, S. 88. Klaus Dieter Wolf, *Die UNO. Geschichte, Aufgaben, Perspektiven*, München 2005, S. 13 f.

12 Frank Caestecker, Art. »Displaced Persons (DPs) in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs«, in: Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hgg.), *Enzy-*

Die Befreiung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern und deren geordnete Rückführung in die Herkunftsländer hatte zu den Kriegszielen der Alliierten gehört¹³. Schon seit 1943 beschäftigten sich beim alliierten Hauptquartier SHAEF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces) Vertreter des amerikanischen und des britischen Außenministeriums, unabhängige Bevölkerungswissenschaftler und Vertreter von Exilregierungen vorbereitend mit dieser Angelegenheit. Dabei gingen die militärischen Planungsstäbe zum einen davon aus, dass in der Vormarschphase nach einer Invasion die Hauptlast der Betreuung und Versorgung der befreiten Menschen zunächst beim Militär liegen würde¹⁴. Zum anderen schien aber auch klar, dass auf Dauer das Militär allein die Betreuung der Flüchtlinge nicht würde schultern können. Zur Unterstützung der Truppen und zur langfristigen Weiterführung der Hilfsmaßnahmen nach Beendigung des Krieges sowie zur Durchführung der Repatriierung der Befreiten wurde im November 1943 in Washington eine der ersten UNO-Organisationen gegründet: die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration). Im Ganzen gehörten der UNRRA 44 Nationen an inklusive der UdSSR¹⁵.

In einem Abkommen wurden 1944 die Beziehungen zwischen UNRRA und den alliierten Armeen geregelt: Die UNO-Organisation wurde dem Militär klar untergeordnet; sie sollte nur auf Anforderung von SHAEF tätig werden und war im Grunde genommen Befehlsempfängerin. Ihrerseits weisungsberechtigt war die UNRRA jedoch einer Vielzahl von privaten karitativen Organisationen, von denen sie bei ihrer Arbeit unterstützt werden sollte¹⁶.

Untergebracht und versorgt wurden die von den Truppen befreiten DPs –

klopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn 2007, S. 529–535, hier S. 529. Holian (wie Anm. 8), S. 3. Jacobmeyer (wie Anm. 1), S. 42. Michael Pegel, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer. Konstanten eines Randgruppenschicksals in Deutschland nach 1945 (Zeitgeschichte – Zeitverständnis I), Münster 1997, S. 5.

13 Andreas Lembeck, Befreit, aber nicht in Freiheit. Displaced Persons im Emsland 1945–1950 (Schriften des Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager 10), Bremen 1997, S. 30.

14 Burianek (wie Anm. 9), S. 89. Jacobmeyer (wie Anm. 1), S. 23 f. Pegel (wie Anm. 12), S. 24. Lembeck (wie Anm. 13), S. 30.

15 Burianek (wie Anm. 9), S. 90 f. Gisela Eckert, Hilfs- und Rehabilitierungsmaßnahmen der West-Alliierten des Zweiten Weltkriegs für Displaced Persons (DPs), dargestellt am Beispiel Niedersachsens 1945–1952, Diss. masch. Braunschweig 1994, S. 21. Jacobmeyer (wie Anm. 1), S. 26. Pegel (wie Anm. 12), S. 25, 27. Stanisław Stepiń, Der alteingesessene Fremde. Ehemalige Zwangsarbeiter in Westdeutschland (Campus Forschung 635), Frankfurt/New York 1989, S. 68 f. Robert Greg Wilfong, UNRRA and Displaced Persons, Cambridge/Massachusetts 1966, S. 68, 70. Ausführlich zur Geschichte der UNRRA und ihrer weltweiten Tätigkeit vgl. George Woodbridge, UNRRA. The History of the United Nations Relief and Rehabilitation Administration I–III, New York 1950.

16 Eckert (wie Anm. 15), S. 27 f. Jacobmeyer (wie Anm. 1), S. 33–35. Pegel (wie Anm. 12), S. 27. Wilfong (wie Anm. 15), S. 72, 85. Woodbridge (wie Anm. 15), UNRRA II, S. 482 f.

möglichst getrennt nach Nationen, um die geplante Repatriierung zu erleichtern und abgeschottet von der deutschen Bevölkerung – in als temporäre Einrichtungen konzipierten Sammelzentren, den sogenannten Assembly Centres. Dafür waren zunächst große öffentliche Gebäude wie Kasernen, Arbeiterunterkünfte oder Schulen vorgesehen. Wegen der sprunghaft ansteigenden DP-Zahlen mussten aber auch Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager sowie befreite Konzentrationslager weitergenutzt werden. Darüber hinaus wurden aber auch von Deutschen bewohnte Häuser, Straßen oder sogar ganze Dörfer mit DPs belegt, nachdem die deutsche Bevölkerung diese hatte räumen müssen¹⁷.

In Bonn sind drei Standorte für große DP-Lager bekannt: Linksrheinisch waren in Duisdorf die Troilo-Kaserne (eine ehemalige Infanteriekaserne) unter anderem mit polnischen und die Gallwitz-Kaserne (Artillerie) mit sowjetischen DPs belegt. Wie schon erwähnt befand sich im rechtsrheinischen Oberkassel im Kalkuhl- Gymnasium ein weiteres großes DP-Lager¹⁸. Das Duisdorfer Lager für sowjetische DPs wurde bis September 1945 geräumt und aufgelöst¹⁹. Das polnische Lager in Duisdorf bestand dagegen bis Juli 1946²⁰, während das Lager in Oberkassel sogar bis in den April 1947 existierte²¹. Die Lager in Duisdorf wurden

17 Michael Brenner, *Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945 – 1950* (Beck'sche Reihe 1139), München 1995, S. 16. Caestecker (wie Anm. 12), S. 529. Eckert (wie Anm. 15), S. 169. Angelika Königseder/JulianeWetzel, *Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland*, Frankfurt/Main 2004, S. 19. Lembeck (wie Anm. 13), S. 47. Pegel (wie Anm. 12), S. 77. Schröder (wie Anm. 11), S. 126. Ders., *DP-Lager in requirierten deutschen Straßenzügen, Vierteln und Ortschaften*, in: Sabine Mecking/Stefan Schröder (Hgg.), *Kontrapunkt. Vergangenheitsdiskurse und Gegenwartsverständnis. Festschrift für Wolfgang Jacobmeyer zum 65. Geburtstag*, Essen 2005, S. 113 – 126, hier S. 114.

18 Bettina Bab, *Enthematete Personen im Duisdorfer Ausländerlager*, in: *Bonner Geschichtswerkstatt* (Hg.), *»Es treibt mich die Nötigung des Lebens«*. Fremde in Bonn. Ein historisches Lesebuch, Bonn o. J., S. 76. Karl Gutzmer, *Chronik der Stadt Bonn*, Dortmund 1988, S. 183. Julia Hildt/Britta Lenz, *»Ostarbeiterinnen schlagen gut ein...«*. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Ukraine, Russland und Weißrussland in Bonn 1941 – 1945, in: Dittmar Dahlmann/Albert W. Kotowski/Norbert Schloßmacher/Joachim Scholtzseck, *»Schlagen gut ein und leisten Befriedigendes«*. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Bonn 1940 – 1945 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn 65), S. 21 – 123, hier S. 108. Schröder (wie Anm. 9), S. 183. Otto Schumacher-Hellmold, *Bonns Trümpfe: Kasernen und Millionärsvillen*, in: Rudolf Pörtner (Hg.), *Kinderjahre der Bundesrepublik. Von der Trümmerzeit zum Wirtschaftswunder*, München 1992, S. 56 – 75, hier S. 65.

19 Hildt/Lenz (wie Anm. 18), S. 113.

20 Stadtarchiv Bonn (im Folgenden StA Bonn) Du 642, Schreiben des Amtsbürgermeisters Duisdorf an den Bonner Landrat vom 18.07.1946.

21 Stadtarchiv Königswinter (im Folgenden StA Königswinter) Amt Oberkassel 1482, Schreiben (mit der allergrößten Wahrscheinlichkeit vom Amtsbürgermeister Oberkassel) an den Oberkreisdirektor/ Kriegsschädenfeststellungsbehörde in Siegburg vom 03.04.1947. Schröder (wie Anm. 9), Tabelle 2, S. 194 – 196, hier S. 196. In der Literatur finden sich Hinweise, es habe sowohl in Bonn als auch in Bad Godesberg in den dortigen Filialen des Warenhauses Kaufhof Sammellager für DPs gegeben, so z. B. bei Bab (wie Anm. 18), S. 75 oder Hildt/Lenz (wie Anm. 18), S. 108. Aus einer im StA Bonn (Du 642) verwahrten Nie-

nach ihrer Räumung und einer teilweisen Zwischennutzung durch die belgischen Streitkräfte zu Keimzellen der späteren Bundesministerien für Ernährung und Landwirtschaft, Arbeit, Wirtschaft und Wohnungsbau²².

Zur Ausstattung der Lager wurde alles nur Vorstellbare requiriert. Medikamente, Chemikalien zur Reinigung des von den Lagerbewohnern genutzten Trinkwassers²³, Bettwäsche und Handtücher, Matratzen, Kinderbetten, Babyausstattungen, Bekleidung aller Art für Frauen, Männer und Kinder²⁴, Zigaretten, Spielsachen, Musikinstrumente für eine Jazz-Band²⁵ wurden ebenso angefordert wie Ausrüstung für Friseur oder Büromaterial, Muttermilchpumpen oder auch verderbliche Lebensmittel²⁶. Dabei wurden zunächst noch vorhandene Warenlager oder auch Besitz von ehemals an exponierter Stelle tätigen Nationalsozialisten herangezogen. Die Requisitionsforderungen wurden immer wieder aufs Neue gestellt, da immer wieder neuer Bedarf entstand. Proteste der lokalen Behörden blieben erfolglos. Von Seiten der Militärregierung wurde sogar davon ausgegangen, dass die Ausstattung der Lager aus deutschen Ressourcen doch nur einen Akt der Rückgabe darstelle angesichts der deutschen Ausbeutung der im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebiete²⁷.

derschrift über eine Besprechung beim Bonner Landrat am 10. 04. 1945 geht jedoch eindeutig hervor, dass es sich bei den vermeintlichen DP-Lagern um Warenlager handelte.

- 22 Schumacher-Hellmold (wie Anm. 18), S. 66 f. Interessanterweise ist bei dems. keine Rede von der früheren Nutzung der Duisdorfer Kasernen als DP-Lager.
- 23 StA Bonn Du 380, Requisitionsanforderungen der US-Armee vom 04. 05. 1945.
- 24 StA Bonn Du 380, »Aufstellung der angeforderten Artikel«, erstellt vom Amtsbürgermeister Duisdorf am 22. 06. 1945; nennt z. B. 350 Kinderbetten, 1000 Herrenanzüge, 500 Damenkleider, 1000 Paar Männer- und 800 Paar Damenschuhe, je 100 Kinderkleider und Babyausstattungen, aber auch 5 Radios. StA Bonn Du 509, »Verzeichnis über beschlagnahmte Wäsche« vom 08. 06. 1945, 13 Bürger aus der Gemeinde Alfter mussten jeweils 1 Bett und zwei Handtücher für Duisdorf abgeben.
- 25 StA Bonn Du 380, Anforderung von 10.000 Zigaretten vom 27. 06. 1945. Aufforderung des Amtsbürgermeisters Duisdorf an eine Firma Klemeyer vom 30. 07. 1945, eine nicht näher spezifizierte Menge Spielzeug an das Lager Duisdorf zu liefern. Aufforderung des Amtsbürgermeisters mit demselben Datum an eine Firma Trier, Instrumente für eine Jazzband zu liefern. Eine ähnliche Anforderung der US-Armee im StA Königswinter Amt Oberkassel 1935 vom 25. 05. 1945.
- 26 StA Königswinter Amt Oberkassel 1935, Anforderung der US-Armee vom 08. 06. 1945 nach Ausrüstung für drei Friseure. Ähnlich StA Bonn Du 509, Bestätigung über Erhalt von Ausrüstung für einen Friseursalon vom 31. 05. 1945. StA Bonn Du 380, Der Amtsbürgermeister Duisdorf an die Milchverwertung in Bonn vom 27. 08. 1945: Es seien im »Ausländerlager Duisdorf« tgl. 500 l Milch abzuliefern. Anforderungen nach Brust- bzw. Muttermilchpumpen vom 04. 10. 1945 (an eine Engel-Apotheke in Duisdorf). StA Königswinter Amt Oberkassel 1935, Anforderung der US-Armee vom 19. 06. 1945 nach diversem Büromaterial. Die Aufzählung ließe sich noch fortsetzen und sei an dieser Stelle beendet. Neben den schon genannten Akten der Stadtarchive Bonn und Königswinter sind noch als einschlägige Bestände erwähnenswert StA Bonn Du 514, Du 590, Du 977 und Du 978 sowie StA Königswinter Amt Oberkassel 1927.
- 27 Bab (wie Anm. 18), 76 f.

Neben der Betreuung in den Lagern war das einzige Angebot, das die UNRRA für die DPs bereithielt, deren Repatriierung. In den ersten vier Monaten nach Kriegsende wurden etwa fünf Millionen vor allem westeuropäischer DPs in ihre Heimat zurückgeführt, was angesichts der Kriegsverwüstungen in Europa als große Leistung gewürdigt werden muss²⁸. Negativ heraus sticht dabei jedoch die nicht selten unter Gewaltanwendung vollzogene Zwangsrepatriierung sowjetischer DPs, die im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta zwischen den Westmächten und der UdSSR vereinbart worden war²⁹.

Im Winter 1945/46 kam die Repatriierung wegen des harten Winters zum Stehen; die bestehenden Assembly Centres, die nur als vorübergehende Behausung für zügig zu repatriierende Menschen angesehen worden waren, wurden zu dauerhaften Lagern, in denen insbesondere osteuropäische DPs zurückblieben, die im darauf folgenden Frühjahr größtenteils nicht mehr zu einer Rückkehr in die Heimat bereit waren – dies zum einen bedingt durch den sich ausbreitenden Einfluss der UdSSR in Osteuropa und durch kriegsbedingte territoriale Veränderungen, aber auch als Folge der Lagerexistenz, die von nicht wenigen DPs als so angenehm betrachtet wurde, dass sie diese nicht mit einer Repatriierung ins Ungewisse vertauschen wollten³⁰. Aus diesem osteuropäischen Personenkreis rekrutierte sich auch die überwiegende Mehrheit der DP-Studenten an der Universität Bonn – in der Hauptsache Balten, Polen, Jugoslawen, Ukrainer und Staatenlose.

Die baltischen Betroffenen innerhalb der DP-Gruppe unterschieden sich dabei ganz oder zumindest teilweise erheblich von denen der anderen ost-, ostmittel- und südosteuropäischen DP-Nationen – dies wurde ja schon in der eingangs geschilderten biographischen Skizze der Litauerin N. E. deutlich und soll im Folgenden vertieft werden.

Baltische (Zwangs-)Migration setzte schon 1939 im Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes ein. Da das Baltikum der sowjetischen Einflussphäre zugeschlagen worden war, sicherte sich das »Großdeutsche Reich« in einem zusätzlichen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom September 1939 das Recht, die deutschbaltische Bevölkerung »heim ins Reich« zu holen. Im Rahmen dieser Umsiedlungen kamen auch Balten ohne deutsche Abstammung nach Deutschland, die nicht im sowjetischen Machtbereich leben wollten³¹. Dies mit gutem

28 Caestecker (wie Anm. 12), S. 529. Pegel (wie Anm. 12), S. 29.

29 Lembeck (wie Anm. 13), S. 127 f. Ausführlich dazu z. B. Pavel Polian, *Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im »Dritten Reich« und ihre Repatriierung*, München/Wien 2001.

30 Caestecker (wie Anm. 12), S. 532. Pegel (wie Anm. 12), S. 32 f. Schröder (wie Anm. 9), S. 192.

31 Dabei ist durchaus umstritten, wie die Umsiedlung der Deutschbalten migrationshistorisch betrachtet einzuordnen ist, vgl. Matthias Schröder, »Rettung vor dem Bolschewismus«? Die Ansiedlung der Deutschbalten im Warthegau, in: Eckhart Neander/Andrzej Sakson (Hgg.),

Grund, wie sich zeigen sollte: Im Juni 1940 besetzte die UdSSR Litauen, Lettland und Estland. Im Gefolge dieser Okkupation wurden mindestens 53.000 Balten deportiert und zahllose weitere getötet, darunter weite Teile der politischen, ökonomischen und intellektuellen Eliten der drei Staaten, sofern diese nicht hatten fliehen können³². Im Zuge des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion im Juni 1941 geriet das Baltikum dann unter deutsche Besatzung, was zunächst von den lokalen Bevölkerungen durchaus als Akt der Befreiung gewertet wurde³³. Bei der Verfolgung und Vernichtung der baltischen Juden fand die der Wehrmacht folgende Einsatzgruppe A der deutschen Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes unter den Litauern, Letten und Esten zahlreiche willige Helfer. Die Beteiligung an den Morden bot im Einzelfall Balten, die zuvor vielleicht mit der sowjetischen Besatzungsmacht kollaboriert hatten, die Möglichkeit, sich in den Augen der deutschen Besatzer und in denen ihrer Landsleute zu »rehabilitieren«³⁴. Von deutscher Seite aus war selbstverständlich keinesfalls an die von vielen Balten erhoffte Autonomie oder gar Unabhängigkeit ihrer Staaten gedacht worden³⁵. Vielmehr ging man dazu über, baltische Arbeitskräfte für das Reich anzuwerben, zunächst auf mehr oder weniger »freiwilliger« Basis, dann in Form von Zwangsanwerbung – insgesamt etwa 12.500 Balten kamen auf diese Weise nach Deutschland. Zusätzlich wurden estnische und lettische SS-Legionen aufgestellt und nicht wenige junge Männer zum ebenfalls mehr oder weniger freiwilligen Dienst in der Wehrmacht eingezogen³⁶. Ab dem Sommer 1944 kam es dann angesichts der vorrückenden Roten Armee zu einer Massenflucht von etwa 210.000 Balten, häufig im Gefolge der Wehrmacht als erzwungene »Evakuierung«. Viele dieser Flüchtlinge erlebten das Kriegsende in Deutschland, oftmals ordentlich amtlich gemeldet. Die UdSSR verlangte nun – gemäß der

Umgesiedelt – Vertrieben: Deutschbalten und Polen 1939–1945 im Warthegau, Marburg 2010 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 29), S. 52–65, hier S. 60 f. – Michael Garleff, Art. »Baltikum: Estland, Lettland, Litauen«, in: Bade/Emmer/Lucasser/Oltmer (wie Anm. 12), S. 243–257, hier S. 248 f. Schröder (wie Anm. 11), S. 123. Tillmann Tegeler, Esten, Letten und Litauer in Nachkriegsdeutschland. Von rechtlosen Flüchtlingen zu Heimatlosen Ausländern, in: Christian und Marianne Pletzing (Hgg.), *Displaced Persons. Flüchtlinge aus den Baltischen Staaten in Deutschland* (Colloquia Baltica 12), S. 13–27, hier S. 15.

32 Jörg Baberowski, *Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus*, München/Bonn 2003/2007, S. 221. Schröder (wie Anm. 11), S. 123. Timothy Snyder, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2011, S. 202–205. Vgl. zu den umstrittenen »Bloodlands« z. B. die Rezension von Jürgen Zarusky, Timothy Snyders »Bloodlands«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (2012), S. 1–31.

33 Rolf-Dieter Müller, *An der Seite der Wehrmacht. Hitlers ausländische Helfer beim »Kreuzzug gegen den Bolschewismus« 1941–1945*, Berlin 2007, S. 158. Snyder (wie Anm. 32), S. 202, 205. Tegeler (wie Anm. 31), S. 16.

34 Müller (wie Anm. 33), S. 159, 168, 174. Snyder (wie Anm. 32), S. 202–206. Tofahrn (wie Anm. 11), S. 72.

35 Müller (wie Anm. 33), S. 159, 175.

36 Schröder (wie Anm. 11), S. 123. Spoerer (wie Anm. 3), S. 74 f. Tegeler (wie Anm. 31), S. 16.

schon erwähnten Bestimmungen von Jalta – die Repatriierung der Balten, da deren Heimatländer nun Teil der Sowjetunion seien. Die westlichen Alliierten erkannten die Annektierung der baltischen Staaten völkerrechtlich jedoch nicht an, die Betroffenen erhielten den DP-Status – dies trotz des vergleichsweise recht hohen Anteils an Kollaborateuren oder Angehörigen der Wehrmacht und der ausländischen Verbände der Waffen-SS. Während im Zuge der Repatriierungen nun die Zahl der übrigen DPs rasch abnahm, vergrößerte sich dagegen die Zahl der baltischen Flüchtlinge weiter. Es flohen zusätzlich noch Menschen aus der SBZ (Sowjetische Besatzungszone), und die baltischen Wehrmachts- und SS-Angehörigen in alliierter Kriegsgefangenschaft wurden gegen Ende des Jahres 1945 in die DP-Lager entlassen. Anspruch auf Betreuung durch die UNRRA hatte von diesen jedoch nur, wer nachweisen konnte, dass er nicht mit den Deutschen aktiv kollaboriert hatte und gegen seinen Willen zum Dienst in Wehrmacht und Waffen-SS gezwungen worden war. Im Ganzen betrachtet wird die Zahl der Kollaborateure im Baltikum und im übrigen Osteuropa nicht höher als in Westeuropa gewesen sein. Angesichts der deutschen Propaganda über vermeintliche sowjetische Gräueltaten und in Erinnerung der eigenen Erfahrungen mit dem harten Vorgehen der sowjetischen Besatzer in der Vergangenheit gab es jedoch faktisch niemanden unter den baltischen DPs, der nun zu einer Rückkehr in die sowjetisch gewordene Heimat bereit war³⁷.

Eine weitere besondere und mit dem Kriterium der Nationalität gar nicht darstellbare DP-Gruppe stellten die jüdischen Überlebenden des Holocaust und des Zweiten Weltkriegs dar.

Bei Kriegsende befanden sich im sogenannten »Altreich« – je nach Rechnung und immer eingedenk der Tatsache, dass etliche Tausend Juden direkt nach der Befreiung an den Folgen ihrer Leiden verstorben waren – zwischen 50.000 und 83.000 jüdische Überlebende. Darunter befanden sich zum einen die etwa 55.000 Überlebenden der Todesmärsche, die in den auf deutschem Boden gelegenen Konzentrationslagern befreit worden waren. Dazu kamen noch etwa 9000 deutsche Juden, die aus den nicht im »Altreich« gelegenen KZs zurückgekehrt waren. 15.000 deutsche Juden waren als »Mischlinge« – also als Personen mit teilweise jüdischer Abstammung – nicht deportiert worden. Bis zu 5000 Juden hatten im Deutschen Reich versteckt überlebt³⁸.

37 von Behrens (wie Anm. 11), S. 56. Holian (wie Anm. 8), S. 34. Jacobmeyer (wie Anm. 1), S. 81. Schröder (wie Anm. 11), S. 122 f. Tegeler (wie Anm. 31), S. 16–19.

38 David Bankier, Art. »Mischlinge«, in: Gutman/Jäckel/Longerich/Schoeps (wie Anm. 3), S. 956–958. Brenner (wie Anm. 17), S. 19. Wolfgang Jacobmeyer, Jüdische Überlebende als »Displaced Persons«. Untersuchungen zur Besatzungspolitik in den deutschen Westzonen und zur Zuwanderung osteuropäischer Juden 1945–1947, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 421–452, hier S. 421. Königseder/Wetzel (wie Anm. 17), S. 14 f. Hagit Lavsky, New

Untergebracht und versorgt wurden Juden zunächst unter dem Kriterium der nationalen Herkunft, oftmals gemeinsam mit nach wie vor antisemitisch eingestellten Landsleuten, im Einzelfall sogar Seite an Seite mit ehemaligen KZ-Aufsehern und anderen Peinigern – dies alles mit oftmals fürchterlichen psychischen Folgen für die Betroffenen. Für deutsche Juden bedeutete diese Einteilung nach Staatsbürgerschaft und nationaler Herkunft, dass sie beispielsweise in der britischen Besatzungszone Deutschlands als deutsche Staatsbürger betrachtet und als solche der deutschen Zuständigkeit übergeben wurden – eine Behandlung, die bei vielen deutschen Juden, die sich als Vertreter eines besseren Deutschland betrachteten, für Verbitterung sorgte. Die offizielle britische Erklärung hierfür lautete, dass man die rassistische Diskriminierung der NS-Zeit nicht weiterführen und außerdem verhindern wolle, dass ein neuer Antisemitismus unter den Deutschen entstehe – als Folge einer Sonderbehandlung der überlebenden Juden. Tatsächlich stand hinter der harten britischen Haltung jedoch die – wie sich zeigen sollte – berechtigte Sorge, dass es die überlebenden Juden ins britische Mandatsgebiet Palästina ziehen könnte. Aber auch antisemitische Ressentiments der Briten werden eine Rolle gespielt haben, unabhängig davon, dass Großbritannien sich sowohl vor als auch während des Zweiten Weltkrieges für verfolgte Juden engagiert hatte³⁹. Im Gefolge des Harrison-Reports, in dem der US-Regierung von Missständen in den DP-Lagern der US-Zone berichtet wurde, ging man hier dazu über, eigene DP-Lager für Juden mit deutlich höherem Lebensstandard als an den anderen Standorten einzurichten. Die britische Zone schloss sich diesem Vorgehen nicht an; hier gab es keinerlei Verständnis für die Bedürfnisse der Juden, die sich aus ihrem speziellen Opferstatus ergaben⁴⁰.

Ab dem Sommer 1946 kam es zu einem Exodus polnischer Juden, die den Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion oder sogar in Polen selbst überlebt hatten und in ihre Heimorte zurückgekehrt waren. Dort angekommen, mussten sie erleben, dass sich etwa einstige Nachbarn ihr Hab und Gut angeeignet hatten und nicht zur Rückgabe bereit waren. Auch wurde die sich etablierende und als erneute Okkupation empfundene sozialistisch-kommunistische Umgestaltung Nachkriegspolens mit antisemitischen Stereotypen wie der Gleichung »Juden =

Beginnings. Holocaust Survivors in Bergen-Belsen and the British Zone in Germany, 1945–50, Detroit 2002, S. 28 f.

39 Königseder/Wetzel (wie Anm. 17), S. 19–21, 43. Lavsky (wie Anm. 38), S. 52–55. Donate Strathmann, Jüdisches Leben in Düsseldorf und Nordrhein 1945–1949. Die Politik von britischer Militär- und nordrhein-westfälischer Landesregierung – Hilfe oder Hindernis beim Wiederaufbau?, in: Monika Grübel/Georg Mölich (Hgg.), Jüdisches Leben im Rheinland. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 238–268, hier S. 241, 243.

40 Königseder/Wetzel (wie Anm. 17), S. 35, 38, 45. Lavsky (wie Anm. 38), S. 52.

Kommunisten = Lakaien der UdSSR« in Verbindung gebracht. Es kam zu Pogromen, die schon im August 1945 einsetzten, im Juli 1946 in Kielce ihren Höhepunkt fanden und die Juden Polens in Panik versetzten. Bis zu 3000 Juden kamen in Nachkriegspolen bis Anfang 1947 ums Leben⁴¹. Das Ziel der Flüchtlingsströme aus Polen (zu dem später auch noch Juden aus Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn dazukamen) war ausgerechnet Deutschland, das Land, von dem der Holocaust ausgegangen war – bis Anfang 1948 fanden sich bis zu 250.000 osteuropäische Juden in den DP-Lagern vor allem der amerikanischen Besatzungszone ein⁴². Die DP-Lager wurden noch einmal zu Zentren des von den Deutschen weitgehend ausgelöschten osteuropäischen jüdischen Lebens, deren Bewohner sich selbst She'erit Hapletha nannten, »der Rest der Geretteten«. Darüber hinaus trugen die osteuropäischen Juden sehr viel bei zur Entwicklung neuen jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland. Hauptziel gerade der osteuropäischen jüdischen DPs war jedoch, wie schon einmal erwähnt, die Auswanderung ins damals britische Mandatsgebiet Palästina und die Errichtung eines eigenen Staates Israel. Großbritannien sperrte sich dagegen und erlaubte jährlich nur 1500 Personen weltweit eine Einwanderung nach Palästina. Langfristig war den Briten mit dieser Haltung aber kein Erfolg beschieden – die starre britische Position löste vielmehr den Kampf um die Gründung des Staates Israel aus mit dem bekannten Ergebnis der israelischen Staatsgründung im Mai 1948. Die meisten der ankommenden osteuropäischen jüdischen DPs waren religiös orthodox bis ultraorthodox orientiert und brachten, je nachdem, wo sie den Zweiten Weltkrieg überlebt hatten, unterschiedlichste Erfahrungen mit. Es kam zu zahlreichen Spannungen nicht nur zwischen den verschiedenen Gruppen der Holocaustüberlebenden, sondern auch mit der deutschen Umgebung und den deutschen Juden, die – anders als ihre osteuropäischen Leidensgenossen – vor 1933 oftmals assimiliert gelebt hatten und keine enge Verbindungen mehr zur jüdischen Kultur und Religion besaßen. Überhaupt ist es als erstaunliches Phänomen zu konstatieren, dass alle DP-Gruppen keinerlei Solidarität untereinander übten. Für die Durchsetzung und Befriedigung der eigenen Bedürfnisse kämpften die DPs nie gemeinsam, sondern nur als »Polen«, »Ukrainer« oder »Juden«⁴³.

41 Helga Hirsch, *Gehen oder bleiben? Deutsche und polnische Juden in Schlesien und Pommern 1945–1957*, Göttingen 2011, S. 83–86. Jerzy Holzer, *Polen und Europa. Land, Geschichte, Identität*, Bonn 2007, S. 124 f. Königseder/Wetzel (wie Anm. 17), S. 48–50, 54.

42 Dies., (wie Anm. 17), S. 9. Hubert Schneider, *Jüdische Displaced Persons in Deutschland nach 1945. Selbstverständnis und Wahrnehmung durch die deutsche Bevölkerung*, in: Hans-Christoph Seidel/Klaus Tenfelde (Hgg.), *Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts. Bewältigung und vergleichende Aspekte*, Essen 2007, S. 39–57, hier S. 42.

43 Holian (wie Anm. 8), S. 8 f. Laura Jockusch, *Memorialization through Documentation: Holocaust Commemoration among Jewish Displaced Persons in Allied-Occupied Germany*, in: Bill Niven/Chloe Paver (Hgg.), *Memorialization in Germany since 1945*, Basingstoke

Die jüdischen DP's wurden in großem Umfang unter der Oberaufsicht der UNRRA von eigenen Hilfsorganisationen unterstützt. Die größte unter ihnen war das noch heute existierende »American Jewish Joint Distribution Committee« (AJDC, in der Regel kurz Joint genannt). Das AJDC war schon 1914 kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs begründet worden und wurde überall dort aktiv, wo jüdische Bevölkerungen Verfolgungen und Pogromen ausgesetzt waren und leistete nach 1945 die umfangreichste Hilfe für die Überlebenden (auch für die deutschen Juden) durch Import und Verteilung von Nahrung und Kleidung und Gewährung von finanzieller Unterstützung. Darüber hinaus leistete die Organisation Hilfe zur Auswanderung, richtete einen Such- und Informationsdienst ein oder betrieb Gesundheitsfürsorge. In der britischen Zone war zusätzlich die »Jewish Relief Unit« (JRU) aktiv. Diese war der operative Arm des 1943 gegründeten britischen »Jewish Committee for Relief Abroad« (JCRA). Da die JRU nur wenig eigene Ressourcen hatte, verteilte sie vor allem Hilfslieferungen, die vom AJDC kamen, organisierte Kultur- und Bildungsprogramme und beteiligte sich an der medizinischen Betreuung der Juden in der britischen Besatzungszone. Sowohl Joint als auch JRU war es hier zwar verboten worden, die neu entstehenden deutschen jüdischen Gemeinden zu betreuen; beide setzten sich jedoch schnell darüber hinweg und beteiligten sich intensiv am Wiederaufbau der Gemeinden⁴⁴.

In der britischen Besatzungszone hielten sich 1945 etwa 20.000 Juden auf. Davon war die überwiegende Mehrheit (12.000) im ehemaligen KZ Bergen-Belsen untergebracht, während die restlichen Juden verstreut über die übrigen DP-Camps der Zone und auch außerhalb der Lager lebten⁴⁵. Unter den Juden außerhalb der Camps lebten mehrheitlich die deutschen Juden. 1945 gehörten etwa 5000 bis 6000 Menschen zu dieser Personengruppe, nicht eingerechnet die überlebenden »Mischlinge« sowie die 10.000 bis 15.000 Christen mit jüdischen Vorfahren. Auf dem Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalens machten die deutschen Juden etwa 70 % der jüdischen Gesamtbevölkerung aus⁴⁶.

Im Juli 1947 wurde die UNRRA von einer weiteren UNO-Organisation, der International Refugee Organization (IRO) abgelöst. Durch umfangreiche

2010, S. 181 – 191, hier S. 186. Königseder/Wetzel (wie Anm. 17), S. 7, 9, 42 f. Anke Quast, Nach der Befreiung. Jüdische Gemeinden in Niedersachsen seit 1945 – das Beispiel Hannover (Veröffentlichungen des Arbeitskreises Geschichte des Landes Niedersachsen nach 1945 17), Göttingen 2001, S. 147 f.

44 Königseder/Wetzel (wie Anm. 17), S. 58, 65. <http://www.jdc.org/>. Lavsky (wie Anm. 38), S. 95–97. Quast (wie Anm. 43), S. 221, 223. Strathmann (wie Anm. 39), S. 244.

45 Lavsky (wie Anm. 38), S. 60. <http://bergen-belsen.stiftung-ng.de/de/geschichte/dp-camp/juedisches-dp-camp.html> (29.3.2012).

46 Micha Guttman, Jüdische Geschichte in Nordrhein-Westfalen, in: Michael Zimmermann (Hg.), Die Geschichte der Juden im Rheinland und in Westfalen (Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens 11), S. 260 – 310, hier S. 264. Quast (wie Anm. 43), S. 54.

Überprüfungsaktionen ermittelte die IRO zunächst einmal die Anspruchsbe-
rechtigung der in Deutschland verbliebenen DP's auf Versorgung und Unter-
stützung und führte die Repatriierungsprogramme der UNRRA für drei Monate
weiter, wobei die Organisation all denjenigen, die gute Gründe wie beispiels-
weise drohende Verfolgung in der Heimat vorbringen konnten, das Recht auf
Verweigerung der Repatriierung einräumte⁴⁷. Als Alternative zur Rückkehr in
die Heimat konnte sie den DP's darüber hinaus die Möglichkeit einer Neuansiedlung
zumeist in Übersee anbieten – das Resettlement. Dabei lautete der
Auftrag der Organisation, möglichst innerhalb von zwei Jahren so viele DP's zur
Auswanderung zu bewegen, dass die wahrscheinlich übrig bleibenden Men-
schen problemlos in die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft integriert werden
konnten⁴⁸. Pikanterweise waren weder die UdSSR noch andere osteuropäische
Staaten, aus denen die Klientel der IRO in Deutschland hauptsächlich stammte,
in dieser Organisation vertreten – sie hielten das Resettlement für überflüssig,
beschuldigten den Westen, die Osteuropäer von einer möglichen Rückkehr
abzuhalten und bestanden auf der Repatriierung ihrer Staatsbürger⁴⁹. Der all-
mählich sich entwickelnde Kalte Krieg machte sich auch auf dem Feld der
Flüchtlings- und DP-Betreuung bemerkbar⁵⁰.

Zwischen 1947 und 1951 wanderten etwa eine Millionen Menschen unter
IRO-Auspizien in bis zu 84 Länder weltweit aus. Dabei bildeten polnische DP's
die größte Gruppe, gefolgt von Balten, Jugoslawen und Ukrainern. Kleinere
Kontingente stellten Ungarn, Rumänen, Tschechoslowaken, Bulgaren und
Weißrussen⁵¹. Die größten Aufnahmeländer in Übersee waren die USA, Aus-
tralien und Kanada. Zusätzlich emigrierten bis 1951 etwa 70.000 jüdische DP's
nach Israel, weitere 53.000 zog es in die USA und andere Staaten. Von diesen
hatten viele nicht mehr in den DP-Lagern in Deutschland ausharren wollen, bis
sie endlich nach Israel auswandern konnten. Von den USA aus zogen dann viele
Juden weiter nach Israel – etwa 2/3 der jüdischen DP's in Deutschland hatten es
schlussendlich dann doch, wenn auch auf Umwegen, nach Palästina geschafft.
Auch europäische Staaten wie Großbritannien, Frankreich und Belgien nahmen
DP's auf⁵². Die Beweggründe waren dabei nicht nur humanitärer Natur, sondern

47 Caestecker (wie Anm. 12), S. 530. Diana Kay, *The Resettlement of Displaced Persons in Europe, 1946–1951*, in: Robin Cohen (Hg.), *The Cambridge Survey of World Migration*, Cambridge 1995, S. 154–158, hier S. 154. Pegel (wie Anm. 12), S. 42.

48 Eckert (wie Anm. 15), S. 204. Louise W. Holborn, *The International Refugee Organization. A specialized Agency of the United Nations. Its History and Work 1946–1952*, London/New York/Toronto 1956, S. 1. Jacobmeyer (wie Anm. 1), S. 163 f.

49 Henriette von Holleufer, *Zwischen Fremde und Fremde. Displaced Persons in Australien, den USA und Kanada 1946–1952*, S. 88. Kay (wie Anm. 47), S. 157.

50 Pegel (wie Anm. 12), S. 33.

51 Holleufer (wie Anm. 49), S. 88. Kay (wie Anm. 47), S. 154.

52 Jacobmeyer (wie Anm. 38), S. 424. Kay (wie Anm. 47), S. 154.

entsprangen vielfach ökonomischen Notwendigkeiten, da es weltweit in vielen Ländern einen scharfen Mangel an Arbeitskräften oder noch unerschlossene Bodenschätze oder Landstriche gab. DPs schienen die Möglichkeit zu bieten, diesem Mangel abzuhelpfen. Es wurde nicht jede DP in die jeweiligen Aufnahmeländer gelassen, sondern nur bestimmte Personengruppen nach einem von Land zu Land unterschiedlichen Aufnahmeverfahren ausgewählt. Neben DPs mit ausgezeichneter Gesundheit wurden entweder nur alleinstehende Paare oder Männer und Frauen oder nur alleinstehende Männer gesucht, was in der Praxis zur Trennung von Familienverbänden führen konnte⁵³.

In Deutschland blieben all diejenigen zurück, die durch das Raster der Auswahlkriterien des Resettlement gefallen waren – etwa 150.000 DPs, insbesondere Alte, Kranke und Familien mit vielen Kindern, ein »soziales Trümmerfeld⁵⁴«, das am 30. Juni 1950 von den Besatzungsmächten in die Zuständigkeit der jungen Bundesrepublik Deutschland übergeben wurde – vor dem Hintergrund der ihnen von Deutschen zugefügten Leiden nicht für jede DP eine angenehme Vorstellung⁵⁵. Im April 1951 trat das »Gesetz über die Rechtsstellung Heimatloser Ausländer«, wie die DPs nun hießen, in Kraft – ein Gesetz, das von der Alliierten Hohen Kommission verlangt worden war zur Sicherung der Rechtsstellung der ehemaligen DPs. Es fand in sehr vielen Bereichen wie Freizügigkeit, Eigentumserwerb, Bildungswesen, Berufswahl oder Sozialfürsorge eine weitgehende Gleichstellung mit der deutschen Bevölkerung statt. Verwehrt wurde jedoch eine von DP-Verbänden geforderte Gleichstellung mit deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen. Das Gesetz brachte die Bundesrepublik ihrem Ziel, nach dem Krieg wieder in die internationale Gemeinschaft aufgenommen zu werden, ein Stück näher. Die Heimatlosen Ausländer selber profitierten nicht direkt davon: Bedingt durch die von den Alliierten gewollte jahrelange Abschottung der DPs von den Deutschen in den Lagern und die Tradierung von alten NS-Vorurteilen gegen »Fremdarbeiter« funktionierte die Integration in die westdeutsche Wirtschaft und Gesellschaft zunächst noch nicht reibungslos; die Heimatlosen Ausländer blieben eine Randgruppe⁵⁶.

53 Holleufer (wie Anm. 49), S. 163. Kay (wie Anm. 47), S. 155. Pegel (wie Anm. 12), S. 46 f.

54 Jacobmeyer (wie Anm. 1), S. 169.

55 Pegel (wie Anm. 12), S. 50.

56 Caestecker (wie Anm. 12), S. 533. Jacobmeyer (wie Anm. 1), S. 52, 209, 228 f. Pegel (wie Anm. 12), S. 5. Zur Vertiefung in die DP-Thematik, die hier nur unvollständig dargestellt werden konnte, seien empfohlen: Holian (wie Anm. 8), Jacobmeyer (wie Anm. 1), Königseder/Wetzel (wie Anm. 17), Lavsky (wie Anm. 38), Pegel (wie Anm. 12), Stanisław Stepień (wie Anm. 15) sowie Mark Wyman, *DPs. Europe's Displaced Persons, 1945–1951*, Ithaca/London 1998.

DP-Studium an der Universität Bonn

Kriegsbedingt hatten die DPs ihre jeweiligen Bildungswege oder ihre beruflichen Laufbahnen unterbrechen müssen. In den überall in den Camps entstehenden Lagerschulen konnten alle Schulabschlüsse bis hin zur Hochschulreife abgelegt und nachgeholt sowie Berufsausbildungen absolviert werden, wobei die Angehörigen der verschiedenen DP-Nationen den Unterricht nach den Curricula ihrer Heimatländer und in der jeweiligen Muttersprache organisierten. Dies diente nicht zuletzt dazu, angesichts der tatsächlichen oder vermeintlichen Unmöglichkeit der Rückkehr in die Heimat die nationale Identität zu bewahren und diese an die Kinder weiterzugeben⁵⁷.

Zumindest vorübergehend hatten die Studierwilligen unter den DPs sogar die Möglichkeit, an eigens für sie eingerichteten Hochschulen zu studieren. Zu den bekanntesten Universitäten dieser Art gehörten zum einen die Baltische Universität in Hamburg (später Pinneberg), die auf Initiative von geflohenen lettischen Professoren begründet wurde. Von 1946 bis 1949 bildete sie etwa 2600 baltische Studenten aus oder bereitete sie auf die Fortsetzung ihres Studiums an einer deutschen Universität vor. Zum anderen bestand bis 1947 in München die UNRRA-Universität, zu deren Absolventen Studenten aller DP-Nationen sowie viele jüdische DPs zählten. Unter den Dozenten der UNRRA-Universität befanden sich zahlreiche »Altemigranten« aus dem vorrevolutionären Russland oder der Ukraine. Für Bonn hatte die britische Militärregierung um die Jahreswende 1945/46 vorübergehend an die Einrichtung einer DP-Universität mit 250 Studienplätzen in den Duisdorfer DP-Lagern gedacht. Diese Pläne konnten jedoch nicht realisiert werden, da weder ausreichend Platz vorhanden war noch witterungsbedingt die Möglichkeit bestand, die nicht studierenden Lagerbewohner auf andere Standorte aufzuteilen. Den Normalfall eines DP-Studiums stellte also das Studium an einer deutschen Universität dar – so wie beispielsweise an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn⁵⁸.

57 Gabriele Dietz-Görrig, *Displaced Persons. Ihre Integration in Wirtschaft und Gesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen*, Diss. Düsseldorf 1982, S. 82. Laura Hannemann, »Sehr fleißig und im Examen recht gut.« *Displaced Persons an der Universität Bonn 1945 – 1950*, in: Thomas Becker (Hg.), *Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im »Dritten Reich« und in der Nachkriegszeit*, Bonn/Göttingen 2008, S. 273–300, hier S. 274. Marcus Velke, *Zwischen Universität und Lagerleben. Zum Studium von Displaced Persons in Bonn und Köln*, in: *Geschichte im Westen* 25 (2010), S. 177–207, hier S. 180 f. Wyman (wie Anm. 56), S. 99–101.

58 Christian George, *Studieren in Ruinen. Die Studenten der Universität Bonn in der Nachkriegszeit 1945 – 1955* (Bonner Schriften zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 1), Göttingen 2010, S. 174. Velke (wie Anm. 57), S. 179 f. Ausführlich zur Geschichte der Baltischen Universität Angelika Eder, *Die Baltische Universität 1946 – 1949*, in: *Baltica* 10 (1997), S. 9–27. Zur Geschichte der UNRRA-Universität Anna Holian, *Displacement and the Post-*

Die schon zum Wintersemester 1945/46 wiedereröffneten Universitäten der britischen Besatzungszone hatten 10 % ihrer Studienplätze für DP-Studenten freizuhalten. Angesichts der schweren Kriegszerstörungen in Bonn (zwischen Oktober 1944 und März 1945 waren in mehreren Bombenangriffen unter anderen das Hauptgebäude der Universität sowie das Poppelsdorfer Schloss, die Universitätskliniken und etliche weitere Institute schwer beschädigt worden) wurde der Universität die Wiedereröffnung mit 2500 Studenten gestattet. Da die DPs im Allgemeinen in Lagern lebten und den kriegsbedingt knappen Wohnraum in den Städten nicht beanspruchten, konnten die sich aus der 10 %-Quote ergebenden DP-Studentenzahlen auf die Gesamtquote der Studierenden aufgeschlagen werden; es wurde also wohl keinem deutschen Studenten die Aufnahme wegen der 10 %-Regelung verweigert⁵⁹. Die Quote wurde 1947 auf 2 % abgesenkt. Die britische Militärregierung hatte einsehen müssen, dass die alte Quote zu hoch angesetzt war und für die Universitäten Probleme mit sich bringen konnte: So mussten manche Hochschulen trotz mangelnder Qualifikation jeden DP-Studenten aufnehmen, wenn die Quote nicht erreicht wurde; Plätze blieben – auch in Bonn – unbesetzt. Bezüglich der Frage eines Universitätsstudiums garieten die Besatzungsmächte, aber auch UNRRA und IRO in ein Dilemma. So war man auf der einen Seite bestrebt, die DPs das Beste aus ihrem Aufenthalt in Deutschland machen zu lassen und sie in ihrem beruflichen Fortkommen zu unterstützen; auf der anderen Seite galt ein Studium mit womöglich mehrjähriger Bindung an den Studienort als Hindernis für Repatriierung und Resettlement⁶⁰.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die ungefähre zahlenmäßige Entwicklung des DP-Studiums in Bonn – ungefähr deswegen, weil sich aus dem Zahlenmaterial des Bonner Universitätsarchivs zwar recht genaue, aber teilweise auch widersprüchliche Angaben rekonstruieren lassen⁶¹.

War Reconstruction of Education: Displaced Persons at the UNRRA University of Munich, 1945–1948, in: *Contemporary European History* 17 (2008), S. 167–196 sowie Bernhard Zittel, Die UNRRA-Universität in München 1945–1947, in: *Archivalische Zeitschrift* 75 (1979), S. 281–301 und Boris Pawlow, Das kurze Dasein der internationalen UNRRA-Universität. Aus den Erinnerungen eines D.P., in: *Kontinent* 1 (1985), S. 85–92.

59 Christian George, Neubeginn in Trümmern. Die Universität Bonn von ihrer Zerstörung bis zur Absetzung des ersten Nachkriegsrektors Heinrich M. Konen, in: Becker (wie Anm. 57), S. 223–244, hier S. 225, 229. Ders. (wie Anm. 58), S. 39 f. Hannemann (wie Anm. 57), S. 273, 278 mit Anm. 18. Velke (wie Anm. 57), S. 178.

60 Hannemann (wie Anm. 57), S. 277 f., 280 mit Anm. 26. Manfred Heinemann, Nordwestdeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1948 II (Geschichte von Bildung und Wissenschaft Reihe C: Editionen 1/1,2), S. 326 f.: Konferenz in Hamburg 22./23.04.1947.

61 Die Zahlen basieren auf einer offiziellen Aufstellung aus dem Jahr 1949, die der damalige Rektor Klausner für die Militärregierung anzufertigen hatte, zu finden in UA Bonn UV 69/327. Die Aufstellung selber beruht ihrerseits wiederum auf einer undatierten älteren Liste »DP-Studenten«, die im Wintersemester 1949/50 noch einmal handschriftlich ergänzt worden ist,

Semester	Männer	Frauen	Gesamtzahl
WS 45/46	150	51	201
SoSem 46	218	75	293
WS 46/47	246	82	328
SoSem 47	269	78	347
WS 47/48	247	81	328
SoSem 48	249	65	314
WS 48/49	236	60	296
SoSem 49	215	61	276
WS 49/50	107	23	130

Aus den Zahlen wird deutlich, dass das DP-Studium eine eindeutig männerdominierte Angelegenheit war.

Die Bonner Universität wurde in der britischen Besatzungszone zum wichtigsten Standort für studierende DPs an deutschen Hochschulen, dies macht ein Vergleich mit anderen Standorten klar: So war in Köln der Höhepunkt der DP-Studentenzahlen im Sommersemester 1947 mit 113 Studenten erreicht. In Münster waren zwischen dem Wintersemester 1945/46 und dem Wintersemester 1949/50 42 bis 115 DPs immatrikuliert, an der Technischen Hochschule Hannover maximal 78. Die Universität Hamburg zählte im Sommersemester 1946 208 und im Wintersemester 1949 194 DP-Studenten⁶². Aus der gesamten, anfänglich nach Millionen zählenden DP-Gruppe fand also nur eine kleine Minderheit den Weg an die Universitäten. Es scheint nicht zuviel spekuliert, dass dies auch Folge der unmenschlichen Behandlung gewesen sein dürfte, die die Mehrheit der DPs als KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter hatte erdulden müssen.

Die DP-Nationalitäten verteilten sich wie folgt⁶³: Die größten Nationalitätengruppe war die der Balten (wobei sich die Anteile der Esten, Letten und Litauer immer ungefähr die Waage hielten), dicht gefolgt von den Polen:

Semester	Verhältnis Balten / Polen
WS 1945/46	90 / 102
SoSem 1946	152 / 113

in: UA Bonn UV 69/326. Vgl. auch George (wie Anm. 58), S. 176 mit Anm. 295, der auf teilweise leicht abweichende Zahlen kommt.

62 George (wie Anm. 58), S. 174. Hannemann (wie Anm. 57), S. 279. Schröder (wie Anm. 11), Tabelle S. 289. Frauke Steffens, »Innerlich gesund und an der Schwelle einer neuen Zeit«. Die Technische Hochschule Hannover 1945 – 1956 (Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 37), Stuttgart 2011, S. 164. Patrick Wagner, Displaced Persons in Hamburg. Stationen einer halbherzigen Integration 1945 – 1958, Hamburg 1997, S. 60.

63 Nach: Liste »Ausländer« in: UA Bonn UV 69/326; die Zahlen gehen bis zum WS 1948/49.

(Fortsetzung)

Semester	Verhältnis Balten / Polen
WS 1946/47	194 / 100
SoSem 1947	191 / 91
WS 1947/48	161 / 82
SoSem 1948	151 / 86
WS 1948/49	157 / 86

Die nächste große Gruppe wurde von den Jugoslawen gestellt, gefolgt von Ukrainern und Staatenlosen⁶⁴:

Semester	Verhältnis Ukrainer / Jugoslawen / Staatenlose
WS 1945/46	4 / 17 / 2
SoSem 1946	12 / 29 / 7
WS 1946/47	26 / 35 / 5
SoSem 1947	28 / 28 / 6
WS 1947/48	31 / 39 / 5
SoSem 1948	37 / 37 / 5
WS 1948/49	34 / 38 / 6

Die zahlenmäßige Dominanz der Balten lässt sich nicht eindeutig erklären. Für die Zeit ab 1949 kann angenommen werden, dass die Möglichkeit der Unterbringung unter Landsleuten und Schicksalsgenossen beim Baltischen Christlichen Studentenbund (BCSB) in Hangelar und Bad Godesberg eine Rolle spielte. Gegründet wurde dieser Bund schon 1947 vom lettischen Pastor Jāzeps Urdze, der 1941 im Rahmen der Umsiedlung der Deutschbalten ins »Großdeutsche Reich« gekommen war⁶⁵.

Der Bund hatte an vielen deutschen Universitäten und Hochschulen etliche Mitglieder und engagierte sich besonders in der ökumenischen Bibelarbeit⁶⁶. Seit 1949 kümmerte sich Urdze um die Einrichtung eines eigenen Zentrums für den Bund, zu dem auch ein Wohnheim für baltische Studenten gehören sollte, die im Rahmen des Resettlement nicht zum Zuge kamen – sei es, weil sie zu krank oder weil sie als ehemalige Mitglieder der Wehrmacht (unabhängig davon, ob freiwillig mitgemacht oder unter Zwang eingezogen) in den Aufnahmelän-

64 Wiederum aus: Liste »Ausländer« in: UA Bonn UV 69/326.

65 Austra Rudzīte, Nachruf auf Jāzeps und Paulis Urdze, in: Baltisches Jahrbuch 1985, S. 168–176, hier S. 169. Im Jahre 2011 wurde der BCSB in Baltischer Christlicher Bund e. V. umbenannt da die Arbeit mit Studenten nicht mehr im Vordergrund steht; vgl. <http://www.annaberg.de/index.php/bcsb> (30.03.2012).

66 Jāzeps Urdze, Der Baltische Christliche Studentenbund, in: Baltisches Jahrbuch 1984, S. 53 f., hier S. 53.

dern nicht erwünscht waren. Es war ihm gelungen, vom Finanzamt Düsseldorf ein Gebäude des ehemaligen Militärflugplatzes Hangelar bei Bonn zu pachten; dort errichtete Urdze nun in Eigenregie gemeinsam mit den zukünftigen Bewohnern ein Studentenwohnheim, das aber ebenso Balten aufnehmen sollte, die eine Berufsausbildung absolvierten⁶⁷. Die selbstorganisierte Bautätigkeit wurde finanziert aus Spenden von Balten weltweit; bis zum Herbst 1950 war geplant, Platz für 20 Bewohner zu schaffen. 1951 lebten schon 60 Bewohner in Hangelar, die auch in christlicher Laienarbeit geschult wurden mit dem Zweck, gemäß der christlichen Ausrichtung des Bundes seelsorgerisch und missionierend in DP-Lagern tätig zu werden⁶⁸. Immer wieder wandte sich Pastor Urdze an die Landesbehörden in Nordrhein-Westfalen und erreichte immer wieder finanzielle Förderung, um den Ausbau und die Ausstattung des Heimes vorantreiben zu können⁶⁹. Darüber hinaus beantragte Pastor Urdze Beihilfen beim Land, um seine Schützlinge versorgen zu können – bis zum Umzug nach Hangelar wurden diese ja in ihren Herkunftslagern betreut und versorgt. Bei seinem Antrag auf Unterstützung der Bewohner bezog sich Urdze auf die Unterstützungssätze, die deutsche Studenten in vergleichbarer Lage gewährt wurden. In Hangelar war anfangs immerhin die Unterkunft für die Bewohner umsonst, da alle mitgebaut hatten; es blieb nur noch die Finanzierung von Strom, Heizung und Verpflegung zu regeln. Im Dezember 1950 wurde Pastor Urdze vom Sozialministerium NRW für alle Bewohner seines Heimes ein Pflegesatz von 2 DM/Tag bewilligt anstelle der bei Lagerunterbringung gewährten Unterkunft und Verpflegung; mit diesem Geld waren aber neben den allgemeinen Unkosten auch alle anfallenden Gebühren fürs Semester zu bestreiten⁷⁰. Die Unterhaltsbeihilfe musste jeden Monat erneut beantragt werden; mit Immatrikulationsbescheinigungen musste nachgewiesen werden, dass die Empfänger auch tatsächlich in Bonn immatrikuliert waren⁷¹. Für die neuankommenden studierwilligen Balten stellte der Bund nicht nur eine Unterkunft und Verpflegung bereit, sondern übernahm beispielsweise

67 Rudzite (wie Anm. 65), S. 171. Urdze (wie Anm. 66), S. 53. Landesarchiv NRW Standort Rheinland (im Folgenden LAV R) NW 67/1420: Pastor Urdze an Landrat Hecker im Sozialamt für Ausländer vom 14. 10. 1950.

68 Urdze (wie Anm. 66), S. 53. LAV R NW 67/1420: Pastor Urdze an Landrat Hecker im Sozialamt für Ausländer vom 02. 11. 1950.

69 In den Beständen des Landesarchivs NRW findet sich sehr viel Korrespondenz dazu, z. B. in LAV R NW 60/1020 oder NW 144/142.

70 LAV R NW 67/1420: Pastor Urdze an Landrat Hecker im Sozialamt für Ausländer vom 14. 10. und 02. 11. 1950. Oberregierungsrat Granitzky an Sozialamt für Ausländer in Münster vom 29. 12. 1950.

71 Etliche dieser monatlichen Anträge finden sich für die Jahre 1954 und 1955 in LAV R NW 67/1409.

auch den Schriftverkehr mit der Universität Bonn bezüglich der Zulassung zum Studium⁷².

1952 musste das Gelände in Hangelar geräumt werden, da der Bundesgrenzschutz den Flugplatz benötigte. Eine überstürzte Zwangsäumung konnte unter anderem mit Hilfe des Bundesvertriebenenministeriums und des Sozialministeriums NRW verhindert werden; mit Hilfe dieser Ministerien konnte der Bund auch eine Entschädigung für die bislang verbauten Sachwerte in Hangelar erstreiten. Mit dem Geld aus dieser Entschädigung wurde das auch heute noch bestehende Domizil des Bundes, das Haus Annaberg, in Bad Godesberg erworben; wiederum wurden die notwendigen Bauarbeiten an dem kriegsbeschädigten Herrenhaus von den Studenten in Eigenregie durchgeführt, teilweise in »ökumenischen Arbeitslagern«, bei denen auch nichtbaltische Studenten aus Bonn mitbauten⁷³. Und auch für Haus Annaberg beantragte Urdze erfolgreich Landeszuschüsse für Ausbau und Ausstattung des Studentenwohnheimes⁷⁴.

1956 nahm Annaberg in einem eigens dafür umgebauten angrenzenden früheren Försterhaus ungarische Exilstudenten auf; ab 1957 wurden Umbauten durchgeführt, die nach und nach aus Annaberg das heute noch existierende Tagungszentrum machten⁷⁵. Darüber hinaus veranstaltete Annaberg seit 1954 in den Sommerferien ein- bis zweiwöchige Erholungsfreizeiten für Mütter mit ihren Kindern aus Wohnsiedlungen für Heimatlose Ausländer in Köln-Westhoven und Düsseldorf-Rath. Unter diesen Müttern befanden sich viele, »die durch die Pflege ihrer oft geistesschwachen Kinder oder aus anderen Gründen physisch und geistig erschöpft sind⁷⁶.« Der Aufenthalt der Mütter und Kinder inklusive Verpflegung und kleinerer Ausflüge wurde aus Spenden der Arbeiterwohlfahrt in Bonn und eines lettischen Hilfskomitees in den USA finanziert. Versuche, hierfür auch die finanzielle Unterstützung des Landes NRW zu erhalten, scheiterten an nicht vorhandenen Geldmitteln⁷⁷.

Die Immatrikulation der DPs zum ersten Bonner Nachkriegssemester wurde erst nach der Zulassung der deutschen Studienbewerber vollzogen und dauerte bis in den März 1946 an. Die ersten wurden schon im November 1945 zugelassen. Der große Ansturm setzte dann ab Mitte Januar 1946 ein. Die Entscheidung über die jeweilige Zulassung lag anfangs bei der britischen Militärregierung, eine

72 Vgl. z. B. UA Bonn UV 69/327: Baltischer Christlicher Studentenbund an den Bonner Rektor vom 29.07.1950: Anträge von 10 baltischen Studenten mit der Bitte um Zulassung.

73 LAV R NW 144/142: Baltischer Christlicher Studentenbund an Kultusminister NRW vom 01.07.1952. Rudzite (wie Anm. 65), S. 172 f. Urdze (wie Anm. 66), S. 54.

74 Die Korrespondenz dazu in LAV R NW 144/142.

75 Ebd.: Pastor Urdze an den Kultusminister NRW vom 29.11.1956 und 31.10.1957. Rudzite (wie Anm. 65), S. 173.

76 LAV R NW 67/1413: Pastor Urdze an Regierungsdirektor Schaumburg vom 12.07.1956.

77 Ebd.: Pastor Urdze an Regierungsdirektor Schaumburg vom 12.07.1956; Arbeits und Sozialminister NRW an Pastor Urdze vom 10.08.1956.

Direktbewerbung bei den Hochschulen war nicht gestattet⁷⁸. In den ersten Monaten des Nachkriegsemesters herrschte beträchtliches Chaos bezüglich der Zulassung der DP-Studenten: Diese erschienen oft unangekündigt einzeln oder in Gruppen mit der Behauptung, die Militärregierung habe ihnen dies gestattet. Ebenfalls beliebt war der Versuch, sich an den Universitäten für Fächer einzuschreiben, die gar nicht unterrichtet wurden. Bis zum Sommer 1946 wurde daraufhin in der Britischen Besatzungszone ein einheitliches Zulassungsverfahren entwickelt: DP-Studienbewerber sandten ihre Unterlagen über die Leitung ihres jeweiligen Herkunftslagers an das zonale UNRRA-Hauptquartier. Hier war ein Ausschuss eingerichtet worden, der aus Mitarbeitern der UNO-Organisation, je drei Vertretern der Balten und Polen sowie einem Repräsentanten für die deutschen Universitäten bestand. Anhand der eingereichten Unterlagen wurde über Zulassung oder Ablehnung der Bewerber entschieden⁷⁹.

Von den Studierwilligen wurden neben dem Nachweis der Hochschulreife ausreichende Deutschkenntnisse verlangt. Wer über diese nicht verfügte, erhielt in Bonn die Möglichkeit, diese in entsprechenden Deutschkursen zu erlangen. Nachgewiesen sind solche von der Auslandsstelle der Universität eingerichteten Kurse für das WS 1948/49, ob es solche aber auch schon davor gab, bleibt unklar. In den Vorlesungsverzeichnissen der Universität Bonn waren Kurse dieser Art jedenfalls nicht aufgeführt; sie waren somit offenbar nicht Teil des regulären Lehrangebots⁸⁰.

Der Nachweis der Hochschulreife gestaltete sich mitunter sehr schwierig. Gerade die Deportierten oder die Kriegsgefangenen unter den DPs hatten nicht mehr die Möglichkeit gehabt, entsprechende Nachweise nach Deutschland mitzunehmen⁸¹. Entsprechende Unterlagen konnten ansonsten auch bei der Einweisung in ein KZ den Betroffenen abgenommen und vernichtet worden oder durch kriegsbedingte Zerstörungen abhanden gekommen oder, wenn sie die DP doch noch bei sich führte, im jeweiligen DP-Lager im Rahmen eines Diebstahls verloren gegangen sein⁸². An der Universität Bonn wurde bei fehlenden Nach-

78 George (wie Anm. 58), S. 175 f. Hannemann (wie Anm. 57), S. 279 mit Anm. 20.

79 Velke (wie Anm. 57), S. 181.

80 George (wie Anm. 58), S. 182. Velke (wie Anm. 57), S. 182.

81 Hannemann (wie Anm. 57), S. 286.

82 Letzteres widerfuhr z. B. dem an der Universität Bonn für »Ökonomie« eingeschriebenen Polen J. D.: Nach noch in Polen erfolgter Ausbildung im Molkereiwesen war Herr D. in verschiedenen polnischen Molkereibetrieben sowohl als Fach- wie auch als einfacher Arbeiter tätig und wurde nach 1939 vom »Arbeitsamt der deutschen Besatzungsbehörde« nach Deutschland dienstverpflichtet. Er hatte offenbar Zeit, sowohl sein Abiturzeugnis als auch das Zeugnis der Fachhochschule mitzunehmen, in der er in Polen ausgebildet worden war – ein Arbeitgeber aus Berlin, bei dem Herr D. eingesetzt wurde, bestätigte ihm in einer Bescheinigung, die er bei der Immatrikulation vorlegte, dass er seinerzeit bei seiner Einstellung in Deutschland die entsprechenden Zeugnisse vorgelegt habe. Nach Kriegsende jedoch seien

weisen die Hochschulreife der DPs durch eine eigens eingerichtete Kommission, bestehend aus zwei osteuropäischen Dozenten der Universität und Vertretern eines polnischen DP-Gymnasiums in Köln-Mülheim, überprüft. Bei den osteuropäischen Dozenten handelte es sich um die Professoren Jaroslaw Pasternak und Wladimir Szykarski; beide beherrschten die wichtigsten Sprachen Osteuropas, kannten die dortigen Schulsysteme und halfen als DP-Tutoren den Studenten, beispielsweise wenn Sprachprobleme auftraten beim Kontakt mit der Universitätsverwaltung. Darüber hinaus wohnten sie unter den DP-Studenten, wodurch zum einen eine problemlose Kontaktaufnahme, zum anderen aber auch eine Möglichkeit der Kontrolle gegeben war⁸³.

Ein Blick in das Verzeichnis der Bonner Professoren und Dozenten sowie in die Bonner Universitätschronik erhellt zumindest ein wenig die Kompetenz der beiden DP-Tutoren:

Pasternak wurde 1892 geboren und studierte 1910 bis 1914 im westukrainischen Lemberg, das damals zu Österreich-Ungarn gehörte⁸⁴. Ein wenig unklar bleibt dabei die ethnische Zugehörigkeit Pasternaks: Da er als osteuropäischer Dozent bezeichnet wird, liegt es nahe, in ihm entweder einen ethnischen Ukrainer oder Russen zu sehen – die Quellen erlauben hier keine genauere Eingrenzung. 1922 bis 1925 setzte Pasternak seine Studien in Prag fort, promovierte dort 1925 und habilitierte sich 1932 ebenfalls in Prag. Zunächst arbeitete er als Leiter der Theologischen Akademie in Lemberg, das nun zu Polen gehörte, um dann in Lemberg bis 1939 als ordentlicher Professor zu wirken. Über das Schicksal Pasternaks im Zweiten Weltkrieg ist nichts in Erfahrung zu bringen. Ab 1947 hatte Pasternak dann einen Lehrauftrag in Bonn für die Fächer Vor- und Frühgeschichte Osteuropas. Er muss jedoch schon 1945 an der Bonner Universität tätig gewesen sein, da er im Verzeichnis der Bonner Professoren seit November 1945 als »Betreuer der DP-Studenten« bezeichnet wird; ob er auch in dieser Zeit an der Bonner Universität gelehrt oder sich nur um die DP-Studenten gekümmert hat, bleibt unklar. Bis zu seiner Auswanderung nach Kanada im April 1949 blieb Pasternak als Tutor für die DP-Studenten tätig⁸⁵.

Etwas mehr lässt sich zum zweiten DP-Tutor, Szykarski, berichten. Dieser wurde 1884 in Litauen geboren und studierte in Moskau 1910 bis 1914 Philosophie. Ob er auch in Moskau promoviert und habilitiert wurde, lässt sich nicht

ihm im DP-Lager mit seiner Kleidung die Zeugnisse gestohlen worden und somit nicht mehr verfügbar; vgl. Exmatrikulationsakte J. D. in UA Bonn. UA Bonn UV 69/176 (2): Undatiertes Schreiben von Rektorat und Senat zur Zulassung von ausländischen Studierenden in Bonn.

83 Hannemann (wie Anm. 57), S. 285 f.

84 Andreas Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, München ³2009, S. 112 f. Otto Wenig (Hg.), *Verzeichnis der Professoren und Dozenten der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818 – 1968*, Bonn 1968, S. 220.

85 Kappeler (wie Anm. 84), S. 207. Wenig (wie Anm. 84), S. 220.

mehr ermitteln; sicher ist jedoch, dass Szykarski 1914 bis 1917 als Privatdozent in Moskau tätig war, dann 1917/1918 an der Universität Tartu/Estland. 1919 bis 1924 lehrte er in Vilnius, der alten Hauptstadt Litauens, ab 1924 an der neu gegründeten Universität im litauischen Kaunas⁸⁶. Seit 1940 befand sich Szykarski an der Universität Bonn. Wie er nach Bonn kam, und welches Schicksal er während des Zweiten Weltkrieges erlitten hat, lässt sich wie bei Professor Pasternak nicht mehr rekonstruieren. Offenbar sollte er einen Lehrauftrag erhalten; dieser konnte ihm jedoch »wegen des Einspruches der nationalsozialistischen Regierung⁸⁷« erst 1946 erteilt werden; er wurde zum »Honorarprofessor für Geistesleben des slawischen Ostens⁸⁸« – sicherlich ein Fach, das während der NS-Herrschaft nicht unbedingt zu den von den Machthabern gern gesehenen akademischen Disziplinen gehört haben dürfte. 1960 ist Szykarski in Bonn gestorben⁸⁹.

Die Vertreter des polnischen Gymnasiums innerhalb der Bonner Prüfungskommission setzten sich zusammen aus drei Lehrern: ein klassischer Philologe, ein Mathematiker und ein Polonist⁹⁰. Direkte Spuren hinterlassen hat diese Prüfungskommission in den Bonner Immatrikulationslisten der polnischen DP-Studenten⁹¹: Als Anhang zu diesen Listen finden sich zwei undatierte handschriftliche Verzeichnisse über vorgelegte »Aufnahmedokumente der Polen« (erfasst sind Dokumente von 103 Personen) und abgelegte Abitur- und sonstige Prüfungen (von 79 Personen). 34 Polinnen und Polen sind auf diesen Listen verzeichnet, die alle am 08. Oktober 1946 in einem polnischen (Lager?)Gymnasium in Lipstadt ihr Abitur gemacht haben; 10 Polinnen und Polen haben – ohne Datumsangabe – im polnischen Gymnasium in Köln-Mühlheim das Abitur abgelegt.

Als Nachweis der Hochschulreife wurden in Bonn auch eidesstattliche Erklärungen akzeptiert: So findet sich auf der schon genannten Liste über abgelegte Abiturprüfungen eine handschriftlich eingefügte eidesstattliche Erklärung einer Medizinstudentin H. T., die vor einem Notar in Hannover zu Protokoll gegeben hat, ihr Abitur im Jahre 1942 abgelegt zu haben und darüber hinaus in Posnań vorübergehend eingeschrieben gewesen zu sein.

Nicht wenige der DP-Studenten hatten schon in der Vorkriegszeit in ihrer

86 Alexander (wie Anm. 4), S. 280. Wenig (wie Anm. 84), Professorenverzeichnis Universität Bonn S. 309. o. A., Nachruf auf Prof. Szykarski in: UA Bonn Bf/Chr, Chronik und Bericht der Universität Bonn über das akademische Jahr 1959/60, S. 21 f.

87 Ebd.

88 Ebd.

89 Ebd.

90 Hannemann (wie Anm. 57), S. 286. UA Bonn UV 69/176 (2): Undatiertes Schreiben von Rektorat und Senat zur Zulassung von ausländischen Studierenden in Bonn. Die Namen der polnischen Lehrer sind nicht mehr überliefert.

91 Gemeinsam mit denen der anderen DP-Nationen in UA Bonn UV 69/326.

Heimat einige Semester studiert oder sogar schon Abschlüsse erworben; verständlicherweise war es ihnen ein großes Anliegen, dass diese Leistungen anerkannt würden. Wie die Universität Bonn im Einzelfall verfuhr lässt sich nicht mehr rekonstruieren; erst 1947 konnte sich die Nordwestdeutsche Hochschulkonferenz zu einer Empfehlung durchringen, Auslandsemester nur bis zur Hälfte der regulären Studienzeit anzuerkennen⁹².

Im August 1949 wurden die Regelungen zur Anerkennung von Hochschulzugangsberechtigungen von DPs in NRW deutlich verschärft, vor allem im Hinblick auf die Anerkennung von Reifezeugnissen von DP-Gymnasien. Im Folgenden sei der komplette Wortlaut eines diesbezüglichen Erlasses des NRW-Kultusministeriums wiedergegeben, der in seiner Wortwahl einen tiefgehenden Eindruck vermittelt von der Einstellung und Haltung gegenüber DPs auf Ebene der Landesregierung:

»Die sogenannten ›Verschleppten Personen‹ [gemeint sind DPs, M. V.] haben im Rahmen der Internationalen Fürsorge für Verschleppte höhere Schulen in der britischen Zone einrichten können, die in den Formen der höheren Schulen jeder Nationalität organisiert sind. Diese Schulen müssen von den deutschen Ländern finanziert werden; die deutsche Schulverwaltung nimmt jedoch keinen Einfluß auf Lehrstoff und Lehrweise, übt keine Aufsicht aus und ist auch bei den Prüfungen nicht vertreten, so daß die Reifezeugnisse dieser Schulen grundsätzlich wie Zeugnisse zu bewerten sind, die im Ausland erworben wurden und einer besonderen Anerkennung in Deutschland bedürfen. Um jedoch den besonderen, vielgestaltigen und schwierigen Verhältnissen der Verschleppten Rechnung zu tragen, bin ich damit einverstanden, daß den Inhabern von Reifezeugnissen, die [...] von einem [...] sogenannten D.P.-Gymnasium erworben sind, die Genehmigung zu einem Probestudium von 2 Semestern erteilt und die Fortsetzung des Studiums wie auch die Anerkennung des Reifezeugnisses von der Ablegung dreier Fleißprüfungen in den gewählten Hauptfächern am Ende des Probestudiums abhängig gemacht wird⁹³.« Zweierlei kommt in diesem Erlass deutlich zum Ausdruck: Zum einen eine gewisse Ohnmacht über die Tatsache, keinen Einfluss auf das Erziehungswesen der DPs und seine Entstehung gehabt zu haben bei gleichzeitiger Verpflichtung zu seiner Finanzierung durch die deutschen Landesbehörden; zum anderen zeigt sich deutlich ein eklatanter Mangel an Verantwortungsbewusstsein für den deutschen Anteil an der Situation der DP-Studenten, umschrieben mit der euphemistischen Formulierung

92 Manfred Heinemann, Nordwestdeutsche Hochschulkonferenzen 1945 – 1948 I (Geschichte von Bildung und Wissenschaft Reihe C: Editionen 1/1,2), S. 293 f.: Konferenz in Braunschweig am 28.03.1947.

93 UA Bonn UV 69/176 (1), Abschrift eines Erlasses vom 27.08.1949: der Kultusminister NRW an alle Hochschulen, Universitäten und Pädagogischen Akademien.

von den »besonderen, vielgestaltigen und schwierigen Verhältnissen« der »sogenannten Verschleppten Personen«, denen es Rechnung zu tragen gelte.

Nach und nach wurde den DP-Studenten von Seiten der UNRRA und der Militärregierung das Studium erschwert. So mussten die Studenten sich jedes Semester erneut um eine Wiederzulassung bewerben, unabhängig vom Bestehen von Prüfungen. Repatriierungsverweigerer hatten gute Gründe vorzulegen, die einen weiteren Verbleib für ein Studium in Deutschland rechtfertigten. Unter dem Mandat der IRO verschärften sich die Studienbedingungen dann noch einmal. Es wurde zunehmend stärkerer Druck auf die DPs ausgeübt, im Rahmen des Resettlement Deutschland endlich zu verlassen. Ein Studium galt dabei als absolut hinderlich und sollte nur noch gefördert werden, wenn die Studenten glaubhaft machen konnten, dass die Zeit an der Universität Bestandteil ihrer Emigrationspläne war. In der Folge wurden nun mehr und mehr DP-Studenten exmatrikuliert⁹⁴.

Bonner DP-Studenten wurden bis zu deren Schließung in den schon erwähnten Bonner DP-Lagern in Duisdorf und Oberkassel untergebracht; dies lässt sich anhand der erhaltenen DP-Immatrikulationslisten des Universitätsarchivs Bonn nachweisen. Diese verzeichnen – leider jedoch nicht vollständig – bis zum Sommersemester 1946 das DP-Lager, aus dem der Student kam oder wo er seinen aktuellen Hauptwohnsitz hatte⁹⁵. Den Listen zufolge lebten polnische DP-Studenten vornehmlich in Duisdorf, zusammen mit Jugoslawen, während in Oberkassel mehrheitlich Balten und Jugoslawen untergebracht waren. Aus einem Zeitzeugenbericht zum Oberkasseler Lager geht jedoch hervor, dass dort unter Vertretern aus insgesamt zehn Nationen auch polnische Studenten anzutreffen gewesen seien⁹⁶.

In Duisdorf müssen auch studierwillige Litauer untergekommen sein, dies geht zumindest aus einem Dokument im Kölner Universitätsarchiv hervor, in dem im Dezember 1945 die Ankunft von insgesamt 24 Polen und 27 Litauern in Duisdorf für den Januar 1946 angekündigt wird. Das Weihnachtsfest sollten diese DPs noch in ihren Herkunftslagern feiern, bevor sie zum Studium nach Bonn kamen⁹⁷.

94 Velke (wie Anm. 57), S. 183 f.

95 Die Listen finden sich in UA Bonn UV 69/326.

96 Zeitzeugenbericht Margot Lieberwirth in: Anneliese Barbara Baum/Reiner Pommerin (Hgg.), Bonn zwischen Kriegsende und Währungsreform, Bonn 1991, S. 91. Anders Schröder (wie Anm. 9), S. 191 Tabelle 1: Zumindest im Februar 1946 lebten in Oberkassel noch keine Polen; zu diesem Zeitpunkt existierte aber auch noch das Lager in Duisdorf.

97 UA Köln 28/717 (1): Kopie eines Schreibens mit der Überschrift »University Scheme« vom 23. 12. 1945, am 27. 12. dem Rektor der Universität Köln zur Kenntnisnahme vom HQ der Militärregierung im Regierungsbezirk Köln übersandt. Auf den Immatrikulationslisten in UA Bonn UV 69/326 ließen sich zwei Polen und 10 Litauer aus dieser Aufstellung nachweisen. Bei den übrigen bleibt zu vermuten, dass sie ihr geplantes Studium aus welchem Grund auch

Nach Schließung der Bonner Großlager wurden die DP-Studenten offenbar gegen den Willen der Bonner Stadtverwaltung in Lagern in der Mozartstrasse (in der Nähe des Rheinischen Landesmuseums) und in der Moltkestrasse (heute Weberstraße in der Bonner Südstadt) untergebracht – zumindest legt studiumsbezogene Korrespondenz zwischen den verschiedenen Institutionen der Universität und den Leitern dieser Lager diesen Schluss nahe. Es sind jedoch nur Schreiben aus dem Jahr 1949 erhalten – es kann also nur vermutet werden, dass die beiden Lager für DP-Studenten entweder aus schon bestehenden Lagern hervorgegangen oder spätestens nach der Schließung des Lagers in Oberkassel 1947 eingerichtet worden sind. Das wichtigere Lager scheint das in der Moltkestrasse gewesen zu sein; zumindest erscheint es immer wieder in den Unterlagen des Bonner Universitätsarchivs⁹⁸.

Die beiden Studentenheime scheinen, soweit aus dem Archivmaterial ersichtlich, nicht in der Trägerschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität gestanden zu haben. Es ist also davon auszugehen, dass sie von der UNRRA und später der IRO geführt wurden. Nachweislich sind bislang UNRRA-eigene Studentenheime nur aus Frankfurt, Erlangen, Marburg und Heidelberg belegt⁹⁹.

DP-Studenten genossen verschiedene Privilegien wie beispielsweise die Befreiung von sämtlichen im Universitätsbereich anfallenden Prüfungs- und sonstigen Gebühren. Darüber hinaus erhielten sie wöchentliche Unterstützungszahlungen von 43 RM (ab 1948 DM), die in den Semesterferien jedoch nur an die DP-Studenten weitergezahlt wurde, die nachweislich für Examina oder an ihrer Promotion arbeiteten¹⁰⁰.

Im Sommer 1949 versuchten IRO und britische Militärregierung, das Studi-

immer nicht angetreten haben. Hierbei handelt es sich um einen Befund, der generell auch bei den Bonner Immatrikulationslisten der Balten, Jugoslawen und Polen zu beobachten ist: Im Wintersemester 1945/46 sind immer deutlich mehr Namen verzeichnet als im darauf folgenden Sommersemester; durch graphische Symbole hat die Universitätsverwaltung dabei kenntlich gemacht, wer im Wintersemester überhaupt immatrikuliert wurde. Als Beispiel seien hier nur die polnischen DP-Studenten aufgeführt: Von 226 zugelassenen Personen im ersten Nachkriegssemester sind letzten Endes nur 120 immatrikuliert worden. Vgl. Schröder (wie Anm. 9), S. 191 Tabelle 1: Im Februar 1946 lebten mindestens 15 Litauer und ein Este in Duisdorf.

98 Z. B. in UA Bonn UV 69/176 (1) und UV 69/327. George (wie Anm. 58), S. 178. Hannemann (wie Anm. 57), S. 282 mit Anm. 33. Zur Mozart- und Moltkestraße vgl. die online zugängliche Straßennamenauskunft des StA Bonn http://stadtplan.bonn.de/strassen_auskunft.php?strasse=1551&query_id=101247 und http://stadtplan.bonn.de/strassen_auskunft.php?strasse=1010101&query_id=101243 (30.03.2012). Der Verfasser korrigiert mit diesem Abschnitt des Textes auch seine in Velke (wie Anm. 57), S. 186 geäußerte Vermutung, das Lager Moltkestraße könnte sich auch in Bad Godesberg befunden haben.

99 Hannemann (wie Anm. 57), S. 282, hier Anm. 33.

100 Velke (wie Anm. 57), S. 189 – 191.

um von DPs endgültig zu unterbinden und die Betroffenen zur Auswanderung aus Deutschland zu bewegen. Wer bis zum Ende des Wintersemesters 1949/50 sein Studium nicht mit einer Prüfung beenden oder bei dem absehbar war, dass eine solche nicht bestanden werden würde, sollte mit Ablauf des Sommersemesters 1949 exmatrikuliert werden. Finanzielle und sonstige Förderung erhielten nur noch die Studenten, die ihr Studium in der vorgegebenen Zeit beendeten. Denjenigen, die diese Vorgabe nicht erfüllten, räumte man immerhin die Möglichkeit ein, auf eigene Kosten weiterzustudieren¹⁰¹. Im Sommersemester 1949 waren 276 DP-Studenten in Bonn immatrikuliert. 206 davon waren nach den neuen Richtlinien nicht mehr förderungswürdig. Im darauf folgenden Wintersemester sind dann noch 130 DPs in Bonn anzutreffen – 60 hatten sich also dazu entschlossen, ihr Studium auf eigene Faust zu Ende zu bringen. Und noch im Januar 1951 hat es mindestens 30 ehemalige DPs an der Universität Bonn gegeben, die nun als Heimatlose Ausländer weiterstudierten. Das Ziel, alle DP-Studenten zur Aufgabe zu bewegen, hatten IRO und Militärregierung insgesamt betrachtet also verfehlt¹⁰².

Das beliebteste Studienfach unter allen DP-Nationalitäten war Medizin/Zahnmedizin, gefolgt von Landwirtschaft, Jura und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern. Ein Studium dieser Fächer schien es am ehesten zu ermöglichen, sich eine neue Existenz aufzubauen – auch und gerade im Ausland. Geisteswissenschaften waren – anders, als die eingangs geschilderten biographischen Skizzen vermuten lassen – eher unattraktive Disziplinen. Im Ausland hatten die DP-Absolventen dann jedoch mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, wenn sie sich beruflich etablieren wollten; sie galten in den Aufnahmeländern des Resettlement oftmals als unliebsame Konkurrenten. Die Probleme waren so groß, dass die IRO 1950 eine Werbeaktion starten musste, um die »forgotten elite« unter ihrer Klientel zu vermitteln. Erfolgreich vermittelt wurden DP-Akademiker nach Südostasien, in den Nahen Osten, nach Afrika und nach Südamerika, wo akademisch hochqualifiziertes Personal zum Aufbau und zur weiteren wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung in ehemaligen Kolonien benötigt wurde¹⁰³.

Bis zum Oktober des Schicksalsjahres 1949 hatten an der Bonner Universität allein an der Philosophischen Fakultät 15 DPs ihre Promotion abgeschlossen. 12 gelang dies an der Landwirtschaftlichen, 10 an der Medizinisch-Zahnmedizinischen und drei an der Juristisch-Staatswissenschaftlichen Fakultät. Ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt hatten 15 DPs den Diplom-Volkswirt gemacht, 41 hatten die ärztliche, 10 die zahnärztliche Vorprüfung bestanden. 47 hatten an der

101 Ders.

102 Ders.

103 Ders.

Landwirtschaftlichen Fakultät ihr Diplom erhalten. Im kommenden Wintersemester 1949/50 sollten noch 70 Studenten promoviert werden oder eine Diplom-/Staatsprüfung ablegen. Das so viele DPs trotz all der Schwierigkeiten, die ihnen von Seiten der UNRRA und der IRO sowie der britischen Militärregierung bereitet worden waren, einen Abschluss geschafft haben oder diesen in nächster Zeit erhalten würden, kommt vor diesem Hintergrund fast schon einem Wunder gleich¹⁰⁴.

Das Alltagsleben der DP-Studenten lässt sich nur schwer und über Umwege erschließen. Das Bonner Universitätsarchiv hat diesbezüglich gar nichts zu bieten; private Aufzeichnungen, publizierte Zeitzeugen- oder Erfahrungsberichte existieren nicht, weder von DPs noch von deutschen Kommilitonen¹⁰⁵.

Das Leben im Großlager war für die Mehrzahl der DP-Studenten zunächst die bestimmende Konstante ihres Alltagslebens. Die Lager waren häufig völlig überbelegt; die Zahl der Insassen ging in die Tausende. Die von der britischen DP-Verwaltung entwickelten Richtlinien für die Lager sahen einen durchschnittlichen Wohnraum von 4,2 m² pro Person vor. Für 100 Bewohner sollten acht Toiletten zur Verfügung stehen, eine Gelegenheit zum Duschen wenigstens einmal wöchentlich gegeben sein. Soweit es die lokalen Gegebenheiten zuließen, wurden Familien und Paare gemeinsam, alleinstehende Männer und Frauen jeweils mit Geschlechtsgenossen untergebracht. Dies gelang jedoch in der Anfangszeit nicht überall gleichermaßen; es konnte also vorkommen, dass zwei Paare ein Zimmer teilen mussten oder dass ein Paar mit zwei alleinstehenden Personen zusammen untergebracht war. An Möblierung waren ein Bett pro DP vorgesehen, ein Tisch mit Stühlen und Möglichkeiten zur Unterbringung persönlicher Dinge¹⁰⁶. Wenn es in den Lagern große Räume oder Säle zu belegen gab, wurden diese durch aufgespannte Vorhänge oder Bettdecken in einzelne Bereiche unterteilt, in denen sich dann das ganze Leben der Bewohner abspielte¹⁰⁷ – Privatsphäre und Ruhe, beides doch unabdingbare Voraussetzungen, um Lehrstoff nach- oder vorzubereiten oder für Klausuren zu lernen, war unter diesen Umständen ein Ding der Unmöglichkeit.

Die meisten Lager verfügten über eine zentrale Küche, in der die Mahlzeiten für die Bewohner oft von Lagerbewohnern zubereitet wurden. Gegessen wurde entweder gemeinsam in Speisesälen oder das Essen wurde zur Mitnahme in die eigenen Räumlichkeiten an einer zentralen Stelle des Lagers ausgeteilt. Familien wurden, wenn möglich, dazu ermuntert, für sich selber in ihren Unterkünften zu

104 Ders.

105 Ders.

106 Karsten Dölger, »Polenlager Jägerslust«. Polnische Displaced Persons in Schleswig-Holstein 1945 – 1949 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 110), Neumünster 2000, S. 237. Woodbridge (wie Anm. 15), UNRRA II S. 501.

107 Dölger (wie Anm. 106), S. 237.

kochen – auf diese Weise versuchte beispielsweise die UNRRA, die Betroffenen wieder in ein möglichst normales Familienleben zu bringen¹⁰⁸.

Die Speisenpläne gestalteten sich nicht selten ausgesprochen eintönig mit einseitigem Schwerpunkt auf Brot und Kartoffeln. Am Lager Oberkassel zeigt sich jedoch, dass dies nicht unbedingt so sein musste: Hier stellte jede der dort untergebrachten Nationalitätengruppen im Turnus von 14 Tagen das Küchenpersonal. Insbesondere die jugoslawische Schirmherrschaft über die Speiseplangestaltung soll sich dabei allergrößter Beliebtheit erfreut haben¹⁰⁹.

Es liegen nur spärliche Spuren für Freizeitaktivitäten in den Großlagern in Bonn vor. So lässt die schon erwähnte Requirierung von Musikinstrumenten für eine Jazzband in Duisdorf und Oberkassel auf konzertant-musikalische Aktivitäten schließen. Anforderungen von Röhren für Kino-Vorführapparate oder von Radiogeräten für die Bonner Lager zeigen, dass es Filmvorführungen genauso gegeben haben muss wie die Möglichkeit, das Unterhaltungs- und Informationsangebot des Rundfunks zu nutzen¹¹⁰.

Im Stadtarchiv Königswinter haben sich zahlreiche Dokumente erhalten, die belegen, dass die Bewohner des Lagers Oberkassel für dieses gearbeitet haben. So finden sich beispielsweise Lohnlisten von DP-Angestellten für die Jahre 1945 und 1946, aus denen auch hervorgeht, welche Berufe im Lager ausgeübt werden konnten. Die DPs konnten als Büroangestellte für die Lagerverwaltung genauso arbeiten wie auch als Küchenangestellte, Sanitäter, Arbeiter, Arzt oder auch als Fahrer¹¹¹. Die Löhne der DPs waren wie vergleichbare deutsche Löhne zu versteuern; es waren die gleichen Sozialabgaben zu entrichten¹¹². Mindestens eine Studentin der Universität Bonn (eine Estin) konnte als Büroangestellte auf diesen Listen identifiziert werden.

Aus den Lagerbewohnern Oberkassels wurden auch Lehrer für die dortige

108 Woodbridge (wie Anm. 15), UNRRA II. S. 503.

109 Woodbridge (wie Anm. 15), UNRRA II S. 503 f. Zeitzugeberbericht Lieberwirth (wie Anm. 96), S. 91.

110 Sehr zahlreich z. B. StA Bonn Du 977 oder StA Königswinter Amt Oberkassel 1935.

111 In: StA Königswinter Amt Oberkassel 1927. Ebenso dort zu finden: Lohnlisten von deutschen Arbeitern und Angestellten im Lager. Frau Lieberwirth, die in Baum/Pommerin (wie Anm. 96) ihren Zeitzugeberbericht zum Lager in der Kalkuhl-Schule hinterlassen hat, war ebenfalls im Lager als Dolmetscherin tätig. Für die deutschen Arbeiter und Angestellten wurden anfänglich noch Lohnsteuerkarten aus der NS-Zeit verwendet, die noch unter den Abzügen eine Spalte für die DAF vorhalten; zu finden in: StA Königswinter Amt Oberkassel 1927.

112 Vgl. Schreiben der Militärregierung vom 01.11.1945 und 24.01.1946 an den Amtsbürgermeister Oberkassel in StA Königswinter Amt Oberkassel 1927. Unklar bleibt allerdings in diesem Zusammenhang, ob nun die Militärregierung die Löhne der Angestellten und Arbeiter gezahlt hat oder die deutschen Behörden.

Camp-Schule rekrutiert, zumindest für die baltische Abteilung des Lagers lässt sich dies anhand des Archivmaterials in Königswinter nachweisen¹¹³.

Ein weitere Alltagskonstante waren Krankheit und Tod. Durch die Zeit als Zwangsarbeiter oder KZ-Häftling befanden sich nicht wenige DPs in sehr schlechter gesundheitlicher Verfassung; insbesondere die Tuberkulose war weit verbreitet¹¹⁴ und zwang auch etliche DP-Studenten zu längeren Unterbrechungen ihrer Studien. In den Beständen des Bonner Stadtarchivs finden sich viele Rechnungen von Krankenhäusern: Es werden Pflegekosten und Kosten für durchgeführte Diagnostik dokumentiert, die auf die Behandlung der Tuberkulose hinweisen¹¹⁵.

Die eine oder andere DP zeigte sich ihrer Situation nicht mehr gewachsen und sah nur noch im Selbstmord eine mögliche Lösung; dies dokumentiert eine Korrespondenz im Stadtarchiv Königswinter vom September 1945. Die Leiche eines jugoslawischen Bewohners von Oberkassel war am 16. September 1945 aus dem Rhein gezogen worden; als Todesursache wurde Selbstmord angegeben. Der Amtsbürgermeister Oberkassel wurde nun vom Kommandanten des Lagers zur Regelung und Durchführung der Bestattung aufgefordert¹¹⁶.

Bezüglich des Alltagslebens der DPs an der Universität Bonn sind kaum sichere Aussagen möglich. Allenfalls indirekt lassen sich Rückschlüsse aus dem Archivmaterial und der Forschungsliteratur ziehen. Es wird dabei deutlich, dass einige Alltagsfaktoren an der Universität gleichermaßen von Deutschen wie DPs geteilt wurden, so beispielsweise der Mangel an Wärme in Hörsälen und Instituten während der strengen Winter der Nachkriegszeit. Mitunter musste das Semester auch vorzeitig beendet werden, wenn die Heizung komplett ausgefallen war und nicht einmal mehr die Bibliotheken oder Lesesäle geheizt werden konnten¹¹⁷. Starker Andrang herrschte im Winter in Wärmehallen, die von den Kommunen oder auch, wie beispielsweise in Bonn, von den Studentenwerken oder von Bürgern eingerichtet worden waren. Wer Glück hatte sowie Kohle oder

113 StA Königswinter Amt Oberkassel 1927: Notiz vom 29. 03. 1946 »Lettische Lehrer«. Liste des DP-Camps Oberkassel vom 27. 06. 1946 für die Militärregierung. Schreiben der Militärregierung an den Bürgermeister von Oberkassel vom 12. 09. 1946.

114 Eckert (wie Anm. 15), S. 170. Jacobmeyer (wie Anm. 1), S. 44. Lembeck (wie Anm. 13), S. 75–77.

115 So in StA Bonn Du 642: 12seitige Rechnung des Bonner Marienhospitals auf dem Venusberg. Du 978: 16seitige Rechnung des »Hilfskrankenhauses für Infektionskrankheiten Merten bei Bonn« vom 31. 07. 1945, in der immer wieder die Abnahme von Sputum berechnet wird, Röntgenaufnahmen, aber auch die Gestellung eines Sarges und eines Grabes. Eine Anforderung nach Rattengift für das Lager Oberkassel vom 26. 09. sowie nach geeigneten Transportmitteln für die Entleerung der Lagerlatrinen vom 03. 10. 1945 dokumentiert die Bemühungen, für Hygiene zu sorgen, in: StA Königswinter Amt Oberkassel 1927.

116 In: StA Königswinter Amt Oberkassel 1935.

117 Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Stuttgart 1990, S. 186.

Holz, um den Ofen in Gang zu halten, konnte das Arbeitszimmer seines Professors zum Aufwärmen und Arbeiten nutzen¹¹⁸. Es ist zwar nicht nachzuweisen, aber doch stark anzunehmen, dass auch DP-Studenten bei solchen Gelegenheiten anzutreffen waren.

Von alltäglichen Stromsperrern waren ebenfalls alle Studentengruppen an der Universität gleichermaßen betroffen. Sofern beispielsweise in den naturwissenschaftlichen Fächern nicht besatzungspolitisch motivierte Forschungsverbote von alliierter Seite bestanden (betroffen davon unter anderem die Kernphysik oder auch die Genetik), machten es die Energieausfälle häufig sehr schwer, längerfristige Experimente durchzuführen¹¹⁹.

Sowohl für DPs als auch für deutsche Studenten problematisch: die Beschaffung von Schreibwaren, die für den Universitätsalltag unerlässlich sind. Nach eigenem Bekunden konnten Organisationen wie die UNRRA nur wenig zur Bereitstellung von Büromaterial beitragen und waren auf die Unterstützung privater Hilfsorganisationen angewiesen¹²⁰.

Eine weitere Konstante, der DPs und ihre deutschen Kommilitonen gleichermaßen unterlagen, war der Alltag eines Studiums in einer Großbaustelle. Wie schon angedeutet, waren weite Teile der Bonner Alma Mater zerstört oder zumindest stark beschädigt. Die Wiederaufbauarbeiten gingen nicht immer in der gewünschten Geschwindigkeit voran, da Bauvorhaben der Hochschulen von Seiten der Militärregierung nicht der höchsten Dringlichkeitsstufe zugeordnet wurden. Die Folge: Die Universitäten erhielten nur wenige Baustoffe; Arbeitskräfte waren aufgrund der niedrigen Dringlichkeitsstufe so gut wie gar nicht zu bekommen. Hinzu kamen die schlechte Ernährungslage und ein massiver Treibstoffmangel, der den Betrieb auf vorhandenen Universitätsbaustellen zum Erliegen bringen konnte¹²¹.

Bezüglich des Alltagslebens in den erwähnten DP-Studentenwohnheimen in Bonn haben sich – nach derzeitigem Stand der Forschung – gar keine Quellen erhalten. Es bleibt an dieser Stelle daher nur noch zu fragen, wie es um die Integration der DP-Studenten an den Universitäten bestellt war, ihre Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben.

Die Bonner Universitätszeitung erlaubt hierzu einige Einblicke. So erschien in der Ausgabe vom 18. Juni 1946 ein Leserbrief eines deutschen Jurastudenten, der unter der Überschrift »Über die deutsche Haltung anderen Völkern gegenüber« die Frage aufwirft, wie man sich nach der Zeit des »Dritten Reiches« dem

118 Thomas Becker, *Zeiten des Hungers. Studentischer Alltag in einer zerstörten Universität*, in: Becker (wie Anm. 57), S. 301–320, hier S. 311.

119 Krönig/Müller (wie Anm. 117), S. 86, 186.

120 Woodbridge (wie Anm. 15), UNRRA II S. 526.

121 UA Bonn BF/Chr: *Chronik der akademischen Jahre 1939/40–1948/49 und Bericht über das akademische Jahr 1948/49*, S. 123.

Ausland gegenüber verhalten solle. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass »der deutsche Student, der mit dem polnischen Kommilitonen aus dem DP-Camp eine fachliche Frage diskutiert, praktisch schon die richtige Haltung gefunden [hat]¹²².«

Es wird deutlich, dass die Existenz von DP-Studenten bekannt gewesen sein muss und auch die Bedingungen ihrer Existenz – in den schon häufiger zitierten Zeitzeugenberichten zur Universität Bonn findet sich dagegen kein einziger Hinweis auf diese Studentengruppe, so, als ob es sie gar nicht gegeben hätte¹²³.

1946 und 1947 gab es Veranstaltungen der baltischen DP-Studenten an der Universität Bonn. So wurde im September 1946 ein sowohl von Studenten und Dozenten als auch von Vertretern der Militärregierung gut besuchtes Konzert gegeben. Die Konzertveranstalter traten an mit dem Anspruch, einen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten. Die Bonner Universitätszeitung berichtet folgendes:

»Neben Liszt, Chopin, Gounod und Mozart kamen [...] auch Werke baltischer und nordischer Komponisten zur Aufführung, die ein eindrucksvolles Bild von der Mentalität der baltischen Völker hinterließen. Ein begeistertes Publikum forderte immer wieder Zugaben und dankte durch starken Beifall und ein wahres Blumenmeer. Der offizielle Teil schloß mit einem gemeinsamen *Gaudemus igitur*. Anschließend hatten die Gäste Gelegenheit, sich persönlich mit den Musikern zu unterhalten und versäumten es nicht, der Aufforderung zum Tanze Folge zu leisten¹²⁴.«

1947 wurde das litauische Unabhängigkeitsfest gefeiert:

»Am 16. Februar 1947 feierten die litauischen Studenten [...] den 29. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung [...]. Mit einer Feierstunde gedachten sie dieses Tages, auch wenn ihre Heimat im Augenblick kein selbständiges Staatsgebilde ist. Ein Einführungsvortrag gab einen Überblick über die historische Entwicklung des Landes. [...] In dem zweiten Teil des Programms gaben ein gemischter Chor, Volkstänze und Solisten [...] ein eindrucksvolles Bild von [...] Mentalität und [...] Leben des litauischen Volkes. Die Sehnsucht nach der Heimat und der Ruf nach Freiheit kamen besonders in den Liedern, an welchen das Land so überreich ist, zum Ausdruck¹²⁵.«

Die baltischen DPs brachten sich also vor allem zur Selbstvergewisserung ihrer nationalen Identität in das soziale Leben der Universität ein¹²⁶, und wenn tatsächlich so viele Besucher diese Veranstaltungen mitgemacht haben, wie

122 UA Bonn: Bonner Universitätszeitung (im Folgenden BUZ) 3 (18.06.1946), S. 7.

123 Vgl. die Zeitzeugenberichte zur Universität Bonn in Baum/Pommerin (wie Anm. 96), S. 212–230.

124 UA Bonn: BUZ 7 (18.10.1946), S. 10.

125 UA Bonn, BUZ 17 (19.03.1947), S. 9.

126 Vgl. auch Hannemann (wie Anm. 57), S. 284.

beispielsweise für 1946 berichtet wird, so zeigt dies wiederum, dass die DPs im Bewusstsein ihrer deutschen Kommilitonen vorhanden waren. Unklar bleibt dabei, warum nur von baltischen DPs kulturelle Aktivitäten dieser Art überliefert sind.

Ein Leserbrief eines estnischen Jurastudenten zeigt, dass es den DPs in Bonn zumindest im Einzelfall außerordentlich gut gegangen sein muss:

»Wir haben das Glück, an der Universität Bonn studieren zu können, wo so freundliche Studenten, [...] wohlwollende und entgegenkommende Wissenschaftler und Professoren, [...] schöne Umgebung und echtrheinisches Volk unser Studium erleichtern¹²⁷.«

DPs waren in Bonn jedoch nicht nur gern gesehene Gäste. Im Bonner Stadtrat hatten im Sommer 1948 Pläne der Militärregierung, DPs in die Ermeikeilkaserne im Stadtzentrum zu verlegen, Tumulte und DP-feindliche Ausfälle ausgelöst. Die Kaserne sollte eigentlich als Ausweichquartier für zerstörte Bonner Schulen dienen. Auch die Bonner Lokalzeitungen thematisierten das Problem in einer den DPs nicht wohl gesonnenen Art und Weise. DP-Studenten der Universität Bonn setzten sich in einem Schreiben an den Stadtrat dagegen zur Wehr und erreichten immerhin eine Entschuldigung des Stadtrats. Ursachen für diese DP-Feindlichkeit (nicht nur) in Bonn sind sicherlich in der im Vergleich zur deutschen Bevölkerung guten Versorgung der Betroffenen in ihren Lagern zu suchen. Hinzu kamen auch noch die Nachwirkungen der rassistischen NS-Propaganda und die in der direkten Nachkriegszeit weit verbreitete Angst vor einer vermeintlich hohen Kriminalitätsrate der DPs sowie verdrängte Schuldgefühle – ein guter Nährboden für aggressive Stimmung in der deutschen Bevölkerung¹²⁸.

Jüdische (DP)Studenten in Bonn

Bislang war bekannt, dass Ende der 1940er Jahre zwei jüdische Studenten in Bonn immatrikuliert waren¹²⁹. Es lassen sich jedoch schon seit dem ersten Nachkriegssemester sechs deutsche und osteuropäische jüdische Studenten nachweisen (darunter zwei Frauen), die nicht nur an der gleichen Universität immatrikuliert, sondern auch alle Mitglieder der seit März 1945 neugebildeten Bonner Synagogengemeinde waren – unter ihnen der zu Beginn vorgestellte polnische Jude Egon Bittner¹³⁰. Interessanterweise hatte Bittner – im Gegensatz

127 UA Bonn: BUZ 3 (18.06.1946), S. 6 f.

128 George (wie Anm. 58), S. 178 f. Hannemann (wie Anm. 57), S. 286–289.

129 George (wie Anm. 58), S. 158.

130 Wiener Library (im Folgenden WL) 1556 HA 9–9, Rundschreiben Nr. 2 des Verbands der jüdischen Studenten in der Britischen Zone Deutschlands (VJS) vom 26.01.1948. WL 1556 HA 6C-26, Liste der jüdischen Studenten in der Britischen Besatzungszone. WL 1556 HA

zu seinen Kommilitonen – seinen jüdischen Glauben zunächst verschwiegen und sich als polnischer DP-Student immatrikulieren lassen – letzteres wohl aus purer Not heraus, da er sich monatelang vergeblich um finanzielle Unterstützung bei der JRU bemüht hatte. Seine ursprünglich polnische Staatsbürgerschaft verhalf Bittner so wenigstens zu der für DPs üblichen Unterstützung¹³¹.

Die Mitgliedschaft in den jüdischen Gemeinden war gerade für die Juden ohne DP-Status (also vor allem für die deutschen Juden) überlebenswichtig. Die Gemeinden fungierten als Vermittler zu den Wohlfahrtsstellen bei den deutschen Behörden, bei denen Sozialleistungen bezogen werden konnten. Überregional organisierten sich die Synagogengemeinden des späteren Nordrhein-Westfalen im Landesverband der jüdischen Gemeinden der Nordrhein-Provinz (später: in NRW) mit Sitz in Düsseldorf. Über diesen Landesverband erhielten die Gemeinden die ebenfalls essentiell notwendigen Lieferungen von den großen jüdischen Hilfsorganisationen, von denen dann auch die Studenten unter ihren Mitgliedern profitieren konnten¹³².

Die jüdischen Studenten Bonns waren aber nicht nur Mitglieder in der lokalen Synagogengemeinde, sondern auch im »Verband der jüdischen Studenten in der Britischen Zone Deutschlands« (VJS), der im Sommersemester 1947 in Bergen-Belsen und Hannover begründet worden war¹³³. Anlass für die Gründung war die äußerst kritische Lage der wenigen jüdischen Studenten in der hiesigen Zone: Bei ihnen kam zunächst keinerlei Hilfe von Seiten der jüdischen Hilfsorganisationen an, so dass nicht wenige der studierwilligen Holocaust-Überlebenden »ihr Studium aufgeben mussten, um sich am Schwarzen Markt als Kleinschieber und Wiederverkäufer zu betätigen¹³⁴.«

Im Vergleich dazu wurden die jüdischen Studenten in der amerikanischen Besatzungszone (mindestens 685 laut einer Liste der JRU vom Dezember 1947¹³⁵) offenbar deutlich besser betreut. Das AJDC konnte für eine Versorgung der

7 – 1/6, undatierte Liste der Mitglieder der Synagogengemeinde Bonn-Stadt und -Land. Die hier und im Folgenden genutzten Dokumente der Wiener Library London sind online zugänglich über die in Anm. 2 schon erwähnte Datenbank Post-War Europe: Refugees, Exile and Resettlement 1945–1950. Pedro Wagner, Neubildung der Synagogengemeinde Bonn, in: Heinrich Linn (Hg.), *Juden an Rhein und Sieg* (Katalog der Ausstellung des Rhein-Sieg-Kreises, Mai-September 1983), Siegburg 1983, S. 381–397, hier S. 383.

131 UA Bonn, Exmatrikelakte Bittner. UA Bonn UV 69/326, Immatrikulationsliste der polnischen DP-Studenten. WL 1556 HA 9–9, Protokoll über die konstituierende Tagung der jüdischen Studenten der britischen Zone am 02.05.1947 in Bergen-Belsen. – Zwei weitere osteuropäischen Kommilitonen Bittners, ein jüdisches Ehepaar, hatten sich ebenfalls als polnische DPs registrieren lassen, vermutlich aus den gleichen Gründen wie Bittner.

132 Lavsky (wie Anm. 38), S. 127 f., 130 f. Wagner (wie Anm. 130), S. 387.

133 Lavsky (wie Anm. 38), S. 187. Quast (wie Anm. 43), S. 196 f.

134 WL 1556 HA 9–9, Protokoll der konstituierenden Tagung der jüdischen Studenten der britischen Zone am 02.05.1947 in Bergen-Belsen.

135 In WL 1556 HA 6C-26.

Studenten in der britischen Zone gewonnen werden, knüpfte jedoch die Bedingung daran, dass Hilfen nur einem geschlossenen Verband der Studenten gewährt werden könnten. Eine monatliche Unterstützung von zunächst 250 RM sowie die Verteilung zusätzlicher Rationen wurden vereinbart. Der Bonner Egon Bittner wurde in den ersten Vorstand des VJS gewählt¹³⁶.

Anfänglich hatte der Verband nur 19 Mitglieder. Durch die Aufnahme der jüdischen Studenten an Technischen Hochschulen konnten die Mitgliederzahlen jedoch gesteigert werden. Etwa 70 % der Mitglieder waren polnischer Nationalität. Verbandssitz war zunächst das jüdische DP-Lager Bergen-Belsen, dann Hannover, wo die JRU Büroräume unter anderem für eine noch aufzubauende Bibliothek zur Verfügung gestellt hatte. Die Mitglieder des Verbandes verteilten sich auf Bonn, Köln, Düsseldorf, Hannover, Göttingen, Braunschweig und Hamburg¹³⁷. Laut Verbandsstatuten war die Mitgliedschaft im VJS nur möglich für jüdische Studenten und Studentinnen, die einer jüdischen Gemeinde angehörten und an einer Universität oder sonstigen Hochschule der Britischen Besatzungszone Deutschlands immatrikuliert waren. Seine Aufgaben wurden folgendermaßen definiert:

- 1) »Der VJS dient der Förderung der gemeinsamen Arbeit jüdischer Studenten (-innen) und soll die Grundlage für ein enges Zusammenleben bilden.
- 2) Dem VJS obliegt die geistige, soziale und materielle Betreuung seiner Mitglieder nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel.
- 3) Der VJS ist bestrebt dafür zu sorgen, daß das Wissen und Können seiner Mitglieder dem Wohle des jüdischen Volkes zu Gute kommt.
- 4) Der VJS hält es für seine vornehmste Pflicht, den jüdischen Organisationen und Persönlichkeiten hilfsbereit zur Seite zu stehen.
- 5) Der VJS ist unpolitisch, er ist indessen allen Problemen des jüdischen nationalen und kulturellen Lebens aufgeschlossen¹³⁸.«

Auf einer Tagung im Dezember 1947 berichtete der VJS den Mitgliedern über seine bisherige Tätigkeit. Die vom AJDC zugesagte finanzielle Hilfe von 250 RM war durch den Verband regelmäßig an die Mitglieder verteilt worden, wobei davon auszugehen ist, dass diese Geldsumme für die jüdischen Studenten mit

136 WL 1556 HA 9–9, Protokoll der konstituierenden Tagung der jüdischen Studenten der britischen Zone am 02.05.1947 in Bergen-Belsen.

137 Lavsky (wie Anm. 38), S. 187. Quast (wie Anm. 43), S. 196. WL 1556 HA 6C-28, JCRA Field Director Lowenthal an H. L. Berlak (JRU) am 03.10.1947 über »Union of Jewish Students in the British Zone«. WL 1556 HA 9/1, Kopie eines Schreibens von Erik E. Wormser (Vorsitzender des VJS, Hannover) an F. S. Aron (American Jewish KC Fraternity Inc./New York) vom 02.01.1948.

138 WL 1556 HA 9/9, Statuten des VJS.

DP-Status zu der üblichen DP-Versorgung hinzu kam. Deutsche jüdische Studenten hatten die zusätzliche Möglichkeit, bei den nach und nach entstehenden sogenannten Wiedergutmachungsämtern monatliche Beihilfen von 70 bis 140 DM und bei den Universitäten Gebührenbefreiung zu beantragen. Die ebenfalls vom AJDC versprochene Auslieferung von zusätzlichen Hilfsgütern und Rationen kam nur sehr schleppend voran, woran offenbar die lokalen jüdischen Gemeinden nicht unschuldig waren: Diese hatten die zusätzlichen Rationen zwar erhalten, aber nur unregelmäßig weitergegeben. So sei es in Bonn und Hamburg dazu gekommen, so wurde moniert, dass die dortigen Studenten monatelang nichts bekommen hätten. In dieser Situation sei die JRU hilfreich eingesprungen und habe durch den VJS an die betroffenen Kommilitonen Lebensmittel zur Verteilung gebracht. Insgesamt, so der Bericht, sei die materielle Lage der Studenten sehr schlecht, es fehle schlicht an allem. Walter Lipski, der Verbindungsoffizier der JRU zum Verband, werde alles tun, um die Studenten mit allem Nötigen, auch mit Kleidung, zu versorgen. Beklagt wurde in dem Bericht weiterhin, dass es den jüdischen Studenten sehr viel schlechter gehe als der Mehrheit der »ausländischen DP-Studenten, [...] die von eigenen Studentenorganisationen betreut werden.« Für die Universität Bonn ist von solchen Studentenorganisationen – abgesehen vom Baltischen Christlichen Studentenbund – nur sehr wenig bis fast nichts bekannt: Aktiv waren in Bonn eine »Lettische Studentenschaft« sowie eine polnische Studentenvereinigung »Prawda«¹³⁹.

Der VJS organisierte in Kooperation mit der JRU auch Erholungsaufenthalte im jüdischen Erholungsheim Bad Harzburg, von denen auch die Bonner Verbandsmitglieder profitierten. Bad Harzburg hat traurige Berühmtheit erlangt als Stadt der sogenannten »Harzburger Front«, jenes Aktionsbündnisses der »nationalen Opposition« aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Stahlhelm, das am 11. 10. 1931 mit dem Ziel geformt wurde, die Regierung Brüning zu stürzen. Zwischen 1946 und 1950 befand sich in einem ehemaligen Hotel der Stadt, unter anderem finanziert vom AJDC, besagtes Erholungsheim für ältere und kranke Juden sowie für jüdische Kinder¹⁴⁰.

139 WL 1556 HA 9/1, undatierte Notiz »Finanzielle Stellung der Studenten, die als politisch Verfolgte anerkannt sind«, sehr wahrscheinlich aus dem Sommer 1949, da eingangs auf das von IRO und Militärregierung verfügte Ende des DP-Studiums eingegangen wird. WL 1556 HA 9/9, Protokoll der Verbandstagung vom 11. 12. 1947. George (wie Anm. 58), S. 184 mit Anm. 346 und 348.

140 WL 1556 HA 9/2, Korrespondenz der Vorsitzenden des VJS vom 02.09.1947, 28.07. 1948 und 31.05.1949 bezüglich des Aufenthalts von Verbandsmitgliedern in Bad Harzburg. Königseder/Wetzel (wie Anm. 17), S. 265. Lavsky (wie Anm. 38), S. 97. Tofahrn (wie Anm. 11), S. 9. Zeitgenössische Berichte über das Erholungsheim in Hildegard Harck (Hg.), Unzer Sztyme. Jiddische Quellen zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in der Britischen Zone 1945 – 1947, Kiel 2004, S. 59 f. und S. 110 – 113. Markus Weber / Spurensuche Harz-

Zusätzliche Hilfe erreichte die jüdischen Studenten aus Großbritannien. Hier organisierten JRU, JCRA sowie die »Inter-University Jewish Federation of Great Britain and Ireland« eine »Adoptionsmaßnahme«: Die jüdische Studentenschaft der Universitäten in London und Oxford sandte den Kommilitonen in der britischen Zone Lebensmittel- und Bekleidungs Pakete zu, wobei die Studenten in Bonn von Oxford aus bedacht wurden. 1949 konnte die JRU zusätzlich nach langen und zähen Verhandlungen mit dem »Central British Fund for Jewish Relief and Rehabilitation« in London die Gewährung von Stipendien für die Mitglieder des VJS erreichen¹⁴¹.

Im Oktober 1947 nahm Erik Wormser, einer der ersten Vorsitzenden des VJS, Kontakt mit der »American Jewish KC Fraternity Inc.« in New York auf, der amerikanischen Nachfolgeorganisation des deutschnational-patriotisch eingestellten »Kartell-Convents der Tendenzverbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens«, mit dem Ziel, auch von hier Hilfe für die Studenten des VJS zu erhalten. Die Mittel der Exilorganisation waren jedoch äußerst begrenzt und ihre Hilfe eigentlich beschränkt auf überlebende Verbindungsbrüder. Dennoch erhielt der VJS monatlich ein CARE-Paket, dessen Inhalt an bedürftige Kommilitonen verteilt werden sollte. Die »Fraternity« stellte ihre Hilfslieferungen jedoch schnell wieder ein, und die Bedürftigkeit unter den Studenten des VJS war offensichtlich so groß, dass der Verband die JRU um Vermittlung bat. Der spätere Nachfolger von W. Lipski als JRU-Verbindungsoffizier, E. Heymann, intervenierte im März 1949 in New York. Dabei nutzte Heymann den Umstand, dass sowohl er als auch sein Kontaktmann bei der »Fraternity«, F. S. Aron, vor dem Krieg in Bonn studiert hatten und Mitglieder der im Mai 1899 gegründeten Bonner KC-Verbindung Rheno-Silesia gewesen waren. Es stellte sich nun heraus, dass man in New York einem Missverständnis aufgesessen war: Aron hatte geglaubt, die jüdischen Studenten seien besser versorgt als ihre nichtstudentischen Leidensgenossen, darum habe man die Paketsendungen eingestellt. Dies, so stellte Heymann richtig, sei aber allenfalls für die amerikanische Zone der Fall, und nicht für die Studenten der britischen Zone. In New York versprach man nun, die Angelegenheit noch einmal zu prüfen. Man werde sich aber in jedem Falle erst um die KC-Brüder in Not kümmern, bevor die Studenten in der

region e. V., Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript »Spuren jüdischen Lebens in Bad Harzburg«, <http://www.spurensuche-harzregion.de/?themen/102> [30.03.2012]. Der Verfasser dankt an dieser Stelle noch einmal für die Überlassung des Manuskripts und für wertvolle Literaturhinweise.

141 WL 1556 HA 6C-28, Leila Dagut (Inter-University Jewish Federation for Great Britain and Ireland, London) an Mrs. Howard (JCRA, London). »Extract from Miss Dagut's letter dated 7th December 1947« und »Extract from letter 24/4/47«. WL 1556 HA9 – 6 mit ausführlichen Korrespondenzen 1949 und 1950 zwischen JRU, JCRA und Central British Fund, vereinzelt auch mit Schreiben des VJS.

britischen Zone Berücksichtigung finden könnten. Ob die Paketsendungen wieder aufgenommen wurden, ist nicht überliefert¹⁴².

Im Oktober 1948 wurde statutengemäß ein neuer Vorstand des VJS gewählt. Erster Vorsitzender wurde Manfred Weil, Kunststudent der Kölner Werkschulen und wohnhaft in Bonn, wo er auch Mitglied der Synagogengemeinde war. Weil verlegte die Zentrale des VJS von Hannover nach Bonn, wofür eine Änderung der Statuten notwendig war¹⁴³.

Manfred Weil, dessen Vater Jude war, hatte einen äußerst bewegten und spannenden Lebensweg hinter sich, der hier zumindest kurz dargestellt werden soll. Geboren 1920 in Köln, absolvierte er zunächst 1937/38 eine Tischlerlehre, bevor er 1939 nach Antwerpen in die Emigration ging. Hier studierte er an der »Königlichen Akademie der Schönen Künste«, bis er 1940 gemeinsam mit seinem Bruder Anatol Edgar sowie mit seinem Vater in das südwestfranzösische KZ Gurs deportiert wurde. Aus diesem Lager gelang den Brüdern Weil die Flucht; sie tauchten in Frankreich und Belgien unter und besaßen dann die Chuzpe, als dienstverpflichtete belgische Arbeiter getarnt in Deutschland zu leben. Im Januar 1943 flohen die Brüder, da sie als Juden aufzufliegen drohten, in die Schweiz, wo sie bis Kriegsende interniert wurden. Der Vater wurde in Auschwitz ermordet. Nach Kriegsende ließen sie sich in Bonn nieder. Seit 1951 ist Manfred Weil Mitglied der Künstlergruppe Bonn und bis heute als Künstler mit regelmäßigen Einzelausstellungen aktiv. Mit Egon Bittner und den anderen Bonner jüdischen Studenten verband Weil eine tiefe Freundschaft¹⁴⁴.

In Bonn ging die übliche Verbandsarbeit des VJS – beispielsweise Empfang, Verwaltung und Weiterleitung von Lebensmittel- und Kleiderspenden an die jüdischen Studenten der britischen Zone oder Organisation und Finanzierung von Ferienlagern in Israel – wie bisher weiter. Hinzu kam noch die Durchführung von »kultureller Arbeit« in Verbindung mit der örtlichen Synagogengemeinde: In Abendveranstaltungen hielten Bittner und Manfred Weil immer wieder Vorträge zur Kunstgeschichte und diversen Themen der jüdischen Kultur

142 WL 1556 HA 9/1, Korrespondenz Heymann (JRU) – F. S. Aron vom 30.3., 06.04. und 20.4. 1949. WL 1556 HA 9/9, Brief Lipskis, wahrscheinlich an den VJS, vom 26.08.1949. Kurt U. Bertrams, Der Kartell-Convent und seine Verbindungen, Hilden ²2009, S. 33, 40, 128 f.

143 WL 1556 HA 9/9, Protokoll der Tagung des VJS am 26.10.1948 in Hannover. Weil an Lipski am 02.11.1948. Biographische Angaben über Manfred Weil wurden aus den gleichen Gründen wie bei Egon Bittner nicht anonymisiert. Außerdem stimmte Weil zu, dass persönliche Daten für den vorliegenden Text verarbeitet werden.

144 <http://www.freundeskreis-manfred-weil.de/index.php/der-maler-manfred-weil/5-der-maler-manfred-weil> (30.3.2012). Gespräch mit Manfred Weil am 10.12.2011; an dieser Stelle sei noch einmal ausdrücklich dem Ehepaar Weil für ihre Gesprächsbereitschaft sowie Frau Astrid Mehmel, der Leiterin der Bonner Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus, für die Vermittlung des Kontakts zu den Weils gedankt. Ausführlich zu Weils Leben Mechthild Kalthoff, Manfred Weil. Sein oder Nichtsein, Köln 2002.

und Tradition. Im Haus der Bonner Gemeinde in der Quantiusstraße hinter dem Bonner Hauptbahnhof hatte der VJS laut Archivmaterial einen Büroraum erhalten, in dem während der Woche Sprechstunden stattfanden. Im Gespräch mit dem Verfasser berichtete Weil jedoch, dass er nur versucht habe, bei der Gemeinde einen Raum zu erhalten; dies sei ihm jedoch verweigert worden – die Frage, wer Recht hat, soll an dieser Stelle vorläufig unentschieden bleiben. Weil hatte, wie sich in zwei mit dem Verfasser geführten Gesprächen zeigte, durchaus Mühe, sich an seine Zeit als Vorsitzender des VJS in Bonn zu erinnern. In dieser Zeit seien seine gesamte Existenz und all seine Gedanken nur darauf ausgerichtet gewesen, sein Studium zu Ende zu bringen und endlich in die USA auszuwandern. Er war, wie er es ausdrückte, »mit dem Kopf schon gar nicht mehr in Deutschland¹⁴⁵.« Trotzdem erlauben Weils Aussagen einen gewissen Einblick in die Welt der Bonner jüdischen Studenten.

Manfred Weil war durch sein eigenes Studium in Köln zeitlich sehr stark eingespannt und stellte daher seinen Bruder Anatol, der als freier Journalist arbeitete, als Sekretär des VJS ein. Für die Verwaltung des Verbandes stand ihm eine kleine Geldsumme zur Verfügung, aus der er seinen Bruder bezahlte, während er selber den Vorsitz ehrenamtlich und damit unbezahlt inne hatte. Anatol Weil erledigte in seiner Bonner Wohnung den gesamten Schriftverkehr des Verbandes. Zusätzlich übernahm er – gemäß den Anordnungen seines Bruders – die Kontakte zu den Studierenden und zu den Behörden¹⁴⁶.

Anatol Weil und Egon Bittner waren beide maßgeblich beteiligt an der Produktion und Gestaltung der Zeitschriftenbeilage »Berg Scopus«, die in loser Folge im 3. Jahrgang des »Jüdischen Gemeindeblattes für die britische Zone« sechsmal erschien. Benannt war die Beilage nach dem gleichnamigen Berg in Jerusalem, auf dem sich die Hebräische Universität befindet¹⁴⁷. Anatol Weil, Bittner und andere Beiträger veröffentlichten in fast allen Ausgaben mehr oder weniger umfangreiche Artikel zu Fragen der jüdischen Geschichte oder der aktuellen hebräisch-israelischen Literatur und Kultur sowie Buch-, Musik- oder

145 WL 1556 HA 9/2, Namensliste mit Unterschriften »Hiermit bestätige ich den Empfang von 1,5 kg Kaffee und 14 Dreiecke Käse« mit 42 Namen, darunter auch die der Bonner jüdischen Studenten. Manfred Weil an Lipski vom 09.12.1948; mit Liste über die für Studenten benötigten Kleidungsstücke. WL 1556 HA 9/9, Rundschreiben Nr. 2 vom 26.01.1948. Monatsberichte des VJS für November/Dezember 1948 und Januar 1949. WL Ha 9/13, Korrespondenz Manfred Weil – Walter Lipski bezüglich eines Ferienlagers in Israel. Monatsberichte Mai und Juni-August 1949; lt. diesen Berichten hat kein Verbandsmitglied an dem Ferienlager aus finanziellen und organisatorischen Gründen teilnehmen können. Gespräche mit Manfred Weil am 10.12.2011 und 15.02.2012.

146 Gespräch mit Manfred Weil am 10.12.2011. WL 1556 HA 9/2, Manfred Weil an Lipski vom 09.12.1948.

147 o. A., Art. »Um die Bedeutung« in: Berg Scopus 1 im Jüdischen Gemeindeblatt Nr. 2 (28.4.1948).

Theaterbesprechungen. Das Material dazu fand Bittner in den verschiedensten Büchern und Zeitschriften, die er sich zu diesem Zwecke mit Hilfe der JRU teilweise sogar aus dem Ausland besorgen ließ¹⁴⁸. Offenbar war die Idee zu der Beilage von den jüdischen Studenten in Hannover ausgegangen; die meiste praktische Arbeit für deren Gestaltung wurde aber in Bonn von Bittner und Weil erledigt – was durchaus negativ in Bonn zur Kenntnis genommen wurde¹⁴⁹.

Aus dem »Berg Scopus« lassen sich noch einige interessante Details erfahren. So schrieb M. Langer im Artikel »Der jüdische Student in Deutschland und seine Umgebung¹⁵⁰«, dass man als jüdischer Student nicht darum herum komme, sich mit der deutschen Umwelt zu arrangieren und mit ihr zusammenzuarbeiten. Es sei »nicht unser Wunsch und unsere Absicht [...], alle Brücken zu allen Deutschen auf immer abzubreaken.«

Im Umgang mit den gleichaltrigen deutschen Kommilitonen sei zu bedenken, dass die Mehrzahl von ihnen aufgrund ihrer Erziehung zu den alten Vorurteilen neigten; es sei also die Aufgabe der jüdischen Studenten an den deutschen Universitäten, diese Vorurteile abzubauen zu helfen. Denn:

»Der deutschen Jugend [...] sollte man nicht versäumen, eine Chance zu geben [...] die einzig und allein in ihrer Aufklärung liegen kann.«

Der Autor ist sich bewusst, dass er mit dieser Ansicht unter den Juden in Deutschland ziemlich alleine dastehen dürfte. Darum sollten die jüdischen Studenten sowohl unter den Juden als auch unter den Deutschen aufklärerische Jugendarbeit praktizieren.

»Gehen wir also hinaus in die Zentren jüdischen Lebens und zeigen wir der Welt, daß wir da sind, daß auch der jüdische Geist die Konzentrationslager überstanden hat. Diese Blätter [der »Berg Scopus«; M. V.] sollen ein Beweis dafür sein.«

Neben solchen allgemeinen Betrachtungen wurden die Leser des »Berg Scopus« über die Situation der jüdischen Studenten außerhalb Deutschlands informiert. Auch im Ausland wurde der »Scopus« wahrgenommen:

»Die Union des Étudiants Juifs de Belgique schreibt uns: ›Wir [...] beglückwünschen Sie, unter gewiß schwierigen Verhältnissen eine Publikation zu haben, die wir, trotz der doch viel normaleren Situation unseres Landes, noch nicht realisieren konnten. Jede Nummer des Berg Scopus ist ein Kraftbeweis, die die vorhergehende durch ihre objektive und bemühte Darstellung übertrifft. Ihre intellektuelle Höhe [...] und der Geist, der daraus spricht, ist genau der unserer Generation¹⁵¹.«

148 Die diesbezügliche Korrespondenz in WL 1556 HA 9/2.

149 WL 1556 HA 9/9, Schreiben Lowenthals (JRU) an Lipski (JRU) vom 16.06.1948.

150 In: Berg Scopus 1 im Jüdischen Gemeindeblatt Nr. 2 (28.4.1948).

151 In: Berg Scopus 5 im Jüdischen Gemeindeblatt Nr. 7 (14.07.1948).

Die Währungsreform von 1948 traf auch die jüdischen Studenten schwer. Im August 1948 berichtet Anatol Weil als Schriftleiter des »Scopus« , dass viele der jüdischen Studenten nun gezwungen seien, ihr Studium aus finanziellen Gründen aufzugeben. In einem flammenden Appell rief Weil die Juden in aller Welt und insbesondere das AJDC und die JRU zu verstärkter Hilfeleistung auf¹⁵².

Manfred Weil war neben seinem Studium in Köln Gasthörer auch an der Bonner Universität und besuchte kunstgeschichtliche und andere Vorlesungen. Die Atmosphäre an der Universität sei zumindest anfänglich durchaus noch von nationalistischen und antisemitischen Tönen geprägt gewesen – sowohl von Seiten der Professoren als auch der Studenten. Die jüdischen Studenten waren untereinander eng befreundet; man traf sich häufig. Sie alle waren in irgendeiner Form als Folge ihrer jeweiligen Kriegserlebnisse traumatisiert. Kontakte zu deutschen Studenten oder anderen DP-Kommilitonen habe es nur sporadisch, wenn überhaupt gegeben. Sie hätten aber trotzdem auch durchaus Spaß im Leben gehabt und auch Karneval in Bonn gefeiert. Im Hinterkopf spukte dabei aber immer der Gedanke herum, dass man baldmöglichst auswandern werde aus dem verhassten Deutschland. Die Emigration war demzufolge auch das Hauptgesprächsthema der jüdischen Studenten untereinander, am besten in die USA oder Israel. Dabei hatten die Männer unter ihnen Angst vor einer Verpflichtung zum Dienst in der US-Armee, wenn man nach Amerika auswanderte; Weil berichtete, er habe eine solche Dienstverpflichtung unterschreiben müssen, als er endlich 1951 die Gelegenheit bekam, in die USA auszuwandern und vorher im Transitlager Wentorf bei Hamburg auf sein Visum wartete. Ein von ihm befürchteter Einsatz im gerade tobenden Korea-Krieg kam für ihn aber nicht in Frage; er kehrte aus dem Lager Wentorf freiwillig wieder nach Deutschland zurück. Sein Studium hatte er glücklicherweise noch vor dem Aufruf zur Emigration beenden können. Der ursprünglich von den Bonner jüdischen Studenten entworfene Plan, sich in den USA zu treffen und weiter Kontakt zu halten, ließ sich nun zumindest von Manfred Weils Seite aus nicht mehr einhalten¹⁵³.

Der Emigrationsversuch Weils führte auch das Ende des VJS herbei. Dieses Ende hatte sich schon – zeitlich fast parallel zum allgemeinen Ende des DP-Studiums – im Oktober 1949 mit der Verlautbarung des AJDC angekündigt, dass aufgrund finanzieller Engpässe sämtliche finanziellen Förderungen auf den Prüfstand gestellt werden müssten. Dazu gehörte auch die Gewährung der bisherigen monatlichen Unterstützungszahlung durch den AJDC, die nun ab 1950 ganz wegfallen und bis Ende 1949 nur noch den Studenten zukommen sollten, die sich zur Auswanderung registriert hatten – eine Vorgehensweise ganz ähnlich der der IRO zur gleichen Zeit. Nach Meinung der Leitung des AJDC schien es

152 Berg Scopus 6 im Jüdischen Gemeindeblatt Nr. 9 (11.08.1948).

153 Gespräch mit Manfred Weil am 10.12.2011.

ohnehin nicht mehr opportun zu sein, die Auswanderung der Juden in Deutschland nach Israel dadurch aufzuhalten, dass Studenten finanzielle Anreize für einen Verbleib im Land der Täter gegeben würden. Hinzu kam noch, dass die Verbandsarbeit des VJS immer mehr erschwert wurde durch die ständige Reduktion der Mitgliederzahlen durch verstärkte Auswanderung. Der Verband war Ende 1949 kaum noch arbeitsfähig, weil ganze Gremien komplett ausgewandert waren und aus dem ständig weiter schrumpfenden Mitgliederkreis mühsam neu gewählt werden mussten. Für die nächste Zeit sollte sogar der Vorstand, der statutengemäß aus drei Personen zu bestehen hatte, auf zwei Vorsitzende verkleinert werden. Sobald die Zahlungen des AJDC eingestellt würden, so die Hoffnung, bestünde dann für die in Deutschland verbleibenden jüdischen Studenten die Möglichkeit, sich als rassisch Verfolgte des NS-Regimes um entsprechende für diese zur Verfügung stehenden Studienbeihilfen zu bemühen¹⁵⁴.

Als Manfred Weil dann 1951 endlich die lang ersehnte Auswanderung gestattet worden war, musste alles ganz schnell gehen. Der Verband wurde sofort aufgelöst; Weil hatte keine Zeit mehr, sich um einen Nachfolger zu kümmern. Er schaffte es nur noch, die Verbandsdokumente in seinem Besitz in eine große Kiste zu packen und diese seinem Bruder Anatol auszuhändigen, der noch nicht zur Auswanderung aufgerufen worden war¹⁵⁵. Leider ging diese Kiste verloren. Nach der Rückkehr Weils aus dem Transitlager Wentorf gab es offensichtlich keine Initiativen zur Wiederbelebung des Verbandes. Für die nächsten Jahre hatten die noch verbliebenen jüdischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland keine Interessenvertretung mehr. Nicht nur in Bonn war die Zeit der DP-Studenten – egal, ob jüdisch oder nichtjüdisch – endgültig zu Ende.

154 WL 1556 HA 9/1, Schreiben von Norbert Wollheim (Zentralkomitee der befreiten Juden in der Britischen Zone, Bergen-Belsen) an E. Heymann (JRU) vom 01.11.1949. Norbert Wollheim an Manfred Weil am 24.11.1949. Memorandum Heymanns vom 12.12.1949. WL 1556 HA 9/9, Monatsbericht Oktober 1949.

155 Gespräch mit Manfred Weil am 10.12.2012.

Die Bonner Studenten in den Nachkriegsjahren (1945 – 1955)

»Mit der Ablösung der Soldatengeneration durch die jungen Abiturienten hat sich ein tiefgreifender Wandel an der Hochschule vollzogen¹«. Diese Feststellung, die Studentenpfarrer Franz zu Löwenstein im Hinblick auf die katholischen Studentengemeinden traf, kann als symptomatisch für die Entwicklung der Studentenschaft an den Universitäten zu Beginn der 50er Jahre insgesamt gelten. Die Zeitgenossen beobachteten einen Generationswechsel bei den Studenten. Auf die älteren Studenten, die überwiegend Kriegsheimkehrer waren, folgten jüngere, die mit einem ganz anderen Erfahrungshorizont an die Universität kamen. In Abgrenzung von den Jüngeren fanden die Kriegsteilnehmer um 1950 zu einem eigenen Generationsbewusstsein, das sich in vielen Zeitzeugenberichten widerspiegelt². Auch von der britischen Militärregierung wurde die erste Nachkriegsstudentengeneration als etwas Besonderes wahrgenommen. So heißt es in einem Bericht an die Erziehungsabteilung der Militärregierung mit Blick auf die Göttinger Studenten 1945: »The type of student entering now is very different from any other previous generation of students³.«

Was bleibt von diesen Generationserfahrungen nach 60 Jahren? Sind die Besonderheiten der ersten Nachkriegsstudentengeneration auch heute noch fassbar? Dieser Beitrag hat sich die Analyse der ersten Studentengeneration am Beispiel der Universität Bonn zum Ziel gesetzt⁴. Dabei liegt der Fokus in An-

1 Studentenpfarrer P. Franz zu Löwenstein SJ in einer Rede zum Thema »Studentenseelsorge und Studentenverbindung« ca. 1952, Historisches Archiv des Erzbistums Köln [HAEK] Best. KDSE Nr. 1139.

2 Boll, Friedhelm: Auf der Suche nach Demokratie. Britische und deutsche Jugendinitiativen in Niedersachsen nach 1945, Bonn 1995 (Veröffentl. d. Instituts für Sozialgeschichte e.V. Braunschweig, Bonn), S. 13.

3 Bericht vom 8.9.1945, Public Record Office/ The National Archives [PRO] FO 1050/1279.

4 Die hier vorgetragenen Forschungsergebnisse beruhen überwiegend auf meiner Dissertation Studieren in Ruinen. Die Studenten der Universität Bonn in der Nachkriegszeit 1945 – 1955, Bonn 2010 (Bonner Schriften zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 1).

lehnung an die Forschungen Karl Mannheims⁵ auf drei Komplexen, die als konstitutiv für die Entstehung einer Generation anzusprechen sind: die Sozialisations-, die Erfahrungs- und die Handlungsgemeinschaft. Dazu wird die Nachkriegsstudentenschaft hinsichtlich ihrer Struktur und Zusammensetzung, ihrer Studienbedingungen und ihrer Haltung zu politischen Fragen analysiert. Zunächst aber erscheint es sinnvoll, sich die Ausgangslage bei Kriegsende in Erinnerung zu rufen.

Im Jahr 1944 hatte sich die Lage an den grenznahen Universitäten im Westen angesichts der näherrückenden alliierten Truppen verschärft. Es wurde mit der Auslagerung wertvoller Sammlungen, Geräte und Bibliotheken begonnen⁶. In Bonn verlegten Rektorat und Kuratorium ihre geschäftsführende Leitstelle nach Adelebsen bei Göttingen⁷. Am 13. Oktober 1945 verfügte Rektor Karl Franz Chudoba die Schließung der Universität mit Ausnahme der medizinischen und zahnmedizinischen Examensemester⁸. Nur fünf Tage später, am 18. Oktober 1944, wurden das Hauptgebäude sowie die Kliniken in der Theaterstraße durch einen Bombenangriff schwer beschädigt⁹. Bei mehreren folgenden Angriffen wurden auch das Poppelsdorfer Schloss sowie einige Institute in der Nussallee getroffen. 1949 wurde der entstandene Schaden für die Universität auf 50 Mio. DM geschätzt. Von den rund 50 Gebäuden der Universität im Stadtgebiet war nicht eines unbeschädigt geblieben¹⁰.

Trotz der schweren Zerstörungen wurde zumindest der Prüfungsbetrieb auch im Wintersemester 1944/45 zum Teil aufrechterhalten. Zumindest in der Katholisch-Theologischen und in der Medizinischen Fakultät wurden Promotionsverfahren zu Ende gebracht. In der Medizinischen Fakultät sind bis April 1945 Promotionsprüfungen nachweisbar¹¹. Wenn auch vereinzelt noch Prü-

5 Mannheim, Karl: Das Problem der Generation, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7 (1928/29) 2, S. 157–185 und 3, S. 309–330.

6 Universitätsarchiv Bonn [UAB] PF 77–34. Hier findet sich auch eine Übersicht über die Auslagerungsorte; zur Auslagerung der Bibliotheken vgl. auch Herkenhoff, Michael: Der Wiederaufbau der Universitätsbibliothek, in: Becker, Thomas (Hrsg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im ›Dritten Reich‹ und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008, S. 321–334, hier S. 322 f.

7 Schreiben Rektor Chudobas an den Dekan der Philosophischen Fakultät vom 17.1.1945, UAB PF 138–164.

8 Rundschreiben des Rektors, UAB Kleinere Sammlungen 6.

9 Zur Bombardierung Bonns vgl. Vogt, Helmut: Bonn im Bombenkrieg, Bonn 1989 (Bonner Geschichtsbll. 38).

10 Chronik der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, hrsg. vom Rektor der Universität Bonn, Jg. 64, NF Jg. 53 (1939/40–1948/49), S. 82 ff; eine Übersicht über die Zerstörungen gibt van Rey, Manfred: Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vom 18. Oktober 1944 bis 17. November 1945, in: Bonner Universitätsblätter 1995, S. 29–44, hier S. 32 f.

11 UAB Med Prom; Gatz, Erwin: Die Bonner Katholisch-Theologische Fakultät im ›Dritten

fungen abgehalten wurden, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach der Schließung der Universität die Mehrzahl der Studenten und Dozenten Bonn verlassen hatte. Bei Kriegsende waren noch etwa 15 Professoren in Bonn anwesend¹².

Am 8./9. März 1945 eroberten amerikanische Truppen die Stadt Bonn. Unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen begann die Universität mit ihrer Reorganisation. Der nach der Flucht Chudobas amtierende Rektor Theodor Brinkmann bildete im April 1945 aus unbelasteten Dozenten aller Fakultäten einen provisorischen Senat, der nach der Übergabe der Stadt an die Briten von der Militärregierung anerkannt wurde¹³. Im Juli 1945 übernahm Heinrich Mathias Konen das Rektorat, nachdem Brinkmann seinen Rücktritt erklärt hatte¹⁴. Konen wurde zur bestimmenden Person der frühen Nachkriegsjahre an der Universität Bonn. 1946–47 amtierte er zudem als Kultusminister des neugegründeten Landes Nordrhein-Westfalen¹⁵.

Der Wiederaufbau der Universität Bonn entfaltete sich in dem von der britischen Militärregierung gesteckten Rahmen. Diese sah die Entfernung aller ehemaligen aktiven Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und insbesondere eine strenge politische Überprüfung des Bildungswesens vor. Zur Kontrolle der Entnazifizierung wurde an jeder Universität ein so genannter Education Control Officer (ECO) eingesetzt¹⁶. Die Entnazifizierung wurde mit Hilfe von Fragebögen durchgeführt, die jeder Dozent einreichen musste. Dieses Vorgehen erwies sich als überaus langwierig, so dass bei Wiedereröffnung der Universität im November 1945 viele Lehrstühle wegen noch schwebender Verfahren gegen ihre Inhaber zunächst unbesetzt bleiben mussten¹⁷.

Reich und in der Nachkriegszeit, in: Becker, Zwischen Diktatur und Neubeginn (wie Anm. 6), S. 59–77, hier S. 72.

12 Lützel, Heinrich (Hrsg.): Die Bonner Universität. Bauten und Bildwerke, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968), S. 120.

13 UAB UV 69–1. Zur Entwicklung der Universität Bonn vgl. auch Schäfer, Karl Theodor: Verfassungsgeschichte der Universität Bonn 1818 bis 1960, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität 1818–1968), S. 217–248.

14 Senatssitzung vom 19. 7. 1945, UAB Senat 33–1.

15 Siehe auch George, Christian: Heinrich Mathias Konen (1874–1948), Physiker und Rektor der Universität Bonn, <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/persoennlichkeiten/K/Seiten/HeinrichMathiasKonen.aspx>, abgerufen am 16. 2. 2012.

16 Zur Aufgabe der ECOs vgl. Heinemann, Manfred (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952, Teil 1: Britische Zone, bearb. v. David Phillips, Hildesheim 1990; eine Übersicht über die Bonner ECOs findet sich in: George, Studieren in Ruinen (wie Anm. 4), S. 368.

17 Zur Entnazifizierung vgl. u. a.: Krüger, Wolfgang: Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1982, zugl. Univ. Düsseldorf Phil. Diss. 1981; Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Entnazifizierung. Die politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991 (dtv Dokumente 2962); Defrance, Corine: Entnazifizierung an westdeutschen Universitäten in der Besatzungszeit, in: Hoch-

Gleichzeitig stand die Universität bei ihrer Wiedereröffnung vor einem enormen Studentenandrang. Der Kriegseinsatz hatte mehrere Abiturjahrgänge von der Aufnahme eines Studiums abgehalten, die nun gleichzeitig an die Universitäten drängten. Im Oktober 1945 hob die Universität Bonn alle aus der Kriegszeit noch bestehenden Immatrikulationsverhältnisse auf¹⁸. Damit konkurrierten alle ehemaligen Studenten mit den neuen Studienanwärtern um die Zulassung. Die Zahl der Bewerber lag deutlich über 10.000¹⁹. Gleichzeitig legte die britische Militärregierung die Höchstzahl der Studenten auf 2.500 fest, davon sollten 250 Studienplätze für Displaced Persons reserviert bleiben²⁰. Die Auswahl der Studenten stellte die Universität vor große Schwierigkeiten. Von unterschiedlichen Seiten wurden Anforderungen an die Studenten gestellt. Während die Militärregierung die politische Unbedenklichkeit forderte, die Stadt die Vorlage eines Arbeitsbefreiungs- und eines Wohnberechtigungs-scheines zur Bedingung machte, bemühte sich die Universität um fachlich möglichst qualifizierte Bewerber. Daneben sollten auch soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Um allen diesen Kriterien gerecht zu werden, etablierte die Universität ein Punktesystem, das u. a. die regionale Herkunft, die Schädigung im Nationalsozialismus, die Semesterzahl und die fachliche Eignung berücksichtigte²¹. Am stärksten gewichtet wurde in diesem System die Examensnähe. Die Universität bevorzugte Examenskandidaten, um im kommenden Semester mehr Studienplätze für die abgewiesenen Bewerber anbieten zu können.

Trotz des aufwändigen Zulassungsverfahrens wuchs die Kritik der Briten an der Auswahl der Studenten. Offenbar wurde die Unzulänglichkeit insbesondere der politischen Überprüfung, als im Januar 1946 Hitlers Luftwaffenadjutant Nicolaus von Below festgenommen wurde, der sich unter falschem Namen in Bonn eingeschrieben hatte²². Zeitgleich wurde mit der Direktive 24 Anfang 1946

stuhl, Kurt (Hrsg.): *Deutsche und Franzosen in einem zusammenwachsenden Europa 1945 – 2000*, Stuttgart 2003, S. 43 – 59 (Werkhefte der staatl. Archivverwaltung in Baden-Württemberg, Serie A: Landesarchivdirektion, H. 18); zum Entnazifizierungsverfahren an der Universität Bonn vgl. George, Christian: *Neubeginn in Trümmern. Die Universität Bonn von ihrer Zerstörung bis zur Absetzung des ersten Nachkriegsrektors Heinrich M. Konen*, in: Becker, *Zwischen Diktatur und Neubeginn* (wie Anm. 6), S. 229 – 251.

18 Senatsbeschluss vom 18. 10. 1945, UAB Senat 33 – 1.

19 In den Quellen finden sich unterschiedliche Angaben. Im Oktober 1945 nennt Rektor Konen die Zahl 11.500, UAB UV 69 – 1.

20 Schreiben des ECO an Rektor Konen am 31. 10. 1945, UAB UV 69 – 1. Diese Entscheidung wurde noch vor Eröffnung der Universität revidiert, so dass die 250 DPs zusätzlich zu den 2.500 regulären Studenten immatrikuliert werden konnten, Verwaltungsratssitzung vom 10. 11. 1945, UAB Senat 33 – 1.

21 Endgültige Fassung in UAB PF 138 – 168; überliefert auch als Entwurf in UAB UV 69 – 160 und als korrigierter Entwurf in MF 68 – 11.

22 UAB Exmatrikelakte Claus Nagel; vgl. auch John, Antonius: *Als Heimkehrer, Student und*

das Entnazifizierungsverfahren in der britischen Zone vereinheitlicht und auf eine neue Grundlage gestellt²³. Als Folge dieser Neuregelung bestimmte die Militärregierung in der Erziehungsanweisung Nr. 5, dass alle Studenten, auch die bereits immatrikulierten, zum Sommersemester 1946 erneut zugelassen werden mussten²⁴. Dabei wurde zwar der Numerus clausus auf 3.150 Studenten erhöht, dennoch mussten auch im Sommersemester 1946 noch rund 8.400 Bewerber abgewiesen werden²⁵.

Stand so im Sommersemester die politische Überprüfung bei der Zulassung der Studenten im Vordergrund, reduzierte sich durch die Einführung der Jugendamnestie für alle nach dem 1.1.1919 Geborenen zum Wintersemester 1946/47 die Zahl der zu überprüfenden Studenten um rund 90 %²⁶. Die fachliche Eignung wurde durch die Amnestie gegenüber der politischen Unbedenklichkeit gestärkt und trat bei der Auswahl der Studenten nunmehr deutlich in den Vordergrund.

Zum Wintersemester 1946/47 hoben die Briten den Numerus clausus in Bonn erneut an. In den folgenden Semestern blieb er jedoch konstant. Da der Numerus clausus die Gesamtzahl der Studienplätze festlegte, konnten immer nur so viele Studenten neu immatrikuliert werden, wie die Universität verließen. Nachdem die in den ersten Nachkriegssemestern bevorzugt zugelassenen Examenskandidaten die Universität verlassen hatten, blieb die Zahl der Abgänger naturgemäß klein. Da die Briten eine Erhöhung der Studentenzahl auch in den folgenden Semestern ablehnten, suchte die Universität nach Möglichkeiten, den Numerus clausus zu umgehen. Dazu bot sich einerseits der studentische Bautrupp an. Dieser war aus einer Holzaktion im Winter 1945/46 entstanden, als die Briten für die Teilnehmer 500 Studienplätze im Sommersemester 1946 in Aussicht stellten²⁷. In den folgenden Semestern wurde nach dem Muster der Holzaktion ein studentischer Bautrupp eingerichtet, bei dem die Mitwirkung mit der Zusage eines Studienplatzes im darauffolgenden Semester verknüpft wurde. Der

Kleinakteur, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg, Bonn 1986, S. 11 – 16, hier S. 13.

23 Abgedruckt bei Ruhm von Oppen, Beate (Hrsg.): Documents on Germany under Occupation 1945 – 1954, London 1955, S. 102 – 106.

24 UAB UV 69 – 338.

25 UAB UV 69 – 12.

26 Pingel, Falk: Attempts at University Reform in the British Zone, in: Phillips, David (Hrsg.): German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education, Oxford 1983, S. 20 – 27, hier S. 24. Die Jugendamnestie wurde durch die Zonenexekutivanweisungen Nr. 54 (30.11.1946) und Nr. 3 (endgültige Fassung vom 7.3.1947) eingeführt. Obwohl beide Anweisungen erst am 14.4.1947 in Kraft traten, erfolgte die Zulassung der Studenten bereits im WS 1946/47 nach den Regelungen der Jugendamnestie. Dies geht aus den Protokollen der Sitzungen der UECOs hervor, vgl. Sitzung vom 4.8.1946, PRO FO 945/137.

27 Rundschreiben an die Studenten zum WS 1945/46, UAB PF 138 – 169.

Bautrupp wurde zu Hilfsarbeiten beim Wiederaufbau der zerstörten Universitätsgebäude eingesetzt. Daneben bestand seit dem Sommer 1946 auch ein Einsatztrupp, der sich um die Reorganisation der Bibliotheken kümmerte. Die Universität nutzte Bau- und Einsatztrupp, um den Studenten die vorläufige Zulassung mit der Zusage eines Studienplatzes für das kommende Semester zu ermöglichen. Die Universität vergab damit immer eine Anzahl Studienplätze im Voraus ohne zu wissen, wie viele Plätze im nächsten Semester tatsächlich zur Verfügung stehen würden. Dies hatte zur Folge, dass die Medizinische Fakultät im Wintersemester 1946/47 nur Bautruppstudenten zulassen konnte und keine unmittelbaren Neuimmatrikulationen erfolgen konnten²⁸.

Eine weitere Möglichkeit, den Numerus clausus zu umgehen, stellte die so genannte Zwangsgasthörerregelung dar. Dabei wurden Examenssemester exmatrikuliert und als Gasthörer außerhalb des Numerus clausus zugelassen²⁹. Dies führte dazu, dass die Zahl der Studenten stark anstieg und schließlich den festgelegten Numerus clausus bei weitem übertraf. Den Briten blieb diese Entwicklung nicht verborgen. Ende 1947 strengte der neu eingesetzte Bonner ECO George A. Kirk eine Untersuchung des Bonner Immatrikulationsverfahrens an. Dabei wurde festgestellt, dass über 2000 Studenten mehr immatrikuliert waren als erlaubt³⁰. Zudem hatte eine stichprobenartige Untersuchung Mängel in der politischen Überprüfung der Studenten offenbart³¹. Die Verantwortung dafür wurde Rektor Konen angelastet, der daraufhin im Januar 1948 von seinem Amt zurücktrat³². Auf Druck der Briten sollten die Studentenzahlen deutlich gesenkt werden. Dies gelang jedoch erst zum Wintersemester 1948/49, als sich die Zahl der Abgänger von der Universität zu normalisieren begann und dadurch der Bewerberüberhang zurückging.

Bei der Zulassung der Studenten stand auf Seiten der Briten die Forderung nach politischer Unbedenklichkeit dem Ziel der Universität gegenüber, möglichst hochqualifizierte Bewerber zuzulassen. Mit Einführung der Jugendamnestie traten die fachlichen Anforderungen in den Vordergrund, mit Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse verloren auch die sozialen Auswahlkriterien an Bedeutung. Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einem normalisierten Zulassungsverfahren war die Übertragung des Numerus clausus

28 UAB MF 68 – 11.

29 Rundschreiben von Kultusminister Konen vom 10. 10. 1947, UAB MF 68 – 11.

30 Senatssitzung vom 19. 1. 1948, UAB Senat 33 – 4.

31 Erklärung der Militärregierung, in: Bonner Universitätszeitung [BUZ] Nr. 31 vom 25. 1. 1948, S. 1.

32 Zum Rücktritt Konens vgl. auch Eich, Klaus-Peter: Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen 1945 – 1954, Düsseldorf 1987 (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 20), S. 46 ff.

in deutsche Hände zum Sommersemester 1949³³. Die Universität Bonn, die den Numerus clausus zwar grundsätzlich ablehnte, hielt angesichts der eingeschränkten Kapazitäten der Institute dennoch zunächst daran fest. Im Unterschied zur britischen Praxis wurden die Höchstzahlen jedoch nun für die Neuimmatrikulationen und nicht mehr für die Gesamtzahl der Studenten festgelegt³⁴. Zu Beginn der 50er Jahre wurde der Numerus clausus in Bonn in allen Fakultäten mit Ausnahme der Medizinischen abgeschafft.

Wie setzte sich nun die Studentenschaft zusammen, die auf Grund der beschriebenen Regelungen immatrikuliert wurde? Zunächst ist wenig verwunderlich, dass die Studenten der ersten Nachkriegssemester deutlich älter waren als vor dem Krieg üblich³⁵. Durch die Einführung des Wehrdienstes und des Arbeitsdienstes sowie durch den Kriegseinsatz war dem Gros der Studenten die Aufnahme oder Fortführung eines Studiums verwehrt worden. Diese drängten nun zusammen mit den Kriegsabiturienten an die Universitäten. Die Zulassungsregelung in Bonn begünstigte dabei ältere und fortgeschrittene Studenten, so dass das Durchschnittsalter der Studenten bei Wiedereröffnung der Universität bei 24,4 Jahren lag³⁶. Da auch in den folgenden Semestern fortgeschrittene Studenten bei der Zulassung begünstigt wurden, stieg das Durchschnittsalter weiter an, bis es 1949 25,2 Jahre erreichte. Erst mit dem Weggang der Kriegsgeneration von der Universität seit dem Ende der 40er Jahre und dem Zustrom junger Abiturienten sank der Altersdurchschnitt allmählich. Es sollte jedoch noch bis zum Sommersemester 1955 dauern, bis das Durchschnittsalter unter den Wert des ersten Nachkriegssemesters gesunken war. Erkennbar wird darüber hinaus ein deutlicher Altersunterschied zwischen Studenten und Studentinnen. Bis 1950 waren die männlichen Studenten im Schnitt rund ein Jahr älter als ihre Kommilitoninnen. Die Ursache dafür liegt in dem kriegsbedingten Zeitverlust der Männer. Mit zunehmendem Abstand vom Krieg – auch das ein Zeichen für die Normalisierung der Verhältnisse – glich sich das Durchschnittsalter der männlichen und weiblichen Studenten einander an. 1955 lag das Durchschnittsalter der männlichen Studenten nur noch ein knappes halbes Jahr über dem der Studentinnen.

33 13. Hochschulkonferenz am 26.7.1948 in Braunschweig, in: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Nordwestdeutsche Hochschulkonferenzen 1945–1948, bearb. v. Siegfried Müller, Hildesheim 1990 (Geschichte von Bildung und Wissenschaft: Reihe C, Editionen, 1/2), S. 487 f.

34 Senatssitzung vom 3.3.1949, UAB Senat 33–5.

35 1928 lag das Durchschnittsalter der männlichen Studenten in Preußen unter 23 Jahren, vgl. Titze, Hartmut: Das Hochschulstudium in Preußen und Deutschland 1820–1944, Göttingen 1987 (Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte 1/1), S. 203 f.

36 Die folgenden Angaben beruhen auf der Auswertung der Studentenkartei des Universitätsarchivs. Es wurde jeweils das ganzzahlige Alter bei Semesterbeginn zu Grunde gelegt.

Überraschender als die Alterstruktur mag das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter erscheinen. Mit über 23 % lag der Frauenanteil im ersten Nachkriegssemester in Bonn auf dem höchsten Stand zu Friedenszeiten seit Einführung des Frauenstudiums zu Beginn des 20. Jahrhunderts³⁷. Auch dies ist als unmittelbare Kriegsfolge zu werten. Die Nationalsozialisten hatten zunächst das Frauenstudium bekämpft und durch propagandistische Maßnahmen sowie mit einer Reihe konkreter Maßnahmen einen deutlichen Rückgang des Frauenanteils bewirkt³⁸. Als sich ab Mitte der 30er Jahre jedoch ein Akademikermangel bemerkbar machte, wandelte sich die Haltung der NSDAP zum Frauenstudium. Reichserziehungsminister Rust ermutigte 1937 junge Frauen sogar zur Aufnahme eines Studiums³⁹. Als mit Ausbruch des Kriegs viele Studenten zur Wehrmacht eingezogen wurden, stieg der Frauenanteil sprunghaft an. Auch die absolute Zahl der Studentinnen wuchs während des Krieges deutlich. Bei Kriegsende war das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Geschlechtern etwa ausgeglichen⁴⁰. Der Krieg hatte damit eine starke Aufwertung des Frauenstudiums zur Folge und erzwang eine »begrenzte Emanzipation der studierenden Frau⁴¹«.

Die Begrenzung dieser Emanzipation wurde nach dem Krieg jedoch schnell deutlich, als das Frauenstudium angesichts der knappen Studienplätze wieder unter einen Legitimationsdruck geriet, dem es seit seiner Einführung bereits ausgesetzt war⁴². Doch konnten sich in Bonn die Gegner des Frauenstudiums nicht durchsetzen. Ein im Punktesystem zur Zulassung bereits vorgesehener Passus, der »Nichtsoldaten« – und damit vor allem Frauen – benachteiligt hätte, wurde noch vor Inkrafttreten der Regelung wieder gestrichen⁴³. Bei der Zulassung zum Wintersemester 1945/46 ergab sich sowohl für männliche als auch für

37 Zahlen nach Studentenkartei.

38 Zu diesen Maßnahmen zählten u. a. die Einführung eines Numerus clausus von 10 % für Frauen, die Einschränkung der Vergabe von Stipendien an Frauen sowie die Verdrängung der Juden mit ihrem überdurchschnittlichen Frauenanteil von den Hochschulen, vgl. Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich, Paderborn u. a. 1995, S. 117 f.

39 Weyrather, Ingrid: Numerus Clausus für Frauen – Studentinnen im Nationalsozialismus, in: Fachgruppe Faschismusforschung (Hrsg.): Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Frankfurt 1981, S. 131 – 162, hier S. 158.

40 Vgl. Titze, Hochschulstudium (wie Anm. 35)

41 Jarausch, Konrad: Deutsche Studenten 1800 – 1970, Frankfurt 1984 (Edition Suhrkamp 258), S. 204.

42 Kleinen, Karin: Ringen um Demokratie. Studieren in der Nachkriegszeit. Die akademische Jugend Kölns (1945 – 1950), Köln, Weimar, Wien 2005 (Studien zur Geschichte der Universität zu Köln 17), zugl. Univ. Köln Diss. 2003, S. 132.

43 Vgl. die Entwürfe des Punktesystems in UAB MF 68 – 11 und UV 69 – 160.

weibliche Studenten eine Zulassungsquote von 25 %⁴⁴. Von der in den Zulassungsregelungen bestimmten Bevorzugung von Examenskandidaten profitierten insbesondere Frauen, da diese zum großen Teil bereits während des Krieges ihr Studium begonnen hatten. Die Mehrzahl der Frauen wurde als Gasthörerinnen zugelassen⁴⁵. Der Frauenanteil stieg in den Nachkriegsjahren zunächst an, erreichte im Wintersemester 1946/47 mit über 25 % den Höhepunkt und sank dann allmählich ab. In der Folge der Währungsreform kam es im Wintersemester 1948/49 zu einem deutlichen Rückgang des Frauenstudiums. Gerade Studentinnen waren angesichts der auf die Währungsreform folgenden finanziellen Krise gezwungen, ihr Studium vorzeitig zu beenden⁴⁶. Da neben Examenskandidaten bei der Zulassung vor allem Kriegsheimkehrer stark begünstigt wurden, hatten Frauen bei der Zulassung als Studienanfängerinnen kaum eine Chance. Der Frauenanteil konsolidierte sich nach dem Weggang der ersten Nachkriegsstudentinnen Ende der 40er Jahre bei rund 22 % und begann erst ab dem Sommersemester 1951 wieder leicht aber kontinuierlich anzusteigen. Insgesamt lag der Frauenanteil in der Nachkriegszeit in Bonn deutlich über dem Bundesdurchschnitt, der für das Wintersemester 1949/50 mit 15,2 % angegeben wird⁴⁷.

Ein deutlicher Wandel wird auch im Hinblick auf die Fächerwahl der Studenten deutlich. Die starke Förderung des Medizinstudiums während des ›Dritten Reichs‹ hatte zu einer stark anwachsenden Zahl von Medizinstudenten geführt⁴⁸. Auch nach dem Krieg war die Nachfrage nach medizinischen Studienplätzen ungebrochen hoch, da die Mehrzahl der Studenten ihr vor Kriegsende begonnenes Studium fortsetzen wollte. In Bonn lag der Anteil der zugelassenen Medizinstudenten in den ersten Nachkriegssemestern bei über einem Drittel der Gesamtzahl der Studenten⁴⁹. Doch wurde schnell deutlich, dass durch die Bedürfnisse des Krieges Mediziner über Bedarf ausgebildet worden waren. Während sich die Berufsaussichten für Mediziner nach dem Krieg deutlich verschlechterten, bot der sich nunmehr abzeichnende Mangel an Juristen und

44 Bei den Frauen lag der Anteil der Zugelassenen mit 25,1 % sogar geringfügig höher als bei den Männern (24,8 %), vgl. Zahl der Bewerber in UAB UV 69 – 13.

45 Dadurch erscheint der Frauenanteil nach den in der Chronik der Universität genannten Zahlen, die nur die Vollmatrikulierten berücksichtigen, deutlich niedriger.

46 Kleinen, Karin: Frauenstudium in der Nachkriegszeit (1945 – 1950). Die Diskussion in der britischen Besatzungszone, in: Jahrbuch für Historische Bildungsforschung 2 (1995), S. 281 – 300, hier S. 283.

47 Albert, Wilhelm; Oehler, Christoph: Materialien zur Entwicklung der Hochschulen 1950 – 1967, Hannover 1969, S. 99.

48 Zur Entwicklung der Fachströme im Nationalsozialismus vgl. Titze, Hochschulstudium (wie Anm. 35), S. 31 ff.; zu Bonn vgl. Titze, Hartmut (Hrsg.): Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830 – 1945 (Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte 1,2), Göttingen 1991, S. 103 ff.

49 Zahlen nach Studentenkartei.

Volkswirten den Studenten neue berufliche Perspektiven. Es kam so zu einer Umorientierung der Studenten hinsichtlich der Wahl des Studienfachs. Insbesondere für die männlichen Studenten entwickelten sich die Fächer der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät zu einem Schwerpunkt. Im Wintersemester 1946/47 übertraf bei den männlichen Neumatrikulierten die Zahl der Rechts- und Staatswissenschaftler erstmals die der Mediziner⁵⁰. Bei diesem Trend ist deutlich ein generationeller Unterschied zu beobachten. Während die älteren Studenten vorwiegend Medizin studierten, entschlossen sich die jüngeren eher zu einem rechts- oder wirtschaftswissenschaftlichen Studium. Waren es deutschlandweit vor allem die wirtschaftswissenschaftlichen Fächer, die starken Zulauf zu verzeichnen hatten⁵¹, so ist in Bonn ein deutlicher Zuwachs auch bei den Rechtswissenschaften zu verzeichnen. Im Sommersemester 1950 löste die Rechts- und Staatswissenschaftliche die Medizinische Fakultät als größte Fachgruppe in Bonn ab. Bei den Studentinnen lag der Schwerpunkt auf den Fächern der Philosophischen Fakultät. Eine Sonderstellung nahm das Fach Pharmazie ein, das sich mit einem Frauenanteil von zeitweise über 80 % in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu einer Domäne des Frauenstudiums entwickelte⁵².

Bedeutsam für die Nachkriegszeit war der deutliche Rückgang des Studienplatzwechsels. Im 19. Jahrhundert und bis hin zur Weimarer Zeit war der häufige Wechsel des Studienorts üblich. Der Student verweilte nur wenige Semester an einer Universität⁵³. Nach 1945 kam diese akademische Mobilität völlig zum Erliegen. Während der ersten Nachkriegssemester war ein Studienplatzwechsel auf Grund der wirtschaftlichen, infrastrukturellen, organisatorischen und nicht zuletzt auch der politischen Hindernisse durch die verschiedenen Besatzungszonen nahezu unmöglich. Zwar stieg mit der Normalisierung der Verhältnisse zu Beginn der 50er Jahre der Anteil der Studienortwechsler wieder an⁵⁴, er erreichte aber bei weitem nicht die im 19. und frühen 20. Jahrhundert übliche Höhe⁵⁵.

Hinsichtlich ihrer militärischen Vergangenheit lassen sich die männlichen Nachkriegsstudenten in drei altersabhängige Gruppen einteilen. Zunächst die Jahrgänge 1915 – 25, welche die Hauptlast des Krieges zu tragen hatten und zum

50 Zahlen nach Studentenkartei.

51 Statistik der Bundesrepublik Deutschland H. 130 I, S. 14.

52 UAB UV 69–12 und -13.

53 Eulenburg, Franz: Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, photomechanischer Nachdruck der Ausg. v. 1904, Berlin 1994, S. 30.

54 1953 hatten knapp 40 % der Studenten den Hochschulort gewechselt, Kath, Gerhard: Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin, hrsg. vom Deutschen Studentenwerk, Frankfurt 1954, S. 88.

55 1911/12 lag der Anteil der Hochschulwechsler bei rund 62 %, Kath, Gerhard: Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin, hrsg. vom Deutschen Studentenwerk, Frankfurt 1952, S. 88.

großen Teil in Gefangenschaft geraten waren⁵⁶. Die zweite Gruppe bilden die sogenannten Luftwaffenhelferjahrgänge 1926–28 und schließlich als dritte Gruppe die Kriegskinder der Jahrgänge nach 1928, die nicht aktiv am Krieg beteiligt waren. Die Studenten der ersten Nachkriegssemester entstammten zum größten Teil der Generation der Kriegsteilnehmer. Im Wintersemester 1945/46 lag deren Anteil bei rund 90 %⁵⁷. Dieser sank jedoch in den folgenden Semestern kontinuierlich ab. Im gleichen Maße stieg der Anteil der Luftwaffenhelfer. Diese hatten durch ihren Kriegeinsatz häufig die Schule vorzeitig mit einem sogenannten Reifevermerk verlassen müssen und waren nach dem Krieg gezwungen, in Sonderkursen ein reguläres Abitur nachzuholen. Ihr Anteil stieg bis zum Wintersemester 1951/52 auf rund ein Drittel der Studentenschaft und ging danach wieder zurück. Seit dem Ende der 40er Jahre drängte die Gruppe der Kriegskinder an die Universitäten. In Bonn stellten im Wintersemester 1951/52 die drei Gruppen jeweils etwa ein Drittel der Studentenschaft. In der Folge verloren die Kriegsteilnehmer und Luftwaffenhelfer innerhalb der Studentenschaft an Bedeutung. Anfang der 50er Jahre ist damit ein Generationswechsel in der Studentenschaft der Universität Bonn zu beobachten. Die Prägung der Universität durch die Kriegsteilnehmer, die das Bild der Studentenschaft in den ersten Nachkriegssemestern beherrschten, ging im selben Maße zurück, wie der Einfluss der jüngeren Studentengeneration zunahm. Augenfällig wurde dieser Rückgang an der Zahl der Kriegsversehrten. War im Wintersemester 1945/46 mehr als jeder dritte männliche Student kriegsversehrt, so sank der Anteil der Versehrten bis zum Sommer 1950 auf unter 10 %⁵⁸. Mit den Versehrten verschwand zu Beginn der 50er Jahre auch die stetige Mahnung an die Leiden des Krieges von den Universitäten.

Es würde zu weit führen, in diesem Rahmen alle untersuchten Eigenschaften der ersten Nachkriegsstudentengeneration ausführlich vorzustellen. Zusammenfassend ist über die angesprochenen Punkte hinaus festzustellen, dass sich die geographische Herkunft der Studenten ausweitete, während die gesellschaftliche Herkunft unverändert blieb. Zwar hatten sowohl die Nationalsozialisten als auch die britische Nachkriegsbesatzung die Förderung sozial schwacher Familien propagiert, auf die Zusammensetzung der Studentenschaft hatte dies jedoch so gut wie keine Auswirkung. Ein Charakteristikum der ersten Nachkriegsstudenten war zudem der nicht reguläre Schulabschluss. Viele verfügten nur über einen Reifevermerk oder hatten in Sonderkursen ihre Hoch-

56 83 % der bis 1949 immatrikulierten männlichen Studenten hatten die Erfahrung der Gefangenschaft gemacht.

57 Zahlen nach Studentenkartei.

58 UAB UV 69–13.

schulreife erworben. Erst um 1950 wurde das Abitur für die Neumatrikulierten zum Regelfall.

Die Konfessionszugehörigkeit der Studenten änderte sich kaum. Ein Drittel der Bonner Studenten waren evangelisch, zwei Drittel katholisch. Auffällig ist dagegen der Rückgang der konfessionsabhängigen Fächerwahl, der auf einen gesamtgesellschaftlichen Bedeutungsverlust konfessioneller Milieus zurückzuführen ist⁵⁹. Auch werden konfessionelle Unterschiede bei der politischen Belastung der Studenten deutlich. Der Anteil der Unbelasteten war bei katholischen Studenten deutlich höher als bei protestantischen. Hinsichtlich der politischen Belastung ist dazu ein merklicher Generationsunterschied festzustellen. Während die Zahl der politisch Belasteten unter den Kriegsteilnehmern niedriger war als unter den jüngeren Studenten, was auf die 1940 eingeführte Zwangsmitgliedschaft in der HJ zurückzuführen ist⁶⁰, wird bei der Kriegsgeneration eine qualitativ schwerere politische Belastung erkennbar. Durch ihr fortgeschrittenes Alter bekleideten die Kriegsteilnehmer in stärkerem Maße Führerränge innerhalb der NS-Jugendorganisationen oder waren Mitglieder in der NSDAP oder deren angegliederten Organisationen.

Die Studenten der ersten Nachkriegsgeneration, die auf Grund ihrer parallelen Erfahrungswelten in Nationalsozialismus, Krieg und Gefangenschaft als Sozialisationsgemeinschaft angesprochen werden können, verließen um 1950 die Universität. Angesichts der sich in den Jahren um 1950 deutlich wandelnden Zusammensetzung der Studentenschaft kann daher von einem Generationswechsel gesprochen werden, der – wie eingangs angesprochen – bereits von den Zeitgenossen erkannt wurde.

Das Selbstverständnis der ersten Nachkriegsstudenten als eigene Generation wurde darüber hinaus durch die Erfahrungen der frühen Nachkriegsjahre an der Universität verstärkt⁶¹. Wohnungsnot, Mangel an Lebensmitteln und an allen Dingen des täglichen Bedarfs prägten diese Studenten in weitaus stärkerem Maße als die nachfolgende jüngere Generation.

Insbesondere die Wohnungssituation in Bonn war nach dem Krieg sehr angespannt. Die Zerstörungen des Bombenkriegs hatten im Innenstadtbereich einen Wohnraumverlust von 95 % zur Folge⁶². Verstärkt wurde der Wohn-

59 Vgl. dazu Peisert, Hansgert: Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland, München 1967 (Studien zur Soziologie 7), S. 89.

60 Klönne, Arno: Jugend im Dritten Reich. Die Hitlerjugend und ihre Gegner, Köln 2003, S. 37.
61 Zu der Studiensituation in der Nachkriegszeit in Bonn vgl. Becker, Thomas: Zeiten des Hungers. Studentischer Alltag in einer zerstörten Universität, in: Ders.: Zwischen Diktatur und Neubeginn (wie Anm. 6), S. 301 – 320.

62 Fehre, Horst: Bonn im Spiegel der Zahlen, in: Bonner Geschichtsblätter 6 (1952), S. 121 – 148, hier S. 138.

raummangel durch den starken Zuzug nach Bonn. Die Einwohnerzahl stieg von 50.000 bei Kriegsende bis zum Sommer 1946 auf 100.000 Personen⁶³. Der Wohnraummangel wirkte sich für die Studenten dahingehend aus, dass vor der Immatrikulation der Nachweis einer Unterkunft zu erbringen war⁶⁴. Es sind dabei zwei Arten studentischen Wohnens zu unterscheiden: die Unterbringung in einem privaten Zimmer oder in einer Gemeinschaftsunterkunft. Die Mehrzahl der Studenten wohnte in privaten Zimmern. Diese waren kaum möbliert und schlecht oder gar nicht geheizt. Oftmals mussten sich mehrere Studenten ein kleines Zimmer teilen. Die Zimmer lagen in der Regel im Haus oder in der Wohnung des Vermieters. Die Studenten standen dadurch unter einer starken sozialen Kontrolle, was sich in den Akten des Universitätsrichters widerspiegelt. Konflikte zwischen Studenten und ihren Vermietern sind nicht selten⁶⁵. Einen größeren Freiraum boten dagegen studentische Gemeinschaftsunterkünfte. Bei Wiedereröffnung der Universität bestanden noch keine Wohnheime des Studentenwerks. Die Universität hatte jedoch die Nutzung mehrerer Verbindungshäuser als studentische Gemeinschaftsunterkünfte ermöglichen können. So wohnten in den ersten Nachkriegssemestern rund 100 Studenten in den Häusern der Bavaria, Arminia und Rhenania⁶⁶. Auch im Albertinum waren im Sommersemester 1946 125 Theologiestudenten – allerdings unter sehr behelfsmäßigen Bedingungen – untergebracht⁶⁷.

Ein »kulturhistorisches Kuriosum⁶⁸« stellte die Unterbringung von Studenten in ehemaligen Luftschutzbunkern dar. In Bonn gab es drei solcher Bunker: in der Trierer Straße in Poppelsdorf, in der Theaterstraße und in Beuel. Die fensterlosen Bunker waren schlecht durchlüftet und bei den häufigen Stromausfällen ohne Beleuchtung. Der Vorteil war eine sehr günstige Miete sowie das Vorhandensein einer Zentralheizung. Die Bunker erfreuten sich trotz der erbärmlichen Wohnverhältnisse einer großen Beliebtheit. Noch 1952 wehrten sich die Bewohner entschieden gegen die vom Studentenwerk angestrebte Schließung der Bunker⁶⁹. Einen zusätzlichen Vorteil der Bunker stellte auch die weitgehend

63 Stadtarchiv Bonn [StAB] Pr 14/22.

64 Beschluss des Verwaltungsrats der Universität vom 30. 8. 1945, UAB Senat 33 – 1.

65 Vgl. UAB UR 67 – 1 und -2.

66 Sitzung des Wohnungsausschusses vom 3. 9. 1945, StAB Pr 42/709 und BUZ Nr. 1 vom 16. 5. 1946 S. 3 f.

67 Evertz, Wilfried: Das Konvikt zwischen Zweitem Weltkrieg und Zweitem Vatikanischen Konzil (1945 – 1965), in: Ders. (Hrsg.): Im Spannungsfeld zwischen Staat und Kirche. 100 Jahre Priesterausbildung im Collegium Albertinum, Siegburg 1992, S. 263 – 289, hier S. 267 f.

68 Fuchs, Walther Peter: Studentische Wohnheime und Gemeinschaftshäuser in Westdeutschland. Ein Bericht, Frankfurt 1951, S. 20.

69 Chronik der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, hrsg. vom Rektor der Universität Bonn, Jg. 69, NF Jg. 58 1952/53, S. 39.

eigenverantwortliche Verwaltung durch die Studenten selbst dar. Der Bunker in der Theaterstraße war erst 1950 aus studentischer Initiative als Wohnheim nutzbar gemacht worden. Die Bewohnerschaft konstituierte sich 1951 als Wohngemeinschaft Theaterbunker mit 114 Mitgliedern⁷⁰. Anfang der 50er Jahre begann das Studentenwerk mit der Errichtung eigener Wohnheime. 1952 wurde das Tilmann-Haus in der Lennéstraße eingeweiht, 1954 folgte das Carl-Schurz-Haus⁷¹. Auch die beiden Studentengemeinden errichteten in dieser Zeit ihre Wohnheime⁷². Dadurch entspannte sich zu Beginn der 50er Jahre die studentische Wohnungsnot.

Die bestimmende Sorge der Nachkriegszeit war die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln. Bereits seit 1939 bestand das Rationierungssystem der Grundnahrungsmittel, die nur mit Bezugsscheinen erworben werden konnten. Das bestehende System wurde von den Alliierten nach Kriegsende unverändert weitergeführt⁷³. Die durch Flüchtlingsströme bedingte Bevölkerungsverdichtung in den Westzonen und der Verlust der Agrargebiete im Osten führten zu einer weiteren Verknappung der Lebensmittel, die schließlich eine Absenkung der Rationen zur Folge hatte⁷⁴. Die Versorgungslage spitzte sich jeweils im Winter und Frühjahr zu und erreichte in Bonn im Frühjahr 1947 mit 740 Tageskalorien ihren Tiefpunkt⁷⁵. Ab Sommer 1948 stabilisierte sich die Lage, doch das Vorkriegsniveau der Lebensmittelversorgung konnte erst 1951 wieder erreicht werden⁷⁶.

Die Studenten waren von der Lebensmittelknappheit besonders betroffen. Für sie galten – sofern sie nicht am Bautrupp teilnahmen – die Normalrationen

70 UAB UV 69–374.

71 Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft, 4. Jg. (1952), Nr. 2, S. 3 und 6. Jg. (1954) Nr. 8, S. 2.

72 1951 das Newman-Haus der katholischen Studentengemeinde, HStAD NW 15–94; 1954 das Bonhoeffer-Haus der Evangelischen Studentengemeinde, Semesterbericht WS 1954/55, Evangelisches Zentralarchiv Berlin [EZA] 36/749.

73 Vgl. Schmitz, Hubert: Die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter 1939–1950, Essen 1956.

74 Trittel, Günter J.: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise der Bizone (1945–1949), Frankfurt, New York 1990 (Historische Studien 3), S. 23.

75 Lageberichte an die Militärregierung in StAB Pr 10/593. Der Völkerbund hatte 1936 das Tagesminimum für einen erwachsenen Menschen mit 2400 Kalorien angegeben, vgl. Stüber, Gabriele: Der Kampf ums Überleben. Die Ernährungssituation der ersten Nachkriegsjahre, in: Becker, Winfried (Hrsg.): Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Symposium an der Universität Passau 30.–31.10.1985, Köln, Wien 1987 (Passauer Historische Forschungen 5), S. 97–125, hier S. 98.

76 Trittel, Günter J.: Hungerkrise und kollektiver Protest in Westdeutschland 1945–1949, in: Gailus, Manfred; Volkmann, Heinrich (Hrsg.): Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmittelmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990, Opladen 1994 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 74), S. 377–391, hier S. 382 f.

ohne jegliche Zuschläge. Das ausschließliche Angewiesensein auf diese Rationen bedeutete Hunger und führte auf Dauer zu gesundheitlichen Schäden⁷⁷. Die Universität erkannte die Notlage der Studenten früh und bemühte sich um Abhilfe. Bereits zum Wintersemester 1945/46 wurde eine provisorische Mensa im Haus des Bonner Bürgervereins eingerichtet⁷⁸. Doch konnte auch die Mensa an den geringen Rationen nichts ändern. Zudem stand die Qualität des Menssaessens von Anfang an in der Kritik. Etwas abgemildert wurde die Lage durch die Belieferung der Mensa mit Produkten der Versuchsfelder der Landwirtschaftlichen Fakultät⁷⁹. Die Lage entspannte sich erst als die ersten Lebensmittelspenden aus dem Ausland eintrafen. Im März 1947 erreichte die erste Hilfslieferung die Universität Bonn. Es handelte sich um Speck, der vom irischen Roten Kreuz zur Verfügung gestellt wurde. Um die gerechte Verteilung des Specks entbrannte eine lange Diskussion, an der sich auch der Senat der Universität beteiligte⁸⁰. Ab Herbst 1947 verstetigten sich die Lebensmittelspenden. Seit dem Wintersemester 1947/48 erfolgte die Speisung durch das schwedische Rote Kreuz⁸¹. Im Sommer 1948 nahmen dazu die Mennoniten ihre Speisung auf⁸². Außerdem gelang es der Universität 1949, in die Schulspeisung (die sog. Hooverspende) einbezogen zu werden⁸³.

Zum Symbol der Normalisierung wurde die Eröffnung der Mensa im wiedererrichteten Studentenhaus in der Nassestraße. Seit dem Wintersemester 1949/50 wurden hier täglich drei verschiedene Gerichte angeboten. Die Mensa erfreute sich großer Beliebtheit. Die Studenten mussten wiederholt aufgefordert werden, ihre Mahlzeit zügig zu sich zu nehmen, um Platz für Nachrückende zu schaffen⁸⁴. Mit der Normalisierung der Verhältnisse stiegen auch die Ansprüche der Studenten. 1950 wurde der hohe Weinpreis der Mensa kritisiert. Eine Gruppe Studenten schlug wenig später vor, während des Essens Musik abzuspielen⁸⁵. Diese Vorschläge machen deutlich, dass die Zeiten des Hungers zu Beginn der 50er Jahre vorüber waren. Der Kampf gegen den Hunger betraf vor allem die Studenten der ersten Nachkriegsgeneration, während die jüngeren Studenten ihr Studium auf der Grundlage einer gesicherten Ernährung absolvieren konnten.

77 Krönig, Waldemar; Müller, Klaus-Dieter: Nachkriegssemester. Studium in Kriegs- und Nachkriegszeit, Stuttgart 1990, S. 175.

78 Verwaltungskonferenz vom 3. 12. 1945, StAB Pr 9/219.

79 UAB UV 69 – 144.

80 Arens, Johannes, Die irische Speckspende, in: Bonner Universitäts-Blätter (2008), S. 37 – 47.

81 UAB UV 69 – 384.

82 Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Standort Düsseldorf [HStAD] NW 25 – 90 und -160.

83 Lützel, Heinrich: Bilanz der Universität, UAB UV 69 – 13.

84 Mittelungen des Studentenwerks, in: Nachrichtenblatt 5. Jg. (1953), Nr. 11.

85 Schreiben des Rektors an Prof. Noth vom 2. 1. 1951, UAB 69 – 77; AStA-Sitzung vom 16. 1. 1951, UAB AStA 47 – 2.

Unmittelbare Folge der schlechten Nahrungsmittelversorgung war der besorgniserregende Gesundheitszustand der Studenten. Die durch Hunger geschwächten Studenten erwiesen sich als anfällig für Krankheiten. Die beengte Unterbringung förderte zudem das Infektionsrisiko. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Tuberkulose, gegen die es bis zur Einführung von Streptomycin in Deutschland 1948 keine wirksamen Medikamente gab⁸⁶. Die übliche Therapie war ein Sanatoriumsaufenthalt, der teuer und aufwändig war und in der Nachkriegszeit nur selten zur Anwendung kam. Schon früh bemühte sich die Universität Bonn, durch ärztliche Untersuchungen einen Überblick über den Gesundheitszustand ihrer Studenten zu erhalten. Im Wintersemester 1946/47 wurde eine erste Reihenuntersuchung durchgeführt⁸⁷. Das Ergebnis war alarmierend: Über die Hälfte der Studenten war untergewichtig, ein Drittel wurde auf Grund ihres Untergewichts als gesundheitlich gefährdet eingestuft. Zudem wurden 69 Fälle von Tuberkulose diagnostiziert⁸⁸. Diese Untersuchungen wurden für die Studenten im ersten und dritten Semester jeweils zu Semesterbeginn wiederholt. Mit Normalisierung der allgemeinen Lebensverhältnisse verbesserte sich auch der Gesundheitszustand der Studenten. Dennoch wurden die Reihenuntersuchungen bis Mitte der 50er Jahre beibehalten⁸⁹. Obwohl der schlechte Gesundheitszustand ein Charakteristikum der ersten Nachkriegsgeneration war, blieb gerade die Tuberkulose eine Gefahr, der auch die Studenten der 50er Jahre ausgesetzt waren⁹⁰. Wenn auch die Situation weniger bedrohlich war als in den ersten Nachkriegsjahren, so blieb die Universität auch in den 50er Jahren in Sorge um die Gesundheit der Studenten.

Der Mangel erstreckte sich neben Wohnraum und Lebensmitteln auch auf alle anderen Dinge des täglichen Bedarfs. Besonders die fehlende Kleidung erwies sich in den strengen Wintern der Nachkriegszeit als schmerzlich. Die meisten männlichen Studenten hatten nur ihre alte Wehrmachtsuniform, die sie umgefärbt weitertrugen⁹¹. Die Kombination von Hunger und Kälte, verschärft durch Kleider- und Kohlenmangel, erschwerte das Studium erheblich. 1948 erreichten die Universität erste Kleidungsspenden⁹². Um die wenigen vorhandenen Klei-

86 Lindner, Ulrike: Gesundheitspolitik in der Nachkriegszeit. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, München 2004 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 57), S. 145.

87 Senatssitzung vom 3. 10. 1946, UAB Senat 33 – 2.

88 UAB UV 69 – 43 und -170.

89 Chronik der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, hrsg. vom Rektor der Universität Bonn, Jg. 70, NF Jg. 59 (1954/55), S. 103.

90 Bericht des Vereins Studentenwohl vom 28. 7. 1950, UAB UV 69 – 77.

91 Nach einem Befehl der Militärregierung war das Tragen der feldgrauen oder luftwaffengrauen Uniform ab Dezember 1945 verboten, die Kleidungsstücke mussten entsprechend umgefärbt werden, Besprechung mit Major Brown am 4. 12. 1945, StAB N 10/191.

92 Es handelte sich dabei um eine Schuhspende der schwedischen Armee, UAB UV 69 – 364.

dungsstücke zu erhalten, richtete die Universität Nähstuben und eine Schusterei ein⁹³. Die katholische Hochschuleseelsorge bot eine Flickstunde an, in der Studentinnen ehrenamtlich die Kleidung ihrer männlichen Kommilitonen reparierten⁹⁴.

Der Mangel erstreckte sich auch auf weniger lebensbedrohliche Dinge des studentischen Alltags. So waren beispielsweise Bücher nur gegen Abgabe von Altpapier zu erhalten⁹⁵. Eine Einschränkung erfuhr das Studium auch durch fehlende Glühbirnen und die unzureichende Stromversorgung. Durch den Mangel blühte einerseits der Schwarzmarkt, andererseits häuften sich Diebstähle⁹⁶.

Dagegen hatten die meisten Studenten keine Geldsorgen. Viele hatten während des Krieges aus ihrem Sold Rücklagen für ihr späteres Studium bilden können⁹⁷. Im Wintersemester 1946/47 gaben 83 % der Kölner Studenten bei einer Umfrage an, die Finanzierung ihres Studiums sei gesichert, sofern es nicht zu einer Geldentwertung käme⁹⁸. Stand bis 1948 der Mangel an Waren einer komfortablen finanziellen Situation der Studenten gegenüber, so kehrte sich dies mit der Währungsreform um. Durch die Abwertung der Ersparnisse und den Anstieg der Preise traten nun Geldsorgen gegenüber den Versorgungsnoten in den Vordergrund. Das Hungerproblem wurde so zunächst zu einem Geldproblem⁹⁹. Die Studenten bemühten sich, durch verstärkte Werkätigkeit dem Geldmangel zu begegnen. Der Anteil der werktätigen Studenten verdoppelte sich in Nordrhein-Westfalen zwischen 1947 und 1948 von 7,4 % auf 15,2 %¹⁰⁰. Das Werkstudententum wurde so zu einem Kennzeichen der Studentenschaft nach der Währungsreform. Bis zur Einführung der Studienförderung nach dem Honnefer Modell Ende der 50er Jahre bestimmten Geldsorgen nunmehr das studentische Leben.

Einen wichtigen Anteil an der Normalisierung des universitären Lebens hatte das Studentenwerk. Bereits 1945 wurde als dessen Vorläufer der Verein Stu-

93 Bericht über die Mitgliederversammlung des Vereins Studentenwohl vom 23. 6. 1948, UAB UV 69 – 77.

94 Mitteilungen der katholischen Hochschuleseelsorge Bonn vom 28.11.1945, HAEK CR II 9.1,1.

95 Hörnemann, Werner: Packpapier für Thomas Mann. Bücher gab es nach dem Krieg nur im Tausch gegen Altpapier, in: Bonn – Jahre des Aufbruchs. Erinnerungen an die Zeit nach dem Krieg, Bonn 1986, S. 9 – 10, hier S. 9.

96 Vgl. die vor dem Universitätsrichter verhandelten Glühbirnendiebstähle in UAB UR 67 – 55.

97 Krönig/Müller, Nachkriegssemester (wie Anm. 77), S. 189.

98 Seyffert, Rudolf: Methode und Ergebnis einer Gesamtbefragung der Kölner Studenten im Winter-Semester 1946/47, Köln 1958 (Sonderheft der Mitteilungen des Instituts für Handelsforschung an der Universität zu Köln 19), S. 45.

99 Erker, Paul: Hunger und soziale Politik in der Nachkriegszeit, in: Gailus/Volkmann, Kampf um das tägliche Brot (wie Anm. 76).

100 HStAD NW 144 – 13.

dententwohl neu begründet¹⁰¹. Dieser trat die Tradition des unter gleichem Namen 1921 gegründeten Vereins an, der 1934 im Reichsstudentenwerk aufgegangen war. In enger Zusammenarbeit mit dem Sozialausschuss des AStA übernahm der Verein Studentenwohl die Einrichtung einer Mensa, eines Wohnungsamtes und die Organisation der Einzelfürsorge¹⁰². Durch die Ausweitung und Ausdifferenzierung seiner Aufgaben erarbeitete sich der Verein eine Monopolstellung auf dem Gebiet der Unterstützung der Studenten. Aus studentischer Initiative hervorgegangene Einrichtungen wurden dabei übernommen oder verdrängt. Der Verein Studentenwohl erstickte dadurch die Eigeninitiative der Studenten und enthob diese der Verantwortung, gemeinschaftlich Lösungen für anstehende Probleme zu suchen.

1951 erfolgte die Umgründung der inzwischen im Akademischen Hilfswerk zusammengefassten sozialen Einrichtungen der Universität zum Studentenwerk Bonn¹⁰³. In den 50er Jahren wurde die Errichtung und Betreuung von Wohnheimen zu dessen Hauptaufgabe. Mit seiner fortschreitenden Professionalisierung ging eine Entfremdung der Studenten von der Arbeit des Studentenwerks einher. In dem Maße, wie das Studentenwerk auf eine studentische Beteiligung verzichtete, wurde es von den Studenten zunehmend als reines Dienstleistungsunternehmen angesehen¹⁰⁴. Für die Studenten der 50er Jahre war der Rückgriff auf professionelle Hilfeinrichtungen eine Selbstverständlichkeit, während die ersten Nachkriegsstudenten in wesentlich stärkerem Maße auf Eigeninitiative und Selbstorganisation angewiesen waren.

Auch im Hinblick auf die universitäre Lehre erwies sich die Situation der Nachkriegszeit als widrig. Die Universitätsgebäude waren zum großen Teil zerstört. Vorlesungen und Seminare konnten meist nur in Notunterkünften, etwa in den Privatwohnungen der Professoren stattfinden¹⁰⁵. Der einzige zur Verfügung stehende Hörsaal im Wintersemester 1945/46 befand sich im Akademischen Kunstmuseum, für einzelne Veranstaltungen konnte darüber hinaus ein Hörsaal im Collegium Leoninum genutzt werden¹⁰⁶.

101 Senatssitzung vom 22. 11. 1945, UAB Senat 33 – 1, am 28. 11. 1945 wurde der Verein von der Militärregierung offiziell zugelassen (UAB UV 69 – 82), am 6. 12. 1945 die Statuten des Vereins vom Senat bestätigt (Schäfer, Verfassungsgeschichte (wie Anm. 13), S. 241), am 6. 3. 1946 wurde er unter der Nr. 174 in das Vereinsregister eingetragen (UAB UV 69 – 82).

102 Protokoll der Gründungsversammlung, UAB UV 69 – 82.

103 Klett, Werner: Die Entwicklung der sozialwirtschaftlichen Einrichtungen, in: Wege und Formen der Studienförderung, Bonn 1968 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität 1818 – 1968), S. 9 – 60, hier S. 39.

104 Scanlon, Theresa M.: Student Aid in Western Germany 1945 – 1971. A study with Particular Reference to The Honnef Scheme, Köln, Weimar, Wien 1993 (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte 46), zugl. Univ. Manchester, Diss. 1988, S. 71.

105 Berichte der Seminare und Institute, in: Chronik 1939/40 – 1948/49 (wie Anm. 10).

106 Behn an Konen am 13. 9. 1945, UAB UV 69 – 70.

Verschärft wurde die Situation der Lehre durch die fehlenden Bibliotheken. Viele universitäre Bibliotheken waren während der letzten Kriegsmonate ausgelagert worden. Unter den in Bonn verbliebenen Beständen waren große Verluste zu beklagen. Allein die Universitätsbibliothek bezifferte ihren Verlust auf rund 25 % des Buchbestandes¹⁰⁷. Bis zur Eröffnung der Universität konnten die Bestände der Universitätsbibliothek in Gebäuden der Landwirtschaftlichen Fakultät in Poppelsdorf aufgestellt werden. So standen den Studenten immerhin 130.000 Bände zur Verfügung¹⁰⁸. Bis zum Frühsommer 1946 war die Rückführung der ausgelagerten Bestände abgeschlossen. Die Bücher wurden provisorisch in den Räumen der Universitätskasse im Hauptgebäude und in einem Bunker in der Gronau aufgestellt. 1947 war so die Hälfte des Buchbestandes zugänglich. Erst 1949 konnte das Provisorium im Bunker überwunden werden und der Gesamtbestand wieder zugänglich gemacht werden¹⁰⁹.

Ein großes Problem stellte auch der Mangel an Professoren und Dozenten dar. Jeder Dozent musste sich nach Kriegsende dem langwierigen Entnazifizierungsverfahren unterwerfen. Erst nach und nach gelang durch Neuberufungen oder Abschluss des Überprüfungsverfahrens die Besetzung vakanter Lehrstühle. Entscheidend verzögert wurde die Neubesetzung durch das in Nordrhein-Westfalen etablierte Verfahren, das eine Lehrstuhlbesetzung von der Zustimmung des Kabinetts abhängig machte¹¹⁰. Setzt man die Zahl der Studenten zu der Zahl der Lehrkräfte ins Verhältnis, so wird deutlich, dass sich dieses zu Beginn der 50er Jahre an den meisten Fakultäten bei unter 1:20 normalisierte. Eine Ausnahme bildete dabei die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, an der die Neubesetzung mit dem starken Anstieg der Studentenzahlen nicht Schritt halten konnte. Hier lag das Verhältnis Mitte der 50er Jahre bei über 1:40¹¹¹.

Bei der Untersuchung der Studienbedingungen der Nachkriegszeit zeigte sich, dass die erste Nachkriegsstudentengeneration in deutlich stärkerem Maße den widrigen Studienbedingungen der Wiederaufbauzeit ausgesetzt war als die nachfolgende Studentengeneration, die ihr Studium unter weitgehend normalisierten Bedingungen absolvieren konnte. Angesichts der durchlebten Nachkriegsnot konstituierte sich die Generation der ersten Nachkriegsstudenten damit auch als Erfahrungsgemeinschaft, die sich aufgrund ihrer Erlebnisse an der Universität von den jüngeren Studenten abgrenzte.

107 Chronik 1939/40 – 1948/49 (wie Anm. 10), S. 111.

108 Ebd., S. 112.

109 Zur Wiedererrichtung der Universitätsbibliothek vgl. Herkenhoff, Wiederaufbau (wie Anm. 6).

110 Chronik 1939/40 – 1948/49 (wie Anm. 10), S. 10.

111 Die Verhältnisse wurden aus den Angaben der Vorlesungsverzeichnisse errechnet.

Wie wirkte sich nun der konstatierte Generationswechsel auf Organisation und Einstellung der Nachkriegsstudenten aus? Lässt sich aus der Analyse einzelner studentischer Gruppen eine spezifische Haltung zu politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen ableiten?

Blicken wir dazu zunächst auf das Schlüsselgremium der studentischen Selbstorganisation, den AStA. Bereits vor Wiedereröffnung der Universität meldeten sich einige Medizinstudenten bei Rektor Konen und bekundeten ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an einer Studentenvertretung¹¹². Auch in der Philosophischen Fakultät hatte sich um den Dozenten Walter Markov ein Kreis gebildet, der Pläne für eine Studentenvertretung ausarbeitete¹¹³. Im Laufe des Wintersemesters 1945/46 entwickelte sich aus diesen Gruppen ein provisorischer Ausschuss, der die Aufgaben einer Studentenvertretung kommissarisch übernahm und ordentliche Wahlen vorbereitete¹¹⁴. Am 25. Juni 1946 fand die erste Wahl einer Studentenvertretung nach dem Krieg in Bonn statt. Jede Fakultät entsandte zwei (die Mediziner drei) Vertreter in den AStA. Von jeder Parteivertretung wurde dabei bewusst abgesehen¹¹⁵. Von Anfang an jedoch stand der AStA in der Kritik. Die kommunistische ›Volksstimme‹ warf dem Bonner AStA vor, es handle sich nicht um eine Studentenvertretung sondern um eine »Offiziersverschwörung«¹¹⁶. Seinerseits klagte der AStA über mangelnden Rückhalt in der Studentenschaft, der sich in einer niedrigen Wahlbeteiligung von 25–30 % manifestierte¹¹⁷. Auch die Zusammenarbeit mit den universitären Gremien gestaltete sich für den AStA nicht einfach. Im Sommer 1947 trat der AStA zum ersten Mal zurück, da er keine Basis mehr für die Zusammenarbeit mit Rektor und Senat sah¹¹⁸. Der Rücktritt wurde von den Studenten mit wenig Verständnis aufgenommen. Sie warfen dem AStA vor, die Flinte ins Korn geworfen zu haben anstatt sich um die Lösung der anstehenden Probleme zu bemühen¹¹⁹. Das Vertrauen der Studenten in ihre Vertreter wurde 1947 außerdem durch die Schweizaffäre erschüttert, als die AStA-Vertreter der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät geschlossen an der vom AStA organisierten Schweizreise teilnahmen¹²⁰. Nur wenig später traten bei einer Kassenprüfung

112 UAB MF 68–11.

113 Gecks, Alfred: Über einige erste Versuche demokratischer Umgestaltung nach 1945, in: 150 Jahre Klassenuniversität. Reaktionäre Herrschaft und demokratischer Widerstand am Beispiel der Universität Bonn, hrsg. von der Studentengewerkschaft, Bonn 1969, S. 30–36, hier S. 32.

114 BUZ Nr. 1, 16. 5. 1946, S. 1–2.

115 BUZ Nr. 2, 5. 6. 1946, S. 3.

116 Volksstimme vom 4. 7. 1946, vgl. auch AStA-Sitzung vom 9. 7. 1946, UAB AStA 47–1.

117 BUZ Nr. 20, 3. 6. 1947, S. 2.

118 AStA-Sitzung vom 8. 7. 1947, UAB AStA 47–1.

119 BUZ Nr. 22/23, 25. 7. 1947, S. 2.

120 BUZ Nr. 25, 10. 10. 1947, S. 2.

Unregelmäßigkeiten zu Tage, die zu einem wachsenden Misstrauen der Studenten gegenüber ihrer Vertretung führten¹²¹. In der Folge dieser Skandale beschloss der AStA eine Reform, die u. a. die Einrichtung eines Ältestenrats als Kontrollgremium zur Folge hatte¹²².

1950 kam es zu einem Generationswechsel im AStA. Ausgangspunkt war die Diskussion um den Schulartikel der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen. Zu diesem gesellschaftlich stark diskutierten Artikel nahm der AStA öffentlich im Namen der Studenten der Universität Bonn Stellung. In der Folge entbrannte eine Diskussion um die Berechtigung des AStA, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen. Für die Studenten der Nachkriegsgeneration, die bis dahin den AStA prägten, war die Wahrnehmung eines allgemeinpolitischen Mandats eine Selbstverständlichkeit. Insbesondere von Seiten der katholischen Verbindungen schlug dem AStA in dieser Frage jedoch heftiger Widerstand entgegen¹²³. Der AStA beraumte daraufhin eine Urabstimmung zu diesem Thema an, die er gleichzeitig mit der Vertrauensfrage verknüpfte. Mit einem eindeutigen Votum von 60 % sprachen sich die Studenten gegen ein politisches Mandat des AStA aus. Der AStA trat daraufhin zurück¹²⁴. Bei der im November 1950 durchgeführten Neuwahl trat keines der alten AStA-Mitglieder wieder an. Die Studentenvertretung begann im Wintersemester 1951/52 mit vollständig neuer Besetzung.

An diesem Vorfall wird deutlich, dass der AStA nur wenig Rückhalt in der Studentenschaft fand. In Bonn wie auch an anderen Universitäten waren die AStA-Mitglieder Träger einer demokratischen Aufbruchstimmung, die nicht von allen Studenten geteilt wurde¹²⁵. Durch die Ausweitung der akademischen Hilfswerke wurden die Handlungsspielräume der AStA Ende der 40er Jahre zudem immer weiter eingeschränkt. Da es ihnen gleichzeitig nicht gelang, eine dauerhafte und regelmäßige Beteiligung im Senat als oberstem universitärem Gremium durchzusetzen, blieb ihr Ansehen in der Studentenschaft gering¹²⁶. Die Entfremdung zwischen Studenten und AStA wurde in den 50er Jahren durch die Dominanz von Korporationsstudenten im AStA gefördert. Im Sommersemester

121 Chronik 1939/40 – 1948/49 (wie Anm. 10), S. 76.

122 UAB AStA 47 – 20.

123 Schmidtman, Christian: Katholische Studierende 1945 – 1973. Eine Studie zur Kultur- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn u. a. 2006 (Veröffentl. d. Komm. f. Zeitgesch.: Reihe B: Forschungen 102), S. 63.

124 AStA-Sitzung vom 11. 7. 1950, UAB AStA 47 – 3.

125 Maaß, Rainer: Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Braunschweig in der Nachkriegszeit, Husum 1998 (Historische Studien 453), zugl. TH Braunschweig Diss. 1996, S. 145.

126 Zwischen Oktober 1952 und Januar 1954 waren AStA-Vertreter zu keiner einzigen Senatsitzung eingeladen worden, Nachrichtenblatt 6. Jg. (1954) Nr. 3, S. 1 – 2.

1951 waren zwei Drittel der AStA-Vertreter korporiert, während der Anteil der Korporationsstudenten an der Studentenschaft nur bei einem Drittel lag¹²⁷.

Neben dem AStA als offiziellem Gremium der Studentenschaft stand eine Vielzahl studentischer Vereinigungen, die das universitäre Leben prägten. Eine besondere Rolle nahmen in den ersten Nachkriegsjahren die Studentengemeinden beider Konfessionen ein. Die christlichen Kirchen erlebten nach dem Krieg eine starke gesellschaftliche Aufwertung. Sie boten der durch die nun offenbar gewordenen Verbrechen der Nationalsozialisten verstörten Gesellschaft Halt. Ebenso wurde ihnen von Seiten der westlichen Besatzungsmächte großes Vertrauen entgegengebracht¹²⁸. So erhielten die beiden Studentengemeinden in Bonn als erste Vereinigungen die Zulassung der Militärregierung. Beide Gemeinden hatten in den ersten Nachkriegssemestern starken Zulauf. Die Katholische Studentengemeinde war mit rund 1000 aktiven Mitgliedern die größte Bonner Vereinigung der Nachkriegszeit¹²⁹. Die »Flucht ins Christentum¹³⁰« bot auch den Studenten nach dem Zusammenbruch Orientierung. Entsprechend stand das liturgische Leben im Mittelpunkt der Aktivitäten. Ende der 40er Jahre war in der katholischen Studentengemeinde ein deutlicher Umbruch spürbar. Das sakramentale und karitative Leben verlor an Bedeutung, dagegen wurden politische Diskussionskreise immer wichtiger. Ebenso gewann das katholische Verbindungswesen an Bedeutung. Innerhalb der katholischen Studentengemeinde hatten sich bereits im Sommer 1946 Untergruppen gebildet, die sich zum Teil in der Tradition der katholischen Studentenverbindung sahen und den Anschluss an eine Altherrenschaft suchten.

Die Entwicklung der evangelischen Studentengemeinde wurde durch die Auseinandersetzung um die Rolle der evangelischen Kirche im »Dritten Reich« bestimmt. Die Diskussion um das Stuttgarter Schuldbekennnis, in dem die evangelische Kirche ihr Versagen angesichts der Verbrechen der Nationalsozialisten bekannte, führte im Sommer 1946 zur Spaltung der Studentengemeinde¹³¹. Erst mit der Einsetzung eines neuen Studentenfarrers konnte im

127 Statistik des AStA, in: UAB AStA 47 – 38 und -39.

128 Thierfelder, Jörg: Die Kirchenpolitik der vier Besatzungsmächte und die evangelische Kirche nach der Kapitulation 1945, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1992) H. 1, S. 5 – 12, hier S. 6; Grebing, Helga u. a.: Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland 1945 – 1949, Bd. 2: Politik und Gesellschaft, Stuttgart 1980 (Studienreihe Politik 7), S. 116.

129 Bonner Studentengemeinde mit Josef Steinberg 1945 – 1957, S. 66.

130 Mitscherlich, Alexander: Die Not der Studenten, in: Marburger Hochschulgespräche 12. bis 15. Juni 1946. Referate und Diskussionen, Frankfurt 1947, S. 157 – 159, hier S. 158.

131 Bericht über die Entwicklung der Studentengemeinde Bonn im SS 1946 von Hanfried Müller (25. 7. 1946), EZA 36/623; vgl. auch: Ludwig, Hartmut: Die Auseinandersetzung mit der Schulfrage in den evangelischen Studentengemeinden nach 1945, in: Hey, Bernd; van Norden, Günther (Hrsg.): Kontinuität und Neubeginn. Die rheinische und westfälische Kirche in der Nachkriegszeit (1945 – 1949), Köln 1996, S. 159 – 182.

Wintersemester 1946/47 die Trennung überwunden werden. Ein erneuter Pfar-
rerwechsel, der mit einer längeren Vakanz verbunden war, führte 1949 zu einem
Umbruch. Ein Großteil der älteren Studenten verließ die Gemeinde, jüngere
Studenten bestimmten nun ihren Kurs. Es kam so zu einem deutlich spürbaren
Generationswechsel¹³². Bei beiden Gemeinden vollzog sich eine innere Konso-
lidierung durch den Bau von Wohnheimen und Gemeindezentren zu Beginn der
50er Jahre. Mit Überwindung der Nachkriegsprovisorien ging jedoch gleich-
zeitig ein Bedeutungsverlust der Gemeinden einher. Die Sonderrolle, welche die
Kirchen in den ersten Nachkriegsjahren eingenommen hatten, trat in den
Hintergrund. Das geistliche Leben auf katholischer Seite sowie das Ringen um
das Stuttgarter Schuldbekennnis auf evangelischer Seite, das die Studenten in
den ersten Nachkriegssemestern geprägt hatte, verlor für die jüngeren Studenten
an Bedeutung.

Eine wichtige Rolle im studentischen Leben spielten politische Gruppen.
Obwohl die Nachkriegsstudenten vielfach als unpolitisch eingeschätzt wer-
den¹³³, entstand eine Vielzahl politischer Diskussionsgruppen in der Nach-
kriegszeit. Es ist eine Ablehnung der Parteipolitik bei gleichzeitig hohem In-
teresse an allgemeinpolitischen Fragen unter den Studenten der Nachkriegszeit
zu beobachten¹³⁴. Parteipolitische Gruppen wurden von der britischen Militär-
regierung zunächst nicht zugelassen, überparteiliche politische Diskussions-
clubs, etwa der Club Bonner Studenten, dagegen gefördert¹³⁵. Im Sommer 1946
bildete sich ein Studentenkreis der SPD, aus dem später der Bonner Sozialisti-
sche Deutsche Studentenbund (SDS) hervorgehen sollte. 1947 entstanden auch
der Christlich-Demokratische Hochschulring (CDH) und die Demokratische
Hochschulgruppe (DHG), die sich später in Liberaler Studentenbund
Deutschlands (LSD) umbenannte. Alle diese Gruppen standen zwar inhaltlich
den entsprechenden Parteien nahe, betonten jedoch ihre politische Unabhän-
gigkeit. Folge der Ablehnung der Parteipolitik innerhalb der Studentenschaft
war die Offenheit für eine enge Zusammenarbeit der Hochschulgruppen über
die Parteigrenzen hinweg¹³⁶. Im Laufe der 50er Jahre verstärkten sich jedoch die
Gegensätze, die sich vor allem an der Haltung zu den Korporationen entzün-
deten. 1955 zerbrach die »große Koalition« aus dem Ring Christlich-Demokra-

132 EZA 36/749.

133 So z. B. von Klönne und Jaraus, vgl. dazu ausführlich Kleinen, Ringen um Demokratie
(wie Anm. 42), S. 249 f.

134 Boll, Friedhelm: Jugend im Umbruch vom Nationalsozialismus zur Nachkriegsdemokratie,
in: Archiv für Sozialgeschichte 37 (1997), S. 482 – 520, hier S. 507 weist darauf hin, dass in
der Nachkriegszeit alles als unpolitisch galt, was nicht direkt parteipolitische Züge trug.

135 Frowein, Der »Club Bonner Studenten« stellt sich vor, in: BUZ Nr. 11, 19.11.1946, S. 12.

136 1950 schlossen sich die politischen Gruppen zum politischen Forum Bonner Studenten
zusammen, Gründungsmitglieder waren u. a. SDS, CDH, LHG, ESG und KSG, vgl. UAB UV
69 – 410.

tischer Studenten (RCDS), wie sich der CDH inzwischen nannte, und dem SDS, die im Ring politischer und freier Studentenverbände und Gemeinschaften Deutschlands eng zusammengearbeitet hatten¹³⁷. Mit der Gründung der Bundesrepublik ging die Ablehnung der Parteipolitik innerhalb der Studentenschaft ebenso zurück wie das Interesse an Politik insgesamt. Mit dem Abgang der ersten Nachkriegsstudentengeneration ließ dazu das individualistisch geprägte Bedürfnis nach politischer Äußerung nach. Dagegen entstand nun ein programmatisch ausgerichtetes Engagement der jüngeren Studenten, das sich in stärker parteipolitisch orientierter Aktivität äußerte, jedoch nur noch von einer kleinen Minderheit getragen wurde.

Der Generationswechsel in der Studentenschaft wird besonders deutlich bei der Betrachtung der Rolle der studentischen Korporationen. Die Briten verweigerten den Korporationen in den ersten Nachkriegsjahren pauschal die Zulassung¹³⁸. Diese ablehnende Haltung wurde auch von der Mehrheit der Studenten und Professoren geteilt. Dennoch kam es schnell zu einer Wiederrückbildung zahlreicher Korporationen, die wegen des britischen Verbots zunächst unter Tarnbezeichnungen neu entstanden¹³⁹. Viele dieser neugegründeten Korporationen standen den alten Verbindungstraditionen jedoch skeptisch gegenüber, so dass es innerhalb der Korporationen nicht selten zu Konflikten zwischen Neuorientierung und Traditionspflege kam. Verliefen die Konfliktlinien zunächst zwischen Aktivitas und Altherrenschaft, die in einigen Fällen auch die Spaltung der Verbindung zur Folge hatten¹⁴⁰, so änderte sich dies mit dem Nachrücken der jüngeren Studentengeneration. Die jüngeren Studenten standen den Traditionen weniger ablehnend gegenüber, so dass es mit dem Abgang der ersten Nachkriegsgeneration Ende der 40er Jahre zu einem Aufschwung des Verbindungswesens kam¹⁴¹. Für die jüngere Studentengeneration

137 Albrecht, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994, S. 202; Kleifeld, Helge: »Wende zum Geist?« Bildungs- und hochschulpolitische Aktivitäten der überkonfessionellen studentischen Korporationen an westdeutschen Hochschulen 1945–1961, Köln 2002 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 12), S. 104.

138 Education Control Instruction Nr. 11 vom 22.8.1945 Punkt 16, vgl. Respondek, Peter: Der Wiederaufbau der Universität Münster in den Jahren 1945–1952 auf dem Hintergrund der britischen Besatzungspolitik, Univ. Münster, Diss. phil. 1992, S. 231.

139 So beispielsweise die Burschenschaft Alemannia unter dem Namen »Akademischer Freundschaftsbund Ernst Moritz Arndt«; zu weiteren Namensänderungen vgl. UAB UV 69–373.

140 So z. B. im Fall der Burschenschaft Sigfridia, Geinert, Jochen: Katholische Deutsche Burschenschaft Sigfridia zu Bonn im RKDB, in: Kromphardt, Karl u. a. (Hrsg.): Studentenverbindungen und Verbindungsstudenten in Bonn, Haltern 1989, S. 250–252., hier S. 251; Geschichte der Katholischen Deutschen Burschenschaft Sigfridia zu Bonn im Ring Katholischer Deutscher Burschenschaften 1910–1980, Bonn 1980, S. 56.

141 Schmidtman, Katholische Studierende (wie Anm. 123), S. 123; Schuetze, Günter und

entsprach das durch die Verbindungen angebotene organisierte Gemeinschaftsleben ihrem gewandelten Bedürfnis nach Orientierung.

Besonders umstritten waren dabei das öffentliche Farbtragen und das studentische Fechten. 1951 trugen in Bonn erstmals Mitglieder mehrerer katholischer Verbindungen öffentlich Farben. Dies führte zu einer Suspendierung der entsprechenden Verbindungen. Diese zogen jedoch vor Gericht und konnten dort ihr Recht auf öffentliches Farbtragen erstreiten¹⁴². Vor dem Hintergrund des Bonner Farbenstreits war das Verhältnis zwischen Universität und Korporationen zu Beginn der 50er Jahre äußerst angespannt. Erst mit der Übernahme des Rektorats durch Paul Martini begann 1953 eine Phase der Annäherung. Martini, selbst alter Verbindungsstudent, hatte ein offenes Ohr für die Anliegen der Korporationen und suchte den Dialog. Insgesamt war zu Beginn der 50er Jahre die Ablehnung der Korporationen stark zurückgegangen. Dennoch konnten diese bei weitem nicht mehr die starke Stellung innerhalb der Universität einnehmen, die sie vor dem Krieg innehatten. Die Mitgliederzahlen waren stark rückläufig. Nur noch rund ein Drittel der männlichen Studenten war in den 50er Jahren Mitglied einer Verbindung, Anfang der 30er Jahre waren es noch etwa 60 % gewesen¹⁴³.

Eine politische Haltung *der* Studenten ist – damals wie heute – schwer auf einen Punkt zu bringen. Es sind immer nur einige wenige Studenten, deren politische Haltung durch Beiträge in den studentischen Zeitungen oder durch Engagement in studentischen Vereinigungen oder universitären Gremien fassbar wird. In der unmittelbaren Nachkriegszeit standen politische Äußerungen von studentischer Seite unter genauer Beobachtung der Briten. Die britische Presse reagierte empört auf jeden Hinweis auf nationalsozialistische Äußerungen an den deutschen Universitäten¹⁴⁴. Auch die Militärregierung vor Ort hatte hinsichtlich der politischen Einstellung der Studenten Bedenken. Aus den Beiträgen der Bonner Universitätszeitung (BUZ) der ersten Nachkriegsjahre sind jedoch eine deutliche Abkehr vom Nationalsozialismus und ein Bekenntnis zur

Werner: Le retour des corporations dans les universités, in: *Allemagne* 5 (1953) H. 26/27, S. 8 – 10, hier S. 9.

142 UAB UV 69 – 423.

143 Kleifeld, Wende zum Geist (wie Anm. 137), S. 30 und 58; Bartscher, Ulrich: Korporationen in Hochschule und Gesellschaft. Eine empirische Studie über traditional orientierte Institutionen in einer sich wandelnden sozialen Umwelt, Augsburg 1971, zugl. Univ. Köln Diss., 1970, S. 31, nennt für das WS 1954/55 einen Anteil von 27,2 % der männlichen Studenten.

144 Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 29. 1. 1946, im Hannoverschen Kurier vom 30. 11. 1945 und im Observer vom 17. 2. 1946, vgl. dazu Phillips, David: The Re-opening of Universities in the British Zone: The Problem of Nationalism and Student Admission, in: Ders. (Hrsg.): *German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education*, Oxford 1983, S. 4 – 19, hier S. 8 f.

Demokratie herauszulesen. »Wir wollen die Freiheit des Denkens und Handelns und die Achtung vor der Integrität der Persönlichkeit! [...] Jedes Einzelnen Pflicht ist es jetzt, sich den vollen Gehalt des Begriffs Demokratie zu eigen zu machen und tätig an ihrer Realisation mitzuarbeiten¹⁴⁵«, bekannte beispielsweise AStA-Mitglied Martin Neuffer in der ersten Ausgabe der BUZ. Bestimmte Wertvorstellungen überdauerten jedoch den Zusammenbruch des ›Dritten Reichs‹. Maaß spricht in diesem Zusammenhang von einem »nationalkonservativen Grundkonsens« in der deutschen Gesellschaft¹⁴⁶. Dabei konnte es nicht ausbleiben, dass bei aller Aufgeschlossenheit für das neue freiheitliche System, Begriffe und Stereotype aus der Zeit vor 1945 Eingang in die Artikel der Bonner Universitätszeitung fanden. Ein Beispiel ist die Vorstellung von der Überlegenheit des deutschen Volkes insbesondere gegenüber den Nachbarn im Osten. In einem Artikel der BUZ, der eigentlich als ein Aufruf zur Völkerverständigung zu verstehen ist, findet sich das Zitat: »Wir dürfen uns aber einem Russen nicht überlegen fühlen, nur weil er einer Nation angehört, deren Durchschnittsniveau unter dem deutschen Durchschnittsniveau liegt¹⁴⁷«. Unsicherheiten im demokratischen Handeln und in der Terminologie des neuen Systems werden zwar deutlich, dennoch ist die grundsätzliche Abkehr vom Nationalsozialismus spürbar. Das Bemühen um Neuorientierung und der Einsatz für die Demokratie beseelten die ersten Nachkriegsstudenten. Erst bei den jüngeren Studenten werden in den 50er Jahren wieder restaurative Tendenzen merkbar. In der konservativen Adenauer-Ära waren autoritäre Staatsvorstellungen unter den Studenten weit verbreitet, die nun auch vereinzelt mit positiven Äußerungen zum Nationalsozialismus verbunden waren¹⁴⁸. Doch waren die Weichen unumkehrbar für den demokratischen Neuaufbau gestellt. Dies zeigte sich eindrucksvoll an den Protesten gegen den 1952 anlaufenden neuen Film des NS-Propagandaregisseurs Veit Harlan, als sich die AStA der deutschen Universitäten mit den Freiburger und Göttinger Studenten solidarisch erklärten, die anlässlich ihrer Proteste Opfer von Übergriffen von Seiten der Polizei geworden waren¹⁴⁹. Damit legten die Studenten ein eindeutiges öffentliches Bekenntnis für die Meinungsfreiheit und gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus ab.

145 Martin Neuffer, Bekenntnis zur Demokratie, BUZ Nr. 1, 16. 5. 1946, S. 5.

146 Maaß, Studentenschaft (wie Anm. 125).

147 BUZ Nr. 3, 18. 6. 1946, S. 7.

148 Jugendliche und Erwachsene '85. Generationen im Vergleich, Bd. 3: Jugend der Fünfziger Jahre – heute, hrsg. vom Jugendwerk der Deutschen Shell, Leverkusen 1985, S. 333.

149 Eppe, Heinrich: Jugendprotest gegen Aufführungen von Veit-Harlan-Filmen. Reaktionen von Jugendverbänden auf personelle Kontinuitäten in den Führungsschichten der Bundesrepublik zu Beginn der 50er Jahre, in: Herrmann, Ulrich (Hrsg.): Jugendpolitik in der Nachkriegszeit, Zeitzeugen-Forschungsberichte-Dokumente, Weinheim 1993, S. 67–73, hier S. 67 f.

Die politische Haltung der Studenten spiegelt sich auch in ihrer Haltung zur deutschen Einheit wider. Als junge Generation sahen sich die Studenten in der Verantwortung für die Erhaltung der deutschen Einheit. In mehreren Resolutionen wandten sich die auf den Studententagen versammelten Studenten gegen die Zonengrenzen¹⁵⁰. Obwohl bereits auf den ersten Studententagen der Graben zwischen den Studentenschaften in Ost und West sichtbar wurde, hielten die Studenten noch 1948 eine interzonale Tagung ab, auf der sie in einer Resolution festhielten, dass die Zonengrenzen »auf Dauer unsere Wiedervereinigung nicht verhindern können¹⁵¹«. Die zunehmende Ideologisierung der Studentenschaften der sowjetischen Zone erschwerte jedoch die Zusammenarbeit. Die ernannten Studentenräte wurden von den westdeutschen Studentenschaften nicht als legitimierte Sprecher ihrer Universitäten angesehen. 1949 wurde in Marburg der Verband deutscher Studentenschaften (VDS) ohne Beteiligung von Vertretern der Ostuniversitäten gegründet¹⁵². Wenig später kam es auf der Interzonentagung in Seeshaupt zum offenen Bruch zwischen den Studentenschaften in Ost und West. Die sogenannten Seeshaupter Beschlüsse beendeten die Zusammenarbeit des VDS mit den Vertretern der Universitäten Ostdeutschlands¹⁵³. Nur die Sportbeziehungen wurden weiterhin gepflegt. Diese ermöglichten jenseits von aller Ideologie die Kontakte zwischen den Studenten des geteilten Deutschlands¹⁵⁴. Vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts trat der Gedanke der deutschen Einheit auch bei den Studenten allmählich in den Hintergrund, auch wenn diese länger daran festhielten als die offizielle Politik. Zu Beginn der 50er Jahre trat im Westen ein aggressiver Antikommunismus immer deutlicher zu Tage, der jede Kontaktaufnahme von Seiten des Ostens als politisch motiviert zurückwies und zur Verhärtung der Fronten beitrug.

Es wurde deutlich, dass zu der konstatierten Sozialisations- und Erfahrungsgemeinschaft der Nachkriegsstudenten eine Handlungsgemeinschaft trat. Eine Studentengeneration hatte sich konstituiert, die auch in ihren gemeinsamen Einstellungen und Haltungen zu politischen und gesellschaftlichen Themen fassbar wird. Mit dem Abgang der ersten Nachkriegsgeneration von der

150 Otto, Detlev E.: Studenten im geteilten Deutschland. Ein Bericht über die Beziehungen zwischen den Studentenschaften in Ost- und Westdeutschland 1945–1958, Berlin 1959 (Schriften des VDS 1), S. 7.

151 Ebd., S. 75.

152 Glaszinski, Helmut: Studentenschaft im geteilten Deutschland. Ein dokumentarischer Bericht über die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Studentenschaften Westdeutschlands/Westberlins mit den Studentenschaften der sowjetisch besetzten Zone vom Göttinger Studententag 3.–5.7.1946 bis zur 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz des VDS in Seeshaupt 9. und 10.7.1949, Bonn o.J. [1949], S.13.

153 Otto, Studenten (wie Anm. 150), S. 95.

154 Vgl. die Diskussion um die Aufrechterhaltung der Sportkontakte im AStA-Protokoll vom 14.06.1955, UAB AStA 81 – 114.

Universität vollzog sich um 1950 ein tiefgreifender Wandel in der Studentenschaft. Der Idealismus, der die erste Nachkriegsstudentengeneration noch be-seelt hatte und der an vielen Stellen gerade im Hinblick auf die Neugestaltung studentischer Vereinigungen, die Geschlechterbeziehungen und das politische und universitäre Engagement der Studenten sichtbar wurde, konnte von der nachrückenden Studentengeneration, die weniger vom Gefühl der Notwendigkeit eines Neubeginns getrieben wurde, nicht aufrecht erhalten werden. Viele von den ersten Nachkriegsstudenten angestoßene Initiativen verliefen im Sand oder waren durch den Wandel der Zeitumstände obsolet geworden. Ein SDS-Vertreter brachte es 1951 auf den Punkt: »Nachdem die Kriegsgeneration [...] nicht mehr genügend Einfluss hat, wurde [...] das, was als neuer Geist bezeichnet wurde, zum Verschwinden gebracht¹⁵⁵.«

155 Stud. Banzer, Vertreter des SDS, während einer Aussprache des VDS mit Vertretern der Korporationen am 13./14. 7. 1951, UAB UV 69–377.

Die Studentenrevolte in Bonn – Vorgeschichte, Verlauf und Folgen

Vorbemerkung: Mythos 1968

Die Studentenrevolte von 1968 ist ein erstaunlicherweise weithin positiv besetzter Mythos¹. Die meisten derjenigen, die daran mitgewirkt haben², rechtfertigen ohne einen Hauch von Selbstkritik die seinerzeitigen Aktionen und schwärmen von der bewegten Zeit³, und selbst einige derjenigen, die sich vornehm zurückgehalten haben, erfinden nachträglich angebliche Beiträge, um sich wichtig zu machen. Sie alle wollen stolz sagen: »Wir sind dabei gewesen.«

Denn die 68er rechnen sich als Verdienst an, die Bonner Republik überhaupt erst demokratisch und liberal gemacht zu haben⁴. Diese Anmaßung – nichts anderes ist es – wird nur verständlich vor dem Hintergrund eines irreführenden Zerrbildes, das von der seinerzeitigen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland gezeichnet worden ist und bis heute gezeichnet wird. Es ist das Zerrbild einer undemokratischen, reformunfähigen, verstockten Honoratiorenrepublik. Der Bundesrepublik vor 1968 werden zwar nicht mehr – wie seinerzeit – präfaschistische Züge attestiert, aber wirklich demokratisch sei sie eben erst nach 1968 und aufgrund von 1968 geworden.

Da die 68er die Deutungshoheit über 1968 erlangt haben, ist diese Sichtweise

-
- 1 Vgl. *H. Lübke*, Der Mythos der kritischen Generation. Ein Rückblick, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 20 (1988), S. 17–25.
 - 2 Rühmliche Ausnahme *G. Aly*, *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück*, Frankfurt a. M. 2008.
 - 3 Übrigens nicht unähnlich den alten »Parteigenossen« der NSDAP, die nach der Machtübernahme »die Kampfzeit« beschworen und verherrlichten. Zu den Parallelen zur nationalsozialistischen Studentenbewegung siehe ebd., S. 169–184.
 - 4 Zuletzt der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg *W. Kretschmann*: »Dass ich politisch als Kommunist gestartet bin, gehört einfach zu meiner Biografie; ich betrachte das natürlich heute als Irrtum, aber die 68er Bewegung hat schon viel Gutes bewirkt und auch aus der Honoratioren-Republik eine lebendige Demokratie gemacht«; Interview nach der Wahl: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1332308/Was-nun%252C-Herr-Kretschmann%253F#/beitrag/video/1332308/Was-nun%2C-Herr-Kretschmann%3F>. (abgerufen am 21.06.2011).

heute weit verbreitet, nahezu *communis opinio*, aber deshalb nicht richtig; sie dürfte vielmehr mit der Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland in den ersten beiden Jahrzehnten ihrer Existenz wenig gemein haben. Aber auch zeitgeschichtliche Aufklärung über die Anfangszeit der Bonner Republik, die durchaus nicht durch Restauration und Stillstand, sondern durch Aufbauarbeit mit einer Fülle von Reformen geprägt war, hat das durch die 68er-Bewegung geprägte Klischee der fünfziger und frühen sechziger Jahre als einer Zeit politischer und gesellschaftlicher Erstarrung nicht wirklich erschüttern können.

Vor allem hat sich nicht herumgesprochen, dass sich schon vor 1968 eine grundlegende Veränderung anbahnte. Die bereits eingeleitete Modernisierung von Staat und Gesellschaft nahmen viele 68er allerdings nicht wahr oder aber sie ging ihnen nicht schnell genug und nicht weit genug. Die emanzipatorischen Effekte, die ausgelöst zu haben sich die Bewegung zugute hält, wären daher wohl auch ohne »1968« eingetreten, allerdings in einem viel langsameren, evolutionären Prozess.

Vorgeschichte

Bonn 1965. Eine Beamtenstadt, deren katholisch-mittelständisches Milieu die NS-Zeit relativ unbeschadet überstanden hat und in der die CDU als Milieupartei die Kommunalpolitik dominiert. Von einer sich anbahnenden Studentenrevolte ist an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität noch nichts zu spüren. Zwanzig Jahre nach Kriegsende empfindet man Stolz und Dankbarkeit über das Erreichte, den durch stetig wachsende Zuschüsse von Land und Bund ermöglichten Wiederaufbau und kontinuierlichen Ausbau der Universität, räumlich wie personell, des Lehrkörpers wie der Studentenschaft; sie erreicht mit über 14.000 Studenten im Sommersemester 1966 eine neue Höchstzahl⁵, für die sie allerdings nicht ausgelegt ist, was zu nicht unerheblichen Problemen führt. Es ist Ausdruck des Gefühls der Dankbarkeit gegenüber einer wohlthätigen Staatsgewalt, wenn Bundespräsident *Lübke* im akademischen Jahr 1965/66 zum Ehrensenator ernannt wird.

Die mit der Ausrufung des »Bildungsnotstands⁶« ausgelöste Reformdebatte hat 1965 auch die Hochschulen erreicht. Die Notwendigkeit eines Strukturwandels der Universität angesichts der »Veränderungen in der Stellung der Hochschulen und in der Aufgabe von Wissenschaft und wissenschaftlicher

5 Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Chronik und Bericht über das akademische Jahr 1965/66, Jahrgang 81 (Neue Folge Jahrgang 70), Bericht des Rektors Prof. Dr. *Wilhelm Groth*, S. 8–19, 10, 13.

6 *G. Picht*, Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Freiburg i. Br. 1964.

Ausbildung, deren Ursachen in dem steigenden Bedarf an Wissenschaftlern, der fortschreitenden Spezialisierung und Differenzierung der Forschung und der Vermehrung und qualitativen Veränderung der mit der Ausbildung an wissenschaftlichen Hochschulen zusammenhängenden Aufgaben liegen«, wird in Bonn dabei ebenso allgemein anerkannt wie die Forderung nach einer Neuordnung des Studiums, um »die überlange Dauer des Studiums in vielen Fachbereichen zu verkürzen⁷«.

Die Forderungen der Studentenschaft lassen zwar schon Konfliktpotentiale erkennen, entfalten aber noch keine Breitenwirkung⁸. Der AStA verlangt eine angemessene studentische Vertretung in allen Organen der Universität⁹, die Abschaffung des für mit den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit unvereinbar erachteten Disziplinarrechts für Studenten und nimmt ein allerdings auch unter den Studenten selbst stark umstrittenes allgemeinpolitisches Mandat für sich in Anspruch. Die Durchführung sogenannter Vorlesungskritik, an anderen Hochschulen bereits praktiziert, wird von den Fachschaften in Bonn abgelehnt. Auch sonst stößt die Arbeit des AStA auf wenig Interesse und Resonanz bei den Studenten¹⁰. Von einer allgemeinen Unzufriedenheit, gar von einer Unruhe kann zu dieser Zeit noch keine Rede sein. Kaum einer nimmt Notiz von der Neugründung einer SDS-Ortsgruppe im Herbst 1965, zu deren Vorsitzenden der Studentenvertreter *Hannes Heer* gewählt wird.

Die Politisierung und Radikalisierung 1967

Zwei Jahre später, im Oktober 1967, ist alles anders. Der Rektor der Bonner Universität muss konstatieren: »Die Studentenschaft ist in Bewegung geraten¹¹«.

7 Bericht des Rektors Prof. Dr. *Wilhelm Groth*, S. 16 f. Die seinerzeitigen Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums – »ein Grundstudium für alle Studenten, das mit einer die Berufsfähigkeit bestätigenden Prüfung abschließt, ein Aufbaustudium für Studenten, die an der Forschung interessiert und für sie befähigt sind« – klingen wie eine Vorwegnahme der 35 Jahre später erhobenen Forderung nach Einführung der Bachelor-/Master-Struktur und lassen erahnen, dass hier seit Jahrzehnten Altbekanntes nur neu verpackt präsentiert wird.

8 Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Chronik und Bericht über das akademische Jahr 1965/66, Jahrgang 81 (Neue Folge Jahrgang 70), Die Studentenschaft, S. 45–47, S. 46 f.

9 Vertreter der Studentenschaft wurden nach der damals geltenden Universitätsverfassung nur bei der Erörterung studentischer Angelegenheiten mit beratender Stimme beteiligt.

10 Vgl. den Bericht der AStA-Vorsitzenden *Hackspiel* über die Legislaturperiode 1966/67 (15.3.1966–15.3.1967), S. 3 f., in: UA Bonn, AStA 81–88.

11 Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Chronik und Bericht über das akademische Jahr 1966/67, Jahrgang 82 (Neue Folge Jahrgang 71), Bericht des Rektors Prof. Dr.-Ing. *Edmund Gasser*, S. 7–17, 13.

In der studentischen Jugend habe sich »ein Unruhe vielfältiger Art breit gemacht«. Es gebe, so der Rektor, »gewisse Studentengruppen, die sich zu einer außerparlamentarischen Opposition verpflichtet fühlen. Sie leben von der Behauptung, nonkonformistische Minderheiten würden bei uns niedergehalten! Autoritäre Obrigkeitsstaatsmethoden unter der Maske einer Formaldemokratie setzten sich mehr und mehr durch. Studenten reagieren auf tatsächliche und vermeintliche Freiheitsbeschränkungen heftiger als andere Gruppen. Solchen Auseinandersetzungen muss man geöffnet bleiben, und man muss hierzu sachliche Diskussionen ermöglichen. Diese Affekte werden von gewissen Extremisten aber gerne benutzt, um Darstellungen zu verbreiten, nach der die heutige Universität total verzopft, ihre Amtsträger traditionalistisch verhärtet und bar jeder sozialen Einstimmung nur noch Privilegien hüteten, um ihre Machtpositionen den geplagten Studentenmassen gegenüber auszuspielen. Eine hektische Plakatiererei, Flugblattaktionen und sonstige spektakuläre Unternehmen dienen der Pflege solcher Antiaffekte, wobei sachlich berechnete Beanstandungen, Wünsche und Vorschläge mit Halbwahrheiten, Verdrehungen, Lügen und persönlichen Verunglimpfungen sich mischen und ein Stil sich kundtut, der bisher im akademischen Raum nicht üblich war.« Gewisse Gruppen versuchten, »eine radikale Verschärfung des seit vielen Jahren traditionell guten Verhältnisses zwischen der Studentenschaft und ihrer Universität herbeizuführen und unter Berufung auf ein angebliches politisches Mandat mit Hilfe hier bisher nicht üblicher demagogischer Methoden hochzuspielen«. Es bestehe die Gefahr, dass destruktive Kräfte an den Grundlagen von Staats- und Universitätsverfassung und an der Freiheit der Lehre rüttelten¹².

Was war geschehen? Im Frühjahr 1967 hatte sich nach den mit 50 % Wahlbeteiligung erfolgten Wahlen zum Studentenparlament der erste sich prononciert »politisch« verstehende AStA unter dem Vorsitz von *Bernhelm Boofß* konstituiert. Hochschul- und Bildungspolitik, so sein Credo, könne nicht isoliert von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen gesehen werden; deshalb sei die Studentenschaft auch zu politischem Handeln verpflichtet. Erklärtes Ziel war die »Demokratisierung der Hochschule«, was immer dies heißen sollte¹³. Die Inanspruchnahme eines allgemeinpolitischen Mandats führte indes zu einem Dauerkonflikt mit der Hochschulleitung¹⁴, die, so die Einschätzung des AStA, jede politische Aktivität desselben zu unterbinden suchte, und den nicht wenigen Studenten, die selbst dem AStA dieses vermeintliche Recht absprachen. Das Studentenparlament missbilligte in seiner gemäßigten Mehrheit die vom

12 Alle Zitate ebd. S. 13 f.

13 Bericht des AStA-Vorsitzenden, ebd., S. 56–59, 57.

14 Der Senat bestritt der Studentenschaft dieses Recht mit Beschluss vom 3. 5. 1967; vgl. Niederschrift der Senatsitzung vom 3. 5. 1967, in: UA Bonn, Senat 33–23; siehe auch *H.-P. Bothien*, *Protest und Provokation. Bonner Studenten 1967/1968*, Essen 2007, S. 69.

AStA gewählte neue Form der politischen Auseinandersetzung, was zum Sturz des amtierenden AStA und der Wahl eines neuen Vorsitzenden führte¹⁵. Die linken Gruppen (SDS, SHB, LSD und HSU) zogen daraufhin aus dem AStA aus und gründeten als APO eine »von Universitätsbürokratie, Kultusministerium und Verwaltungsgericht unabhängige (sic!) Studentengewerkschaft«, die, angeführt vom SDS, sich in Daueropposition zum neuen AStA befand und nun begann, provokative Aktionen hart an der Grenze der Legalität oder jenseits derselben zu starten, um die »reaktionäre Herrschaft« in der »Klassenuniversität« bloßzustellen und zu brechen, weil »Reformgeschwätz«, so »Berufsrevolutionär« *Hannes Heer*, nicht weiterhelfe, sondern jede wirkliche Reform verhindere¹⁶. Ad hoc einberufene studentische Vollversammlungen sollten »höhere Legitimität« durch »direkte Demokratie« verleihen und das Studentenparlament delegitimieren. In Wahrheit ermächtigte sich hier eine radikale Minderheit im Wege scheinplebiszitärer Manipulation selbst¹⁷.

Wie an allen nordrhein-westfälischen Universitäten wurde auch in Bonn der Tod *Benno Ohnesorgs* im Verlauf der Anti-Schah-Demonstrationen in Berlin zum Schlüsselereignis, »das Kritische Ereignis, das Auftakt, Katalysator und Anlass zur handlungsstiftenden Freisetzung und Verbreiterung von zuvor erst in kleineren Gruppen latent vorhandener Unruhe und Protestbereitschaft bildete¹⁸«. In der akademischen Trauerfeier des AStA am 9. Juni 1967 hielt *Karl-Dietrich Bracher* eine flammende Rede, in der er das Recht des Staatsbürgers auf freie Meinungsäußerung beschwor: »Es geht um das Recht auf Kritik und Opposition, mit der unsere zweite Demokratie steht und fällt¹⁹.«

Zu Beginn des Wintersemesters 1967/68 begann die Studentengewerkschaft mit der für Bonn neuen Aktionsform »permanenter Vorlesungskritik« aus der Rubrik Agitprop²⁰. Als Zielscheibe hatte sie sich die vom Osteuropa-Historiker *Horst Jablonowski* gehaltene Vorlesung über die Geschichte der Sowjetunion von

15 Vgl. die Rücktrittserklärung des AStA *Booß* vom 4. 5. 1967, in: UA Bonn, AStA 81 – 88 und das Protokoll der Sitzung des Studentenparlaments vom 9. 5. 1967, ebd.

16 Siehe dazu »akut«, Sonderausgabe, Heft 284, Juni 1998: »1968 in Bonn«, S. 5.

17 Zum Ablauf dieser »Vollversammlungen« instruktiv *B. von der Dollen*, »1968« an der Universität Bonn – ein Zeitzuge blickt zurück, in: Bonner Geschichtsblätter, Bd. 60 (2010), S. 197 – 229, 207 – 211.

18 *B. Spix*, Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957 – 1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008, S. 693 f. Noch im Mai 1966 war eine von SDS und SHB veranstaltete »Vietnam-Woche« ohne mobilisierende Wirkung unter den Studenten geblieben; siehe dazu *P. Dohms/J. Paul*, Die Studentenbewegung von 1968 in Nordrhein-Westfalen, Siegburg 2008, S. 80.

19 *K.-D. Bracher*, Kritische Gedanken zu den Schüssen von Berlin, abgedruckt in: AStA-INFO Nr. 5 vom 22. 6. 1967, S. 13 – 16, 13.

20 Die sog. Vorlesungskritik war zuvor schon Gegenstand von Abhandlungen in der Studentenzeitschrift »akut« gewesen; siehe *H.G. Jürgensmeier*, Angriff auf heilige Kühe?, in: akut 33 (Juni 1967), S. 16; *W. v. Bredow*, Studentische Anmaßung, in: akut 35 (Oktober 1967), S. 4 f.

1917 bis 1939 ausgesucht, die mit permanenten Fragen, Zwischenrufen, Unmutsäußerungen wie Füßescharren und Gelächter sowie schriftlichen Vorlesungskritiken »begleitet«, d.h. sabotiert werden sollte²¹. Einige Studenten, marxistisch-leninistisch geschult, sahen die »ruhmreiche« Sowjetunion durch *Jablonowski* ideologisch verunglimpft²². Die Studentengewerkschaft bestand angesichts der vermeintlichen »professoralen Unfähigkeit, revolutionäre Vorgänge zu begreifen²³«, auf permanenter Vorlesungskritik. Ihr ging es dabei entgegen dem erweckten Anschein gar nicht darum, ein noch nicht allgemein anerkanntes Fragerecht der Studenten gegenüber dem Dozenten einer Vorlesung zu erkämpfen. Die Studentengewerkschafter hatten in Wirklichkeit nämlich gar keine Fragen, sondern festgefügte, den *Jablonowskis*chen entgegengesetzte Ansichten über den Ausbruch der Oktoberrevolution und die Geschichte der Sowjetunion. Die Fragen, die sie stellten, waren daher nur rhetorisch-suggestive Fragen, die provozieren sollten²⁴. *Jablonowski* war indes nicht bereit, sich auf dieses Spiel einzulassen. Vermittlungsbemühungen des AStA, die darauf zielten, das berechtigte Anliegen der Studenten, Lehrveranstaltungen in Form und Inhalt zu kritisieren ins rechte Verhältnis zum Recht des Dozenten zu setzen, seine wissenschaftlichen Theorien ungehindert vorzutragen, scheiterten. *Jablonowski*, der sich nicht verbiegen lassen wollte, aber immerhin ein ergänzendes Kolloquium angeboten hatte, in dem er Fragen beantworten wollte, brach die Vorlesung schließlich ab. Sie wurde auf Wunsch einer Mehrheit der Studenten, die sich von den Aktionen der Studentengewerkschaft ebenso wie die Fachschaft Geschichte distanzieren²⁵, als Privatissimum fortgesetzt. Die Professoren der Geschichtswissenschaft erklärten sich mit *Jablonowski* solidarisch und drückten

21 Ausführliche Darstellung bei *H.-P. Bothien*, Protest, S. 73–80, der »beiden Seiten« »rigides Denken« vorwirft (S. 74) und die schroff ablehnende Reaktion des Professors für »unverständlich« erklärt (S. 79).

22 Die Studentengewerkschaft sprach in einem Flugblatt von »einer kaum übersehbaren Fülle von Verleumdungen« der Sowjetunion. Vgl. »Vorlesungsnachrichten 1« vom 17. 10. 1967, in UA Bonn, AStA 81–170.

23 Ebd.

24 Mit Recht betonte der RCDS in einem Flugblatt: »Jeder Vertreter einer kritischen Wissenschaft wird für ein »permanentes Fragen« und In-Frage-Stellen eintreten – gegen Dogmatismus und problemlosen Positivismus. Es kommt aber alles darauf an, aus welchem Grunde, mit welcher sachlichen Vollmacht und welcher Absicht in Lehrveranstaltungen gefragt wird. Wenn Grund, Vollmacht und Ziel ausschließlich die politische Aktion sind, so hört das Fragen auf, wissenschaftlich zu sein. Es nähert sich dem bewusst parteilichen Verhalten totalitärer Ideologie und ist das Ende der Freiheit von Forschung und Lehre«, vgl. AStA 81–170. *B. von der Dollen*, *Zeitzeuge*, S. 197–229, 218 spricht von einem Exempel dafür, dass und wie »die kommunistisch infiltrierte Linke Lehrveranstaltungen der ideologischen Kontrolle unterwerfen wollte und vor Terrorisierung von akademischen Lehrern wie Studierwilligen nicht zurückschreckte«.

25 Vgl. die Beschlüsse des Studentenparlaments vom 16. 11. 1967, Protokoll in: UA Bonn, AStA 81–87.

die Hoffnung aus, »dass die Methoden, die schon einmal mit verhängnisvollem Ergebnis von deutschen Studenten gegen akademische Lehrer und die Freiheit der Lehre praktiziert worden sind, an unserer Universität nicht heimisch werden²⁶.«

Die Hoffnung sollte trügen. Vorlesungsstörungen sollten in den folgenden Jahren auch in Bonn üblich werden, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie an anderen deutschen Universitäten²⁷. Betroffen waren u. a. die Historiker *Walther Hubatsch* und *Konrad Repgen*.

Diese massiven und lang andauernden »Störungen« werden oft und gerne als kleinere Überbetreibungen eines an sich berechtigten Protests der »kritischen Jugend« verharmlost. Dies wird der Wirklichkeit nicht gerecht. Eine damalige Studentin erinnert sich an erzwungene Vorlesungstreiks, eine andere damals übliche Protestform: »Der Zugang zu den Vorlesungen soll von Kommilitonen verhindert werden durch eine Blockierung (Sitzblockade) der Haupteingänge zur Uni. Einige der Blockierer versuchen durch Argumente ›Streikbrecher‹ davon abzuhalten, doch Vorlesungen zu besuchen; andere beschimpfen die Streikbrecher. Studentinnen müssen sich eventuell auch gefallen lassen, dass ihre Nylons durch brennende Zigaretten Schaden leiden. Ich selbst steige über die Sitzenden hinweg mit der Bemerkung, ich wolle arbeiten, denn ich gehöre zur werktätigen Bevölkerung (ironisch gewendeter Jargon). Im Vorlesungssaal befinden sich noch andere Streikbrecher – nicht viele im Vergleich mit der sonstigen Anzahl an hörenden Kommilitonen²⁸.«

Die betroffenen Professoren litten z. T. erheblich unter den persönlichen Angriffen, denen sie sich ausgesetzt sahen.

Das Hochschuljahr 1967 endete mit dem von der Studentengewerkschaft initiierten »Anti-Dies«, der trotz Ablehnung durch den Senat und den Rektor, der sich ungeachtet kaum verhohlener Gewaltandrohung geweigert hatte, einen Hörsaal zur Verfügung zu stellen, am 6. Dezember 1967 durchgeführt wurde. Den Höhepunkt bildete dabei ein Streitgespräch zwischen *Rudi Dutschke* und dem Bonner RCDS-Vorsitzenden *Jürgen Rosorius* vor 2.000 Studenten.

26 Professoren-Flugblatt vom 6.12.1967, zitiert nach: *P. Dohms/J. Paul*, *Studentenbewegung*, S. 71 m. Fn. 43.

27 Eine Statistik für das Wintersemester 1971/72 und die erste Hälfte des Sommersemesters 1972 liefert der Bericht über das akademische Jahr 1971/72, erstattet vom Rektor Prof. Dr. *Hatto H. Schmitt*, in: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, *Chronik und Bericht über das akademische Jahr 1971/72*, Jahrgang 87 (Neue Folge Jahrgang 76), S. 7–22, 17–20.

28 Bericht der Studentin *Marianne Viechtbauer*, zitiert nach *P. Dohms/J. Paul*, *Studentenbewegung*, S. 71 f. m. Fn. 44.

1968: Revolte und Universitätsreform

1968 sollte sich die Lage rasch weiter zuspitzen; es wurden Straftaten begangen, und die bisher wohlweislich eingehaltene Grenze zur Gewalt wurde überschritten.

Ende Januar, Anfang Februar veranstaltete der SDS anlässlich des 35. Jahrestags der nationalsozialistischen Machtergreifung eine »antifaschistische Woche«, in der Bundespräsident *Lübke* vorgeworfen wurde, am Bau von KZ-Baracken beteiligt gewesen zu sein, was dieser bestritt. Als vermeintlicher Beweis wurde *Lübkes* Paraphe auf Bauplänen angeführt; die aus der DDR stammenden Dokumente dürften nach heutigem Erkenntnisstand von der Stasi gefälscht gewesen sein²⁹. Damit begann die Kampagne des SDS gegen den von ihm sogenannten »KZ-Baumeister *Lübke*³⁰«. Er forderte den Senat auf, dem dadurch angeblich untragbar gewordenen *Lübke* die verliehene Ehrensensatorwürde wieder zu entziehen. Um ein Gespräch mit dem Rektor zu erzwingen, betraten SDS-Mitglieder und Sympathisanten am 6.2.1968 eigenmächtig das Dienstzimmer des Rektors und setzten unter den Namenszug des Ehrensensors *Lübke* die – wie sie es nannten – »korrekte Berufsbezeichnung ›KZ-Baumeister³¹«. Die Universitätsleitung stellte Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs, der indes im April 1969 wieder zurückgenommen wurde. Am darauffolgenden Tag – der Rektor hatte den SDS von einem Informationsgespräch mit Vertretern der Studentenschaft über die gegen *Lübke* erhobenen Vorwürfe wegen der Vorfälle am Vortag eingeladen – wollten sich dessen Anhänger während des Gesprächs gewaltsam Zugang zum Rektorat verschaffen (»Go-In«), was die Polizei zu verhindern suchte. Das anschließende Sit-In löste sie durch Wegtragen der blockierenden Studenten auf. Vom SDS wurde der Polizeieinsatz sogleich als »Polizei-Terror in der Uni« perhorresziert und der Rektor als »Nazifreund« diffamiert. Gegen die als Rädelsführer der »Belagerung« angesehenen SDS-

29 So die ehemaligen Mitarbeiter der Abteilung IX des Ministeriums der Staatssicherheit G. *Bohnsack/H. Brehmer*, Auftrag Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992, S. 59 f.; so auch R. *Morsey*, Heinrich Lübke. Eine politische Biographie, Paderborn u. a. 1996, S. 510 Anm. 29. Siehe ferner H. *Knabe*, Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999, S.121 ff. A. A. J.C. *Wagner*, Der Fall Lübke, in: DIE ZEIT, 19.07.2007 Nr. 30, der im Übrigen zu folgender Gesamteinschätzung kommt: »Lübke war sicherlich kein Kriegsverbrecher. Vor dem Hintergrund seiner Tätigkeit in Peenemünde und im Jägerstab erscheint der spätere Bundespräsident aber als einer der vielen vermeintlich technokratischen Ingenieure und Verwaltungsfachleute, die ihre Kenntnisse in den Dienst des Systems gestellt und dabei die dehnbare Trennlinie zwischen Mitwisser- und Mittäterschaft überschritten haben, ohne selbst überzeugte Nationalsozialisten gewesen zu sein.«

30 Ausführliche Schilderung der nachfolgend angeführten Ereignisse bei H.-P. *Bothien*, Protest, S. 20–27.

31 B. *Pauly*, Klimawechsel an der Bonner Universität 1968. Erinnerungen eines akut-Redakteurs, in: J. *Matzerath* (Hrsg.), 54 Kapitel Stadtgeschichte, Bonn 1989, S. 377–383, 378.

Aktivisten *Hannes Heer* und *Glen Pate* wurden Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Relegation eingeleitet, die später aber wieder eingestellt wurden. Der Rektor *Schneemelcher* bezeichnete das Vorgehen der kleinen radikalen Studentengruppen daraufhin als »Terror«; er werde das Recht auf freie öffentliche Meinungsäußerung achten, aber Gewaltakte und Rechtsbrüche nicht dulden³². »Für die Universität ergibt sich daraus die Forderung, die Freiheit von Lehre und Forschung, die Freiheit geistiger Auseinandersetzungen und die Freiheit des einzelnen gegenüber Pressionsversuchen einzelner Gruppen zu wahren³³«. Letztlich aber blieb die Universität gegenüber den Provokationen linksextremer Studenten hilflos³⁴.

Das zeigte sich erneut bei der im Mai 1968 anstehenden Neuwahl des Dekans der Philosophischen Fakultät³⁵, bei der die Studenten eine öffentliche Vorstellung der Kandidaten und eine Beteiligung von studentischen Vertretern verlangten, was der amtierende Dekan ablehnte. Daraufhin wollten einige Studenten den Zugang zur Fakultätssitzung erzwingen, was indes nicht gelang, wenn auch die Fakultätsmitglieder durch ein Sit-In am Verlassen des Fakultätssitzungszimmers gehindert wurden. Die Dekanswahl musste jedoch wiederholt werden und die Fakultät erlaubte zwei studentischen Vertretern die Anwesenheit. Das genügte einigen linksradikalen Studenten nicht. Sie machten ihre Androhung eines »eindringlichen Go-In³⁶« wahr, zerschlugen die Fensterscheiben des Sitzungszimmers und stiegen ein. Erneut erstattete die Universität Strafanzeige, diesmal wegen Land- und Hausfriedensbruchs sowie Nötigung und Sachbeschädigung³⁷.

Die offiziellen Feierlichkeiten zum 150jährigen Bestehen der Universität nutzte die Studentengewerkschaft erneut zum medienwirksamen Protest. Sie organisierte nach dem Militärputsch in Griechenland und der Machtübernahme durch ein Obristenregime wegen der Einladung der regimetreuen Rektoren der Universitäten Athen und Thessaloniki zu einem Empfang auswärtiger Gäste am

32 *W. Schneemelcher*, Rede vor den Studenten am 13.2.1968, abgedruckt in: bonner universitätsnachrichten Nr. 4 vom 1.3.1968.

33 Bericht des Rektors Prof. Dr. Dr. h.c. *Wilhelm Schneemelcher* über das akademische Jahr 1967/68, in: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Chronik und Bericht über das akademische Jahr 1967/68, Jahrgang 83 (Neue Folge Jahrgang 72), S. 7 – 12, 11.

34 Der Dekan der Philosophischen Fakultät sah sich im Dezember 1968 gezwungen, eine Fakultätssitzung abzusagen und erklärte, »dass ich [...] auch in Zukunft nicht dazu bereit sein werde, eine Sitzung unter Umständen einzuberufen und abzuhalten, die eine Nötigung der Fakultät bedeuten«, Brief des Dekans *Lützel* an die Mitglieder der Engeren Fakultät vom 16. 12. 1968, in: UA Bonn, PF 138 – 194.

35 Zu den Vorgängen vgl. *H.-P. Bothien*, Protest, S. 89 – 91; *P. Dohms/J. Paul*, Studentenbewegung, S. 72 f.

36 Zitiert nach *H.-P. Bothien*, S. 90.

37 Die Strafverfahren sollten schließlich aufgrund des Amnestiegesetzes von 1970 eingestellt werden.

10. Juli 1968 ein Sit-In, das zum Speißbrutenlaufen für die Ehrengäste werden sollte, denen die Polizei mühsam eine Gasse bahnen musste. Fensterscheiben wurden eingeworfen, die Tür zum Festsaal eingerammt. Nur ein massiver Polizeieinsatz verhinderte ein Eindringen der Störer, für den SDS natürlich nur ein weiterer Beleg für die Selbstentlarvung des »westdeutschen Polizeistaates³⁸«. Der offiziellen Festschrift der Universität wurde von Seiten der Studentengewerkschaft eine alternative entgegengesetzt: Die »Gegenschrift«, deren Einband neben dem Universitätssiegel auch das Bayer-Kreuz zierte, trug den seine marxistische Grundausrichtung bereits unzweideutig zum Ausdruck bringenden, programmatischen Titel »150 Jahre Klassenuniversität. Reaktionäre Herrschaft und demokratischer Widerstand am Beispiel der Universität Bonn«.

Politischer Höhepunkt waren die Demonstrationen gegen die geplante Notstandsverfassung. Sie wurde von der radikalen Linken als Versuch gedeutet, auf legalem Wege die Demokratie in eine Notstandsdictatur zu überführen. Die Notstandsgesetzgebung – man sprach nur von den »NS-Gesetzen« – wurde allen Ernstes mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 gleichgesetzt³⁹. Diese Einschätzung war zwar völlig abwegig⁴⁰, fand aber gleichwohl eine beachtliche Gefolgschaft. Am 11. Mai 1968 demonstrierten nach einem Sternmarsch im Bonner Hofgarten 50.000 Menschen, darunter viele Studenten, friedlich gegen die bevorstehende Verabschiedung der Notstandsverfassung. Durch den Protest ließen sich die Politiker der Großen Koalition, die sich auf die Notstandsgesetzgebung verständigt hatten, aber nicht beirren. Radikale Kräfte wollten deshalb »den Druck« erhöhen⁴¹. Linksradikale Studenten riefen in Bonn zum

38 Man wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates einmischen, mit dem die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhalte. Mit dieser Begründung hatte das Rektorat der Universität es am 3. 5. 1967 abgelehnt, dem AStA wie gewünscht Raum für eine Diskussion zum Thema »Diktatur in Griechenland« Raum zu gewähren; siehe Verlautbarung des Rektorats zur »Griechenlandaktion des AStA« vom 3. 5. 1967, S. 2, in: UA Bonn, Senat 33 – 23. Dazu angesichts der noch ungesicherten Stellung der Bundesrepublik im Konzert der westlichen Mächte verständnisvoll G. Aly, Kampf, S. 62.

39 Das »Kuratorium: Notstand der Demokratie« behauptete, die Notstandsgesetzgebung solle dazu dienen, »1. im Falle innerer Krisen die Lohnabhängigen zu disziplinieren, 2.) jede manifeste Oppositionsbewegung auszuschalten, 3.) die gesamte Bevölkerung durch paramilitärische Gleichschaltung nach Gefolgschaftsprinzip in allen gesellschaftlichen Bereichen für die Ziele der Herrschenden zu mobilisieren«; zitiert nach H.-P. Bothien, Protest, S. 52.

40 Wenn es an der Notstandsverfassung (Art. 115a ff. GG) etwas zu kritisieren gibt, dann ist es allenfalls ihr rechtsstaatlicher Perfektionismus, der zweifeln lässt, ob mit ihrer Hilfe ein wirklicher Notstand überwunden werden kann. Im Übrigen hätte ein Verzicht auf die Notstandsverfassung bedeutet, dass die insoweit bis dahin noch bestehenden alliierten Vorbehaltsrechte, die den Alliierten praktisch *plein pouvoir* gaben, fortgegolten hätten – keine erstrebenswerte Alternative.

41 Siehe dazu auch G. Aly, Kampf, S. 121. SDS-Funktionäre kritisierten den friedlichen Verlauf als Rückschritt in die »Zeit vor Ostern«, d. h. vor den gewalttätigen Osterunruhen in Berlin, Hamburg, Frankfurt und München.

organisierten »Widerstand« auf; dabei sollte die Universität zum »Agitationszentrum Nummer eins« werden⁴². Für den 15. Mai 1968, den Tag der zweiten Lesung im Bundestag, wurde ein »Vorlesungsstreik« organisiert⁴³: Studenten blockierten sitzend die Eingänge zum Hauptgebäude; studierwillige Studenten ließ man indes noch passieren. Soweit Vorlesungen stattfanden, wurden sie teilweise zu Diskussionsforen umfunktioniert. Am 27. Mai 1968 besetzten 20 Studenten den Hörsaal I und hielten ihn mehrere Tage besetzt. Auf diese Weise sollten Professoren und Studenten zu »Zwangsdiskussionen« über die Notstandsgesetzgebung genötigt werden, eine Art von politischer Geiselnahme. Am 30. Mai 1968, dem Tag der Abstimmung im Deutschen Bundestag, sollte der Vorlesungsbetrieb völlig lahmgelegt und zu diesem Zweck die Universität »dicht« gemacht werden. Tatsächlich wurden in der Nacht vom 29. auf den 30. Mai die Eingänge verbarrikiert und mithilfe von Gerät, das von Baustellen entwendet worden war, unpassierbar gemacht. Die Hausmeister konnten die Barrikaden allerdings noch rechtzeitig vor Vorlesungsbeginn entfernen und die Zugänge wieder öffnen.

Auch sonst gelang es den linksradikalen Studenten nicht, die Universität wie gewünscht völlig lahm zu legen. So konnte ungeachtet aller Störungen des Universitätsbetriebs, aller Provokationen und politischen Demonstrationen, die schon im März 1967 durch Einsetzung einer Reformkommission eingelegte Revision der Universitätsverfassung 1968 abgeschlossen werden. Der Große Senat verabschiedete am 26. Oktober 1968 eine neue Universitätsverfassung mit erweiterten Mitspracherechten für Assistenten und Studenten.

Das langsame Auslaufen der Revolte: Die Jahre 1969–1975

Verbreitet wird angenommen, dass die Revolte Ende 1969 endete und in Kleinstgruppen zerfiel⁴⁴. Das trifft indes nur auf die außeruniversitären politischen Aktionen wie Großdemonstrationen zu, die öffentliche Aufmerksamkeit über den Bereich der Hochschulen hinaus erlangten. Sie hörten mit dem Beginn der Regierung Brandt im Herbst 1969 auf. Die APO blieb in ihrer Wirksamkeit auf die Ära der Großen Koalition beschränkt. In den Hochschulen ging die Studentenrevolte jedoch weiter und sollte in den nachfolgenden Jahren noch

42 Vgl. dazu H.-P. Bothien, *Protest*, S. 59 f.

43 Dazu hatten neben linken bis linksradikalen Studentengruppen auch vier Professoren (*Jakob Barion, H.G. Geyer, Hans Rothe, Gerd Wolandt*) und Assistenten aufgerufen; siehe Aufruf, in: UA Bonn, AStA 81 – 175. Beim Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze hielt der evangelische Theologe *Walter Kreck* eine Rede, siehe UA Bonn, AStA 81 – 197.

44 Siehe G. Aly, *Kampf*, S. 8.

einige Höhepunkte erreichen⁴⁵. Die linksradikalen Studenten zeigten dabei die bereits bekannten Verhaltensmuster: Durch gewaltsam erzwungene Go-Ins gesprengte Gremiensitzungen, Rektor- und Dekanswahlen sowie Diskussionsveranstaltungen, die in Tribunale umgewandelt wurden. Dem Verbalradikalismus folgte die tatsächliche Gewaltanwendung. So wurden Landtagsabgeordnete von SPD, CDU und FDP in einer Diskussionsveranstaltung mit Eiern und Tomaten beworfen. Der CDU-Landtagsabgeordnete erinnerte sich knapp 40 Jahre später an die Ereignisse und den Eindruck, den sie auf ihn gemacht hatten, noch ganz genau: »Eine als Diskussionsveranstaltung angekündigte Versammlung wurde von den linken Extremisten um Johannes Heer zu einem Anschlag auf die demokratische Gesprächskultur umfunktioniert. Mit Gewalt und psychischem Terror sollten die linken, angeblich reformerischen Ziele verdeutlicht werden, um sie später durchzusetzen⁴⁶.« Die Mehrheit der anwesenden Studierenden verurteilte indes die Exzesse. Dies trug ihr nur Häme und Verachtung seitens des auf Taten statt auf bloße Worte drängenden SDS ein: »Als einige Kommilitonen [...] die Überflüssigkeit der Abgeordneten mit 6 Frisch-Eiern und Tomaten demonstrierten, zeigt sich: die Mehrheit war nicht in der Lage, diesen Schritt vom Verbalismus zur Praxis nachzuvollziehen [...] Seit gestern sind die Fronten unter den Studenten in der Universität Bonn geklärt: Es gibt diejenigen, die von der Notwendigkeit, im rechten Moment Eier zu werfen, überzeugt sind, und solche, die gegen jeden praktischen Widerstand sind [...]. Wir Studenten [...] dürfen nicht nur durch verbale Beschlüsse demonstrieren, sondern [müssen] unsere Praxis dagegen setzen: [...] massenhaften Widerstand auf allen Ebenen. Der Eierwurf bekundet den entschlossenen Willen, dies zu tun⁴⁷.« Dass dies keine Ausreißer war, sondern Methode hatte, belegt die Aussage eines Insiders: »Es gab eine strategische Konzeption im SDS, in der Grenz- und Regelverletzungen eine große Rolle spielten. Man meinte, dass die Konzentration auf die reine Sachauseinandersetzung nur als Alibi benutzt würde, um die schlechten Verhältnisse zu stabilisieren. Eigentlich müsste man doch mit radikalen Methoden Widersprüche zuspitzen, um etwas zu ändern⁴⁸.«

Was die linksradikalen Studenten darunter verstanden, konnte an der Bonner Universität noch Anfang der 70er Jahre beobachtet werden. Es kam wiederholt zu gravierenden Vorlesungsstörungen, zu Sprengungen von Sitzungen des mit der Erarbeitung einer neuen, dem Hochschulgesetz von 1970 angepassten

45 Zum Jahr 1969, das ganz im Zeichen der Auseinandersetzung um das nordrhein-westfälische Hochschulgesetz stand, siehe die zusammenfassende Darstellung bei *P. Dohms/J. Paul*, *Studentenbewegung*, S. 75–78.

46 Zitiert nach ebd., S. 76.

47 Zitiert nach ebd., S. 77.

48 Interview mit dem Zeitzeugen *Christoph Strawe*, in: *H.-P. Bothien*, *Protest*, S. 106, der sich aber rückblickend von Gewaltanwendung, auch »nur« gegen Sachen, eindeutig distanziert.

Hochschulverfassung betrauten Satzungskonvents⁴⁹, sogar zu Tätlichkeiten. Daraufhin wurden Straf- und Ordnungsverfahren eingeleitet, die in zwei Fällen – einer betraf den damaligen AStA-Vorsitzenden – mit einer einsemestrigen bzw. dauerhaften Exmatrikulation nebst Hausverbot endeten. Die Maßnahmen wurden von der Verwaltungsgerichtsbarkeit als rechtmäßig bestätigt.

Erst danach ebte die Welle von Vorlesungsstörungen und gewalttätigen Provokationen in Bonn allmählich ab⁵⁰. Man zog sich angesichts der fehlenden »revolutionären Masse« ins »bürgerliche« Studium zurück.

Einordnung der Bonner »Verhältnisse« in den Gesamtzusammenhang

Die Konzentration der bisherigen Darstellung auf die größeren »Aktionen« der linksradikalen studentischen Szene könnte einen falschen Gesamteindruck vermitteln.

Bonn war sicherlich trotz seiner besonderen politischen Bedeutung als Hauptstadt kein Zentrum der Studentenrevolte in Westdeutschland Ende der sechziger Jahre. Berlin, Hamburg, Frankfurt, Marburg und Heidelberg waren die Hauptschauplätze, an denen die als Studentenunruhen bezeichneten Auseinandersetzungen auch noch ganz andere Dimensionen annahmen. Ein Sponti-

49 Am 6. und 8.11.1971 wurden die 8. und 9. Sitzung des Satzungskonvents gesprengt. Vgl. Sitzungsprotokolle, in: UA Bonn, Senat 16–25. Am 9.2.1972 verkauften im Historischen Seminar der Universität Bonn vormittags Anhänger der Roten Zellen die »Rote Fahne« der KPD im Rahmen einer »Roten Fahne-Werbewoche«. Als der Rektor Prof. Dr. H. H. Schmitt ihnen dafür einen Verweis erteilen wollte, begannen sie, auf ihn einzuprügeln, woraufhin er die Polizei rief. Der Rektor stellte Strafanzeige. Es wurden Ordnungsverfahren gegen vier Studenten, darunter *Hannes Heer*, eingeleitet.

50 Während im Sommersemester 1973 aufgrund von Vorkommnissen eine eintägige Schließung des Hauptgebäudes notwendig wurde und die Polizei einige Male »den ordnungsgemäßen Ablauf sei es von Fakultätssitzungen, sei es des universitären Alltags durchzusetzen« hatte (Bericht des Rektors Prof. Dr. H.-J. Rothert über die akademischen Jahre 1972/73 und 1973/74, in: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Chronik und Berichte über die akademischen Jahre 1972/73 und 1973/74, Jahrgang 88/89 (Neue Folge Jahrgang 77/78), S. 13–18, 17), konnte den Studenten, von vereinzelt Gruppen abgesehen, für das akademische Jahr 1974/75 »ein sehr positiv zu bewertendes Bestreben, von der Konfrontation zur Kooperation zu gelangen«, attestiert werden (Bericht des Rektors Prof. Dr. H. Egli über das akademische Jahre 1974/75, in: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Chronik und Bericht über das akademische Jahre 1974/75, Jahrgang 90 (Neue Folge Jahrgang 79), S. 41–50, 50). Im Sommersemester 1976 kam es noch einmal zu Ausschreitungen in einer Fakultät, die ein Eingreifen der Polizei unumgänglich machte (Bericht des Rektors Prof. Dr. H. Egli über das akademische Jahr 1975/76, in: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Chronik und Bericht über das akademisch Jahr 1975/76, Jahrgang 91 (Neue Folge Jahrgang 80), S. 63–73, 72).

Spruch von 1968 lautete: »Berlin brennt, Köln pennt⁵¹«. Er hätte auch auf Bonn gemünzt sein können. Im Vergleich zu den – im wahrsten Sinne des Wortes – Brennpunkten der Unruhen war Bonn eher unbedeutend. Die zeitgenössische Formulierung unter Hochschullehrern dafür lautete, dass in Bonn ja wohl »alles ruhig« sei⁵². Diese Beschreibung muss nun allerdings auch als schönfärberisch gelten, denn bei den Störungen und Gewaltakten handelte sich es sich nun doch um mehr als »einzelne Ausnahmefälle« und »begrenzte Regelverletzungen⁵³«, eine sprachliche Verharmlosung von erheblichen Rechtsbrüchen, die jetzt in Mode kam.

Relativiert werden muss der Einfluss der linksradikalen Studenten aber auch im Hinblick auf die gesamte Studentenschaft. Rektor *Schneemelcher* hatte schon 1968 zutreffend konstatiert: »Nun, *die* Studenten gibt es nicht, vielmehr ist die Studentenschaft genauso vielfältig und pluralistisch (wie man heute zu sagen pflegt) wie die übrige Gesellschaft⁵⁴.«

Tatsächlich begannen sich alsbald auch die gemäßigten Studenten politisch zu organisieren⁵⁵, wenn auch der Mobilisierungsgrad geringer blieb⁵⁶. Neben dem RCDS sind hier insbesondere die »Aktion 68«, die zum Teil aus Verbindungsstudenten bestand und zeitweise den 1. Studentenparlaments-Sprecher stellte, und der im April 1968 gegründete »Aktionskreis demokratischer Studenten« (ADSt) zu nennen.

Die Abwehr des vom AStA in Anspruch genommenen allgemeinpolitischen Mandats ging von diesen Studenten aus⁵⁷. In den Jahren 1967–1969 gab es denn auch in Bonn eine Mehrheit für die gemäßigten politischen Kräfte im AStA. Das änderte sich aber anschließend; seit dem Beginn der siebziger Jahre dominierte bei einer gemessen an den heutigen Verhältnissen beachtlichen Wahlbeteiligung

51 *P. Dohms*, Studentenbewegung und Überlieferungsvielfalt – das Beispiel Nordrhein-Westfalen, in: *Der Archivar* 52 (1999), S. 225–233, 225.

52 Vgl. Bericht des Rektors Prof. Dr. *Gerald Grünwald*, in: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Chronik und Bericht über das akademische Jahr 1970/71, Jahrgang 86 (Neue Folge Jahrgang 75), S. 7–14, 13, der – mit den Anliegen der revoltierenden Studierenden durchaus sympathisierend – diese Einschätzung kritisierte: »Das ist dann immer positiv gemeint, aber ich muss gestehen, dass ich es nicht gern höre – denn es klingt so, als gebe es bei uns keine Bewegung, keine Auseinandersetzung.«

53 Ebd.

54 Bericht des Rektors Prof. Dr. Dr. h.c. *Wilhelm Schneemelcher*, S. 7–12, 10.

55 Aufschlussreich die Darstellung von *B. von der Dollen*, *Zeitzeuge*.

56 Vgl. ebd., S. 220: »Man verstand sich lediglich als Zuschauer, der sich weniger über die Ereignisse aufregte, als mit akademischer Süffisanz über die Verlautbarungen und Maßnahmen von Rektor und Senat räsionierte.«

57 Siehe dazu ebd., S. 220, 226. Der Bonner Student *Uwe Schramm* klagte erfolgreich gegen den AStA Bonn; vgl. das im vorläufigen Rechtsschutzverfahren ergangene Urteil des VG Köln vom 11.4.1968, 1 L 90/68, DVBl. 1968, S. 710 f.; auszugsweise abgedruckt in: *bonner universitäts-nachrichten* Nr. 10 vom 20.5.1968, S. 1–6.

von immer noch gut 50 % die extreme Linke (Spartakus und SHB)⁵⁸; der orthodoxe Flügel des 1970 aufgelösten SDS fand sich vor allem im 1969 gegründeten Marxistischen Studentenbund Spartakus wieder, dessen Bundesvorsitzender in den Jahren 1971–1973 das frühere Bonner SDS-Mitglied *Christoph Strawe* war. Angesichts der auch in der Szene verbreiteten Einschätzung, dass »die Zeit der meist abstrakten Mobilisierung gegen Hochschulgesetze und ähnliches vorbei ist«, konzentrierte sie sich auf »konkrete Kleinarbeit in den einzelnen Instituten und Seminaren« sowie in einzelnen Lehrveranstaltungen, um dort, wie es im marxistischen Jargon hieß, durch inhaltliche und methodenkritische Auseinandersetzungen »Formierungstendenzen Widerstand entgegenzusetzen⁵⁹«. Es muss daher doch festgehalten werden, dass die linksradikale Szene, deren Mitgliederzahl sehr klein war⁶⁰, einen zahlenmäßig beachtlichen Unterstützer- und Sympathisantenkreis besaß⁶¹. Die politische Strategie, die linksradikalen Aktivisten von der studentischen Mehrheit zu isolieren, verfiel nicht wie gewünscht⁶². Dies mag damit zusammenhängen, dass die Forderung nach grundlegenden gesellschaftlichen und universitären Reformen weithin *communis opinio* unter den Studierenden war⁶³ und die Frage, welche Mittel zur Durchsetzung dieser Forderung eingesetzt werden sollten und durften, ausschließlich gewaltlose oder auch gewaltsame, nur von wenigen als demokratische Schlüsselfrage erkannt⁶⁴, von vielen aber als bloße Stilfrage be-

58 Das deckt sich mit den Zahlenverhältnissen an den anderen deutschen Universitäten; vgl. G. Aly, Kampf, S. 82 m. Fn. 114: »Anfang 1972 stellten die unterschiedlichen linksradikalen Gruppierungen rund 60 Prozent der Mandatsträger in den deutschen Studentenparlamenten, der Ring Christlich-Demokratischer Studenten nur noch 9,6 Prozent. Der Rest der Mandate verteilte sich auf »sonstige«, teils ebenfalls linke Gruppierungen.«

59 Die Studentenschaft, in: Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Chronik und Bericht über das akademische Jahr 1969/70, Jahrgang 85 (Neue Folge Jahrgang 74), S. 58–61, 60.

60 Der SDS verfügte selbst in seiner Hochzeit 1968 bundesweit nicht über mehr als 2.500 Mitglieder (vgl. G. Aly, Kampf, S. 80), im Frühjahr 1967 in Nordrhein-Westfalen über nicht mehr als 100 Mitglieder, im März 1969, als der Zenit bereits überschritten war, über rund 200 bis 220 Mitglieder, davon 50 in Bonn, siehe P. Dohms/J. Paul, Studentenbewegung, S. 32, S. 34 f.

61 Ob diese wirklich »nur aus Neugierde und Freude am Krawall dabei« waren (P. Dohms/J. Paul, Studentenbewegung, S. 35 m. Fn. 111), ob sie von der Persönlichkeit einzelner Extremisten fasziniert waren – dem Bonner Hauptmatador *Hannes Heer* wird verbreitet eine solche persönliche Anziehungskraft attestiert (vgl. B. v. Wiese, Ich erzähle mein Leben, Frankfurt a.M. 1982, S. 357) – oder ob nicht eben doch eine beträchtliche Anzahl von Studenten linksextremistische Ansichten teilte, ist fraglich.

62 Siehe dazu G. Aly, Kampf, S. 80.

63 Vgl. Interview mit dem Zeitzeugen *Jürgen Rosorius*, seinerzeit RCDS und AStA-Vorsitzender 1969/70, in: H.-P. Bothien, Protest, S. 126: »Ich habe die ganze Ordinariuniversität für völlig überholt gehalten. Das ganze System. [...] Wir waren uns ja in der Analyse ja weitgehend einig [...].«

64 Beispielhaft dafür *Peter Gutjahr-Löser*, Interview, in: ebd. S. 100: »Der Versuch, Gerechtigkeit auf dem direkten Weg herzustellen. Das war im Grunde der Kern meiner Auseinan-

trachtet worden ist, in der man unterschiedlicher Auffassung sein könne. *Wolfgang Breyer*, Mitglied im RCDS und AStA-Vorsitzender 1968/69 dürfte für viele sprechen, wenn er rückblickend feststellt: »Da war ein emanzipatorischer Trend drin, über den es keinen Dissens gab. Mit den gemäßigten Linken hatten wir ja große Übereinstimmungen, aber mit dem SDS konnte man keine Übereinstimmungen haben, er wollte ja nicht reformieren [...]»⁶⁵.« Der Germanist *Benno v. Wiese* hält in seinen Erinnerungen fest: »Aber ›linke‹ Studenten waren fast alle; zu den konservativen Positionen der Adenauer-Zeit hatten sie kein Verhältnis mehr»⁶⁶.«

So wenig die Studenten gleichwohl eine einheitliche Formation bildeten, so wenig taten es auch die Professoren. Für die Bonner Universität gilt wie für alle anderen deutschen Universitäten, dass die Reaktionen auf die studentischen Unruhen innerhalb der Hochschullehrerschaft höchst unterschiedlich ausfielen. Sie reichten von strikter Ablehnung über eine (anfängliche) Gesprächsbereitschaft bis hin zu offener Sympathie. »Im Großen und Ganzen lassen sich im Binnengefüge der Gruppe der Hochschullehrer drei idealtypische Reaktionen identifizieren; die Grenzen sind jedoch fließend. Ein Kreis, meist älterer, dezidiert konservativer Ordinarien stand den Aktionen der radikalen Studenten offen ablehnend gegenüber. Ihre Reaktionen geben ein beredtes Zeugnis sowohl der Hilflosigkeit als auch von einer erstaunlichen Unflexibilität im Umgang mit der jüngeren Generation. In den sich wandelnden Umgangsformen, insbesondere in dem neuen, ›unhöflichen‹ Auftreten der jungen Menschen in den Lehrveranstaltungen, sahen diese Professoren oftmals eine unangemessene Respektlosigkeit und nicht selten sogar eine persönliche Beleidigung. [...] Eine zweite Gruppe liberal-konservativer Hochschullehrer hatte anfänglich durchaus Sympathien für das Aufbegehren der Studenten. Die Vertreter dieser Gruppe können zumindest teilweise der Generation »45er«, wie die zwischen 1920 und 1930 Geborenen in der Forschung seit Neuestem genannt werden, zugeordnet werden. Die schnelle Radikalisierung der Studenten führte aber dazu, dass sie sich bald ebenso vehement gegen die Aktionen der linken Aktivisten wandten wie die Gruppe der konservativen Ordinarien. [...] Es waren nicht zuletzt eben jene harschen Reaktionen eines großen Teils der Hochschullehrerschaft, die innerhalb einer dritten Gruppe zu einer Solidarisierung linksliberaler Lehrender mit den Studenten führten»⁶⁷.«

dersetzung mit den linken Studenten. Es ging immer um diese Frage: Wie hat die politische Auseinandersetzung stattzufinden.«

65 Interview mit dem Zeitzeugen *Wolfgang Breyer*, in: ebd., S. 103.

66 *B. v. Wiese*, *Leben*, S. 356.

67 *A. Rohstock*, *Von der »Ordinarienuniversität« zur »Revolutionszentrale«? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957 – 1976*, München 2010, S. 199 – 207.

Dies führte in Bonn etwa 1968 zur Gründung des Gesprächs- und Diskussionskreises »Kritisches Forum für Hochschulpolitik«, in dem sich eine kleine Gruppe von sympathisierenden Professoren mit links orientierten Assistenten und Studenten austauschte⁶⁸.

Angesichts der Binnenpluralität in der Gruppe der Hochschullehrer und eines bloß einjährigen Rektorats kann es nicht überraschen, dass die Universität nicht zu einer einheitlichen Linie in der Reaktion auf die Störungen und Provokationen der linksradikalen Studenten fand. Sie schwankte zwischen Nachsichtigkeit und Härte und wechselte ihren Kurs mit jedem neuen akademischen Jahr. Immerhin verdeutlicht die rasche Änderung der Universitätsverfassung mit einer Stärkung der Mitspracherechte von wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden, dass eine deutliche Mehrheit unter den Professoren zu einer grundlegenden Reform der Universitätsstrukturen durchaus bereit war. Die vom SDS betriebene polemische, binäre Entgegensetzung der angeblich von ihr repräsentierten »Kräfte des Fortschritts« mit den »reaktionären« Ordinarien, deren Macht es zu brechen galt, hatte mit der Wirklichkeit jedenfalls wenig zu tun.

Gründe für die Revolte

Warum die Studenten Ende der sechziger Jahre in so großer Zahl zu rebellieren begannen, ist nicht leicht zu erklären. Der vielbeschworene Reformstau existierte jedenfalls objektiv nicht (mehr), sondern begann spätestens mit Amtsantritt der Großen Koalition langsam aber sicher abgebaut zu werden: »Unter der Regierung Kiesinger/Brandt wurde das Wahlalter von 21 auf 18 gesenkt, und, im Hinblick auf die NS-Verbrechen, die Verjährungsfrist für Morddelikte um zehn Jahre verlängert. Reformuniversitäten wie Konstanz, Bielefeld und Bochum waren schon vor der Studentenrevolte geplant und gebaut, das wissenschaftliche Personal an den westdeutschen Hochschulen war zwischen 1960 und 1965 verdoppelt worden; die Ausgaben der Bundesländer für Hochschulen zwischen 1957 und 1967 um 300 Prozent gestiegen, ebenso die Ausgaben für die Schulen. Der Bund hatte seine Aufwendungen für Stipendien während dieser Zeit verachtacht. Bis 1974 sollte der Bundeshaushalt um jährlich sechs Prozent steigen, der Wissenschaftsetat um exorbitante 16 Prozent. Jedenfalls entstanden die Spannungen an den Universitäten nicht, weil Reformen ausgeblieben oder aktiv blockiert worden wären⁶⁹.« Das schließt natürlich nicht aus, dass die Studenten gleichwohl ihre Lage subjektiv als unbefriedigend empfanden und die auf allen

68 Grundsatzzerklärung der Gründungsversammlung, abgedruckt in: bonner universitätsnachrichten Nr. 13 vom 21. 6. 1968.

69 G. Aly, Kampf, S. 77 f.

Feldern eingeleiteten Reformen ihnen nicht schnell genug gingen. Aber das eruptive Ausbrechen der Studentenunruhen vermag dies allein nicht (hinreichend) zu begründen.

Die Studentenunruhen dürften in ihrer spezifisch deutschen Ausprägung⁷⁰ vielmehr Ausdruck eines unbewältigten Generationenkonflikts gewesen sein⁷¹. Die damals 20 bis 25-jährigen Bürgersöhne- und -töchter – Arbeiterkinder fanden sich damals noch kaum unter den Studierenden und noch weniger unter den Revoltierenden – waren nicht selten in Elternhäusern groß geworden, in denen ein autoritärer Erziehungsstil gepflegt wurde, kaum emotionale Nähe stattfand, kein Gefühl von Liebe und Geborgenheit aufkam. Grund dafür könnte die eigene Orientierungslosigkeit dieser Eltern gewesen sein, die nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes, in dem sie selbst groß geworden waren und das sie geprägt hatte, ihren Halt und ihr Wertesystem verloren hatten. Auch die Biographien einiger Bonner Studenten, die in der 68er-Bewegung aktiv waren, belegen, dass die NS-Vergangenheit des Vaters zu Auseinandersetzungen im Elternhaus führten⁷², aus dessen Strenge und Enge man ausbrechen wollte.

Ob aus Scham oder aus Gründen des Selbstschutzes, die Elterngeneration der 68er beschwieg ihre NS-Vergangenheit geflissentlich. Sie büßte dadurch in den Augen ihrer Kinder jede Glaubwürdigkeit und ihren Vorbildcharakter ein. Das Anders-Sein- und Anders-Leben-Wollen wurde zum beherrschenden Gefühl; dafür musste das Bestehende beseitigt werden. In einer die Bundesregierung beratenden Kommission fasste *Max Horkheimer* seine Einschätzung wie folgt zusammen: »Allen, die da aufstünden, sei offenkundig eines gemeinsam: der Umstand, dass keine sie beglückenden Ziele vorhanden seien, dass es sie nicht locke, in die Fußstapfen des Vaters zu treten. [...] Die Jugend sei infolgedessen mit Recht todunglücklich und setzte sich in ihrer Verzweiflung selbst ihre Ziele⁷³.« Die anschwellende Protestbewegung bildete für sie »die Chance, das individuelle, das familiäre Drama in einer allgemeineren Atmosphäre der Abrechnung aufzuheben⁷⁴.« Ein Protagonist der Bonner Studentenszene betont im Rückblick besonders »dieses antiautoritäre Element. Dies haben sicherlich viele Menschen so erlebt wie ich: Sich auseinander zu setzen mit einer autoritären Elterngeneration⁷⁵.«

70 Die Studentenunruhen waren an sich ein internationales Phänomen; doch sie wiesen in den USA und Frankreich ein teilweise anderes Erscheinungsbild auf als in Westdeutschland.

71 Zu dieser Deutung siehe m.w.N. *G. Aly*, *Kampf*, S. 85 ff. u. S. 195.

72 Vgl. die Kurzbiographien von *Dieter Gutschick* und *Heidrun Lotz*, in: *H.-P. Bothien*, *Protest*, S. 98 u. S. 121.

73 Zitiert nach *G. Aly*, *Kampf*, S. 197 m. Fn. 335.

74 *I. Hannover/C. Schnibben*, *I can't get no*. Ein paar 68er treffen sich wieder und rechnen ab, Köln 2007, S. 58 – 63.

75 Interview mit dem Zeitzeugen *Hans Günter Jürgensmeier*, in: *H.-P. Bothien*, *Protest*, S. 109.

An den Universitäten begegnete den 68ern in Gestalt vieler Ordinarien der Typus ihrer Väter erneut: Autoritäres Gehabe und wenig Gesprächsbereitschaft, von menschlicher Zuwendung ganz zu schweigen⁷⁶. Nicht wenige Professoren hatten eine berufliche NS-Vergangenheit, die verschwiegen wurde. Ein Bonner Fall sorgte bundesweit für Aufsehen⁷⁷. Im Dezember 1965 berichtete »akut«, das Nachrichtenmagazin der Bonner Studentenschaft, über »Unterdruckexperimente in Dachau. Zu den Angriffen gegen Professor Ruff«. *Ruff* war Direktor des Instituts für Flugmedizin; er hatte einige seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse durch von ihm ausgewertete, vermutlich auch angeregte Menschenexperimente im KZ Dachau erlangt. Im Nürnberger Ärzteprozess 1947 frei gesprochen, hielt sich *Ruff* auch moralisch für unschuldig und zeigte sich ohne Reue. Noch bevor eine auf Druck von Hochschulgruppen eingesetzte Senatskommission zum Fall Stellung nehmen konnte, stellte *Ruff* im Mai 1965 »im Interesse der Universität« seine Lehrtätigkeit ein.

Der Fall des Strafrechtlers *Hellmuth von Weber*⁷⁸, der nach seiner Emeritierung 1961 weiter als Universitätsrichter amtierte, lag weit weniger eindeutig. *Von Weber* hatte 1933 im Reichstagsbrandprozess gegutachtet⁷⁹ und sich dabei für eine – strafprozeßrechtskonforme – Abkürzung des Verfahrens ausgesprochen sowie die Auffassung vertreten, dass eine rückwirkende Erhöhung des Strafrahmens für Brandstiftung nach § 5 der Reichstagsbrandverordnung nicht gegen den Grundsatz *nulla poena sine lege* verstoße, wie ihn Art. 116 WRV statuierte. Darüber konnte man damals wissenschaftlich streiten; die Qualität des kurz gehaltenen Gutachtens wird unterschiedlich bewertet⁸⁰. *Von Weber* hatte immerhin die Einsetzung eines von den Nationalsozialisten gewünschten Ausnahmegerichts, das an die Stelle des zuständigen, noch rechtsstaatlich gesonnenen Reichsgerichts treten sollte, als verfassungswidrig (Art. 105 WRV) abgelehnt. Eine vom Senat der Universität eingesetzte Kommission gelangte zu der Feststellung, dass aufgrund des Gutachtens und anderer vorliegender Schriftstücke kein Vorwurf nationalsozialistischer Betätigung und Gesinnung

76 Interview mit der Zeitzeugin *Maria Zabel*, seinerzeit RCDS-Mitglied, in: ebd., S. 123: »Bei der Linken störte mich deren Stil, bei den Professoren deren Autorität. Wir hatten ja nichts zu sagen.«

77 Zum Fall *Ruff* siehe ebd., S. 18–20; *G. Aly*, Kampf, S. 156 f.

78 Zu Person, wissenschaftlichem Werk und politischer Einstellung siehe *L. Winter/S. Stolte*, *Hellmuth von Weber*, in: *M. Schmoeckel* (Hrsg.), *Bonner Juristen im Nationalsozialismus*, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 582–601.

79 Bundesarchiv Koblenz R 43 II/1514, abgedruckt in: *M. Seebode*, Zur Rückwirkung von Strafgesetzen. Das Rechtsgutachten für den Reichstagsbrandprozeß, in: *N. Brieskorn* (Hrsg.), Vom mittelalterlichen Recht zur neuzeitlichen Rechtswissenschaft. Bedingungen, Wege und Probleme der europäischen Rechtsgeschichte, Festschrift für Wilfried Trusen, Paderborn u. a. 1994, S. 425, 448–452.

80 Eingehende und abgewogene juristische Würdigung des Gutachtens anhand des zeitgenössischen Rechtsmaßstabs ebd., S. 435–440.

gegen von Weber erhoben werden könne⁸¹«. Aber natürlich hatte *v. Weber* damit objektiv betrachtet – das ist nicht zu leugnen – einen Beitrag zur Rechtfertigung der Verhängung der Todesstrafe gegen *van der Lubbe* geleistet⁸², und genau dies machten ihm nicht nur linksradikale Studenten, sondern auch linksliberale Professoren und Assistenten zum Vorwurf: »Dass man sowohl von seiten Herrn *v. Webers* wie seitens der Kommission diese faktische Beihilfe zur Durchsetzung nationalsozialistischer Tyrannei nicht als solche zu erkennen vermag und diesen Vorgang konstatieren kann, ohne sich jedenfalls heute davon zu distanzieren, erfüllt uns mit tiefer Besorgnis⁸³.«

Wie diese Vorgänge von der studentischen Seite wahrgenommen wurden, verdeutlicht die folgende Stellungnahme, die eine verbreitete Einschätzung wiedergibt: »Es gab eben bestimmte Dinge, über die man sich einig war: Ob das der Vietnamkrieg war, die unsäglichen Reaktionen der Bonner Universitätsverwaltung und -oberen auf bestimmte Dinge, die einfach anstanden: Diskussionen über NS-Vergangenheit, studentisches Disziplinarrecht, kurz: Fragen von Ehrlichkeit und Gerechtigkeit. Das politisierte mich und eine ganze Menge anderer Leute, mit denen ich zusammen war. Es war das Kopfschütteln über die Art und Weise, wie auf diese Dinge reagiert wurde. [...] Die Professoren hatten zum Teil ihre Karriere im ›Dritten Reich‹ begonnen. Viele verhielten sich abwehrend auf ganz simple Fragen, die gestellt wurden. Sie vertuschten. Und das alles war verbunden mit der Frage nach dem überholten studentischen Disziplinarrecht. Und das wurde dann noch ausgeübt von Repräsentanten wie dem Universitätsrichter Prof. *v. Weber*, der zum Reichstagsbrand Gutachten geschrieben hatte. Dann wurden diese Leute noch verteidigt und hoch gehalten. Damit machte man sich unglaublich. Es wurde eine Amtsautorität vorgespielt, die im Grunde gar nicht mehr vorhanden war [...]«⁸⁴.

Den linksradikalen Studenten, die belastendes Material gegen *v. Weber* zusammentrugen – sie hatten es in Jena innerhalb einer Woche erhalten, untrügliches Indiz für eine ausgeprägte Nähe des Bonner SDS zum politischen System

81 Vgl. die Stellungnahme der Senatskommission zu den Vorwürfen gegen Prof. von Weber, abgedruckt in: bonner universitäts-nachrichten Nr. 6 v. 1. 4. 1968.

82 Allerdings ist dieser letztlich nicht kausal geworden: Bei der Beratung im Reichskabinett wurde das Gutachten durch die gegenteilige Stellungnahme des Staatssekretär im Reichsjustizministerium *Schlegelberger* »neutralisiert«, und tatsächlich führte das Gutachten nicht zu der geplanten Notverordnung; vielmehr musste wegen »unüberwindlicher Bedenken« des Reichspräsidenten die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes abgewartet werden (vgl. *M. Seebode*, Rückwirkung, S. 440), das der Reichsregierung die Kompetenz auch zum Erlass verfassungsändernder Reichsgesetze einräumte (§ 2). Im Ergebnis ebenso – *v. Weber* entlastend – *L. Winter/S. Stolte*, *Weber*, S. 588.

83 Zitiert nach *H.-P. Bothien*, *Protest*, S. 28 m. Fn. 44.

84 Interview mit dem Zeitzeugen *Hartwig Suhrbier*, in: ebd., S. 93 f.

der DDR⁸⁵ – ging es allerdings weniger um Aufklärung als vielmehr darum, *v. Weber* persönlich als nazistisch zu diskreditieren und ihren Kampf gegen das universitäre Disziplinarrecht – es waren gerade zwei Relegationsverfahren gegen SDSler anhängig – zugleich als Kampf gegen die braune Vergangenheit zu erklären. Tatsächlich gab *von Weber* auf und bat um eine vorzeitige Entbindung von seinen Amtspflichten als Universitätsrat⁸⁶. Dass in seiner langen Amtszeit außerordentlich wenige Disziplinarverfahren gegen Studenten durchgeführt worden waren und ihm gemeinhin große Fairness attestiert worden war⁸⁷, spielte keine Rolle mehr.

Zur unbewältigten NS-Vergangenheit hinzu kamen negative Erfahrungen aus der Begegnung mit der Staatsmacht. Mancher Polizeieinsatz der damaligen Zeit dürfte unverhältnismäßig gewesen oder jedenfalls so empfunden worden sein – so protestierte selbst die Universitätsleitung gegen einen als Übermaß kritisierten Polizeieinsatz bei den Anti-Schah-Protesten am 29. Mai 1967⁸⁸. Die Polizei war mit dem für sie neuen Phänomen größerer Demonstrationen jedenfalls anfänglich offensichtlich überfordert, Deeskalationsstrategien waren noch nicht entwickelt. Auch der erste Polizeieinsatz in der Universität im Februar 1968 stieß, ungeachtet des ihn auslösenden rechtswidrigen Verhaltens von linksradikalen Studenten, auch bei anfangs gemäßigeren Studenten auf Ablehnung: »Dieser Polizeieinsatz, den fand ich unmöglich, unnötig und unklug. Die Sache eskalierte und gab Leuten, die wir nicht so gerne mochten, Auftrieb. Der Polizeieinsatz spielte bei mir eine wichtige Rolle, mich weiter nach links zu bewegen⁸⁹.«

Schließlich, auch dieser Aspekt darf nicht unerwähnt bleiben, machte die Revolte, neben allen aufklärerischen Ansprüchen, die damit verbunden gewesen mögen, auch vielen einfach Spaß. Es gab eine verbreitete Lust auf und an der Provokation. So manche politische Demonstration nahm den Charakter eines Happenings an. So wurde sie zum Ausdruck eines neuen Lebensgefühls dieser Studentengeneration⁹⁰, die die Gesellschaft, in die sie hineingeboren worden

85 Das räumt auch *H.-P. Bothien* ein, vgl. ebd. S. 29.

86 Vgl. Beilage zur Nr. 9/68 der bonner universitäts-nachrichten vom 30. 4. 1968.

87 Vgl. *L. Winter/S. Stolte*, *Weber*, S. 601.

88 Brief des Rektors an den Innenminister vom 9. 6. 1967 wegen »Maßnahmen des Polizeipräsidenten gegen 61 Studierende der Universität am 29. 5. 1967«, in: UA Bonn, Senat 143 – 1. Vgl. dazu *H.-P. Bothien*, *Protest*, S. 39 m. Fn. 82.

89 Interview mit dem Zeitzeugen *Eckehart Ehrenberg*, in: ebd., S. 97.

90 Vgl. Interview mit dem Zeitzeugen *Hans Günter Jürgensmeier*, in: ebd., S. 109: »Man konnte so einen neuen Lebensstil, eine neue jugendkulturelle Ästhetik entwickeln und dies verbinden mit diesem politischen Gewissen, das man hatte oder zu haben glaubte. Dieses zog uns an. Eine Demo war immer nicht nur eine politische Äußerung, sondern auch ein Happening. In dem Moment, wo man das machte, hatte man auch damit eine neue emotionale Lage für sich geschaffen, die sich unterschied von der, die man vom Elternhaus mitbekommen hatte [...]«.«

war, als erstarrt empfand und die diese Erstarrung auflösen, ja aufbrechen wollte. Dieser Anspruch kam auch in zahlreichen, ambitionierten kulturellen Veranstaltungen zum Ausdruck, die einen provokativen Gegenentwurf zum vorherrschenden ästhetischen Geschmack inszenierten.

Ursachen für die geringere Intensität der Studentenunruhen in Bonn

In Bonn erreichten die Studentenunruhen nicht ein Ausmaß wie in anderen Universitätsstädten. Die Gründe dafür dürften vielfältig sein. Wenn auch eine beträchtliche Anzahl von Studierenden aus anderen deutschen Landen nach Bonn zum Studieren kam, so waren die Rheinländer doch in der Mehrzahl, und der Rheinländer ist von seinem Naturell bekanntlich nicht sonderlich revolutionsgeneigt; er nimmt alles nicht so ernst, nicht einmal den Kampf gegen die »reaktionäre Klassenuniversität«. Damit zusammen hängt das damals noch weitgehend intakte katholische soziale Milieu Bonns. Soziologische Untersuchungen haben ergeben, dass die protestierenden Studenten überwiegend aus protestantischen, konservativen, bürgerlichen Elternhäusern stammten und kein festgefügt, religiös geprägtes Wertesystem mehr besaßen⁹¹. Die konfessionelle Zusammensetzung der Studentenschaft war daher in Bonn dem politischen Radikalismus nicht förderlich. Das schließt selbstverständlich im Einzelfall nicht aus, dass auch Katholiken führende Rollen in der Studentenbewegung erringen konnten, wie dies gerade in Bonn der Fall war. *Hannes Heer* etwa stammte aus einer katholischen Bauern- und Försterfamilie und wurde, als er als Student nach Bonn wechselte, zunächst Mitglied der katholischen Studentenverbindung *Tusconia-Königsberg*, ehe er *der* Kopf des Bonner SDS und später Mitglied von maoistischen K-Gruppen werden sollte. *Peter Schon*, einige Monate des Jahres 1968 AStA-Vorsitzender und Chefredakteur des »*akut*«, bezeichnete sich selbst damals als »Linkskatholik militanter Prägung, solidarisch mit Ho-Chi-Minh⁹²«.

Ein dritter Grund für die geringere Resonanz, die der SDS in Bonn im Vergleich etwa zu Berlin und Frankfurt erzielte, dürfte seine hiesige orthodox-kommunistische Ausrichtung gewesen sein. Während der dominante, von *Rudi Dutschke* als Chefideologe des SDS angeführte Flügel für eine antiautoritäre, anarcho-kommunistische, rätedemokratische Richtung stand, vertrat der SDS in Köln und Bonn traditionalistisch einen orthodoxen Marxismus-Leninismus und galt deshalb selbst den Anhängern *Dutschkes*, der das DDR-System strikt

91 Vgl. *P. Dohms/J. Paul*, Studentenbewegung, S. 64 f.

92 Wahlzeitung 1968, zitiert nach *H.-P. Bothien*, Protest, S. 104.

ablehnte, als stalinistisch⁹³; *Hannes Heer*, von *Benno v. Wiese*, dessen germanistisches Oberseminar er besuchte, als »ein fanatischer und intoleranter, trotzdem durchaus intelligenter Ideologe⁹⁴« charakterisiert, war im SDS auch auf der Bundesebene der Exponent dieses orthodoxen Flügels. Der SDS in Köln und Bonn unterhielt enge Beziehungen zur politischen Führung der DDR, einschließlich der Staatssicherheit, von der man belastendes NS-Material zugespielt bekam. Wie eng diese Beziehungen einschließlich finanzieller Unterstützung genau waren, bedarf noch historischer Aufarbeitung und Aufklärung. So kritisch indes viele Studenten gegenüber dem strikt antikommunistischen »freien Westen« im Allgemeinen und dem parlamentarischen politischen System der Bundesrepublik Deutschland im Besonderen eingestellt sein mochten, das System der DDR wollte dafür kaum jemand eintauschen. Die Alternative, die der SDS in Bonn anbot, war daher letztlich für die ganz große Mehrheit der Studenten wenig attraktiv.

Folgewirkungen und Folgeerscheinungen

»Die Studentenrevolte der sechziger Jahre«, so die Einschätzung *Benno von Wieses*, »ist kein Naturereignis gewesen, auch kein bloßer Spuk, der unerwartet begann und unerwartet aufhörte. Sie hat ihre geschichtlichen Voraussetzungen gehabt, vor allem in dem Monstrum der Massenuniversität, und sie hat manches hinweggefegt, was erstarrt oder brüchig war. Es liegt mir fern, diesen geschichtlichen Zusammenhang zu verkennen⁹⁵.«

Auch wenn die Revolte insofern letztlich glücklicherweise scheiterte, als weder die bürgerliche Gesellschaft zerstört noch die parlamentarische Demokratie und der Verfassungsstaat durch ein Rätssystem oder den Parteikommunismus sowjetischer Prägung abgelöst worden sind, so hat 1968 doch tiefe Spuren in Universität und Gesellschaft hinterlassen. Nicht wenige sprechen von einer »Kulturrevolution⁹⁶«, nicht zuletzt mit Blick auf die sich vollziehende »sexuelle Revolution«, die in der gesellschaftlichen Akzeptanz von Sexualität außerhalb der Ehe liegt. So beschloss das Bonner Studentenparlament im Juni 1967, Adressen von Ärzten zu vermitteln, die auch unverheirateten Studentinnen die Anti-Baby-Pille verschrieben, ein Beschluss, der damals als Skandalon bundesweit für Aufsehen sorgte⁹⁷.

93 Vgl. *P. Dohms/J. Paul*, *Studentenbewegung*, S. 32–35.

94 *B. v. Wiese*, *Leben*, S. 357.

95 Ebd., S. 356.

96 Vgl. *D. Siegfried*, »1968« – eine Kulturrevolution?, in: *Sozial.Geschichte Online 2* (2010), S. 12–36.

97 Vgl. Bericht des AStA-Vorsitzenden *Rudolf Pörtner*, in: *Rheinische Friedrich-Wilhelms-*

Die Universitäten, auch die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, erlebten in kurzer Zeit eine grundstürzende Veränderung ihrer Organisationsstruktur. Rektor *Partsch* konstatierte schon 1969: »Das Hinzutreten von Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten in die akademischen Organe mit Stimmrecht brachte einen fühlbaren Stilwandel. Es wurde häufig sehr viel eingehender diskutiert als dies früher der Fall war. Argumente und Gegenargumente wurden stärker und offener ausgebreitet, was manchmal zeitraubend, aber von der Sache her doch sehr förderlich war⁹⁸.« Wurden anfänglich Gremiensitzungen von studentischen Vertretern bisweilen noch gestört oder gar von ihren Gesinnungsgenossen gesprengt, so spielte sich die Zusammenarbeit in zivilisierter Form doch allmählich ein: »[...] die Gegensätze der Auffassungen sind im Allgemeinen auf der Ebene rationaler Auseinandersetzung ausgetragen worden⁹⁹.« »Die Zeiten des Respekts und der Verehrung waren vorüber. Manches wurde dadurch ehrlicher und freier¹⁰⁰.« An die Stelle zuvor nicht seltener studentischer Unterwürfigkeit gegenüber den Professoren trat das offene Gespräch auf Augenhöhe ungeachtet des Erkenntnisvorsprungs der Lehrenden gegenüber den Lernenden.

Die Universität lernte unter einer neuen Verfassung ihren Auftrag in Forschung und Lehre weiter wahrzunehmen. Mit der Wissenschaftsfreiheit unvereinbare Formen überdehnter studentischer Mitbestimmung wurden mithilfe der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf ein vertretbares Maß zurückgeführt¹⁰¹. Die Universität erwies sich entgegen den Behauptungen ihrer linksradikalen Studenten als reform- und damit lernfähig.

Universität Bonn, Chronik und Bericht über das akademische Jahr 1966/67, Jahrgang 82 (Neuer Jahrgang 71), S. 59 – 64, 63.

98 Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Chronik und Bericht über das akademische Jahr 1968/69, Jahrgang 84 (Neue Folge Jahrgang 73), Bericht des Rektors Prof. Dr. *Karl Josef Partsch*, S. 7 – 13, 10.

99 Vgl. Bericht des Rektors Prof. Dr. *Gerald Grünwald*, S. 7 – 14, 13.

100 *B. v. Wiese*, *Leben*, S. 357.

101 Grundlegend BVerfGE 35, 79 – Niedersächsisches Vorschaltgesetz. Mit Recht kritisch zur Forderung nach sog. Drittelparität zeitgenössisch der damalige Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der Frankfurter Rektor *W. Rüegg*, in einer Presseerklärung vom 7. 1. 1968, S. 2 f., in: UA Bonn, Senat 143 – 9: »Der Versuch, in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts sich die Reform der Universitäten von der Einführung einer Klassenrepräsentation zu versprechen, ist anachronistisch. Personengruppen in der Körperschaft werden in völliger Verkennung des Universitätszwecks und des daraus folgenden Verhältnisses von Qualifikation und Verantwortung als ›Klassen‹ bezeichnet, deren ›Interessen‹ durch ›Schachtelparität‹ gegeneinander auszugleichen wären.« Im historischen Rückblick auch *G. Aly*, *Kampf*, S. 46 f.: »Die 1967/68 permanent vorgetragene Forderung nach Drittelparität in den universitären Gremien entstammt demselben rückwärtsgewandten ständischen Ordnungsprinzip. Demokratie an der Hochschule ist etwas anderes als korporatistische ›Gerechtigkeit‹ zwischen studentenschaftlichem Unterbau, dem Mittelbau der Assistenten und dem professoralen Oberbau [...]«.

Von den linksradikalen Studenten kann man dies nicht ohne weiteres behaupten, und von daher bedarf auch der »Mythos der kritischen Jugend« einer kritischen Neubewertung¹⁰². So kritisch die 68er gegenüber den überkommenen Institutionen, dem westdeutschen Staat und seinem in den Vietnamkrieg verwickelten großen Verbündeten USA eingestellt waren, so unkritisch und blind folgten sie allzu lange kruden sozialistischen Gesellschaftstheorien und zeigten keine Einsicht in die Rationalität der parlamentarischen Demokratie und des freiheitlichen Verfassungsstaates. Daran fehlt es mitunter bis heute. *Hannes Heer* etwa stilisiert sich jetzt, im Rückblick auf 1968, als »radikaler Demokrat«. Der Faschismus, so erklärte er in einem 2006 geführten Interview, habe »in der Bundesrepublik nicht gesiegt, wie wir das damals befürchtet haben. Wir leben mittlerweile in einer Demokratie [...] Wir haben damals die Bresche geschlagen und hatten richtig Glück, dass wir ohne hohen Blutzoll da raus gekommen sind. Seit dieser Erfahrung bin ich dankbar, in diesem Land zu leben. [...] Aber zum Demokraten gemacht haben mich andere: Karl Marx und Herbert Marcuse, Wolfgang Abendroth und Peter Brückner, Peter Weiss und Heinrich Böll¹⁰³.« Die Genannten stehen, welche Verdienste sie auch immer haben mögen, nun wirklich nicht für die theoretische Durchdringung jenes westlichen Typs des demokratischen Verfassungsstaates, der in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht ist.

Es ist vielmehr nach wie vor ein sehr eigenwilliges Verständnis von Demokratie, das bei nicht wenigen 68er-Matadoren vorherrscht, bei dem die Demokratie mit der Durchsetzung der eigenen, absolut gesetzten und für wahr gehaltenen politischen Überzeugungen gleichgesetzt wird, und die das demokratische Entscheidungsverfahren und die notwendige Kompromissssuche gering schätzt oder gar verachtet und stets bereit ist, die vermeintlich höhere Legitimität des eigenen Standpunkts gegen die Legalität auszuspielen.

Man glaubte damals, 1968, politisch im Recht zu sein, einen Anspruch auf die begehrten Reformen zu haben, und wenn dieser Anspruch nicht sofort und vollständig, ohne irgendwelche Abstriche, erfüllt wurde, wenn sich andere der einzig richtigen Auffassung nicht beugen wollten, so musste man eben den willensbeugenden Druck auf sie erhöhen¹⁰⁴, oder, wie es damals hieß: den Ver-

102 Auch *B. von Wiese*, *Leben*, S. 362 f., den aufbegehrenden Studenten an sich durchaus gewogen, räumt ein: »[...] es gab dabei nicht nur kritisches Bewusstsein, sondern auch kritiklose Selbstüberheblichkeit«.

103 Interview, in: *H.-P. Bothien*, *Protest*, S. 112.

104 So meinte der AStA-Vorsitzende *Schon* in seiner Rede anlässlich der 150 Jahrfeier, gehalten auf dem Festakt in der Beethovenhalle am 11.7.1968, abgedruckt in: ASTA-INFO, Sondernummer vom 16.7.1968, »daß die Studenten das Vertrauen auf Reformen verloren haben, daß sie zu verschärften Methoden gegriffen haben und greifen werden, um ihre Universität neu zu gestalten.«

balismus in Praxis überführen, Gewalt gegen Sachen anwenden und irgendwann vielleicht auch gegenüber uneinsichtigen, reaktionären Personen tätlich werden, um ihren Widerstand zu überwinden. Das vermeintlich höhere politische Bewusstsein diene als Scheinrechtfertigung für die »Vergewaltigung des Mitmenschen aus Gesinnung¹⁰⁵«, die Form politischer Vergewaltigung. Man versuchte Sitzungen und Beschlüsse der zuständigen Universitätsorgane durch körperliche Gewalt zu verhindern (Sitzblockaden und Go-Ins) und als politische Feinde erkannte Hochschullehrer mundtot und durch Psychoterror kirre zu machen; manche Professoren mussten auch in Bonn jahrelang Vorlesungsstörungen und -sprengungen über sich ergehen lassen.

Dieses 68er-Denkmal und daraus resultierende Verhaltensmuster finden sich auch heute noch innerhalb wie außerhalb der Universitäten.

Der Widerstand gegen »Stuttgart 21«, in den Medien oft und gern als urdemokratischer Impuls gefeiert, ist in Wirklichkeit Ausdruck dieses selbstgerechten Wahrheitsanspruchs, der sich darin gefällt, eigenmächtig demokratisch gefällte Entscheidungen in ihrem Vollzug zu blockieren. Wirklich demokratisch ist danach eben nur die Durchsetzung der eigenen politischen Ziele¹⁰⁶, und zwar ohne Rücksicht auf die dabei angewandten Methoden¹⁰⁷. Der Verweis auf die einzuhaltenden demokratischen Verfahren wird als bloßer »Formalismus« abgetan. Die Linke hat beim Marsch durch die Institutionen mit diesem obskuren »Demokratieverständnis« beachtliche Erfolge erzielt: Sitzblockaden gelten etwa nicht mehr ohne weiteres als strafbare Nötigung¹⁰⁸.

Die »Neue Linke« von 1968 hat sich nicht in Luft aufgelöst, sondern in den sozialen Bewegungen, in die sie sich später aufgefächert hat, wie der Friedens- und Umweltbewegung, Unterschlupf gefunden, ohne die fragwürdigen, undemokratischen Mittel der politischen Auseinandersetzung, zu denen sie erstmals

105 E.K. Scheuch (Hg.), Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der »Neuen Linken« und ihrer Dogmen, Köln² 1969, S. 11.

106 Nach den gewonnenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 27. 3. 2011 erklärten die GRÜNEN, die Demokratie habe gesiegt. Wer hätte denn gesiegt, wenn das Ergebnis anders ausgefallen wäre?

107 Es überrascht nicht, dass an dem Gewaltausbruch bei einer Demonstration gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 am 20. 6. 2011 auch Alt-68er beteiligt waren. »Es war erschreckend«, sagte Stuttgarts Polizeipräsident *Thomas Züfle* am Tag danach, »wie zerstörerisch sich auch ältere 60- bis 70-Jährige verhalten haben« (Berliner Morgenpost vom 22. 6. 2011, <http://www.morgenpost.de/politik/article1678967/Zerstoererische-60-bis-70-Jaehrige.html>. (abgerufen am 24. 06. 2011) Vgl. zur Zusammensetzung des S 21-Demonstranten F. Walter, Aufstand der Generation Joschka, SPIEGEL Online vom 19. 11. 2010, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,729896,00.html> (abgerufen am 13. 06. 2011).

108 Zum grundsätzlichen Schutz von Sitzblockaden durch das Grundrecht der Versammlungsfreiheit jüngst BVerfG, 1 BvR 388/05 vom 7. 3. 2011, Absatz-Nr. 31 ff. = JZ 2011, 685, 687 f.

1968 griff, abzulegen. Sie schleppt sie vielmehr ganz unkritisch fort und setzt sie, wann immer es ihr opportun erscheint, gezielt ein.

Das erlebt man von Zeit zu Zeit auch wieder an den Universitäten, auch an der Universität Bonn. Am 27. April 2010 hielt der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. *Guido Westerwelle*, einen Vortrag über »Deutschland in Europa – eine Standortbestimmung« in der Aula im Hauptgebäude der Universität Bonn. Der Vortrag war von Anfang an von massiven Störungen linksradikaler Studenten, Pfeifkonzerten und Protestgeschrei begleitet. Es war so, als wäre 1968 »reloaded« worden. In einem Bericht des SPIEGEL heißt es: »Hinten rüttelt der Mob an den Glastüren, dass die Aula von ohrenbetäubendem Lärm erfüllt ist, Trillerpfeifen gellen, ein Student mit blondem Zopf, moosgrünem T-Shirt und Talent für Agitation überzieht Westerwelle mit einer Schimpftirade, noch bevor der sich in der ersten Reihe setzen kann. Die Honoratioren, der Rektor und Klaus Kinkel schauen betreten, die Situation ist unangenehm¹⁰⁹.« Die Veranstaltung konnte nur dank des souverän über die Störungen hinwegsehenden und -sprechenden Außenministers durchgeführt werden. Später musste eine zusätzlich angeforderte Hundertschaft der Polizei dem Außenminister den Weg für den Abgang durch den Hinterausgang an dem Mob vorbei frei machen.

Was die 68er Jahren und ihre Nachfahren nicht wahrhaben wollen: Sie sind in ihrer totalitären Bewegtheit und ideologischen Verblendung wie auch in ihrer Unfähigkeit zur Selbstkritik ihren Eltern und ihren Großeltern, von denen sich radikal distanzieren wollten, viel ähnlicher als ihnen lieb sein dürfte. Der Apfel fällt eben nicht weit vom Stamm, wenn auch manchmal auf die andere Seite.

109 C. Schwennicke, Außenminister. Überdosis Guido, in: Spiegel 22/2010 vom 31.5.2010.

Studium in Bonn in der Gegenwart

Was ist das Besondere bei den »Bonner Studierenden« heute? Unter welchen Bedingungen leben und studieren sie? Warum entscheiden sie sich für Bonn als Studienort? Welche Ziele und Pläne haben sie für ihr Berufsleben? Da die Studierenden regelmäßig Gelegenheit haben, an Befragungen zu Studium und Lehre teilzunehmen, werden die Ergebnisse dieser Befragungen herangezogen, um im Folgenden ein Bild der Bonner Studierenden heute zu zeichnen.

Veränderungen des Hochschulsystems und des Arbeitsmarkts

Wie andere Studierende auch, sehen sich die Bonner Studierenden mit den Veränderungen des Hochschulsystems konfrontiert: einer veränderten Studienstruktur, die eng mit den Stichworten »Hochschulautonomie«, »Wettbewerb zwischen Hochschulen«, »Praxisbezug«, »Zulassungsbeschränkung«, »Qualität der Lehre« und »Mobilität« verknüpft ist. Mit dem Bachelor-Abschluss als erste Stufe eines zweigestuften akademischen Ausbildungssystems soll sich der Anteil der Akademiker eines Geburtsjahrgangs in Zukunft auf über 40 % steigern lassen, damit Deutschland im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleibt (Wagner, 2007). Da die modularisierten Studiengänge einer Akkreditierung unterliegen, ist die Einhaltung von Mindeststandards und damit der Erwerb von grundlegenden Mindestqualifikationen im Bachelorstudium zu gewährleisten, sodass die Absolventinnen und Absolventen bereits nach der ersten Qualifikationsstufe in das Berufsleben eintreten können sollen.

Die zweite Stufe, der Masterabschluss, führt zu einer wissenschaftlichen Vertiefung oder einer Spezialisierung der im Bachelorstudium erworbenen grundlegenden Kompetenzen und Inhalte.

Die Modularisierung der Studienprogramme hat zum Ziel, die Studienstruktur an den Lernprozess der Studierenden anzupassen und ihnen anhand

¹ Wir danken Svenja Kremer und Lina Jackel für ihre Unterstützung bei der Recherche.

von zusammengehörenden Inhalten Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, die einen Anwendungsbezug für eine spätere Berufstätigkeit beinhalten (Wagner, 2007).

Die modularisierten Studiengänge versprechen also mehr Praxisbezug, eine Kompetenzorientierung und einen schnelleren Einstieg in den Arbeitsmarkt. Zudem steigt auf dem Arbeitsmarkt der Bedarf an qualifizierten Fachkräften (vgl. Abbildung 1), was der »richtigen« Entscheidung für ein Studienfach noch mehr Bedeutung verleiht.



Abbildung 1: Prognose des Akademikerbedarfs (IW Köln, 2010)

Gründe für den steigenden Akademikerbedarf sind zum einen strukturelle Veränderungen, zum anderen ganz besonders die demographischen Entwicklungstendenzen, wie Abbildung 1 verdeutlicht. Werden 2010 bis 2014 rund 660.000 Nachwuchsakademiker gebraucht, um vor allem ausscheidende ältere Erwerbstätige zu ersetzen, sind dies – bedingt durch den andauernden demographischen Wandel – nach der Prognose des IW Köln 2020 bis 2024 bereits rund 860.000 Akademiker. Unter diesen bevölkerungspolitischen und makroökonomischen Bedingungen wird es als wichtiges Ziel angesehen, einen größeren Anteil junger Menschen zu einem akademischen Abschluss zu bringen.

Abbildung 2 verdeutlicht, dass die Zahl der 18- bis 19-Jährigen zwar abnimmt, der Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger jedoch steigt.

Grafik 2.5.75 Übergang zur Hochschule – Entwicklung grundlegender Kennzahlen in % (2005-2011)

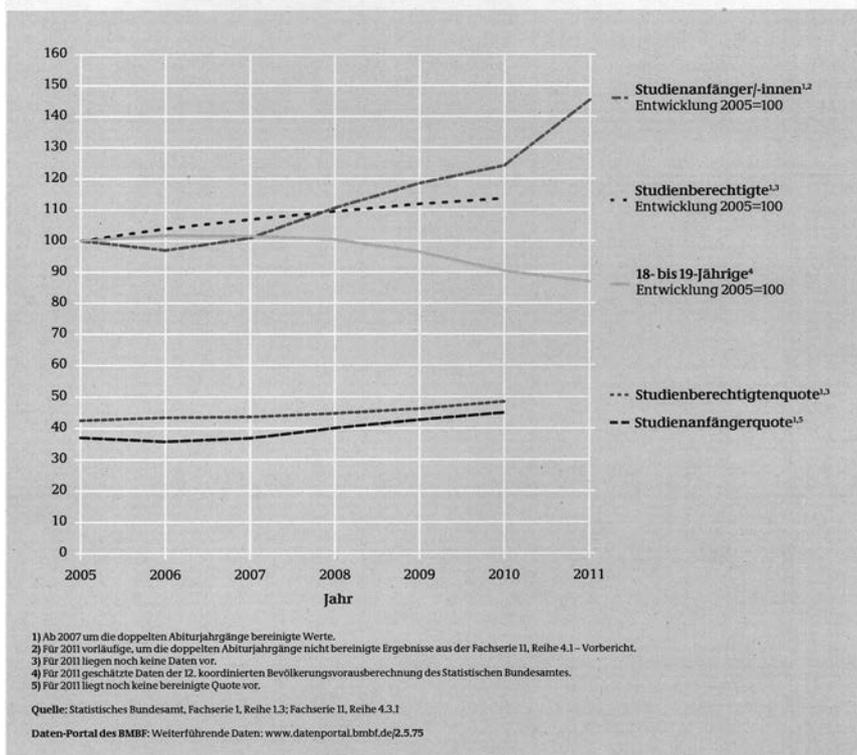


Abbildung 2: Entwicklung des Hochschulübergangs (Statistisches Bundesamt, 2012)

Obwohl die Anzahl der 18-bis 19-Jährigen stetig absinkt, zeichnet sich bereits heute ab, dass die Zahl der Studienanfänger ansteigt. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auch auf den stark wachsenden Anteil weiblicher Studierender, wie Abbildung 3 verdeutlicht.

Grafik 2.5.23 Studierende nach Geschlecht in Tausend (Wintersemester 1947/1948 bis 2011/2012)

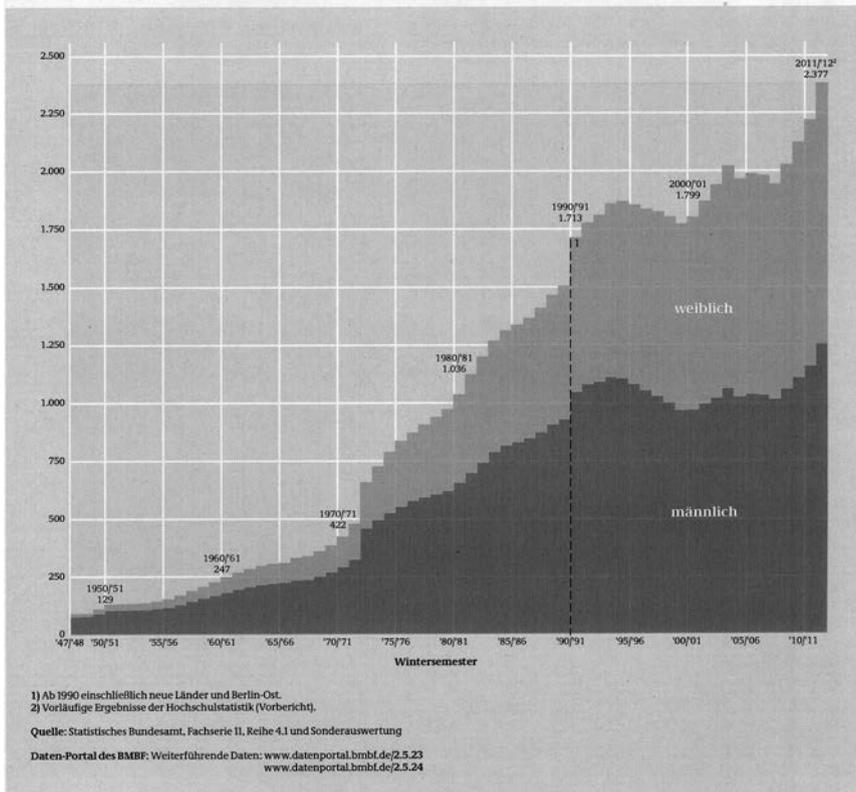


Abbildung 3: Entwicklung der Studierendenzahlen nach Geschlecht (Statistisches Bundesamt, 2012)

Aber auch die Tatsache, dass mehr Schülerinnen und Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, führt zum Anstieg der Studierendenquoten, wie die folgende Abbildung 4 verdeutlicht:

Grafik Anteil¹⁾ der Studienberechtigten an der 18- bis 20-jährigen Bevölkerung
2.5.85 (Studienberechtigtenquote) nach Art der Hochschulreife in % (1970-2010)

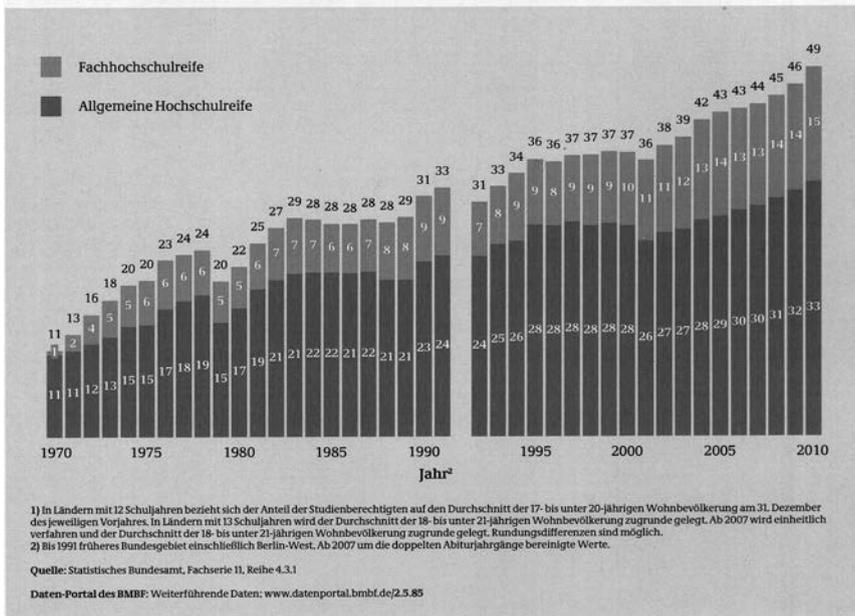


Abbildung 4: Anteil der Studienberechtigten an der 18- bis 20-Jährigen Bevölkerung (Statistisches Bundesamt, 2012)

Die Auswirkungen der Studienreform und wie gehen Bonner Studierende mit diesen Veränderungen um?

Insbesondere während der sukzessiven Umstrukturierung in modularisierte Studiengänge sammelten Bonner Studierende ebenso wie Lehrende erste Erfahrungen mit einer umfassenden Studienreform, deren konzeptionelle Überlegungen zunächst in der Praxis erprobt werden mussten. So gab es insbesondere für die ersten Kohorten in den modularisierten Studiengängen hin und wieder Korrekturen, beispielsweise in der Prüfungsorganisation.

Waren 2009 die angebotenen Studienschwerpunkte mit 38 % der dritthäufigste Grund für ein Studium an der Universität Bonn unter den befragten Erstsemestern und Studienortwechslern, werden 2012 Studienangebot und Studienschwerpunkt der Universität Bonn mit 83 % am häufigsten genannt (Zentrum für Evaluation und Methoden 2009 & 2012).

Aufgrund der vielfältigen Studienprogramme in Deutschland wird die Studienwahl immer komplexer. Alleine die Universität Bonn bietet ca. 40 Bachelor- und 60 Masterstudiengänge an. Dazu kommen diverse Zulassungs- und Auswahlverfahren, denen sich angehende Studierende stellen müssen. In Anbe-

tracht der steigenden Anzahl an Studienberechtigten (vgl. Abbildung 4) gewinnt auch aus der Perspektive der Hochschulen die Auswahl der passenden Studierenden immer mehr an Bedeutung.

An der Universität Bonn gibt es daher fachspezifische Online-Self-Assessments (OSA)², die zum Ziel haben, angehende Studierende im Vorfeld zu informieren und einen Abgleich zwischen Studieninhalten, Anforderungen und Erwartungen zu ermöglichen.

Durch umfassende Informationen zu Studienmöglichkeiten in einem Studierenden-Informationssystem (SIS) und der Möglichkeit, durch die Bearbeitung eines fachspezifischen Selbsttests im Internet zu überprüfen, inwiefern die eigenen Interessen, Erwartungen und Kompetenzen mit den Inhalten und Anforderungen des Studienfachs an der Universität Bonn übereinstimmen, sollen u. a. langfristig Studienabbruchquoten gesenkt und von vornherein die zum Studienfach passenden Studierenden gewonnen werden (vgl. Abbildung 5).

Bonner Konzept SIS/OSA

- Verbesserung: Übergang **Schule / Studium**
- Vermittlung realistischer **Erwartungen**
- Verdeutlichung des **Anspruchsniveaus**
- Gewinnung **qualifizierter** Studierender durch Selbstselektion
- Studienerfolgsquote ↗; Abbrecher-/Fachwechslerquote ↘
- **Überregionale/internationale** Rekrutierung von Studierenden
- Positive Gestaltung des **Erstkontakts**
- **Zielgruppenadäquate** Ansprache
- **Bindung** der künftigen Studierenden
- **Profilierung** als Forschungsuniversität





Zentrum für Evaluation und Methoden
3

Studienscout Academicus



Abbildung 5: Konzept der Universität Bonn zum Übergang zwischen Schule und Hochschule durch Studierendeninformationssystem (SIS) und Online-Self-Assessments (OSA)

Diesem Konzept liegt die Annahme zugrunde, dass eine fundierte Studienentscheidung unter Berücksichtigung von Neigungen, Interessen und Kompetenzen zu höheren Studienerfolgsquoten führt. Dabei darf nicht unberück-

2 Weitere Informationen unter www.studienscout.uni-bonn.de.

sichtigt bleiben, dass der Studienwahl verschiedene Motive zugrunde liegen, und häufig genug ein Studienfach zufällig ausgewählt wird (Wagner, 2007).

Studienwahl

Bei deutschlandweit gut 6.300 Bachelor- und 5.800 Masterstudiengängen (HRK, 2011) fällt die Orientierung nicht leicht. Welche Motive liegen der Wahl eines Studienfachs zugrunde? Und wie trifft man die richtige Studienentscheidung angesichts der Vielfalt? Bei der Wahl einer spezifischen Fachrichtung stehen bei den Studieninteressierten ihre Begabungen bzw. Neigungen, Fähigkeiten und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten im Vordergrund (Abel 2002, Merzyn 2010, McKinsey & Company 2010, Zentrum für Evaluation und Methoden 2009 & 2012).

Bei der Wahl der Fachrichtung spielen die Aussichten auf einen Studienplatz oder ein fester Berufswunsch kaum eine Rolle

Nennung der Kriterien in Prozent, max. 3 Kriterien je Teilnehmer

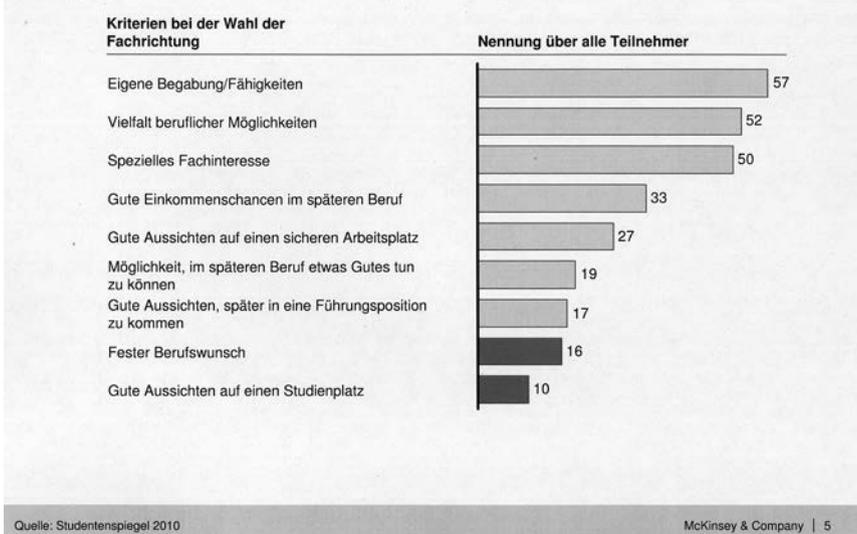


Abbildung 6: Kriterien bei der Wahl der Fachrichtung, Mehrfachnennungen möglich, Studentenspiegel 2010 (McKinsey & Company, 2010)

Gute Berufsaussichten bzw. Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten nehmen unter Erstsemestern an der Universität Bonn an Bedeutung zu. War dieser Aspekt 2009 für 47,5 % der Befragten wichtig, ist er es 2012 bereits für 56,9 % (Zentrum für Evaluation und Methoden 2009 & 2012). Sind das bereits erste Indizien für den von Klaus Werle beschriebenen Optimierungswahn des Le-

benslaufes (Werle, 2010)? Sehen Bonner Studierende das Studium vordergründig als »Investition in die Biografie«(Werle 2010, S. 94)?

»Im 21. Jahrhundert, in dem Wachstum und Wohlstand von möglichst klugem Humankapital abhängen, ist Bildung zu einem der wichtigsten Treiber der Wirtschaft geworden und hat sich darüber selbst ökonomisiert. Die Studierenden haben sich angepasst: Sie studieren schneller und effizienter, sie orientieren sich an den Wünschen der Wirtschaft.« (Werle 2010, S. 93)

Hermann Hesse hätte dieser Entwicklung vermutlich nicht positiv gegenüber gestanden: »Echte Bildung ist nicht Bildung zu irgendeinem Zwecke, sondern sie hat, wie jedes Streben nach dem Vollkommenen, ihren Sinn in sich selbst.« (Hesse 2008, S. 70)

Befunde zu Motiven der Hochschulwahl lassen hoffen, dass der Optimierungswahn doch nicht so weit fortgeschritten ist, wie Klaus Werle befürchtet. Die Nähe zum Heimatort, der Standort sowie der Ruf der Hochschule sind die häufigsten Gründe für die Wahl des Studienorts (McKinsey & Company 2010, Zentrum für Evaluation und Methoden 2009 & 2012).

Bei der Hochschulwahl spielen weiche Faktoren wie Nähe zu Familie und Freunden sowie Attraktivität des Standorts die größte Rolle

Nennung der Kriterien in Prozent, max. 3 Kriterien je Teilnehmer



Abbildung 7: Kriterien bei der Wahl der Hochschule, Mehrfachnennungen möglich, Studentenspiegel 2010 (McKinsey & Company, 2010)

Gaben 2009 noch 38 % der Befragten das Studienangebot als Grund für die Entscheidung für die Universität Bonn an, waren es im Jahr 2012 bereits 83 %

(vgl. Abbildung 8). Offenbar sind die Studienangebote der Universität Bonn – besonders für Studierende aus der Region – attraktiv.

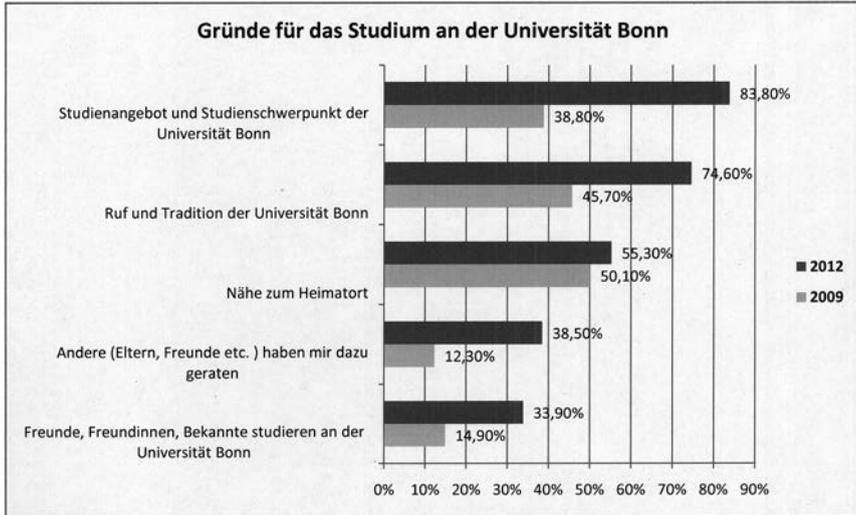


Abbildung 8: Gründe für das Studium an der Universität Bonn 2009 und 2012, Mehrfachnennungen möglich (Zentrum für Evaluation und Methoden)

Das Studium

Wie empfinden Studierende den Studieneinstieg an der Universität Bonn? Welche Aspekte des Studiums werden positiv, welche negativ bewertet?

Das Angebot der Universität Bonn, den Studienanfängern den Studieneinstieg zu erleichtern, wurde 2009 von 5 % der Erstsemester und Hochschulortwechsler mit »sehr gut«, 38 % mit »gut« und von 31 % mit »befriedigend« bewertet. 2012 bewerteten schon 6,7 % das Angebot zur Erleichterung des Studieneinstiegs mit »sehr gut«, 41 % mit »gut« und 25 % mit »befriedigend« (vgl. Abbildung 9).

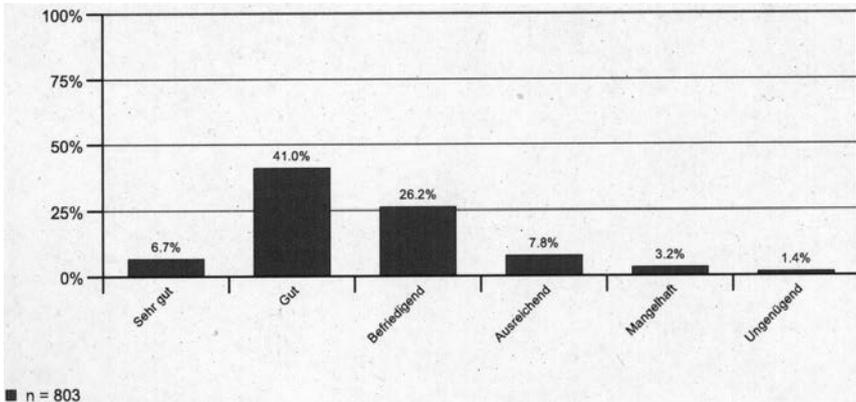


Abbildung 9: Wie schätzen Sie das Angebot der Universität insgesamt ein, um Studienanfänger/-innen den Studieneinstieg zu erleichtern? (Zentrum für Evaluation und Methoden, 2012)

Dieser leicht positive Trend wird sich – hoffentlich – in den nächsten Jahren fortsetzen, schließlich investiert die Universität in Beratungs- und Informationsangebote und kommuniziert über soziale Netzwerke mit Studieninteressierten und Studierenden.

Auch der Kontakt zu Lehrenden wird 2012 mit einer grundsätzlichen Tendenz zu besseren Bewertungen deutlich positiver bewertet als 2009. Bewerteten 2009 noch 7 % der Befragten den Kontakt zu Lehrenden mit »sehr gut«, 31 % mit »gut« und 34 % mit »befriedigend«, waren es 2012 bereits 11 % mit »sehr gut«, 35 % mit »gut« und 27 % mit »befriedigend« (vgl. Abbildung 10).

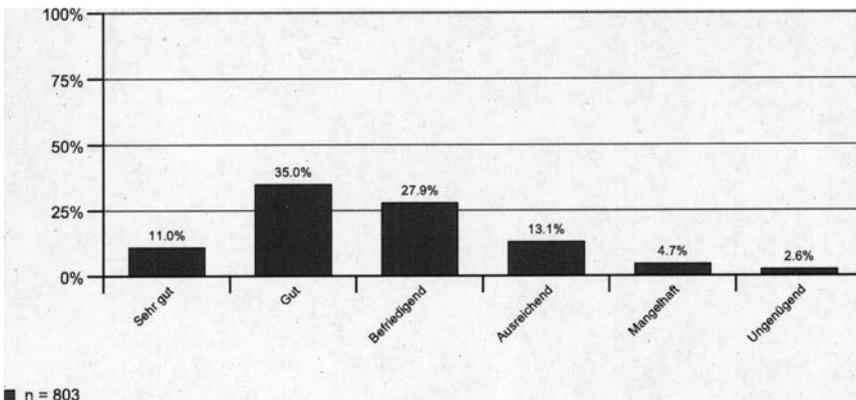


Abbildung 10: Kontakt zu Dozenten/-innen (Zentrum für Evaluation und Methoden, 2012)

Dennoch trägt sich etwa ein Drittel der befragten Studierenden mit dem Gedanken an Studienabbruch. Die Gründe dafür haben sich zwischen den Erhebungen von 2009 und 2012 verändert. 2009 waren die vier am häufigsten

genannten Gründe für Zweifel Motivationsschwierigkeiten, fehlender Praxisbezug, schlechte Studienbedingungen sowie zu hohe Belastung und Leistungsdruck. 2012 steht an erster Stelle zu hohe Belastung und Leistungsdruck gefolgt von Motivationsschwierigkeiten, fehlendem Praxisbezug und schlechten Studienbedingungen. Etwa 45 % der Befragten geben an, das Studium voraussichtlich nicht innerhalb der Regelstudienzeit abzuschließen. 2009 waren finanzielle Gründe dafür ausschlaggebend. 2012 ist der Hauptgrund für die Überschreitung der Regelstudienzeit die zu hohe Belastung durch das Studium (vgl. Abbildung 11).

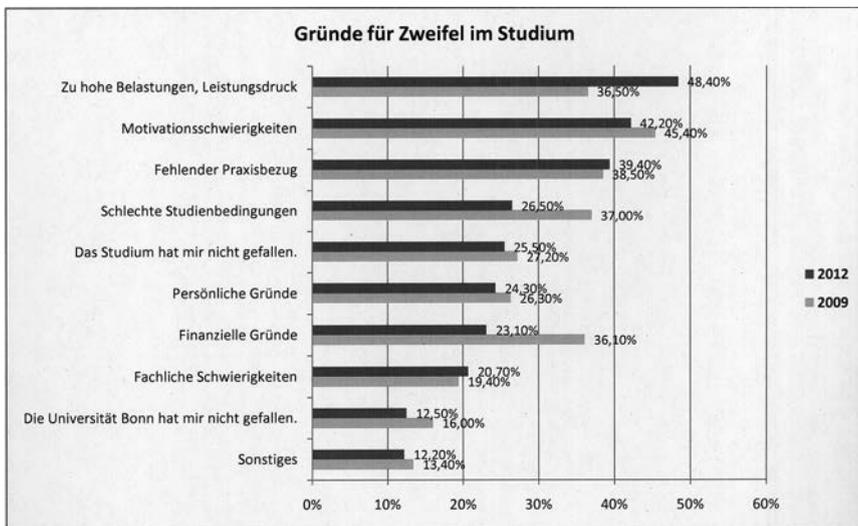


Abbildung 11: Gründe für Zweifel im Studium 2009 und 2012, Mehrfachnennungen möglich (Zentrum für Evaluation und Methoden)

Einfluss auf die Gesamtzufriedenheit scheint die zunehmende Belastung durch das Studium allerdings nicht zu nehmen. Zwischen den Erhebungen von 2009 und 2012 (vgl. Abbildung 12) ist die Gesamtzufriedenheit in den Bereichen Forschung, Außendarstellung der Universität, Lehre und Studium, Chancengleichheit, Rahmenbedingungen des Studiums, Beteiligung Studierender an der Forschung und Nachwuchsförderung sogar angestiegen.

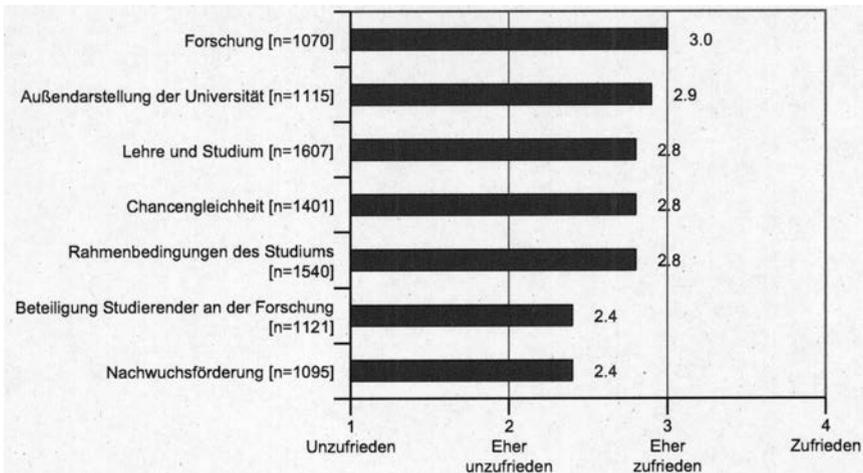


Abbildung 12: Zufriedenheit mit der Universität Bonn (Zentrum für Evaluation und Methoden, 2012)

Auch der Net Promoter Score® als Indikator für die Beziehungsqualität bzw. Bindung der Studierenden an die Universität Bonn hat sich deutlich gewandelt. Der Net Promoter Score® (NPS) wurde ursprünglich als Kennziffer für den Zusammenhang von Kundenzufriedenheit und -loyalität mit Unternehmenswachstum entwickelt. Erfasst wird der Net Promoter Score® an der Universität Bonn seit 2007 mit der Frage »Auf einer Skala von 0 bis 10, wie wahrscheinlich ist es, dass Sie die Universität Bonn einem Freund oder Bekannten weiterempfehlen werden?« Erlaubt sind also Antworten von 0 (völlig unwahrscheinlich) bis 10 (sehr wahrscheinlich). Teilnehmer, die mit 9 oder 10 antworten, zählt man zur Gruppe der Förderer; wer 6 oder weniger ankreuzt, gilt als Kritiker. Der NPS berechnet sich aus der Differenz beider Gruppen in Prozentpunkten: Bei 50 Prozent Förderern und 30 Prozent Kritikern beträgt der NPS 20 Prozent. Der Anteil der Teilnehmer, die mit 7 oder 8 antworten, wird in die Berechnung des NPS nicht einbezogen.

Lag der Net Promoter Score® der Studierenden der Universität Bonn im Jahr 2009 noch bei -21 %, so liegt er 2012 bei »nur noch« -5,1 % (vgl. Abbildung 13).

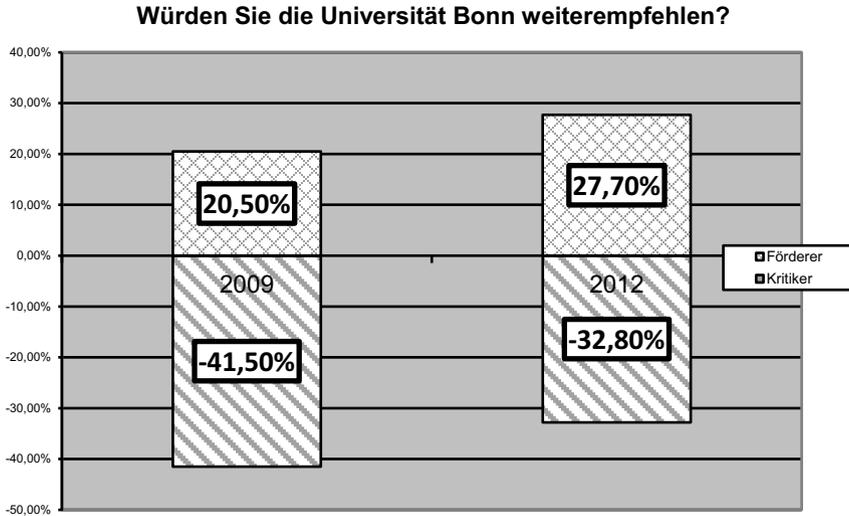


Abbildung 13: Würden Sie die Universität Bonn weiterempfehlen? (Zentrum für Evaluation und Methoden.)

Da keine Vergleichswerte von anderen Universitäten vorliegen, kann dieser Wert nur im Zeitverlauf betrachtet werden. Aus der vorliegenden Entwicklung vom stark negativen in den schwach negativen Bereich lässt sich ableiten, dass die Qualität der Bindung der Studierenden an die Universität sich offenbar deutlich verbessert hat. Die Tatsache, dass der Wert dennoch nach wie vor im negativen Bereich ist, spricht dafür, dass die bereits umgesetzten Verbesserungsmaßnahmen noch nicht umfassend sichtbar geworden sind. Erfahrungsgemäß dauert es, bis Optimierungsmaßnahmen bei den Betroffenen wahrgenommen werden, und sich diese Wahrnehmung wiederum in Befragungsergebnissen widerspiegelt.

Gerade für die Universität ist es wichtig, dass sich alle Akteure mit der Universität sozusagen aktiv verbunden fühlen. Ob Mitarbeiter/in, Student/in, Absolvent/in oder gar schon Schüler/in (zumindest aus der Region): Durch verschiedene universitäre Maßnahmen und Aktionen sollen die Gemeinschaft und die Identifikation mit der Universität Bonn gefördert werden. Die ganzheitliche Betrachtung des Systems »Universität« ist unabdingbar, um in der deutschen Hochschullandschaft auch zukünftig konkurrenzfähig zu bleiben. In diesem Sinne verfolgt die Universität Bonn das Ziel, die schon zahlreich existierenden Einzelmaßnahmen in ein Gesamtkonzept zu integrieren, um dieses öffentlichkeitswirksam im Wettbewerb sichtbar machen zu können. Die Universität Bonn baut bei der Studierendenbindung auf Service, Tradition, Organisation, Gemeinschaft und gute Lehre. Da Bindungsmanagement bereits vor der Ent-

scheidung zum Studium an der Universität Bonn ansetzen kann, gibt es verschiedene Initiativen wie Kinderuni, Förderprogramme für begabte Schüler sowie das bereits erwähnte Online-Self-Assessment-Verfahren, die maßgeblich zur Profilbildung und Attraktivität der Universität Bonn beitragen.

Beruf

Wie gestaltet sich der Übergang vom Studium in die Berufstätigkeit?

Die Erwartungen für die Berufsaussichten haben sich bundesweit zwischen 2001 und 2010 verbessert, wie nachstehende Abbildung 14 zeigt.

Erwartete Berufsaussichten von Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen (2001 - 2010)				
(Angaben in Prozent)				
Universitäten¹⁾	2001	2004	2007	2010
kaum Schwierigkeiten	27	23	30	33
Schwierigkeiten ...				
• zusagende Stelle	44	38	35	36
• ausbildungsadäquate Stelle	13	13	13	12
• überhaupt Stelle zu finden	9	14	11	8
Fachhochschulen¹⁾				
kaum Schwierigkeiten	30	19	29	27
Schwierigkeiten ...				
• zusagende Stelle	48	43	39	42
• ausbildungsadäquate Stelle	9	11	11	11
• überhaupt Stelle zu finden	6	19	12	8

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.
1) Differenz zu 100%: Angabe „weiß nicht“

Abbildung 14: Erwartete Berufsaussichten von Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen von 2001 bis 2010 (Multrus, Ramm & Bargel, 2010)

Auch die Ansprüche an den Beruf haben sich mit der Zeit verändert: standen 2001 noch Selbständigkeit und eigene Ideen im Vordergrund, sind es 2010 die

materiellen und sozialen Werte wie Arbeitsplatzsicherheit, Allgemeinutzen und anderen zu helfen, die an Bedeutung gewonnen haben. Der Wunsch, immer wieder vor neue Aufgaben gestellt zu werden, ist dagegen rückläufig (vgl. Abbildung 15).

Veränderte Berufswerte von Studierenden (2001 - 2010)				
<i>(Angaben in Prozent)</i>				
Intrinsische Werte	2001	2004	2007	2010
• Selbständigkeit	70	66	63	60
• eigene Ideen	69	68	64	61
• neue Aufgaben	72	71	70	67
Soziale Werte				
• Allgemeinutzen	40	44	46	48
• anderen helfen	42	46	46	50
Materielle Werte				
• Arbeitsplatzsicherheit	51	62	63	67

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Abbildung 15: Veränderte Berufswerte von Studierenden von 2001 bis 2010, Mehrfachnennungen möglich (Multrus, Ramm & Bargel, 2010)

Die Bereitschaft, für einen Einstieg in die Berufstätigkeit Kompromisse einzugehen, ist zwischen 2001 und 2010 gestiegen. Studierende an Universitäten sind bereit, größere Belastungen und fachfremde Tätigkeiten in Kauf zu nehmen. Die Bereitschaft, finanzielle Einbußen zu akzeptieren ist konstant hoch. Auch Studierende an Fachhochschulen sind zu Kompromissen für einen Berufseinstieg bereit (vgl. Abbildung 16).

Anpassung an Arbeitsmarktbedingungen von Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen (2001 - 2010)				
(Angaben in Prozent für Kategorien: „eher“ und „sehr wahrscheinlich“)				
Universitäten	2001	2004	2007	2010
• größere Belastungen	79	81	84	80
• finanzielle Einbußen	74	79	77	72
• kurzfristig fachfremd	60	66	64	66
• dauerhaft fachfremd	15	18	20	18
Fachhochschulen				
• größere Belastungen	76	78	83	76
• finanzielle Einbußen	70	77	75	65
• kurzfristig fachfremd	56	67	64	60
• dauerhaft fachfremd	13	19	19	17

Quelle: Studierendensurvey 1983 - 2010, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Abbildung 16: Anpassung an Arbeitsmarktbedingungen von Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen von 2001 bis 2010 (Multrus, Ramm & Bargel, 2010)

Die Kompromissbereitschaft hängt möglicherweise damit zusammen, dass insbesondere die Absolventinnen und Absolventen mit einem Bachelorabschluss sich nicht ausreichend auf das Berufsleben vorbereitet fühlen, wie Abbildung 17 zeigt. Bachelorstudierende fühlen sich schon schlechter durch die Schule auf das Studium vorbereitet als Diplomstudierende, das Bachelorstudium wird nicht als gute Vorbereitung auf das Berufsleben wahrgenommen und das Gefühl von Leistungsdruck und Wettbewerb in der Gesellschaft ist bei den Bachelorstudierenden deutlich höher als bei Diplomstudierenden (vgl. Abbildung 17).

Obwohl also die Arbeitsmarktchancen für Fachkräfte gut sind, fühlen sich Bachelorstudierende stärker unter Leistungsdruck.

Bachelorstudenten fühlen sich schlechter auf das Berufsleben vorbereitet und empfinden mehr Leistungsdruck

Abfrage von "stimme nicht zu" (0) bis "stimme voll zu" (5); hier ab "stimme eher nicht zu" (2) bis "stimme zu" (4)

— Bachelor
- - - Diplom



Abbildung 17: Studiumbewertung: Vergleich Bachelorstudierende und Diplomstudierende, Studentenspiegel 2010 (McKinsey & Company, 2010)

Die Sorge, mit einem Bachelorabschluss keinen Arbeitsplatz zu finden, der eine möglichst sichere Perspektive bietet, motiviert wahrscheinlich viele, eine höherwertige Qualifikation anzustreben. Insgesamt planen 80 % der Bachelorabsolventen ein Masterstudium im Anschluss (vgl. Abbildung 18).

4 von 5 Bachelorabsolventen planen ein Masterstudium
in Prozent

□ Ø
■ Top-25%

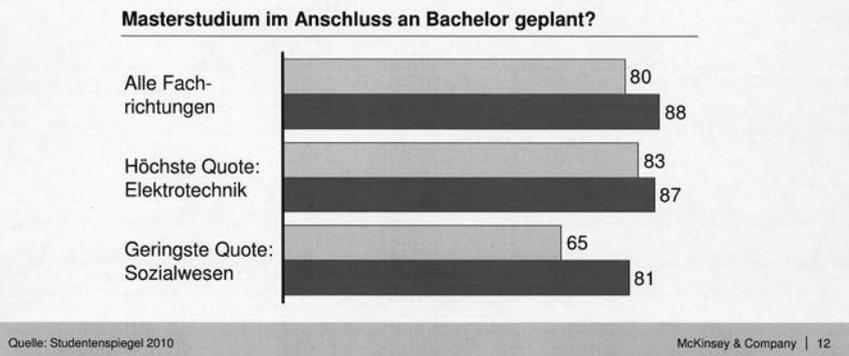


Abbildung 18: Planung eines Masterstudiums, Studentenspiegel 2010 (McKinsey & Company, 2010)

Der Übergang vom Studium in die Berufstätigkeit ist ein wichtiger Ansatzpunkt für Service-Angebote der Hochschulen. Am Beispiel der Universität Bonn lässt sich feststellen, dass der Großteil der Absolventinnen und Absolventen beim Berufseinstieg nicht von Seiten der Universität unterstützt wurde (vgl. Abbildung 19), sich aber entsprechende Angebote gewünscht hätte (vgl. Abbildung 20).

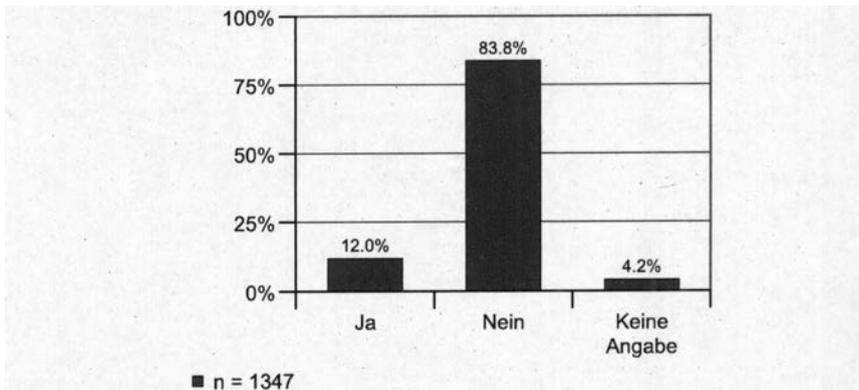


Abbildung 19: Unterstützung beim Übergang in den Beruf von Seiten der Universität, Absolventenbefragung 2003–2007 (Zentrum für Evaluation und Methoden)

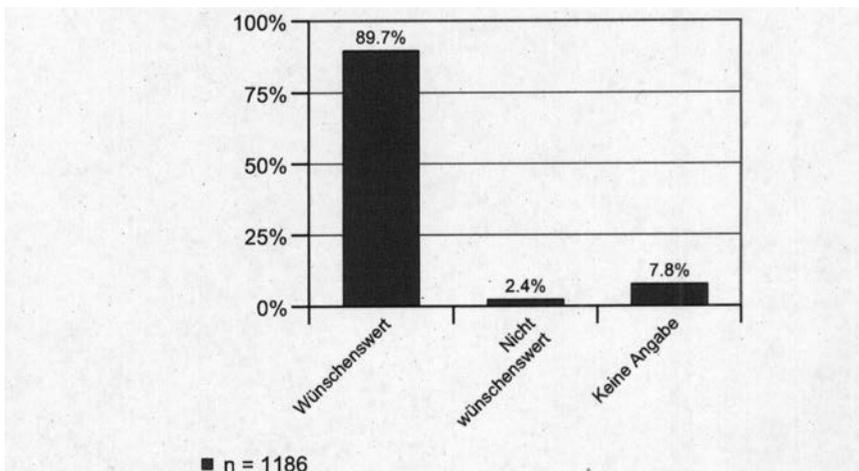


Abbildung 20: Erachten Sie Angebote zur Unterstützung beim Übergang in den Beruf von Seiten der Universität als wünschenswert?, Absolventenbefragung 2003–2007 (Zentrum für Evaluation und Methoden)

Dennoch sind diejenigen, die den Berufseinstieg bewältigt haben, überwiegend davon überzeugt, mit ihrem Studium und der Universität Bonn die richtige Entscheidung getroffen zu haben (vgl. Abbildung 21).

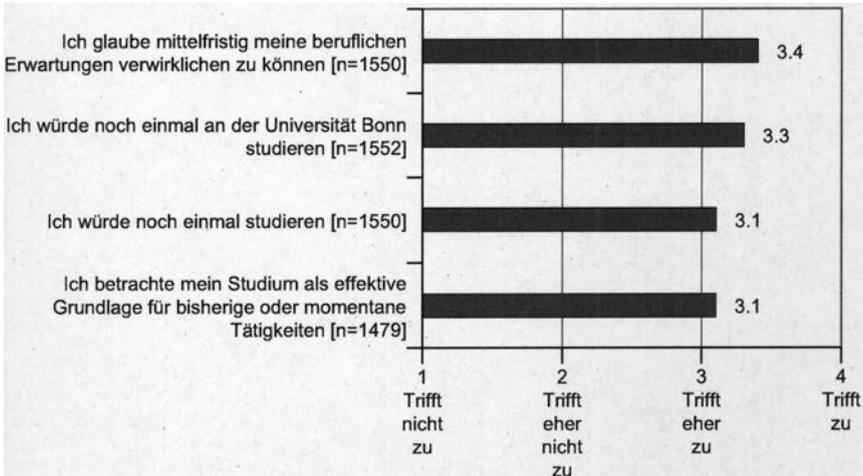


Abbildung 21: Allgemeine Bewertung des Studiums, Absolventenbefragung 2003–2007 (Zentrum für Evaluation und Methoden)

Es wird sich mit den Erhebungen der nächsten Jahre zeigen, inwiefern das auch auf den steigenden Anteil von Absolventinnen und Absolventen der Bachelor- und Masterstudiengänge zutrifft, wie sich deren Berufseinstieg gestaltet und wie sie rückblickend ihr Studium an der Universität Bonn bewerten.

Resümee

Zum aktuellen Zeitpunkt kann man sagen, dass die Studierenden in Bonn mit den Auswirkungen der Studienreform gut zurechtkommen. Anlässe zu Kritik gibt es nach wie vor, und Maßnahmen für mehr Orientierung, mehr Transparenz und mehr Beteiligung werden eine gewisse Zeit brauchen, bis sie umgesetzt und von den Betroffenen wahrgenommen werden. Die Universität Bonn ist auf einem guten Weg, ihren Studierenden die notwendige Unterstützung zu geben, damit diese ihr Studium erfolgreich abschließen und auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Die Einrichtung von mehr Service- und Beratungsangeboten für Studierende und Absolventinnen und Absolventen wird die Übergänge zwischen Schule und Studium sowie zwischen Studium und Berufstätigkeit erleichtern.

Der im Rahmen des Programms des Bundes und der Länder für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre von Seiten der Universität

Bonn gestellte und ab Januar 2012 geförderte Antrag »Gemeinsam für mehr Qualität in Studium und Lehre« verfolgt im Wesentlichen genau diese Ziele.

Inwieweit letztendlich das politische Ziel, langfristig mehr junge Menschen in die akademische Ausbildung zu bringen und damit dem Fachkräftemangel entgegen zu treten, erfüllt wird, wird sich in den nächsten zehn Jahren zeigen.

Literatur

- Jürgen Abel, Kurswahl aus Interesse? Wahlmotive in der gymnasialen Oberstufe und Studienwahl, in: Die Deutsche Schule, 94. Jg. 2002, H. 2, S. 192 – 203.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung, Daten-Portal, Strukturdaten. Zugriff am 21.08.2012 unter <http://www.datenportal.bmbf.de/portal/K25.gus>
- Christoph Helm, Neue Entwicklungstendenzen an deutschen Hochschulen, in: Technische Fachhochschule Wildau (2003): Wissenschaftliche Beiträge. S. 31 – 36. Zugriff am 21.08. unter http://www.th-wildau.de/fileadmin/dokumente/aktuelles/Medien_Publicationen/wissbei2003_150dpi_a.pdf
- Hermann Hesse, Leben ist Werden, Gedanken aus seinen Werken und Briefen, Jugend und Alter, Schule, Erziehung und Bildung, Auf den Einzelnen kommt es an, Frankfurt 2008
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Hochschulen in Zahlen 2011. Zugriff am 2.08.2012 unter http://www.hrk.de/uploads/media/Bibliothek-Hochschulen_in_Zahlen_2011.pdf
- Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Nr. 24 vom 17. Juni 2010. Zugriff am 21.08.2012 unter <http://www.iwkoeln.de/de/infodienste/iwd/archiv/beitrag/30760>
- McKinsey & Company, Studentenspiegel 2010. Zugriff am 21.08.2012 unter http://www.studentenspiegel.de/media/ergebnisse_studentenspiegel.pdf
- Gottfried Merzyn (2010), Kurswahlen in der gymnasialen Oberstufe, Leistungskurs Physik, Chemie, Mathematik, in: PhyDid B, Didaktik der Physik, Beiträge zur DPG-Frühjahrstagung, 2010. Zugriff am 21.08.2012 unter <http://www.phydid.de/index.php/phydid-b/article/view/210/194>
- Frank Multrus, Michael Ramm & Tino Bargel (2010), Studiensituation und studentische Orientierungen, 11. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
- Gabriele Sandfuchs & Sandra Mittag, Bachelor- und Masterstudiengänge in Bayern – vielfältig und verbesserungsfähig, in: IHF kompakt Juni 2012, S. 1 – 4.
- Statistisches Bundesamt (2012). Schnellmeldungsergebnisse zu Studienberechtigten der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen – vorläufige Ergebnisse –. Zugriff am 21.08.2012 unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/SchnellmeldungStudienberechtigtePDF_5211001.pdf?__blob=publicationFile
- Wolf Wagner, (2007) Uni-Angst und Uni-Bluff, Wie studieren und sich nicht verlieren, Berlin 2007².
- Klaus Werle, Die Perfektionierer, Warum der Optimierungswahn uns schadet – und wer wirklich davon profitiert, Frankfurt 2010.

- Zentrum für Evaluation und Methoden, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Erstsemester- und Studienortwechslerbefragung 2009. Zugriff am 21.08.2012 unter <http://www.zem.uni-bonn.de/arbeitsbereiche/evaluation-qualitaetsicherung/bildung/hochschulevaluation/ergebnisberichte/erstsemester-und-studienortwechslerbefragung/ergebnisberichte-befragung-2009/shb-2009-gesamt-geschlechtsneutral.pdf>
- Zentrum für Evaluation und Methoden, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Erstsemester- und Studienortwechslerbefragung 2012. Zugriff am 21.08.2012 unter <http://www.zem.uni-bonn.de/arbeitsbereiche/evaluation-qualitaetsicherung/bildung/hochschulevaluation/ergebnisberichte/erstsemester-und-studienortwechslerbefragung/ergebnisberichte-befragung-2011/shb-2012-geschlechtsneutral.pdf>
- Zentrum für Evaluation und Methoden, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Absolventenbefragung 2003 – 2007. Zugriff am 21.08.2012 unter <http://www.zem.uni-bonn.de/arbeitsbereiche/evaluation-qualitaetsicherung/bildung/hochschulevaluation/ergebnisberichte/absolventenbefragung/abs-1j-2003-2007-geschlechtsneutral.pdf>

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Franz *Bosbach*, Professor für Geschichte der frühen Neuzeit, Prorektor für Studium und Lehre an der Universität Duisburg-Essen.

Priv.-Doz. Dr. Ralf *Forsbach*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Medizinhistorischen Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Dr. Christian *George*, Leiter des Archivs der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

Prof. Dr. Dominik *Geppert*, Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn.

Julia ten *Haaf* M.A., Studium der Geschichte und des Bürgerlichen Rechts an der Universität Bonn, zur Zeit in der Ausbildung zur Projektmanagerin.

Prof. Dr. Christian *Hillgruber*, Professor für Öffentliches Recht im Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Bonn.

Jens-Peter *Müller* M.A., Doktorand bei Prof. Dr. Gunther Hirschfelder (Universität Regensburg).

Dipl.-Psych. Katharina *Olejniczak*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Evaluation und Methoden (ZEM).

Prof. Dr. em. Georg *Rudinger*, Professor em. für Psychologie am Institut für Psychologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Abteilung für Methodenlehre, Diagnostik und Evaluation. Gründer des Zentrums für Evaluation und Methoden (ZEM) im Jahre 1999.

Prof. Dr. Dr. Heinz *Schott*, Professor für Geschichte der Medizin, Leiter des Medizinhistorischen Instituts der Universität Bonn.

Marcus *Velke*, B.A., Master-Student der Geschichte an der Universität Bonn in der Abschlussphase.